

Landtag des Saarlandes

10. Wahlperiode



Pl. 10/68
14. 9. 94

68. Sitzung

am 14. September 1994, 9.00 Uhr,
im Gebäude des Landtages zu Saarbrücken

Beginn: 9.05 Uhr
Ende: 18.28 Uhr

(Die Sitzung wird von 12.33 Uhr bis 13.47 Uhr unterbrochen.)

PRÄSIDIUM:

Landtagspräsident **H e r o l d** (SPD)
Erste Vizepräsidentin **W a s c h b ü s c h** (CDU)
Zweite Vizepräsidentin **H o l l i n g e r** (SPD)
Erster Schriftführer **P o r t z** (SPD)
Zweite Schriftführerin **B e c k** (CDU)
Dritter Schriftführer **K i e f a b e r** (FDP)

REGIERUNG:

Ministerpräsident **L a f o n t a i n e** (SPD)
Minister des Innern **L ä p p l e** (SPD)
Minister der Finanzen **K a s p e r** (SPD)
Minister der Justiz **D r. W a l t e r**
Ministerin für Bildung und Sport **G r a n z** (SPD)
Minister für Wissenschaft und Kultur
Prof. Dr. B r e i t e n b a c h
Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales
K r a j e w s k i
Minister für Wirtschaft **K o p p**
Minister für Umwelt **L e i n e n** (SPD)

Es fehlen:

Abg. **E d i g** (SPD)
Abg. **W a r n k i n g** (CDU)

	Seite		Seite
Geburtstagsglückwünsche	3725	Abg. Brunhilde M ü l l e r (FDP) zur Begründung des Antrages Drucksache 10/1993	3754
Begrüßung einer Zuhörergruppe	3725	Abg. B r a u n (SPD)	3756
Mitteilung des Präsidenten betreffend Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung	3725	Ministerin G r a n z	3759
Änderung der Tagesordnung	3725	Abg. M e y e r (CDU)	3761
Regierungserklärung zu dem Thema „Das Saarland hat Zukunft: Forschung und Technologietransfer als Motor des strukturellen Wandels“ ...	3725	Abstimmung über den Antrag Drucksache 10/1991, Ablehnung des Antrages	3762
Ministerpräsident L a f o n t a i n e	3725	Abstimmung über den Antrag Drucksache 10/1993, Ablehnung des Antrages	3762
Abg. Peter M ü l l e r (CDU)	3731	7. Beschlussfassung über den von der FDP-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Einstieg in das solare Energiezeitalter (Drucksache 10/1990)	3763
Abg. K l i m m t (SPD)	3736	13. Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend das Saarland auf dem Weg ins Solarzeitalter (Drucksache 10/1996)	3763
Abg. K i e f a b e r (FDP)	3741	Abg. J o c h e m (FDP) zur Begründung des Antrages Drucksache 10/1990	3763
Minister Prof. Dr. B r e i t e n b a c h	3745	Abg. Dr. T a b i l l i o n (SPD) zur Begründung des Antrages Drucksache 10/1996	3765
Unterbrechung der Sitzung	3747	Abg. R a u b e r (CDU)	3766
Absetzung der Punkte 1, 10 und 12 von der Tagesordnung	3747	Minister K o p p	3767
2. Beschlussfassung über den vom Ausschuß für Haushalts- und Finanzfragen eingebrachten Antrag betreffend Entlastung für die Haushaltsrechnung des Rechnungsjahres 1991 (Drucksache 10/1987)	3747	Abstimmung über den Antrag Drucksache 10/1990, Ablehnung des Antrages	3769
Abg. S c h w e n k (SPD), Berichterstatterin ...	3747	Abstimmung über den Antrag Drucksache 10/1996, Annahme des Antrages	3769
Abstimmung, Annahme des Antrages	3751	8. Nachwahl eines ordentlichen Mitgliedes und von zwei Stellvertretern für die Vertreterversammlung der Arbeitskammer des Saarlandes gemäß § 7 des Gesetzes Nr. 1290 vom 8. April 1992 (Amtsbl. S. 591) (Drucksache 10/1986)	3769
3. Beschlussfassung über den vom Minister der Finanzen eingebrachten Antrag betreffend Veräußerung des ehemaligen Staatlichen Lehrgangsheimes in Rehlingen-Siersburg (Drucksache 10/1988)	3751	9. Antrag der CDU-Landtagsfraktion auf Aussprache betreffend Rücktritt des Vorstandes des Landesdenkmalrates	3770
4. Beschlussfassung über den vom Minister der Finanzen eingebrachten Antrag betreffend Veräußerung landeseigener Forstgrundstücke in Kirkel im Tauschwege (Drucksache 10/1989)	3751	Abg. B e c k (CDU) zur Begründung	3770
Abg. H e i n (CDU), Berichterstatter	3752	Abg. E n g e l d i n g e r (SPD)	3771
Abstimmung über den Antrag Drucksache 10/1988, Annahme des Antrages	3752	Abg. Brunhilde M ü l l e r (FDP)	3774
Abstimmung über den Antrag Drucksache 10/1989, Annahme des Antrages	3752	Abg. S c h r e i e r (CDU)	3774
6. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Sicherung der Unterrichtsversorgung im Saarland (Drucksache 10/1991)	3752	Abg. L a n g (SPD)	3775
11. Beschlussfassung über den von der FDP-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Unterrichtsversorgung an saarländischen Schulen (Drucksache 10/1993)	3752	Ministerin K r a j e w s k i	3776
Abg. S c h r e i e r (CDU) zur Begründung des Antrages Drucksache 10/1991	3752	Ministerin G r a n z	3777
		Abg. B e c k (CDU)	3779

Präsident Herold:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 68. Landtags-sitzung.

Ich darf Geburtstagsglückwünsche zum Ausdruck bringen. Frau Abgeordnete Angelika Wiltz ist am 25. August 49 Jahre alt geworden. Herr Abgeordneter Gerhard Geisen ist am 1. September 53 Jahre alt geworden. Frau Abgeordnete Gerlinde Neumann ist am 5. September 56 Jahre alt geworden. Ich spreche Ihnen in un-ser aller Namen herzliche Glückwünsche aus.

(Beifall.)

Abg. Waschbüsch (CDU):

Landtagspräsident Albrecht Herold ist am 20. August 65 Jahre alt geworden. Im Namen aller Kolleginnen und Kollegen darf ich Ihnen die besten Glückwünsche aussprechen.

(Beifall.)

Präsident Herold:

Vielen Dank.

Werte Kolleginnen und Kollegen, im Rahmen der Einführung von Gruppen in die Parlamentsarbeit nehmen heute die Klasse 10 a der Realschule am Ludwigsberg in Saarbrücken unter Lei-tung von Herrn Feneis und die Klasse 10 b der Realschule am Ludwigsberg in Saarbrücken unter Leitung von Herrn Ziegler an der Sitzung teil. Ich darf Sie recht herzlich willkommen heißen.

(Beifall.)

Im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium habe ich den Landtag des Saarlandes zu seiner 68. Sitzung für heute, 9.00 Uhr, einberufen und für diese Sitzung die Ihnen vorliegen-de Tagesordnung festgesetzt.

Es wird vorgeschlagen, die Berichterstattung zu den Punkten 3 und 4 gemeinsam durchzuführen. Erhebt sich hiergegen Wider-spruch? — Das ist nicht der Fall. Dann wird so verfahren.

Punkt 5 der Tagesordnung — Antrag betreffend Streitsachen vor dem Verfassungsgerichtshof des Saarlandes (Übersicht Nr. 4), Drucksache 10/1985 — ist durch die Entscheidung des Verfas-sungsgerichtshofes vom Freitag, dem 9. September 1994, gegen-standslos geworden.

Die CDU-Landtagsfraktion hat beantragt, den Antrag betreffend Aktivitäten zur Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandortes Saarland, der Ihnen als Drucksache 10/1992 vorliegt, in die Ta-gesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen. Wer dafür ist, daß unter gleichzeitiger Verkürzung der Verteilungsfrist der An-trag als Punkt 10 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Wer ist dagegen? — Wer ent-hält sich der Stimme? — Ich stelle fest, daß der Antrag Drucksache 10/1992 als Punkt 10 in die Tagesordnung aufgenommen ist. Gleichzeitig ist die Verteilungsfrist verkürzt.

Es wird vorgeschlagen, wegen des Sachzusammenhanges die Aussprache gemeinsam mit Punkt 1 durchzuführen. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann wird so verfahren.

Die FDP-Landtagsfraktion hat beantragt, den Antrag betreffend Unterrichtsversorgung an saarländischen Schulen, der Ihnen als Drucksache 10/1993 vorliegt, in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen. Wer dafür ist, daß der Antrag als Punkt 11 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Ich stelle fest, daß der Antrag Drucksache 10/1993 als Punkt 11 in die Tagesordnung aufgenommen ist. Gleichzeitig ist die Verteilungsfrist verkürzt.

Wegen des Sachzusammenhanges wird vorgeschlagen, die Aus-sprache gemeinsam mit Punkt 6 durchzuführen. Erhebt sich hier-gegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann wird so ver-fahren.

Die SPD-Landtagsfraktion hat beantragt, den Antrag betreffend Fortsetzung der erfolgreichen Strukturpolitik, der Ihnen als Drucksache 10/1995 vorliegt, in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen. Wer dafür ist, daß unter gleichzeitiger Verkürzung der Verteilungsfrist der Antrag als Punkt 12 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Ich stelle fest, daß der Antrag Drucksache 10/1995 als Punkt 12 in die Tagesordnung aufgenommen ist. Gleichzeitig ist die Ver-teilungsfrist verkürzt.

Es wird vorgeschlagen, wegen des Sachzusammenhanges die Aussprache gemeinsam mit den Punkten 1 und 10 durchzuführen. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann wird so verfahren.

Außerdem hat die SPD-Landtagsfraktion beantragt, den Antrag betreffend das Saarland auf dem Weg ins Solarzeitalter, der Ih-nen als Drucksache 10/1996 vorliegt, in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen. Wer dafür ist, daß unter gleich-zeitiger Verkürzung der Verteilungsfrist der Antrag als Punkt 13 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Ich stelle fest, daß der Antrag Drucksache 10/1996 als Punkt 13 in die Tagesordnung aufgenommen ist. Gleichzeitig ist die Verteilungsfrist verkürzt.

Es wird vorgeschlagen, wegen des Sachzusammenhanges die Aussprache gemeinsam mit Punkt 7 durchzuführen. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann wird so verfahren.

Werte Kolleginnen und Kollegen, der Chef der Staatskanzlei hat mit Schreiben vom 6. September 1994 mitgeteilt, daß der Mini-sterpräsident beabsichtige, in der heutigen Landtagssitzung vor Eintritt in die Tagesordnung eine Regierungserklärung zu dem Thema „Das Saarland hat Zukunft: Forschung und Technologie transfer als Motor des strukturellen Wandels“ abzugeben.

Ich erteile zur Abgabe einer Regierungserklärung das Wort an den Herrn Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Lafontaine:

Herr Präsident! Es befallen mich natürlich viele Erinnerungen, wenn ich daran denke, daß ich zum letzten Mal in dieser Form mich von diesem Pult aus an Sie wende.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die saarländische Lan-desregierung hat im Jahre 1987 eine Sachverständigenkommissi-on für Forschung und Technologie im Saarland unter der Lei-tung der Professoren Dr. Höller und Dr. Schwärtzel einberufen. Die Kommission, bestehend aus Vertretern von Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden, hatte den Auftrag, der Landesregie-rung Orientierungshilfen für eine zukunftsweisende Forschungs- und Technologiepolitik zu geben. Wir hatten damit auf eine vor-gefundene Situation reagiert, die gekennzeichnet war von einem nahezu vollständigen Verzicht auf das, was für einen erfolgrei-chen Strukturwandel heute unverzichtbar ist: auf eine For-schungsinfrastruktur, die als Motor der wirtschaftlichen, aber auch der geistigen Entwicklung einer Industrieregion wirkt.

Wir sind den Empfehlungen der Sachverständigenkommission gefolgt, soweit es finanziell und von der Technik her in unseren Möglichkeiten stand. Damit waren wir in überraschend kurzer Zeit erfolgreich. Wir haben einen massiven Aufbau von For-schung und Entwicklung in unserem Lande erreicht.

Die Zeit ist jetzt gekommen, zur besseren wirtschaftlichen Nut-zung der Forschungsinfrastruktur erneut eine Sachverständigen-kommission einzuberufen, vor allem im Hinblick auf den Tech-nologietransfer. Es wird in Gesamtdeutschland festgestellt, daß wir hervorragende Arbeiten haben auf dem Gebiet der For-schung, insbesondere auf dem Gebiet der Grundlagenforschung, daß es aber immer noch daran mangelt, Wege und Organisati-onsmodelle zu finden, um diese Ergebnisse sehr schnell in der Wirtschaft umzusetzen. Daher wird diese Kommission die Auf-

(Ministerpräsident Lafontaine)

gabe haben, die Ergebnisse der bisherigen Aufbauarbeiten zu bewerten, die Vorschläge der ersten Sachverständigenkommission inhaltlich weiterzuentwickeln und insbesondere in Fragen eines wirksamen Technologietransfers zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu beraten. Sie soll konkrete Vorschläge für einen beschleunigten Technologietransfer entwickeln. Dabei sollen ökologische Aspekte ebenso wie mögliche Beiträge der Geistes- und Sozialwissenschaften für eine sozialverträgliche Modernisierung der saarländischen Wirtschaft berücksichtigt werden.

Auch die Kontinuität der bisherigen Entwicklung soll gewahrt werden. Neue Schwerpunkte sollen im Bereich des Technologietransfers gebildet werden mit dem Ziel, neue, zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen. Daher wird diese Sachverständigenkommission ihren Schwerpunkt im Spannungsfeld Forschung — Technologietransfer — Arbeit haben. Den Vorsitz wird erneut Herr Professor Dr. Schwärtzel übernehmen, dem ich auch an dieser Stelle dafür den herzlichen Dank der Landesregierung aussprechen möchte.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, mit dem Aufbau unserer Forschungsinfrastruktur ist uns der Sprung nach vorn gelungen. Wir müssen uns aber darüber im klaren sein, daß sich der Erfolg letztlich daran bemißt, ob es gelingt, die Ergebnisse der Forschung überwiegend im eigenen Land umzusetzen. Investitionen in die Forschung zahlen sich für uns alle aus, wenn produktive und auf Dauer sichere Arbeitsplätze geschaffen werden können. Forschungs- und Entwicklungspolitik müssen in eine umfassende und aktive Beschäftigungspolitik eingebunden sein. Zu ihrem Umfeld gehören eine abgestimmte Ansiedlungspolitik der kurzen Wege ebenso wie etwa gezielte Anstrengungen in der Bildungspolitik, um den hohen Qualifikationsstandard der Saarländerinnen und Saarländer zu erhalten und den neuen Erfordernissen anzupassen.

Wenn ich von einer abgestimmten Ansiedlungspolitik der kurzen Wege spreche, so möchte ich Ihnen nicht vorenthalten, was ein Anteilseigner der Gutbrod AG in Saarbrücken bei einem Vortrag vor etwa 400 hessischen Unternehmerinnen und Unternehmern, den er vor kurzer Zeit gehalten hat, zur saarländischen Politik gesagt hat: „Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, daß im Saarland eine Wirtschaftspolitik der erfreulich kurzen Wege praktiziert wird. Das haben wir zum Beispiel bei Gutbrod erlebt. Eine so zupackende und entscheidungsfreudige Wirtschaftspolitik wie hier ist nicht überall in Deutschland selbstverständlich.“

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, gerade weil es letztlich darum geht, unserem Land eine sichere wirtschaftliche Basis zu erhalten, muß unsere Forschungspolitik anwendungsorientiert sein. Der Wissens- und Technologietransfer hat daher Priorität. Und deswegen wollen wir uns von Sachverständigen beraten lassen, wie er speziell im Saarland optimiert werden kann.

Es wäre aber ein Irrtum zu glauben, daß allein der Staat gefragt ist. Die wirtschaftliche Anwendung von Forschungsergebnissen ist auch und in erster Linie Sache der Unternehmen. Ohne deren Bereitschaft, den Dialog mit der Forschung aufzunehmen, sowohl von ihr zu lernen als auch ihr Hinweise für lohnende Ziele zu geben, blieben unsere Anstrengungen ohne den gewünschten Erfolg. Hier haben vor allem die Kammern und Verbände eine wichtige Rolle zu spielen.

Von Forschungsseite ist manchmal eine gewisse Enttäuschung zu hören, daß sie von der Wirtschaft nicht recht angesprochen wird. Das liegt natürlich zum Teil daran, daß die saarländische Wirtschaft die gesamte Breite möglicher Anwendungen gar nicht abdecken kann, obwohl wir uns bei unseren Ansiedlungsbemühungen auch darauf konzentrieren und daran orientieren.

Aber zum Teil ist die Enttäuschung vielleicht begründet. Wir werden noch mehr darum werben müssen, die Wirtschaft vom Vorteil einer engen Zusammenarbeit mit der Forschung zu über-

zeugen. Umgekehrt ist auch immer wieder darauf hinzuwirken, daß die Forschung unbefangen auf die Wirtschaft zugeht. Auch unter diesem Gesichtspunkt verspreche ich mir von der Arbeit der Kommission, in der viele Praktiker sein werden, wichtige Hinweise und Anregungen.

Meine Damen und Herren, wenn wir über Erfordernisse, Erfolge und Bedürfnisse einer zukunftsweisenden Forschungs- und Technologiepolitik diskutieren, müssen wir auch ein Wort zur Forschungsförderung in der Bundesrepublik allgemein sagen.

Schlüsselindikatoren zur Forschungsförderung und zur Entwicklung der Forschungsintensität bestätigen Befürchtungen für die Zukunft des Standortes Deutschland angesichts eines existentiellen Innovationswettlaufes unter allen Industrienationen, die heute auf den Weltmärkten in einem Ausmaß konkurrieren — dies ist ein neues Problem neuer Dimensionen —, wie das früher niemals der Fall war.

Seit 1982 stagniert der Anteil der Forschungsförderung am Etat des Forschungsministers. Real ist er um 18,3 Prozent gesunken. Die Mittel für direkte Projektförderung gingen von 1982 bis 1994 um 400 Millionen DM zurück. Der Trend geht nach unten. Heute machen die Mittel für Forschung — erstmals seit zwanzig Jahren — nur noch 1,9 Prozent des Bundeshaushaltes aus; viel zu wenig für ein Land, dessen Reichtum nicht auf natürlichen Bodenschätzen, sondern auf seiner Innovationskraft basiert. Deutschland hat sich seinen führenden Platz unter den Industrienationen in der Welt dadurch erstritten, daß immer wieder hervorragende Forscher, Wissenschaftler und Erfinder Produkte entwickelt haben, die wir weltweit vermarkten können.

Der Bundesanteil für die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau bleibt weit hinter den Erfordernissen des Universitätsausbaus zurück und gefährdet die Zukunft der Hochschulen. Dies ist ein Streit, den alle Bundesländer unabhängig von ihrer jeweiligen Regierungszusammensetzung mit dem Bund führen.

Zur unzureichenden Finanzausstattung des Forschungshaushalts tritt eine — wie wir meinen — unausgewogene Prioritätensetzung. Bereiche wie die Wehrforschung und -technik, die benannte Weltraumtechnik, die Fusionsforschung oder auch die Elementarteilchenphysik nehmen ein sehr großes Gewicht ein. Wichtige Zukunftsfelder wie die Informationstechnik, die Mikrosystemtechnik, die Materialforschung, die Biotechnologie sowie der Bereich der Vorsorgeforschung mit der Umwelt- und Gesundheitsforschung und insbesondere die Forschungsanstrengungen zur Erschließung des Solarzeitalters sind zu nennen. Diese Bereiche stagnieren oder weisen unzureichende Wachstumsraten auf.

Wir müssen festhalten, meine Damen und Herren, daß der einstige Spitzenplatz der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der wissenschaftlichen und technologischen Leistungsfähigkeit heute gefährdet ist. Es ist daher Zeit, daß wir diese Entwicklung sehen und daß wir die notwendigen Schritte einleiten, um einen sich abzeichnenden Trend wieder umzukehren.

(Beifall bei der SPD.)

Auch hier an der Saar haben wir lange Zeit der Forschung und Entwicklung nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet. Bis 1985 lagen wir an der letzten Stelle aller Bundesländer. Ich rufe die Zahlen in Erinnerung. Der Anteil spitzentechnologischer Bereiche an der Gesamtzahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe betrug 1985 in der Bundesrepublik 9,0 Prozent, im Saarland 1,8 Prozent. Der Anteil der Hochtechnologie betrug bundesweit 20,3 Prozent, bei uns 10,4 Prozent. Damit schnitt das Land im Vergleich zu allen anderen Bundesländern am schlechtesten ab. Der Bestand gemeinschaftsfinanzierter Forschungseinrichtungen war — mit Ausnahme des Fraunhofer-Instituts für zerstörungsfreie Prüfverfahren — Null.

Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes war nach unserer Überzeugung durch diese Entwicklung in Gefahr gekommen. Um sie zurückzugewinnen, haben wir die notwendigen Weichen rasch

(Ministerpräsident Lafontaine)

— und erfolgreich — umgestellt. In meiner Regierungserklärung vom 6. Mai 1987 zur Forschungs- und Technologiepolitik hatte ich darauf hingewiesen, daß unter Berücksichtigung des engen finanziellen Spielraumes — wir konnten damals noch nicht unseren historischen Erfolg der Teilschuldung vorwegnehmen — Prioritäten gesetzt und die Anstrengungen auf die Förderung ausgesuchter Schwerpunkte konzentriert werden müssen. Dabei stand eine Strategie der Technologieförderung im Vordergrund, die kurzfristige Erfolge versprach, ohne jedoch die Aspekte einer mittel- bis langfristigen Entwicklungsstrategie zu vernachlässigen.

Lassen Sie mich die enorme Aufbauleistung, an der sich viele beteiligt haben — auch viele Wissenschaftler und die Universität, denen ich dafür hier herzlich danken möchte; einige sind ja heute hier —, kurz skizzieren. Trotz unserer Sparzwänge haben wir die Gesamtwissenschaftsausgaben des Landes von 1985 bis 1992 von 462 Millionen DM auf 635 Millionen DM erhöht. In den saarländischen Hochschulen wurden für Lehre und Forschung gezielt ingenieurwissenschaftlich-technische Bereiche ausgebaut. Innerhalb und außerhalb der Hochschulen wurden in den letzten Jahren eine Reihe leistungsfähiger Forschungseinrichtungen bzw. -schwerpunkte gegründet. Bei unserem Amtsantritt gab es gerade eine selbständige Forschungseinrichtung. Heute sind es bekanntlich elf.

(Beifall bei der SPD.)

Diese Einrichtungen konnten in der kurzen Zeit ihres Bestehens gerade wegen der engen Zusammenarbeit mit Universität und Fachhochschule sowie durch enge Zusammenarbeit untereinander einen beachtlichen Ruf weit über die Landesgrenzen hinaus erzielen, und sie haben durch ihre Anwendungsnähe zur Entwicklung innovativer Verfahren beigetragen.

Die Saarbrücker Informatik zum Beispiel nimmt ohne Zweifel in Deutschland eine Spitzenposition ein. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, daß drei Professoren des Fachbereiches für ihre Forschungsleistungen den Leibniz-Preis erhalten haben, der als höchste Auszeichnung auf diesem Gebiet gilt. Die internationalen Stars der Informatik gehen hier bei uns an der Saar ein und aus.

(Beifall bei der SPD.)

Ein anderes Beispiel. Das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz, dem schon in der Vergangenheit viele Preise verliehen wurden, konnte in jüngster Zeit gleich drei höchste Auszeichnungen auf internationaler Ebene erzielen. Die Europäische Konferenz für Künstliche Intelligenz wählte die Arbeiten der Saarbrücker Forscher aus 450 eingereichten Vorschlägen bei 39 beteiligten Ländern als beste wissenschaftliche Leistungen in Europa aus, und darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der SPD.)

Oder ein anderes Beispiel. Das Institut für Neue Materialien präsentiert mit seinen anwendungsreifen nano-kristallinen Beschichtungen weltweit eine Spitzentechnologie. Von strategischer Bedeutung ist darüber hinaus die Schaffung eines gerade genehmigten Sonderforschungsbereichs der Deutschen Forschungsgemeinschaft „grenzflächenbestimmte Materialien“. Es war logisch, daß wir aufgrund unserer industriellen Geschichte auch der Materialforschung hier an der Saar einen besonderen Schwerpunkt eingeräumt haben.

In den Materialwissenschaften beispielsweise werden neben dem Ausbau bestehender Forschungsbereiche neue Forschungsschwerpunkte gebildet, so im Bereich der Produktionstechnologien. Mehrere Graduiertenkollegs für hochqualifizierte Nachwuchskräfte, so zum Beispiel in der Informatik und bei Erfahrungswissenschaften, wurden errichtet, weitere sind in Vorbereitung.

Beim Aufbau der Forschungslandschaft haben wir uns von dem Wissen leiten lassen, daß neue Märkte und neue Arbeitsplätze nur dort entstehen, wo technologische Spitzenleistungen von der

Wirtschaft erfolgreich aufgegriffen und zu innovativen Produkten und Verfahren umgesetzt werden. Daher haben wir höchste Priorität auf die enge Verknüpfung von Forschung und Anwendung in der Wirtschaft gelegt. Ich nenne hier vor allem den Ausbau des Technologietransfers zur Erleichterung des Zugangs von kleinen und mittleren Unternehmen zu neuen Technologien oder die flankierende Unterstützung mittelständischer Unternehmen bei der Entwicklung, der Herstellung und dem Einsatz technologischer neuer Produkte und Verfahren im Rahmen unserer Wirtschaftsförderungs-, Technologie- und Qualifizierungsprogramme.

Seit 1994 haben wir dieses Instrumentarium ausgeweitet. Vorher war es nur auf bereits am Markt etablierte Unternehmen zugeschnitten. Heute können auch technologieorientierte Existenzgründer und Jungunternehmen davon profitieren. Gerade für diese Zielgruppe ist es ja so wichtig, die Ergebnisse wirtschaftsrelevanter Forschung nutzen zu können. Dazu zählt die massive Unterstützung von jungen Forschern, die bereit sind, das Wagnis einer selbständigen Existenz auf sich zu nehmen, um ihre eigenen Forschungs- und Entwicklungsergebnisse zu vermarkten.

Ich sage hier an die Adresse einiger, die in unserem Lande in der Forschung tätig sind, da ich häufiger angesprochen wurde, das Land ist bereit, solchen jungen Forschern beim Start Hilfe zu geben. Sie müssen nur telefonieren, wenn es da einmal klemmt. Solange es vertretbar ist und die Bewertung des Vorschlags vernünftig erscheint, werden wir hier auch unbürokratisch Hilfe leisten.

(Beifall bei der SPD.)

Diesen Jungunternehmern wird auch während der riskanten Anlaufphase Hilfe angeboten. Wir haben dieses Programm durchgehalten, als der Bund Anfang der neunziger Jahre aus seiner Existenzgründungsförderung ausgestiegen ist. Die jetzt auf der Basis von Kapitalhilfe wieder eingeführten Programme des Bundes sind richtig. Man hätte sie gar nicht erst aussetzen dürfen. Es ist einfach notwendig, daß wir uns stets der besonderen Bedeutung der Forschung für unsere ökonomische und wirtschaftliche Entwicklung bewußt bleiben.

Ebenso war es verfehlt, die steuerlichen Vorteile, die Erfinder von der Nutzung ihrer Erfindung haben, zu streichen. Dies sollte wieder rückgängig gemacht werden. Ebenso ist es verfehlt, in Zeiten zurückgehender Patentanmeldungen öffentlich Pläne zu diskutieren, Patentgebühren zu erhöhen. Ich begrüße es, daß die Bundesregierung von diesem Vorhaben wieder Abstand genommen hat.

Außerdem haben wir zur gezielten Ausschöpfung der Transfermöglichkeiten Existenz- und Gründerzentren mit unterschiedlicher Ausrichtung geschaffen bzw. gefördert. Für die Technologie- und Gründerzentren in Saarbrücken, Püttlingen und St. Ingbert wurden seit 1985 bei einem Gesamtbauvolumen von knapp 40 Millionen DM ca. 30 Millionen DM Fördermittel aufgewandt. Damit konnten ca. 15.000 qm Büro- und Produktionsfläche bereitgestellt werden.

Das Saarbrücker Innovations- und Technologiezentrum (SITZ) auf dem Burbacher Hüttengelände als größte Einrichtung dieser Art beherbergt inzwischen 40 Unternehmen.

(Zuruf.)

Auf dem ehemaligen Heckel-Gelände natürlich. Es ist mir nur aufgefallen, weil ich das Ding selbst gegründet habe. Aber vielen Dank für den Zwischenruf.

Die derzeitigen Schwerpunkte des Auf- und Ausbaus von Technologie- und Gründerzentren liegen in Völklingen, St. Ingbert und St. Wendel. Mit absehbaren Kosten von weiteren 20 Millionen DM werden hier zusätzliche 9.000 qm Büro- und Produktionsfläche für Gründer und Jungunternehmer geschaffen. Die Verzahnung von Forschungs-, Technologie- und Wirtschaftspolitik trägt nach nur wenigen Jahren Früchte.

(Ministerpräsident Lafontaine)

Die Industrie- und Handelskammer, die lange Jahre eher retardierend gewirkt hat, was den strukturellen Wandel angeht — ich erinnere an die Auseinandersetzungen zwischen Stumm und Röchling um den Wasserstraßenanschluß oder an die Zeiten von Schluppkotten, in denen auch der Regierungschef von hier aus die Ansiedlung neuer Betriebe als nicht wünschenswert bezeichnet hat —, hat jetzt umgeschaltet und hat sich dem Ausbau der Forschungsinfrastruktur ohne jede Einschränkung gewidmet und unterstützt unsere Arbeit.

Sie würdigt auch unsere Arbeit. Ich zitiere: „Die in den vergangenen Jahren aufgebaute Forschungs- und Entwicklungslandschaft um Universität und Fachhochschule gewinnt sehr schnell und merklich an Schärfe im Standortprofil dieses Landes. Wo heute geforscht wird, wird morgen entwickelt und übermorgen investiert mit der Folge der Gründung von neuen unternehmerischen Aktivitäten und der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Daß sich diese Gleichung auch im Saarland nunmehr immer stärker verwirklicht, gehört ohne Frage zu den neuen Stärken dieser Region.“

Schnelle Wege, aber Forschung, Entwicklung und Investitionen, das sind die Prinzipien des strukturellen Wandels, auf die wir setzen wollen.

(Beifall bei der SPD.)

Ich zitiere weiter die Industrie- und Handelskammer: „Wer etwa auf der CeBit oder der Industriemesse in Hannover Neues aus der Forschung der Universität und der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes zur Kenntnis nimmt, erfährt hier in konzentrierter Form die Vorzüge des eingetretenen Strukturwandels.“

Es war ebenfalls die Industrie- und Handelskammer des Saarlandes, die vor Jahresfrist erstmals die bisherigen Auswirkungen der Forschungslandschaft auf den Arbeitsmarkt in einem der Schlüsselbereiche berechnet hat. Danach wurden seit 1985 mehr als 50 neue EDV-Firmen mit rund 1.000 Arbeitsplätzen im Saarland gegründet. Professor Schmidt, der Direktor des Instituts für Neue Materialien, wagte sogar die Prognose, daß bei entsprechender Entwicklung der Rahmenbedingungen allein die Forschungsarbeit seines Instituts in den nächsten Jahren — ich zitiere mit aller Behutsamkeit und allem Vorbehalt — „einige tausend neue Arbeitsplätze“ bringen kann. Daß dies auch auf Voraussetzungen beruht, die von seiten unserer Wirtschaft zu erfüllen sind, habe ich bereits erwähnt.

Ich darf noch den geschäftsführenden Gesellschafter der Optischen Fabrik Rupp & Hubrach aus Bamberg zitieren — Sie werden Verständnis dafür haben, daß wir das auch bekannt machen müssen —, der anläßlich des Produktionsbeginns weitestgehend kratzfesten Brillengläser aus Kunststoff, die mit Hilfe des Instituts für Neue Materialien auf der Basis der Nanotechnologie entwickelt wurden, erklärte: „Ich bin überzeugt, daß mir viele Industrieunternehmen zustimmen werden, wenn ich der Regierung des Saarlandes (...) unseren Dank und unsere Anerkennung dafür ausspreche, daß Sie dieser Forschungseinrichtung ein Modell für die effizientere Kooperation zwischen Spitzenforschung und Industrie in Deutschland ermöglicht haben (...). In diesem Sinn kann ich den Unternehmen im Saarland dazu gratulieren, daß sie diese Denkfabrik INM direkt vor der Haustür haben. Sie genießen damit einen exklusiven Standortvorteil.“

Sie werden verstehen, daß neben dem Zeugnis des Anteilseigners von Gutbrod das Zeugnis dieses Unternehmers für unsere Standortpolitik wichtig ist, daß wir darauf stolz sind und daß dies auch eine Anerkennung der Arbeit des Wirtschaftsministers und des Wissenschaftsministers darstellt.

(Anhaltender Beifall bei der SPD.)

Der Unternehmer fährt fort: „Wir bei R & H können uns vorstellen, nach dem Abschluß weiterer Entwicklungen die Umsetzung, also die Produktion in der Umgebung des Instituts für Neue Materialien einzurichten und damit Arbeitsplätze in Saar-

brücken zu schaffen. Und ich bin überzeugt, daß auch andere Technologieunternehmen künftig die Nähe des Know-hows in ihre Standortüberlegungen mehr und mehr einbeziehen werden.“

Gerade die Beschichtungstechnik des Instituts für Neue Materialien ist ein Beispiel dafür, wie durch eine gezielte Werkstoffentwicklung neue Bereiche erschlossen werden können, die zu hohen Produktinnovationen führen. Mit der maßgeschneiderten Entwicklung werden zwei Dinge erreicht. Dies ist einmal die hohe spezifische Produktinnovation beim Anwender als Kunden, und es ist weiterhin die Möglichkeit zur Teilhabe an der Wertschöpfung durch Mitentwicklung geeigneter Produkte und Technologien.

Als ein anderes Beispiel für den Zusammenhang zwischen Forschung und wirtschaftlicher Chance nenne ich das St. Ingberter Fraunhofer-Institut für Biomedizinische Technik. Es entwickelt derzeit unter dem Namen „Sonochip“ eine neue Generation von Ultraschallsensoren für die medizinische Diagnostik. Nach erfolgreichem Abschluß der umfangreichen und anspruchsvollen Entwicklungsarbeiten wird es beispielsweise möglich sein, dreidimensionale Bilder eines schlagenden Herzens zu erzeugen. Der Sonochip ermöglicht eine Reihe neuer und insbesondere wesentlich verbesserter Ultraschallabbildungsverfahren. Er bedeutet einen Quantensprung in der Ultraschalldiagnostik. Herr Professor Gersonde ist hier. Ich darf Ihnen und Ihren Mitarbeitern auch von dieser Stelle auf Ihrem Weg viel Erfolg wünschen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD.)

Die vor einem Jahr begonnene Sonochipentwicklung wird derzeit im Labor getestet. An diesem international sehr beachteten Projekt der Wissenschaftler und Ingenieure des St. Ingberter Fraunhofer-Instituts beteiligten sich sechs herausragende Ultraschalllabors in den Vereinigten Staaten und in Kanada sowie drei weitere Fraunhofer-Institute für Mikroelektronik in Duisburg und Berlin. Die Entwicklung in St. Ingbert wurde durch den von der Landesregierung und der saarländischen Industrie geförderten Aufbau der Mikrosystemtechnik am St. Ingberter Fraunhofer-Institut ermöglicht. Ich danke auch an dieser Stelle der Industrie dafür, daß sie sich in dieser Form mit eigenen Beiträgen in die Forschungspolitik des Landes positiv und aktiv einschaltet.

(Beifall bei der SPD.)

Erst diese Initiativen gaben den Ausschlag für das Entstehen eines zweiten Fraunhofer-Instituts an der Saar.

Vorangetrieben wird die Sonochipentwicklung auch durch eine Außenstelle des St. Ingberter Fraunhofer-Instituts in Sulzbach, wo sich derzeit die entsprechende Sensorproduktionstechnik im Aufbau befindet. Ziel dieser Einrichtung ist es, schon zu Beginn des Produktionsverfahrens sicherzustellen, daß die Technik nach Abschluß der Entwicklung verfügbar und die Produktionskosten kalkulierbar sind. Das ist das Neue an dieser Vorgehensweise. Während die Forschung und Entwicklung noch im Gang ist, versucht man schon, die Produktion zu planen und Kosten zu ermitteln, um dadurch die zeitlichen Wege zu verkürzen. Vom Ergebnis der Forschung hinein in die Produktion — ich glaube, den innovativen Ansatz hier kann man gar nicht hoch genug einschätzen.

Zur unmittelbaren Umsetzung und Vermarktung dieser Entwicklung im medizinischen Bereich wurde die Sonochip-Technologie GmbH gegründet. Damit verbleibt die Produktion bei uns im Land, und es entstehen neue, hochwertige Arbeitsplätze.

Die Sonochipentwicklung in St. Ingbert, verbunden mit den Produktions- und Vermarktungsmöglichkeiten, besitzt Leitcharakter. Gerade im Bereich der Ultraschalltechnik ist in Deutschland und in Europa eine Lücke entstanden. Sie zu füllen ist eine große Chance für die Region. Die konsequente Nutzung dieser Chance bedeutet einen technologischen Vorsprung vor unseren Hauptkonkurrenten Japan und den Vereinigten Staaten auf einem wichtigen Sektor, der Sensortechnik. Den bereits erzielten Entwicklungsvorsprung gilt es zu sichern und weiter auszubauen. Die Landesregierung will das Ihrige dazu tun, und ich bin sicher, daß auch die Wirtschaft uns weiterhin dabei begleitet.

(Ministerpräsident Lafontaine)

Durch die Technologie der Fraunhofer-Gesellschaft wird das Saarland zum interessanten Standort für Unternehmen aus aller Welt. Ich zitiere Herrn Professor Gersonde: „Unsere Projekte machen wir in der ganzen Welt, unsere Arbeit im Saarland.“

Ein Beispiel für positive Impulse für den Arbeitsmarkt ist auch das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz. Die von diesem Zentrum entwickelten Systeme zum Aufbau von Multimediainformationen und zum leichten Zugang zu den entstehenden Informationsautobahnen führen zu einem riesigen Bedarf an Wissensträgern aus allen Branchen, die gezielt Multimediainformation für diese Netze aufbereiten und dort einspeisen. Hier hat der Dienstleistungssektor enorme Wachstumschancen. Von meinen Begegnungen mit den führenden Repräsentanten der Region Lothringen kann ich sagen, daß wir uns immer einig darüber sind, daß wir einen Informationsdatenbahnanschluß zwischen Lothringen und dem Saarland bauen müssen. Es geht eben nicht nur um Eisenbahnen und Autobahnen, es geht in Zukunft verstärkt auch um Informationsautobahnen.

(Beifall bei der SPD.)

Im übrigen möchte ich in diesem Zusammenhang bewußt auch unsere Kunsthochschule erwähnen, die vielleicht nicht von jedem in diesen Zusammenhang gestellt wird. Ich freue mich sehr darüber, daß entsprechend unseren Intentionen und Zielsetzungen der hiesige Fachbereich Design mit der hiesigen Wirtschaft sehr gut zusammenarbeitet. Ich freue mich darüber vor allem, weil es zeigt, daß auch die ästhetische Seite, die ja jeder Produktion innewohnt, hier an der Saar erkannt, positiv aufgenommen und weiterentwickelt wird.

(Beifall bei der SPD.)

Hiermit steht die Kunsthochschule in der guten Tradition der alten Werkkunstschule. Es kamen ja einige Leute aus dem Bauhaus; ich brauche das nicht weiter zu vertiefen. Aber das ist genau das, was damals an der Wiege der Werkkunstschule stand: die Übertragung der Ästhetik auf die Dinge des Alltags, auf die Architektur, aber auch auf die Produkte und die industrielle Produktion.

Herausragende Beispiele dafür, wie die Ergebnisse der Forschung wirtschaftlich umgesetzt werden, sind auch das Zentrum für innovative Produktion und das Institut für umweltkompatible Prozeßtechnik, kurz UPT. Im Vordergrund ihrer Zielsetzungen steht die enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und die Entwicklung wirtschaftlich nutzbarer Problemlösungen im Bereich innovativer Produktion bzw. umweltkompatibler Prozeßtechnik.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich am Beispiel der Gesellschaft für umweltkompatible Prozeßtechnik zeigen, welche Chancen sich bieten, wenn man neue Entwicklungen erkennt und rasch darauf reagiert.

Wir haben 1993 als erstes Bundesland ein Umwelt-Audit-Programm aufgelegt, das inzwischen anderen Bundesländern als Vorbild dient, und wir haben dafür eine eigene Gesellschaft, eben die UPT. Nach einer Verordnung der Europäischen Union können sich Unternehmen ab April 1995 durch ein amtliches Zeugnis bestätigen lassen, daß sie sich umweltgerecht verhalten. Mit Hilfe der Gesellschaft für umweltkompatible Prozeßtechnik bereiten wir die Unternehmen auf die entsprechende Prüfung vor. Ein Zeugnis über die erfolgreiche Prüfung wird künftig im Wettbewerb eine große Rolle spielen, weil immer mehr Kunden beim Kauf eines Produktes auch auf seine Umweltverträglichkeit achten. Insbesondere jetzt, solange die Prüfung noch freiwillig ist, bietet ein solches Zeugnis die Chance, sich gegenüber den Mitbewerbern zu profilieren. Aber auch für Zulieferer ist die Umweltbetriebsprüfung wichtig. Künftig werden sie bei zertifizierten Unternehmen nur noch dann als Lieferanten berücksichtigt, wenn sie selbst erfolgreich geprüft sind.

Die Umweltprüfung hat für die Unternehmen auch noch einen Kostenvorteil. Durch die Herstellung von Gütern werden automatisch Schadstoffe erzeugt, die die Umwelt belasten. Für die

Entsorgung fallen immer höhere Abgaben und Gebühren an. Verfahren zur Senkung oder Vermeidung der Schadstoffe verringern diese Kosten unmittelbar.

Die Arbeit der Wissenschaftler der UPT geht weit über eine reine Ist-Aufnahme hinaus. Durch die Beteiligung aller wissenschaftlichen Fachrichtungen ist die UPT in der Lage, ganzheitliche Lösungsansätze für betriebliche Probleme anzubieten. Auch dies ist ein wirklich neuer Ansatz. Wie es begrüßenswert ist, daß man schon zu Zeiten der Forschung versucht, Ergebnisse in die Produktion, in die Kostenrechnung der Produktion und damit fast schon in die Vermarktung umzusetzen, so ist es sinnvoll, an dieser Stelle unter ökologischen Aspekten für industrielle Produktionsverfahren verstärkt ganzheitliche Lösungsansätze anzugehen. Ich glaube, daß hier ebenfalls ein wichtiger innovativer Bereich von der Saar aus entwickelt und angegangen werden kann.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wie an der Saar der Strukturwandel angepackt wird, wie Forschung, Ökologie und wirtschaftliche Entwicklung zusammengehen. Mit unserem Umwelt-Audit-Programm und der UPT wird nicht nur etwas ganz Wichtiges für den Umweltschutz getan. Es entwickeln sich auch hochspezialisierte Dienstleistungen in einem zukunftssträchtigen und wachsenden Sektor.

Meine Damen und Herren, ich habe gestern unser saarländisches Zukunftsentwicklungsprogramm vorgestellt. Hier wollen wir ein Investitionsvolumen von jährlich 100 Millionen DM mobilisieren, das seinerseits neue Entwicklungen in Forschung und wirtschaftlicher Anwendung anstoßen soll, vor allem natürlich zum Wohl unserer Umwelt, aber auch zur Verbesserung der Zukunftsfähigkeit unserer heimischen Wirtschaft. Insbesondere versprechen wir uns etwas von unserem Markteinführungsprogramm für erneuerbare Energien sowie von den geplanten Demonstrationsobjekten für Windkraftnutzung, für Restholz-Heizkraftwerke sowie für die solare Nah- und Fernheizung.

Auch an dieser Stelle kann man die Bedeutung einer innovativen Politik für das Ansehen unseres Landes klarmachen. Viele Menschen — und ich habe jetzt in anderem Zusammenhang Gelegenheit, vor vielen Menschen in Deutschland zu sprechen — denken, wenn sie das Wort Saarland hören, an Kohle und Stahl. Wenn man sie darauf aufmerksam macht, daß wir die höchste Installationsdichte an Solaranlagen an der Saar haben, löst man zunächst ungläubiges Staunen aus. Aber solche Entwicklungen, an denen viele beteiligt waren, werben für unseren Standort und sollten von allen ohne Neid begrüßt werden.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn wir unsere Umweltprobleme meistern und zugleich den technologischen Vorsprung nicht verlieren wollen, dem wir unseren Wohlstand verdanken, müssen wir Forschungs- und Markteinführungsprogramme dieser Art auflegen. Gerade im Bereich der erneuerbaren Energien macht sich das Fehlen einer zukunftsorientierten Forschungspolitik auf Bundesebene schmerzlich bemerkbar. Es ist daher notwendig, daß wieder an Programme der achtziger Jahre angeknüpft wird, in denen ökologische Investitionen besonders steuerfreundlich behandelt wurden. Damals wurden auf Bundesebene auch für den privaten Verbraucher ganze Programme aufgelegt, um Energieeinsparinvestitionen zu befördern. Es ist auch notwendig — ich denke an die Kraft-Wärme-Koppelung —, daß wir an die ehemals vorhandenen Programme zur Energieeinsparung wieder anknüpfen, von denen unser Land besonders profitiert hat.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, wir werden den saarländischen Strukturwandel durch professionelles Schnittstellenmanagement in den kommenden Jahren vorantreiben. Unser Land hat als Land der kurzen Wege — wir müssen mit diesem Vorteil werben — beste Voraussetzungen, die Kommunikation zwischen Hochschulen, Forschung und Wirtschaft zu verbessern. Dabei werden

(Ministerpräsident Lafontaine)

wir in den kommenden Jahren den Schwerpunkt auf die folgenden vier Ziele legen: erstens auf den Ausbau und die Stärkung des vorhandenen Forschungs- und Entwicklungspotentials, zweitens auf die Verbesserung der Verwertungsbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes, drittens auf die Herstellung räumlicher Nähe für den Technologietransfer und viertens — wie schon in der Vergangenheit — auf die Einbringung des Sachverständigen von Industrie und Wirtschaft.

Grundlegend für uns ist der weitere Ausbau und die Stärkung der Forschungsinfrastruktur. So hat das Institut für Neue Materialien durch den Wissenschaftsrat eine überragende Beurteilung erfahren und wurde für eine Aufnahme in die sogenannte blaue Liste der vom Bund mitfinanzierten Einrichtungen vorgeschlagen. Wegen der Finanzlage des Bundes ist zu befürchten, daß die notwendige Entscheidung auf die lange Bank geschoben wird.

Ich fordere — im Falle des Bestandes dieser Bundesregierung, muß ich in diesen Zeiten relativierend sagen — den Bund auf seiner Verantwortung gerecht zu werden. Das Saarland verfügt als einziges Bundesland bislang über kein Institut der blauen Liste. Der Bund ist gefordert, unserem Land wie allen anderen Bundesländern im Rahmen der gemeinsamen Forschungsfinanzierung gleichwertige Unterstützung zu gewähren. Ich verspreche Ihnen, meine Damen und Herren, daß ich — in welcher Funktion auch immer — diesen Standpunkt mit Nachdruck vertreten werde.

(Beifall bei der SPD.)

Es geht nämlich nach unserer Überzeugung nicht an, daß das Saarland 25 Jahre solidarisch seine Beiträge im Rahmen der Gemeinschaftsfinanzierung erbringt, andererseits aber immer noch auf Gleichbehandlung bei der Förderung warten muß.

Unser eigener finanzieller Spielraum ist wegen unserer nach wie vor schwierigen Haushaltslage begrenzt. Um so notwendiger ist es, Prioritäten zu setzen. Die Förderung muß auf solche Schwerpunkte konzentriert werden, die eine optimale Nutzung aller wissenschaftlichen und technischen Ressourcen sowie die reibungslose Weiterentwicklung der im Lande bereits vorhandenen, vielversprechenden Ansätze in den neuen Technologien gewährleisten.

In diesen Zusammenhang gehört auch der weitere Ausbau der Hochschule für Technik und Wirtschaft. Ein Drittel des bei der Universität einzusparenden Personalbestandes soll dafür eingesetzt werden. Anwendungsnahe Forschung und eine Erweiterung des Fächerspektrums durch Einführung neuer Studiengänge, auch im Hinblick auf den europäischen Arbeitsmarkt, haben dabei Vorrang. Zu nennen sind insbesondere die neuen Studiengänge „Physikalische Technik“ sowie „Energie und Verfahrenstechnik“. Zur Stärkung der europäischen Kompetenz ist der Erwerb von Fachsprachen und allgemeinen Fremdsprachenkenntnissen vor allem für den technischen Bereich weiter auszubauen.

Die Umstrukturierung der Universität wird auf der Grundlage des vereinbarten Entwicklungsplanes konsequent fortgesetzt. Technische Fakultät und Naturwissenschaften werden weiter gestärkt. Ich bedanke mich dafür, daß in der Zwischenzeit in diesem Zusammenhang ein Konsens erreicht werden konnte. Ich danke der Universität für die Verantwortung, die sie mit ihren vielfältigen Möglichkeiten für die Entwicklung unseres Landes übernommen hat. Ich sage das auch gerne in Anwesenheit des Herrn Präsidenten und des Herrn Vizepräsidenten. Vielen Dank für diese Kooperation.

(Beifall bei der SPD.)

Ich möchte auch einmal in diesem Haus die hervorragende Leistung und das große Engagement der Wissenschaftler, Studenten, Diplomanden und Doktoranden sowie der Partner aus der Wirtschaft anerkennen, die hier im Saarland arbeiten; denn Motivation und Engagement sind die wichtigsten Antriebskräfte für den strukturellen Wandel und unseren Fortschritt. Von daher — erlauben Sie mir diesen Nebensatz — appelliere ich noch einmal

an die Mehrheit des Bundestages, den Vorschlag des Verwertungsausschusses die Bafögförderung betreffend zu übernehmen. Ich glaube, ich renne hier in diesem Lande mit einem hohen Anteil an Arbeitnehmerhaushalten offene Türen ein, wenn ich auch aus eigener Erfahrung sage, die Frage, ob jemand eine gute Ausbildung erhält, darf nicht allein vom Einkommen seiner Eltern abhängig sein.

(Beifall bei der SPD.)

Mit Interesse habe ich zur Kenntnis genommen, daß Arbeitsgruppen der Universität vorschlagen, in folgenden Bereichen weitere Profile zu entwickeln: Entwurf, Diagnose und Produktion komplexer technischer Systeme; Zentrum für Produktionstechniken; Umweltanalytik und Umweltprozesstechnik; Zentrum für Werkstoffentwicklung und Wertstoffsynthese; Zentrum für Rastersondentechnologien. Die Landesregierung wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten und nach Prüfung durch die Sachverständigenkommission — die ist hier wirklich gefordert, denn wem aus einzelnen Abteilungen unserer Landesverwaltung will man schon zumuten, diese Vorschläge abschließend zu bewerten — die Realisierung dieser Vorschläge unterstützen und sich bemühen, Drittmittel dafür einzuwerben. Der Ausbau der genannten Forschungsschwerpunkte, orientiert an Entwicklungsbedürfnissen unserer Wirtschaft, liegt im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes.

Neben dem Ausbau der Forschungsinfrastruktur werden wir auch die Verwertungsbedingungen generell verbessern. Das Institut für umweltkompatible Prozesstechnik wird weiter ausgebaut. Seine Zusammenarbeit mit der Wirtschaft wird verstärkt. Das Zentrum für innovative Produktion ist organisatorisch bereits errichtet worden. Die saarländische Wirtschaft hat ihr Interesse, ihre Kooperationsbereitschaft und Unterstützung für dieses Projekt signalisiert. Zur Beschleunigung des Transfers von Forschung in die Anwendung müssen wir stärker die Möglichkeiten von Verwertungsgesellschaften nutzen.

So verfügt z.B. das Institut für Neue Materialien über ein erhebliches Spin-off-Potential, das ohne Aufbereitung oder sonstige vorbereitende Maßnahmen von Dritten nur schwer verwertet werden kann. Dieses Potential würde ohne zusätzliche Initiativen daher weitgehend ungenutzt bleiben. Der Aufbau einer geeigneten Verwertungsstruktur liegt nicht nur im Interesse des Landes und seiner wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch im Interesse des Institutes selbst. Über die Verwertungsgesellschaft fließen Mittel an das Institut zurück. Es erhält neue Forschungsaufträge und Kenntnis von den Problemstellungen in der Praxis.

Aus der Abteilung Technologische Umsetzung des Institutes für Neue Materialien hat sich daher eine selbständige Verwertungsgesellschaft gegründet; auch dies ist ein neuer Weg, den wir hier an der Saar beschreiten. Die Gesellschaft heißt „Gesellschaft für Neue Materialien und Technologien mbH“ und ist seit Januar 1994 im Handelsregister eingetragen. Als ersten Geschäftsschwerpunkt hat die Gesellschaft Beschichtungstechnologien und anorganisch-keramische Funktions- und Strukturbauteile festgelegt. Die Nachfrage nach diesen Produkten ist bereits heute so groß, daß nach Einschätzung von Fachleuten mit dem raschen Ausbau und der Schaffung von vielen neuen, hochwertigen Arbeitsplätzen in den nächsten Jahren gerechnet werden kann. Ich hoffe, daß die Wirtschaft die Chancen ergreift, die sich hier bieten.

Meine Damen und Herren, es ist eine der Grundregeln eines erfolgreichen Technologietransfers, die Kommunikation zwischen Forschung und Verwertung durch räumliche Nähe zu fördern. Dieser Grundregel werden wir mit intelligenten Erschließungsprojekten folgen. Voran steht das Projekt „Wissenschaftspark“. Die Landesregierung wird in den kommenden Jahren, unmittelbar angrenzend zur Universität und zu den großen Forschungseinrichtungen, einen Wissenschaftspark mit Entwicklungs- und Forschungszentrum fördern. Dieses Zentrum wird durch seine unmittelbare Nähe zu Forschungseinrichtungen des Landes vor allem solche technologieorientierte Unternehmen anziehen, für die ein intensiver fachlicher Austausch mit hochqualifizierten Wissenschaftlern von besonderer Bedeutung ist.

(Ministerpräsident Lafontaine)

Mit dem Projekt „Eurozone“, das wir gemeinsam mit dem französischen Staat, der Region Lothringen und dem Departement Moselle anstreben, sollen die strategischen Vorteile der kurzen Wege für die Forschung, Entwicklung und den Technologietransfer auch im Saar-Lor-Lux-Raum gebündelt werden. Wir wollen im Rahmen dieses Vorhabens auch die kulturellen Trennwirkungen zwischen Forschungseinrichtungen in Deutschland und Frankreich überwinden. Hier liegt unsere einmalige Chance im enger zusammenrückenden Europa.

Um die Größe der strukturellen Aufgabe deutlich zu machen, will ich nur einmal in Erinnerung rufen, daß wir um die Jahrhundertwende in dieser Region Saar-Lor-Lux ebensoviel Stahl produziert haben wie im gesamten Deutschen Reich. Auch wenn dies nicht mehr so in Erinnerung ist, zeigt dieses Bild doch, welchen strukturellen Wandel diese Region zu leisten hatte unter den Bedingungen der Weltkriege und der dauernden Auseinandersetzungen der Grenzziehung, und es erschließt ein besseres Verständnis der Situation im Saar-Lor-Lux-Raum.

(Beifall bei der SPD.)

Die Machbarkeitsstudie zu diesem Projekt, das im wesentlichen auf die gemeinsame Erschließung von Industrie-, Technologie- und Dienstleistungsparks im Grenzraum hinausläuft, wird in diesen Tagen mit unseren französischen Partnern in Auftrag gegeben. Auch das künftige Interreg-Programm wird die Aktivitäten der Technologietransfereinrichtungen im Saar-Lor-Lux-Raum einschließlich der Universität Kaiserslautern und ihrer Einrichtungen zusammenbinden helfen. Schließlich wollen wir zur Beschleunigung des Technologietransfers erneut auf den Sachverstand aus Industrie und Wirtschaft zurückgreifen, was ich bereits erläutert habe.

Meine Damen und Herren, für unsere wirtschaftliche Entwicklung, für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind wir an der Saar im besonderen auf fortlaufende Innovationen angewiesen. Innovationen spielen sich wesentlich im Dialog zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ab. Aber die Politik muß die dafür notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Sie wird nicht selten als zündender Funke gebraucht.

Ich habe dargelegt, welche Initiativen wir an der Saar bislang ergriffen haben, um diesen Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu unterstützen. Natürlich könnte noch vieles schneller geschehen und zahlreicher sein, aber ich glaube, wir haben entsprechend unseren Möglichkeiten in den letzten Jahren einen erfolgreichen Weg zurückgelegt. Ich habe ebenso dargelegt, was wir in den kommenden Jahren zu tun beabsichtigen unter Ein-schluß unserer Energiepolitik, die ich gestern dargelegt habe. Lassen Sie mich aber hinzufügen, daß der Erfolg unseres Vorhabens gefährdet wäre, bliebe es auf den technologisch-wirtschaftlichen Zusammenhang im engeren Sinne beschränkt. Innovation ist ein Ziel, das zahlreiche gesellschaftliche Bereiche durchdringen muß. Der innovative Prozeß muß sich daher auch aus diesen Bereichen speisen, er muß sich auf innovationsbereite Menschen und innovationsbereite Strukturen verlassen können.

Lassen Sie mich dazu drei Beispiele nennen: das Erziehungs- und Bildungssystem — ich hoffe, daß wir nach den Wahlen weitere Schritte der Verbesserung einleiten können; wir sind auf jeden Fall zu Gesprächen bereit —, die Struktur und der innere Geist der öffentlichen Verwaltungen, schließlich, oft zu wenig beachtet, Kunst und Kultur, die nicht zu Unrecht als weiche Standortfaktoren gelten, weil ihre Lebendigkeit Aufschluß über die Kreativität und das Innovationspotential eines Landes gibt.

(Beifall bei der SPD.)

Nicht von ungefähr beteiligten sich immer mehr Unternehmer als Sponsoren an der Förderung unserer wichtigen Kultureinrichtungen, insbesondere unserer künstlerischen Hochschulen, des Saarland-Museums, des Saarländischen Staatstheaters und an vielen Aktivitäten in unserem Lande. Und dafür danke ich diesen Sponsoren.

Meine Damen und Herren, unsere Politik sieht diese Zusammenhänge und gestaltet sie. Aber wirklich erfolgreich können wir nur sein, wenn wir die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben. Das war in den vergangenen Jahren der Fall. Daher sind wir zuversichtlich, daß es auch in den kommenden Jahren gelingen wird, durch gemeinsame Anstrengung vieler den strukturellen Wandel in unserem Saarland voranzutreiben und die Zukunft unserer Jugend zu sichern.

(Anhaltender Beifall bei der SPD.)

Präsident Herold:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Kollegen Peter Müller.

Abg. Peter Müller (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben am heutigen Vormittag, zumindest für diese Legislaturperiode, eine Premiere erlebt. Während in den vergangenen Jahren dieser Legislaturperiode der Ministerpräsident dieses Landes pro Jahr eine Regierungserklärung als ausreichend angesehen hat, haben wir jetzt innerhalb von vier Monaten bereits die zweite Regierungserklärung vorgelesen bekommen. Die letzte Regierungserklärung datierte vom 11.5.1994; viereinhalb Wochen später waren Wahlen, die Kommunalwahlen und die Europawahl. Heute ist wieder eine Regierungserklärung abgegeben worden; viereinhalb Wochen später sind Wahlen, in diesem Fall die Bundestagswahl und die Landtagswahl. Sicherlich ein Schelm, der Böses dabei denkt! Sicherlich ein Schelm, der einen Zusammenhang zwischen Wahltermin und Regierungserklärung vermutet. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen ganz deutlich: Wäre am 16. Oktober nicht Wahltag, dann wäre uns diese Regierungserklärung am heutigen Tag erspart geblieben.

(Beifall bei der CDU.)

Im Mai haben Sie versucht, über eine Regierungserklärung Punkte zu machen. Der Titel damals lautete anspruchsvoll: Weichenstellung für das nächste Jahrhundert — Strukturwandel durch Innovation und Modernisierung. Das hat eine hohe Erwartungshaltung ausgelöst. Man ging davon aus, daß der Ministerpräsident die Ergebnisse seiner bisherigen Politik bewertet und Zukunftsperspektiven für unser Land eröffnet. Das Ergebnis war eher kläglich. Weder hatte er die Kraft zu einer kritischen Bestandsaufnahme, noch eröffnete er die Perspektiven seiner Politik für die Zukunft. Es war kein Wunder, daß anschließend die Presse kommentierte: Lafontaine ohne Visionen — blasse Regierungserklärung zur Saarwirtschaft.

(Zurufe von der SPD.)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, aus Schaden wird man klug. Nachdem der Ministerpräsident erkannt hatte, daß bei einer breiten Auseinandersetzung über die gesamte Palette der Ergebnisse seiner Politik am Ende allenfalls ein mageres Ergebnis steht, versucht er heute einen anderen Weg zu gehen. Heute wird versucht, einen — sicherlich wichtigen — Teilbereich herauszunehmen und nur über diesen zu diskutieren, alles andere aus der Diskussion außen vor zu halten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses ist die letzte Plenarsitzung des saarländischen Landtages in dieser Legislaturperiode. Dieses ist die Plenarsitzung, die am Ende von zehn Jahren Lafontaine steht. Deshalb meine ich, wenn schon eine Regierungserklärung abgegeben wird, dann wäre es heute an der Zeit gewesen, nach zehn Jahren „Chance für die Saar“ — so haben Sie sich ja 1985 selbst bezeichnet —

(Abg. Schmitt (SPD): Glücksfall für die Saar!)

Bilanz zu ziehen und den Menschen dieses Landes einmal zu erklären, warum trotz zehn Jahren „Chance für die Saar“ das Saarland die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Flächenstaaten hat;

(Lachen bei der SPD)

(Abg. Peter Müller)

das Saarland einen verfassungswidrigen Haushalt hat; das Saarland eine Arbeitslosenquote hat,

(Zurufe von der SPD)

die um die Hälfte höher liegt als im Durchschnitt der anderen Bundesländer; das Saarland im letzten Jahr den höchsten Anstieg der Arbeitslosigkeit in allen Bundesländer hatte;

(Zuruf des Abgeordneten Gruschke (SPD))

das Saarland ein Beschäftigungsdefizit seit 1985 im Verhältnis zur bundesdurchschnittlichen Entwicklung von 40.000 Arbeitsplätzen hat;

(Abg. Schmitt (SPD): Sie reden das Saarland nur schlecht!)

das Saarland auch im letzten Jahr die schlechtesten wirtschaftlichen Wachstumsraten hatte. Das hätte der Gegenstand einer Regierungserklärung am heutigen Tage sein müssen; zehn Jahre Lafontaine — zehn Jahre Stillstand und Rückschritt, dazu hätten Sie heute etwas sagen müssen.

(Beifall bei der CDU.)

Das haben Sie nicht gewagt. Statt dessen versuchen Sie, ein großes Ablenkungsmanöver durch die Beschränkung auf einen Teilbereich zu starten. Ich sage Ihnen ganz deutlich, selbstverständlich werden wir heute mit Ihnen die Fragen der Forschungspolitik und die Fragen des Technologietransfers diskutieren. Aber, Herr Ministerpräsident, wir werden Ihnen die Konfrontation mit Ihrer katastrophalen Heimbilanz nicht ersparen. Es genügt nicht, die Eigenständigkeit des Saarlandes zu beschwören. Wer die Selbständigkeit unseres Landes wirklich will, der muß auch etwas dafür tun; der muß etwas dafür tun, daß dieses Land wirtschaftlich auf die Beine kommt, daß die Menschen in diesem Land Arbeit finden und daß dieses Land endlich Anschluß an die bundesweite Entwicklung findet. In diesen Bereichen haben Sie versagt, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU.)

Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß Sie mittlerweile den Absprung aus der Landespolitik suchen, daß Sie mittlerweile den Versuch machen, sich auf die Flucht vor den Ergebnissen Ihrer eigenen Politik zu begeben, daß für sie das Saarland zur zweiten Wahl wird, daß Sie in diesem Land das Amt des Ministerpräsidenten allenfalls noch als Verlierer wahrnehmen wollen. Sie haben gesagt, Sie wollen Ministerpräsident nur bleiben unter der Voraussetzung, daß die SPD die Bundestagswahl verliert. Herr Ministerpräsident, dieses Land braucht keine Verlierer; dieses Land braucht Gewinner, und deshalb braucht es einen anderen Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zu den Fragen der Forschungspolitik und des Technologietransfers kommen. Natürlich ist es richtig — Ich weiß, daß Ihnen das wehtut, Herr Kollege Leinen. Aber gemacht! Zu Ihnen komme ich auch noch.

(Zurufe. — Unruhe und Sprechen.)

Natürlich ist es richtig, daß die Forschungspolitik ein Politikbereich ist, dem besondere Bedeutung im Prozeß des strukturellen Wandels an der Saar beizumessen ist. Wirtschaftsnaher Forschung, erfolgreicher Technologietransfer — das sind Voraussetzungen für die gute wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Ohne eine gut ausgebaute Forschungslandschaft und ohne die Effektivierung des Austausches zwischen Wirtschaft und Wissenschaft kann das Saarland weder den nationalen noch den interregionalen Standortwettbewerb gewinnen. Deshalb sind alle Maßnahmen zu begrüßen, die dazu führen, daß sich das Saarland als innovativer Wissenschafts- und Technologiestandort fortentwickelt.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen diese Diskussion auch auf der richtigen Grundlage führen, und wir müssen diese Diskussion in den richtigen Rahmen stellen; wir müssen auch die Perspektiven richtig einschätzen. Das Saarland ist nicht das Silicon Valley der Bundesrepublik Deutschland oder Europas. Es wird dieses Silicon Valley auch nicht werden. Und wenn ich mir anschau, wie die Entwicklung dort ist, dann sage ich, das ist auch ganz gut so. Die Probleme des Strukturwandels an der Saar werden nicht ausschließlich durch den Ausbau der wirtschaftsnahen Forschungsinfrastruktur gelöst werden können. Diese ist ein wesentliches Element, aber sie ist sicherlich nicht der alleinige Ansatz zur Bewältigung der strukturellen Probleme dieses Landes. Deshalb werden und können wir die Diskussion auch nicht auf diesen Punkt beschränken. Trotzdem erlauben Sie mir folgende Feststellungen.

Erstens. Forschungspolitik und Technologietransfer sind nun wahrhaft nicht die Erfindungen dieser Landesregierung. Die Übernahme der Regierungsverantwortung durch den Ministerpräsidenten dieses Landes, durch den Ministerpräsidenten Lafontaine ist hier dargestellt worden als die Stunde Null in der Forschungspolitik dieses Landes.

(Abg. Lauer (SPD): So war es auch!)

Sehr geehrter Herr Kollege Lauer, Sie rufen dazwischen: So war es! Vieles, was in den letzten zehn Jahren geschehen ist, ist aber doch nichts anderes als das Einbringen der Ernte, wobei die Saat, die dafür ausgesät worden ist, längst ausgesät war, als Sie 1985 die Regierungsverantwortung übernommen haben.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Saarland hat immer überproportional im Bereich von Forschung und Entwicklung investiert. Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben pro Einwohner betragen im Saarland 1984 370 DM, der Bundesdurchschnitt lag bei 335 DM. Überproportionale Leistungen in diesem Bereich sind gute Tradition an der Saar.

Viele Institute, die Sie zu Recht, Herr Ministerpräsident, lobend erwähnt haben, sind bereits zu CDU-Zeiten gegründet oder auf den Weg gebracht worden. Das Fraunhofer-Institut für zerstörungsfreie Prüfverfahren bestand bereits vor 1985, auch das Institut für Wirtschaftsinformatik. Die Gesellschaft zur Förderung der angewandten Informationsforschung war bereits gegründet. Hinzu kommt, daß auch das Fraunhofer-Institut für Biomedizinische Technik bereits zu CDU-Zeiten auf den Weg gebracht wurde, daß das Institut für Neue Materialien einer Idee des ehemaligen CDU-Kultusministers Zeitel entspricht, daß die Gespräche über die Ansiedlung des Max-Planck-Instituts in Saarbrücken unter dem CDU-Kultusminister Knies erfolgten, daß der Fachbereich Informatik an der Universität des Saarlandes auf Initiativen Werner Scherers zurückging und daß das Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz nichts anderes ist als eine Nachfolgeentwicklung der Informatik — die natürlich zu begründen ist. Viele Hochschullehrer, die heute diese Institute führen, sind zu CDU-Zeiten berufen und sind mit erheblichen Einsätzen hier im Lande gehalten worden.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann nicht so getan werden, als ob das, was in den letzten zehn Jahren geschehen ist, das ausschließliche Verdienst dieser Landesregierung wäre. Die Wahrheit ist dies nicht. Sie schmücken sich hier mit fremden Federn.

(Beifall bei der CDU.)

Zweitens, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das Engagement des Landes hat sich in absoluten Zahlen deutlich erhöht. Aber die Entwicklung im Land fällt doch keineswegs aus dem Rahmen, wenn man sie mit der Entwicklung in anderen Ländern vergleicht. Im Gegenteil, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Entwicklung der Grundmittel im Wissenschaftsbereich ist in den anderen Ländern durchgängig nach oben gerichtet. Bei uns gab es in den Jahren 1988 auf 1989 und 1991 auf 1992 Redu-

(Abg. Peter Müller)

zierungen der Ansätze. Wenn ich mir die Grundmittel im Bereich der Wissenschaft einmal anschau, dann stelle ich fest, daß im Jahr 1984 im Saarland 238,6 Millionen DM zur Verfügung gestellt wurden. Im Jahr 1992 waren es 329,6 Millionen DM. Der Betrag 1984 entsprach einem Anteil des Landes von 5,71 Prozent, der Betrag im Jahr 1992 entsprach einem Anteil des Landes von 5,74 Prozent; Zuwachs 0,3 Prozent. Ich meine, das ist sehr bescheiden.

(Beifall bei der CDU.)

Lassen Sie mich drittens auf ein Problem in diesem Zusammenhang hinweisen. Natürlich ist es sinnvoll, wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen an der Saar zu fördern; aber dies darf nicht dazu führen, daß die Bereiche, die die Grundlage für die Entwicklung dieser Strukturen darstellen, austrocknen. Ein Kranz von wirtschaftsnahen Forschungsinstituten um die Universität herum kann auf Dauer nur erfolgreich sein, wenn die Universität als Ort der Grundlagenwissenschaft abgesichert und lebensfähig ist.

(Beifall bei der CDU.)

Die Grundlagen müssen in Ordnung sein, nur dann kann sich im Umfeld dauerhafte organisatorische Entwicklung vollziehen. Deshalb ist der Sparkurs nach der Rasenmähermethode, der von Ihnen, Herr Ministerpräsident, und von Ihnen, Herr Breitenbach, gegenüber der Universität verfolgt wird, kontraproduktiv. Dieser Kurs führt dazu, daß die Universität Schritt für Schritt ausgetrocknet wird. Das kann auf Dauer nur nachteilig sein — auch für die Institute, die sich im Umfeld der Universität angesiedelt haben. Wir fordern Sie auf, diesen Kurs zu verlassen.

(Beifall bei der CDU.)

Zu den Grundlagen gehört natürlich auch der Bildungsbereich. Herr Ministerpräsident, wenn Sie eben davon gesprochen haben, daß im Saarland die Notwendigkeit besteht — so wie in allen anderen Ländern dieser Republik auch —, daß auch Kinder aus Familien mit geringem Einkommen eine universitäre Laufbahn machen müssen, dann haben Sie sicher recht. Voraussetzung dafür ist, daß sie vorher in der Schule gut ausgebildet worden sind. Deshalb meine ich, wenn dieses Land mittlerweile nicht mehr in der Lage ist, in der Schule Lehrer für die Kinder zur Verfügung zu stellen, die dort Unterricht haben müssen, dann versündigen Sie sich an der Zukunft der Kinder. Hier würden Sie besser einmal etwas machen, als Forderungen an den Bund zum Bafög zu formulieren.

(Beifall bei der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, viertens hätte es zur Fairneß gehört, bei der Beschreibung der Forschungslandschaft im Saarland auch den Anteil des Bundes einmal gebührend zu bewerten. Wir haben Vorwürfe gehört, wir haben kein Wort gehört zu den Leistungen, die der Bund in diesem Bereich erbringt. Natürlich ist vieles nur möglich gewesen, weil der Bund finanziert hat oder weil der Bund mitfinanziert hat. Auch dies muß deutlich gesagt werden. Wenn der Ministerpräsident dies nicht tut, dann will ich dies hier nachholen: Mischfinanzierung im Hochschulbau, Förderung der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, Beteiligung auch an denjenigen An-Instituten, die zumindest zur Hälfte im Eigentum der Universität stehen, direkte Projektförderung — Mittel zwischen 20 und 40 Millionen, die in diesem Zusammenhang in das Land fließen.

Dies macht deutlich: Der Bund trägt hier erheblich Verantwortung mit, und vieles, was eben so ausgesehen hat, als ob es Erfolg der Landesregierung sei, ist im Prinzip nichts anderes als dasjenige, was der Bund hier im Land finanziert hat. Dafür gebührt dem Bund Dank, das ist die richtige Adresse.

(Beifall bei der CDU.)

Ich sage einen offenen Punkt hinzu, damit wir uns da richtig verstehen. Es stimmt, daß das Saarland das Bundesland ist, das kei-

ne Einrichtung der blauen Liste hat. Das ist unbefriedigend und das muß geändert werden. Deshalb biete ich Ihnen an, daß wir gemeinsam unseren Einfluß geltend machen, um diesen Mißstand abzustellen, daß wir gemeinsam dafür sorgen, daß trotz aller gegenwärtigen Probleme eine möglichst schnelle Aufnahme des Instituts für Neue Materialien in die blaue Liste erfolgt. Wir könnten weiter sein, wenn dieser Weg früher und entschlossener gegangen worden wäre.

(Zuruf von der SPD.)

Die Konkurrenzsituation hat sich verschärft, weil wir nicht schnell genug gehandelt haben. Aber wir wollen das nicht beklagen, sondern wir wollen mit dazu beitragen, daß sich das ändert und daß das Institut in die Liste aufgenommen wird.

(Beifall bei der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so wichtig der Ausbau der wirtschaftsnahen Forschungsstruktur, so wichtig die Verbesserung des Technologietransfers ist, dies alleine wird nicht reichen, um die strukturellen Herausforderungen in diesem Land zu bestehen. Bereits jetzt hat der Ausbau der Forschungsinfrastruktur auch Arbeitsplätze ins Land gebracht. Mir liegt vor die Liste des Spin-off aus Uni und HTW der ZPT, Stand Juni 1994. Daraus ergibt sich, daß sich an Spin-offs insgesamt 1.359 Stellen ergeben haben. Von diesen 1.359 Arbeitsplätzen, die entstanden sind, sind vor 1985 537 Stellen entstanden, also fast die Hälfte. Auch dies ist ein Beleg dafür, daß sich die Landesregierung, wenn sie hier alles auf ihre Fahnen schreibt, mit fremden Federn schmückt.

Seit 1985 sind entstanden nach dieser Aufstellung der ZPT — die steht sicherlich nicht in Verdacht, parteiisch zu sein — 685 Stellen. 685 Stellen seit 1985, das sind pro Jahr 70 Arbeitsplätze, die im Land über Spin-offs mittlerweile entstanden sind. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung davon gesprochen, dies sei der Sprung nach vorne. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in einem Land mit 50.000 Arbeitslosen ist dies wahrhaft nicht der Sprung nach vorne.

(Beifall bei der CDU.)

Wir freuen uns über jeden dieser Arbeitsplätze. Wir sagen, jeder dieser Arbeitsplätze ist wichtig. Wir sagen in aller Deutlichkeit jedem Dank, der mit seiner Arbeit dafür Sorge getragen hat, daß diese Arbeitsplätze entstehen können. Wir wünschen denjenigen, die tätig sind, viel Erfolg. Wir wünschen ihnen, daß sie in diesem Land weitere Arbeitsplätze schaffen können. Wir wünschen Professor Schmidt, daß er mit seiner sehr optimistischen Prognose recht behält. Wir würden uns wirklich freuen, wenn dies der Fall wäre. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn in einem Land wie dem Saarland im Jahre 1993 12.000 Arbeitsplätze wegfallen, dann kann ich mich als Ministerpräsident nicht hierherstellen und sagen: In einem bestimmten Bereich haben wir in den letzten Jahren pro Jahr 70 Arbeitsplätze geschaffen, und deshalb ist in diesem Land alles in Ordnung. So lenkt man von den Problemen ab, so wird man den Problemen nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU.)

Deshalb sage ich, wenn diese Regierungserklärung den Anspruch hatte, die strukturelle Herausforderung in diesem Land zu beschreiben — so war zumindest ihr Titel —, dann ist sie diesem Anspruch nicht gerecht geworden. Eine nüchterne, eine ehrliche Bestandsaufnahme muß feststellen: Das Saarland ist das Bundesland, das sich von der Entwicklung im Bund negativ abkoppelt. Das Saarland ist das Bundesland, das im Vergleich zu allen anderen Bundesländern immer weiter zurückfällt. Ich will das nur an drei Beispielen deutlich machen.

Erstes Beispiel: die wirtschaftliche Entwicklung. Herr Ministerpräsident, Sie selbst haben in Ihrer Regierungserklärung 1985 gesagt: Eine Trendwende haben wir in diesem Land noch nicht erreicht, wenn sich das Land durchschnittlich und im Gleichschritt

(Abg. Peter Müller)

mit dem Bund entwickelt; eine Trendwende haben wir erst erreicht, wenn das Land deutlich überdurchschnittlich in seiner Entwicklung ist. Dies war Ihre Meßlatte, die Sie sich selbst 1985 aufgelegt haben.

Wie sieht es aus? Wie war die wirtschaftliche Entwicklung seit 1985? Zunahme des Bruttoinlandsproduktes 1985 im Bund 2,0 Prozent, im Saarland 1,9 Prozent, minus 0,1; 1986 im Bund 2,3 Prozent, im Saarland 1,5 Prozent, minus 0,8 Prozent; 1987 im Bund 1,5 Prozent, im Saarland 1,2 Prozent, minus 0,3 Prozent; 1988 im Bund 3,7 Prozent, im Saarland 2,8 Prozent, minus 0,9 Prozent; 1989 im Bund 3,6 Prozent, im Saarland 3,1 Prozent, minus 0,5 Prozent; 1990 im Bund 5,7 Prozent, im Saarland 4,5 Prozent, minus 1,2 Prozent; 1991 im Bund 4,5 Prozent, im Saarland 4,1 Prozent, minus 0,4 Prozent; 1992 im Bund 1,6 Prozent, im Saarland 0,9 Prozent, minus 0,7 Prozent; 1993 im Bund minus 1,9 Prozent, im Saarland minus 2,8 Prozent, minus 0,9 Prozent.

In jedem Jahr eine unterdurchschnittliche Entwicklung. In jedem Jahr nicht nur durchschnittliche Entwicklung, in jedem Jahr sind wir im Vergleich zum Bund weiter zurückgefallen. Das ist die Bilanz von zehn Jahren Lafontaine!

(Beifall bei der CDU.)

Zweites Beispiel. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie hat sich die Arbeitslosigkeit entwickelt? Im Jahre 1993 ist im Saarland die Arbeitslosigkeit durchschnittlich von 9 auf 11,2 Prozent angestiegen; Anstieg der Arbeitslosigkeit 2,2 Prozent, höchster Anstieg der Arbeitslosigkeit in allen Bundesländern. Arbeitslosenquote im Land 12 Prozent, zur Zeit 51.000 Arbeitslose; etwa die Hälfte mehr als im Durchschnitt der übrigen Bundesländer.

Arbeitslosigkeit gefährdet nicht nur Wohlstand und Renten, Arbeitslosigkeit bedroht auch die innere Sicherheit in unserem Land. Die Kirchen haben recht, wenn sie feststellen, Arbeitslosigkeit ist ein Nährboden für Gewaltbereitschaft, Radikalismus und Fremdenfeindlichkeit. Insbesondere die Jugend wird um ihre Zukunftsperspektiven gebracht. Ich sehe in diesem Papier der Kirchen eine einzige Anklage gegen die Regierung. Eine Politik, die die Massenarbeitslosigkeit nicht energisch bekämpft, hat den Nährboden dafür bereitet, daß sich die Kriminalität in Deutschland und die Gewalt an den Schulen ausgebreitet haben. — Dies sagte der Ministerpräsident dieses Landes, Oskar Lafontaine, vergangene Woche in der Bundestagsdebatte. In seinem Land ist die Arbeitslosigkeit um die Hälfte höher als im Bundesdurchschnitt. Herr Lafontaine, das, was Sie im Bund beklagt haben, trifft in doppelter Weise auf Sie zu. Bevor Sie mit dem Finger auf andere zeigen, sollten Sie sich an die eigene Brust klopfen.

(Beifall bei der CDU.)

Drittes Beispiel: Beschäftigtenentwicklung. Die Zahl der Erwerbstätigen hat in den Jahren 1987 bis 1992 im Bund um 11,1 Prozent zugenommen, im Saarland um 7,4. Hätten wir seit 1985 eine durchschnittliche Beschäftigtenentwicklung gehabt, noch nicht einmal besser, nur durchschnittlich, dann hätten in diesem Lande 40.000 Arbeitsplätze mehr entstehen müssen, als tatsächlich entstanden sind.

Die Arbeitskammer, die nicht im Verdacht steht, ein CDU-freundliches Institut zu sein, spricht von einem Arbeitsplatzdefizit im Lande von 100.000 Arbeitsplätzen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist der Offenbarungseid der Landespolitik. Dies dokumentiert das Scheitern der Ansiedlungspolitik in diesem Lande. Es gelingt Ihnen einfach nicht, ausreichend neue Unternehmen ins Land zu bekommen, um wegfallende Arbeitsplätze aus anderen Bereichen zu kompensieren.

Sie versuchen davon abzulenken, indem Sie Erfolgsmeldungen verbreiten, die nun wirklich die Grenze des Ridikülen erreichen. Sie erzählen, daß von den neun größten Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland im vergangenen Jahr drei im Saarland stattgefunden haben. Da nennen Sie als Beispiel Johnson Controlls und Winnebargo. Sie wissen ganz genau, daß Johnson Controlls nichts anderes ist als die Verlagerung einer Produktion,

die bisher bei Ford selbst gemacht wurde, aus dem Werk heraus in ein selbständiges Unternehmen. Arbeitplatzeffekt null. Die Arbeitsplätze im Werk fallen weg. Dafür entsteht eine gleiche Zahl an Arbeitsplätzen außerhalb des Werkes. Das ist der ganze Effekt, den diese Maßnahme mit sich gebracht hatte.

Ich freue mich, daß Winnebargo seine europäische Zentrale nach Kirkel verlegt hat. Aber das als großen Ansiedlungserfolg der Landesregierung zu bezeichnen, ist wirklich lächerlich. Es ist doch kein Zufall, daß bei all diesen Reden nicht darüber gesprochen wird, wieviel Arbeitsplätze bei Winnebargo entstanden sind. In der FAZ habe ich gelesen: fünfzehn. Die IHK macht es ein bißchen größer und redet von vierzig Arbeitsplätzen. Vierzig Arbeitsplätze angesiedelt, 12.000 im gleichen Zeitraum weggefallen und dann von einer erfolgreichen Ansiedlungspolitik geredet. Wer so redet, will die Menschen täuschen, sich aber nicht mit seiner eigenen Politik auseinandersetzen.

(Beifall bei der CDU.)

Wer die Zukunft dieses Landes gewinnen will, muß zwei Dinge miteinander vereinbaren. Er muß zum einen in der Lage sein, notwendige Anpassungsprozesse im Montanbereich offensiv und sozialverträglich zu gestalten. Er muß zum anderen die Standortfaktoren des Landes — dazu zählt auch die Forschungsinfrastruktur, aber eben nicht nur — verbessern, damit es gelingt, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue Arbeitsplätze anzusiedeln.

Ich will mich nicht mit allen Einzelheiten dieser Diskussion beschäftigen, aber doch einige wenige Bemerkungen machen, weil sie am heutigen Tage, am Ende der Legislaturperiode gemacht werden müssen.

Im Montanbereich haben wir die Situation, daß bei der Kohle klare Regelungen getroffen worden sind. Herr Ministerpräsident, ich fordere Sie am heutigen Tage noch einmal auf, hören Sie auf vor dem Hintergrund der Entscheidungen, die getroffen sind, aus parteipolitischen Erwägungen heraus die Bergleute aufzuheizen. Das Artikelgesetz ist verabschiedet. Das Artikelgesetz ist eine gute Grundlage zur Erarbeitung der Zukunft des saarländischen Bergbaus.

(Beifall bei der CDU.)

Der Gesamtverband des deutschen Steinkohlebergbaus hat unter anderem Ihnen, Herr Ministerpräsident, einen Brief geschrieben, in dem es heißt: Aus Anlaß der endgültigen Verabschiedung des Artikelgesetzes möchten wir Ihnen herzlich danken. Die Kohlehilfen des Artikelgesetzes geben dem Bergbau bis zum Jahr 2000 eine sichere Perspektive. Auch für den Zeitraum 2001 bis 2005 hat das Artikelgesetz eine Grundlage geschaffen. — Diesen Brief hat, Herr Ministerpräsident, eben nicht nur Herr Spieß von Büllenheim unterschrieben. Dieser Brief ist auch vom Vorstandsvorsitzenden der Saarbergwerke, von Herrn Biehl unterschrieben. Wenn Sie vor die Bergleute treten, dann seien Sie bitte einmal Manns genug, diesen Brief auch vorzulegen, damit Sie den Bergleuten Mut für ihre Zukunft machen und sie nicht verunsichern und aufhetzen.

(Beifall bei der CDU.)

Ich will zweitens eine kurze Bemerkung zum Stahlbereich machen. Wir erinnern uns noch an die Situation vor fünf Jahren. Damals im Landtagswahlkampf gab es große Anzeigen der SPD. Ich habe sie vor mir liegen. 20. April 1989: Saarstahl gerettet, 60.000 Arbeitsplätze gesichert. Wir danken Oskar Lafontaine. Das war Ihre Botschaft: Saarstahl gerettet, 60.000 Arbeitsplätze gesichert. Die Wahrheit ist: Saarstahl ist in Konkurs, und beschäftigt sind noch 5.000 Leute im Unternehmen.

(Beifall bei der CDU.)

Aus dem Retter der saarländischen Stahlindustrie ist der Konkursverwalter geworden. Bis zum heutigen Tag wissen wir nicht, wie es weitergehen soll. Das Unternehmen dümpelt im Konkurs

(Abg. Peter Müller)

vor sich hin. Der Konkursverwalter tut sich groß damit, daß das eine kommode Situation sei. Natürlich ist es möglich, im Konkurs zu Bedingungen zu produzieren, die sonstwo nicht existieren. Nur, in diesem Zusammenhang davon zu reden, es sei jedem Unternehmen freigestellt, sich unter den Schutz des Konkurses zu begeben, dokumentiert eine wirtschaftspolitische Verantwortungslosigkeit, wie sie mir bisher selten begegnet ist.

(Beifall bei der CDU.)

Wie es weitergehen soll, weiß kein Mensch. Wir haben kein betriebliches Konzept. Wir wissen nicht, welche Betriebsteile fortgeführt werden sollen. Das Land hat die Anteile übernommen. Es heißt immer, die Anteile sollen weitergegeben werden. An wen, das liegt im dunklen.

Herr Ministerpräsident, ich fordere Sie auf, sagen Sie vor der Wahl den Stahlarbeiterinnen und Stahlarbeitern von Saarstahl, wie es weitergeht. Halten Sie nicht hinter dem Berg. Schenken Sie vor der Wahl reinen Wein ein. Sorgen Sie dafür, daß die Politikverdrossenheit nicht dadurch steigt, daß sie erst nach der Wahl die Katze aus dem Sack lassen.

(Beifall bei der CDU.)

Ich fordere Sie auch auf, damit aufzuhören, die saarländische Stahlindustrie zur Endlagerungsstätte für ausgediente Spitzengewonnen zu machen. Der Fall Blessing war genug. Daß Herr Blessing, nachdem er als Bundesgeschäftsführer der SPD gescheitert war, mit Ihrer Stimme bei der Dillinger Hütte Arbeitsdirektor geworden ist, ist ein Zeichen dafür, daß in diesem Lande nicht nach objektiven Kriterien entschieden wird, sondern daß nach der Maxime entschieden wird: Parteinutz steht vor Gemeinnutz.

Und es ist ja nicht nur der Fall Blessing. Anschließend haben Sie nachgefragt, ob denn nicht auch noch eine Stelle für Ihre Frau frei sei, und dann wollten Sie sogar noch Herrn Neuber zum Finanzvorstand des Unternehmens machen. Ein 57jähriger in einem Unternehmen, das die 52jährigen und die 53jährigen in den Sozialplan schickt, jemand, der nicht Französisch kann, in einem Unternehmen, das mehrheitlich in französischem Eigentum steht, ein Mann, der von betrieblichem Rechnungswesen keine Ahnung hat — und der soll plötzlich Finanzvorstand eines solchen Unternehmens werden! Verantwortungslos gegenüber der saarländischen Stahlindustrie. Ich sage noch einmal: Hören Sie auf damit, denn damit verschenken Sie die Zukunft unseres Landes!

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so sehr es notwendig sein wird, einen lebensfähigen Montankern zu erhalten, so sehr ist auch richtig, daß wir die Arbeitsplätze, die das Land gewinnen muß, in diesen Bereichen nicht werden gewinnen können. Wir werden deshalb dieses Land in die Lage versetzen müssen, daß es als Wirtschaftsstandort konkurrenzfähig wird. Dies ist es nicht. Die Belege dafür sind Legion. Es gibt eine Reihe von Belegen — ich will sie Ihnen nicht alle noch einmal zitieren —, bis hin zu jener Analyse des Wirtschaftsministers, die überschrieben war mit den Worten „standortpolitische Risiken des Saarlandes“ vom November 1992. Dort heißt es, daß im Saarland eine ernste Gefährdung der Qualität des Standortes festzustellen ist, daß nicht nur im nationalen Standortvergleich die Entwicklung problematisch ist, sondern daß sich auch eine verschärfte Konkurrenzsituation im Vergleich zu alternativen Wirtschaftsstandorten im Saar-Lor-Lux-Raum ergibt. Es besteht die Gefahr — so Herr Kopp —, daß mögliche Standortchancen durch saarlandspezifische Standortnachteile aufgehoben werden.

Wenn Sie schon der Opposition nicht glauben, Herr Ministerpräsident, wenn Sie schon der IHK nicht glauben, dann sollten Sie doch wenigstens Ihrem eigenen Wirtschaftsminister glauben und dieses Papier, das er zurückziehen mußte, wieder aus der Schublade nehmen. Es ist eines der wenigen Papiere dieser Regierung, die wirklich brauchbar sind.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU.)

Den Wirtschaftsminister seinerseits können Sie verabschieden. Der hat ja erklärt, er will Wirtschaftsminister nur noch weiter spielen, wenn er gleichzeitig auch Landtagsabgeordneter wird. Landtagsabgeordneter wird er nicht, er ist gegen die saarländische Schulchaos-Ministerin Granz gescheitert, durchgefallen. Ich frage mich: Um welchen Arbeitsplatz, Herr Kopp, kümmern Sie sich eigentlich noch? Sie haben gesagt, Sie wollen ausscheiden aus dem Kabinett, wenn Sie nicht Abgeordneter werden. Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Wir brauchen in diesem Land einen Wirtschaftsminister, der sich um die Arbeitsplätze für die Menschen und nicht um seinen eigenen Arbeitsplatz kümmert.

(Beifall bei der CDU.)

Das Saarland ist nicht konkurrenzfähig bei einer Vielzahl von Standortfaktoren. Wir liegen in der Spitze bei den Gewerbesteuerbesätzen. Wir liegen in der Spitze bei den Entsorgunggebühren. Die Energiekosten sind bei uns erheblich höher als in anderen Ländern.

Lieber Herr Kollege Klimmt, wenn Sie „nein“ dazwischenrufen bei der Frage der Belastung mit Gebühren, dann will ich Ihnen doch nur einmal zwei Dinge schildern. Die Firma Bosch zahlt für eine Tonne Gewerbemüll in Hildesheim 87 DM, in Bamberg 180 DM, im wirklich teuren Stuttgart 335 DM und im Saarland 410 DM. Wir sind absolut in der Spitze bei diesen Entsorgunggebühren, und dies ist ein entscheidender Standortnachteil dieses Landes. Deshalb müssen wir an diese Dinge heran, deshalb müssen wir an die Strukturen heran. Deshalb müssen wir endlich in diesen Bereichen Wettbewerb zulassen — was von Ihnen verweigert wird —, damit wir in diesen Bereichen die Kosten senken und Konkurrenzfähigkeit erreichen.

(Beifall bei der CDU.)

Im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Bau eines Milchwerkes hat der Sprecher der Hochwald-Geschäftsführung, Herr Haubold, erklärt, daß das Projekt in Neunkirchen sich nicht rechnen und deshalb nicht in Betracht komme. Er hat weiter erklärt: „Ein solches Projekt läßt sich allein schon wegen der Wahnsinnskosten für Wasser und Abwasser im Saarland nicht mehr durchführen. Wasser- und Abwasserkosten sind an der Saar rund sechsmal so teuer wie am billigsten Hochwaldstandort in Meppen.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, das müßte ein Alarm-signal sein für jeden Umweltminister, für jeden Wirtschaftsminister und für jeden Ministerpräsidenten in diesem Land. Darauf müßte reagiert werden. Statt dessen geschieht bei uns nichts, die Dinge werden ausgesessen, und damit wird die Zukunft dieses Landes verspielt.

(Beifall bei der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt natürlich eine ganze Reihe anderer Standortfaktoren, die ich im einzelnen gar nicht mehr ansprechen kann. Natürlich ist die Situation der inneren Sicherheit ein Standortfaktor. Wenn im vergangenen Jahr die Kriminalität nirgendwo so stark angestiegen ist wie im Saarland, dann hat das der Standortqualität des Landes geschadet. In diesem Jahr ist sie im Land parallel zur Bundesentwicklung zurückgegangen.

(Abg. Klimmt (SPD): Stärker.)

0,2 Prozent. Aber im vergangenen Jahr hatten wir bundesweit einen Anstieg von 2,8 Prozent und im Saarland von 8,9 Prozent. Konsequenz einer völlig verfehlten Polizeistrukturereform, Konsequenz des Personalabbaus bei der Polizei. Deshalb ist es notwendig, lieber Herr Kollege Klimmt, parallel zum Bund die Polizei wieder in die Fläche zu bringen und wieder dafür zu sorgen, daß die Menschen in diesem Land sich sicher fühlen. Hier muß Politik korrigiert werden und nicht mit irgendwelchen Tricks gearbeitet werden. Hier müssen wir etwas tun für unser Land.

(Beifall bei der CDU.)

(Abg. Peter Müller)

Natürlich ist die Bildungssituation ein Standortfaktor. Wenn wir das einzige Land sind mit fünf verschiedenen Schularten nebeneinander und wenn bei uns mittlerweile sogar in den Grund- und Hauptschulen die Unterrichtsversorgung nicht mehr gewährleistet ist, wenn mittlerweile Erstkläbler in die Schule kommen und es ist kein Lehrer da, dann schadet auch dies der Standortqualität des Landes, und dann ist auch da politisches Handeln genauso notwendig wie beim Ausbau der Forschungsinfrastruktur.

Vor der Wahl, meine sehr verehrten Damen und Herren, entdeckt die SPD immer die Kultur. Das war heute auch wieder so. Der Herr Ministerpräsident hat von den weichen Standortfaktoren und von Kunst und Kultur gesprochen. Ja, Herr Ministerpräsident, dann hätte ich doch einmal erwartet, daß Sie hier wenigstens ein Wort über die Tatsache verlieren, daß der Stellenwert des Denkmalschutzes im Saarland offensichtlich so hoch ist, daß mittlerweile der Vorstand des Landesdenkmalrates zurückgetreten ist. Dazu hätten Sie etwas sagen sollen, statt allgemeine Floskeln hier zu verbreiten.

(Beifall bei der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich stelle fest: Das Saarland fällt immer weiter zurück, der Abstand zu den übrigen Ländern vergrößert sich. Die Standortfaktoren des Landes sind schlecht, wir sind nicht wettbewerbsfähig. Die SPD in diesem Land ist nicht in der Lage, diese Probleme zu lösen und damit dem Land die Zukunft zu sichern. Auch dazu sage ich: Wenn Sie uns, der Opposition, nicht glauben, dann glauben Sie Ihren eigenen Leuten! Deshalb erlaube ich mir, zum Schluß noch zwei Zeugen zu zitieren, die aus Ihren Reihen kommen. Der ehemalige Juso-Unterbezirksvorsitzende Herr Ackermann,

(Lachen bei der SPD)

einer Ihrer Leute, nicht unserer Leute, hat erklärt: Lafontaine muß weg, und auch Klimmt ist nicht das Gelbe vom Ei.

(Lachen und Heiterkeit bei der SPD.)

Also, das ist die Einschätzung der Jusos im Saarland. Und dann gibt es noch einen, der insbesondere Ihnen, Herr Ministerpräsident, ganz besonders nahe gestanden hat und der deshalb natürlich in besonderer Weise wissen muß, wie es aussieht, das war Ihr ehemaliger Leibwächter Herr Schott.

(Lachen und anhaltende Heiterkeit bei der SPD.)

Der hat auf die Frage, warum er sich denn der PDS angeschlossen habe, erklärt: Die SPD ist mir zu mafiamäßig.

(Lachen und Heiterkeit.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Schott muß es wirklich wissen, der war wirklich lange nahe genug dabei.

(Beifall bei der CDU.)

Das sind die Zeugen, die nicht von uns kommen, das sind die Zeugen aus Ihren Reihen. Man könnte darüber lachen, wenn nicht die Ergebnisse Ihrer Politik so wären, wie sie sind: Schlechteste wirtschaftliche Entwicklung aller alten Bundesländer, stärkster Anstieg der Arbeitslosigkeit, geringstes Beschäftigungswachstum.

(Ministerpräsident Lafontaine: Trotz bester Opposition!)

Und das, Herr Ministerpräsident — das rufen Sie zu Recht dazwischen —, trotz bester Opposition.

(Heiterkeit bei der SPD.)

Das liegt daran, daß diese Opposition nicht in der Lage ist, zu entscheiden und zu gestalten. Deshalb werden sich die Dinge nur ändern, wenn aus der Opposition eine Mehrheit wird. Dafür werden wir sorgen, nicht im Interesse unserer Partei, sondern im Interesse unseres Landes. — Ich bedanke mich.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU.)

Präsident Herold:

Werte Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat der Abgeordnete Klimmt.

Abg. Klimmt (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man sieht, welche Kronzeugen die CDU braucht, um ihre Argumente zu unterstützen, dann spricht dies für sich selbst.

(Zurufe von der CDU.)

Sie wissen, wo Sie damit die Qualität Ihrer Argumente untermauert sehen. Ich lasse Ihnen das gerne, Sie haben in der Tat mehr nicht zu bieten.

Meine Damen und Herren, es geht um die Zukunft unseres Landes, darin stimmen wir in der Tat überein. Die Zukunft unseres Landes ist nach unserer Auffassung eng verknüpft mit der Selbstständigkeit und mit der Chance, unsere Geschicke selbst von hier aus zu gestalten.

Es gibt immer wieder Menschen, die versuchen, auf dem Reißbrett neue Strukturen zu finden, mit denen sie den Föderalismus etwas effektiver gestalten zu können glauben. Zu unserem Bedauern hat die FDP auf ihrem Bundesparteitag beschlossen, das Bundesgebiet neu zu gliedern. Damit hat sie die Auflösung des Landtages in ihrem Bundesprogramm stehen.

Auch bei der CDU gibt es immer wieder entsprechende Stimmen. Ich erinnere nur daran, daß derjenige, der in Baden-Württemberg als Ministerpräsident tätig ist, immer wieder den Wunsch äußert, das Saarland möge zum Teufel gehen. Aber wir sind nicht bereit, auf solche Einlassungen von CDU-Politikern, auch soweit es Sozialdemokraten betrifft, einzugehen. Es darf keinen Reißbrettföderalismus geben. Es muß einen Föderalismus geben, der aus natürlich gewachsenen Strukturen besteht, und dazu gehört auch das Saarland, und dazu gehört an erster Stelle die Selbstständigkeit unseres Landes.

(Beifall bei der SPD.)

Es ist selbstverständlich, daß es für uns in unserer strukturellen Lage notwendig ist, daß wir allenfalls im Bund in einer Randlage sind. Es ist so, daß wir im Südwesten der Bundesrepublik liegen, damit an der Grenze und damit in einer Randlage. Wenn wir jetzt noch in eine andere, gleich wie geartete Konfiguration hineinmüßten, etwa mit Rheinland-Pfalz oder mit Hessen oder mit Baden-Württemberg oder was man sich da alles an Möglichkeiten ausdenkt, so würden wir in einem solchen Bundesland ebenfalls in der Randlage sein; dies wäre eine doppelte Randlage. Deswegen wollen wir nicht von Wiesbaden oder von Mainz oder von Stuttgart oder anderswoher regiert werden. Wir müssen unsere Geschicke selbst in den Händen behalten.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, ganz wichtig ist auch die Erkenntnis, daß wir nicht nur Nachbarn im Osten haben. Es sind nicht nur die Pfälzer oder die Moselaner, die unsere Nachbarn sind, sondern wir haben auch Nachbarn im Westen; das sind die Lothringer, das sind die Luxemburger bis hin nach Ostbelgien. Hier gibt es die Notwendigkeit, daß wir uns — wie der Ministerpräsident dies gesagt hat — als Region begreifen über die Grenze hinweg, daß wir uns wechselseitig stärken und abstützen, daß wir gemeinsam unsere Interessen in dem zusammenwachsenden Europa vertreten. Das heißt, wenn Europa ein Europa der Regionen sein wird, dann ist die Region, die das Saarland, Teile von Rheinland-Pfalz, Lothringen und Luxemburg umfaßt, genau die richtige Zusammenfassung von Land und von Menschen, die wir brauchen, um unsere Interessen vertreten zu können.

(Beifall bei der SPD.)

Das bedeutet, daß wir in allen Bereichen der Infrastruktur, auch im Bereich der Forschung unsere Interessen über die Grenze hinweg entwickeln müssen, dies auch gemeinsam mit den Universitäten Metz und Nancy.

(Abg. Klimmt)

Die Argumentation von Herrn Müller, die darauf hinauslaufen soll, seine Chancen bei der Wahl zu erhöhen, geht dahin, daß man das Saarland möglichst schlechtmacht.

(Zurufe von der CDU.)

Das ist die Wahlstrategie: Hier ist alles schlecht und dunkel und mies, und deswegen müßte man etwas anderes tun. Das ist nun nicht unbedingt der Beitrag, den man sich wünscht, wenn es darum geht, die Interessen des Saarlandes über unsere Grenzen hinaus zu vertreten. Vielmehr sollte man einmal etwas mehr dafür tun, wenn es darum geht, Dinge umzusetzen und sich zum Beispiel für die blaue Liste einzusetzen. Herr Müller, da brauchen Sie ja wohl nicht immer noch einen Kniefall, damit Sie das tun. Für jeden Politiker dieses Landes muß es doch eine Selbstverständlichkeit sein, daß man sich auch aus der Opposition heraus für die Interessen des Landes in Bonn einsetzt.

(Beifall bei der SPD.)

Sie haben ja nun noch ein Problem, das ist jetzt deutlich geworden. Das besteht darin, daß das, was Sie an Unkenrufen nun schon über Jahre hinweg ständig loslassen, nicht ganz so eintritt, daß die Zahlen, denen Sie sich gegenübersehen, in der Realität anders aussehen, als Sie es prophezeit haben. Da war die kleine Volte, die Sie geschlagen haben im Zusammenhang mit der inneren Sicherheit, für mich doch sehr interessant. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als wir vor einem Jahr über die Halbjahresstatistik gesprochen haben, wobei jeder wußte, daß sie nur sehr relativ herangezogen werden kann, um die Lage zu beurteilen, weil Statistiken starke Ausschläge haben. In dieser Halbjahresstatistik hatten wir in der Tat einen Zuwachs an Kriminalität im Saarland, und sie wurde dazu benutzt, um insgesamt die Situation bei uns zu beurteilen und auch der Polizeireform Noten zu erteilen. Das war der Vorgang.

Nun ist es so, daß in diesem Jahr diese Zahlen für Sie bei dem Wunsch, alles schlechter zu sehen, eine Katastrophe sind, weil sie nämlich deutlich machen, daß die Kriminalität im Saarland wieder zurückgegangen ist,

(Abg. Peter Müller (CDU): Im Bund auch)

und zwar stärker zurückgegangen ist als im Bund. Wenn dies damals ein Beleg war für eine schlechte Situation bei uns im Lande und gegen die Polizeireform, dann ist es ja jetzt wohl ein Beleg für die Verbesserung der Situation in unserem Lande und für die Polizeireform. Ich erbitte ein Lob für den Innenminister.

(Beifall bei der SPD.)

Dies trifft auch für die anderen Bereiche zu, die Sie angesprochen haben, zum Beispiel die Arbeitslosigkeit. Ich kann mich daran erinnern, daß Sie von dieser Stelle mehrfach für das Ende dieses Jahres eine Arbeitslosigkeit von 60.000 prophezeit haben.

(Abg. Peter Müller (CDU): Die IHK tat das.)

Sicher, das sind ja auch genug Hilfstruppen, mit denen Sie in Verbindung stehen, die dann Ihre Position immer wieder vertreten.

(Abg. Hans (CDU): Einfaches Weltbild.)

Das ist auch einer der Punkte, den man wissen muß, daß nämlich die Kammern in der Spitze nicht mit Sozialdemokraten besetzt sind — mit Ausnahme der Arbeitskammer —, sondern mit Ihren Parteifreunden. Deswegen braucht man sich nicht zu wundern, wenn dann die eine oder andere argumentative und auch statistische Unterstützung für Sie dabei herauskommt, Herr Kollege Müller.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Müller (CDU).)

Deswegen muß man sich sehr genau um die Zahlen kümmern, wenn es um die Arbeitslosigkeit geht. Sie haben gesagt, wir liefern

auf eine Arbeitslosigkeit von 60.000 zu. In der Tat ist es so, daß wir momentan etwas mehr als 51.000 Arbeitslose haben.

(Abg. Hans (CDU): 50.000 Arbeitslose sind ein Erfolg der Landesregierung.)

So war ich auch sehr verblüfft, als der Kollege Jacoby auf einer Veranstaltung am letzten Wochenende — in der Saarbrücker Zeitung nachzulesen — gesagt hat, wir stünden jetzt bei 55.000 Arbeitslosen. Er sollte sich einmal aktualisierte Daten zu Gemüte führen. Zum zweiten hat er gesagt, daß bei der Regierungsübernahme durch die SPD die Arbeitslosenzahl im Saarland nur 50.000 betragen habe. Wie wir alle genau wissen, gab es die höchste Arbeitslosigkeit, unter der dieses Land zu leiden hatte, mit über 57.000 in der Tat zu Beginn unserer Regierungszeit, nämlich im Januar 1985. Aber da war gerade der Regierungswechsel an der Saar erfolgt.

Damals war die Arbeitslosigkeit im Bund wesentlich geringer. Heute ist es so, daß wir bei einer im Bund wesentlich höher liegenden Arbeitslosigkeit bei uns strukturell besser liegen mit den 51.000. Daß das zuviel ist, ist doch völlig unbestritten. Jeder Arbeitslose ist zuviel. Das wissen sie auch, daß wir wünschen, daß jeder Mensch arbeiten kann, der gern arbeiten möchte. Aber man darf jetzt nicht die Dinge in eine Katastrophe hineinreden, nur weil es einem politisch paßt; denn diese Katastrophe besteht nur in Ihrer Phantasie. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

Jetzt lese ich Ihnen etwas vor, und zwar das, was im Zusammenhang mit einer Veranstaltung, zu der Sie von der CDU eingeladen haben, der zuständige Mann der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, der kein Sozialdemokrat ist, gesagt hat. Sie haben ihn zu einer Veranstaltung gebeten, um auf diese Weise zusätzliche Argumente für Ihre Propaganda zu bekommen. Das war der Sinn der Übung.

Er hat dann am 30.6.1994 — das ist also noch gar nicht so lange her — über die Arbeitsmarktsituation im Saarland folgendes gesagt: Bei den zugehenden Stellen — also den freien Stellen — haben wir im Saarland einen Zuwachs von neun Prozent, während wir im Bundesdurchschnitt zwei Prozent Zuwachs im Vergleichszeitraum gehabt haben. Wenn wir mehr Stellen bekommen, dann können wir auch mehr vermitteln. Und so ist das ganz normal, daß hier — also im Saarland — 13.200 Menschen neu von uns in Beschäftigung gebracht werden konnten. Das sind acht Prozent mehr als im Jahr zuvor. Insgesamt sind in der Bundesrepublik Deutschland alt drei Prozent mehr vermittelt worden als im gleichen Zeitraum des Jahres, im Saarland acht Prozent.

Auch der saarländische Anteil an arbeitsamtlicher Qualifizierung und Weiterbildung sei höher als in anderen Bundesländern — das ist jetzt kein Originalzitat mehr —, und zu alledem steige auch der feste Sockel der Arbeitslosen langsamer, erklärt der oberste Arbeitsverwalter. Vom Januar bis Mai 1994 kletterte die Quote im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nur um zwölf Prozent an, anderswo schnellte sie um siebzehn Prozent nach oben — usw., usw.

Das hat Ihnen natürlich nicht geschmeckt. Nun können Sie sagen: Das ist ein Einzeldatum. Das ist richtig. Alle Fragen der Statistik sind immer etwas, was man zum Vergleich wählt. Man kann, wenn man geschickt in der Behandlung von Statistiken ist — da muß man gar nichts fälschen, wie Churchill das gesagt hat, man muß sich nur die richtigen Vergleichsdaten herausuchen —, etwas finden, was man für sich selber braucht.

Aber damit da nicht ein falscher Akzent hineinkommt: Es gibt noch eine ganze Reihe von anderen Rahmendaten, die in dem Zusammenhang beachtet werden müssen. Da ist zum Beispiel die Einwohnerzahl, die ich erwähne, weil ich mich erinnern kann, daß eine Zeitlang immer von Ihrer Seite gerufen wurde: Die Menschen müssen aus diesem Land wegziehen, und weil sie hier weggezogen sind, können sie auch hier nicht arbeitslos sein. Wir

(Abg. Klimmt)

haben in den letzten Jahren und auch in diesem Jahr einen Zuwachs bei der Einwohnerzahl. Wir haben momentan die höchste Einwohnerzahl, die wir je gehabt haben. Das muß man einfach wissen. Wir sind fast bei 1,1 Millionen. Das ist auch etwas, was zu tun hat mit Arbeitslosigkeit und mit der Beurteilung dieser Zahlen.

Es gibt einen zweiten Punkt. Um zu relativieren, haben Sie gesagt: Wir haben eine niedrigere Frauenerwerbsquote bei uns im Lande als im Bund; die muß man dann mitberücksichtigen, wenn man Arbeitsplatzdefizite betrachtet. Das ist richtig. Aber wenn man einen anderen Vergleich heranzieht, nämlich den, wie es 1985 war und wie es jetzt, 1994, ist, dann zeigt sich, daß die Beschäftigungsquote bei den Frauen von 42 Prozentpunkten auf 50 Prozentpunkte gestiegen ist. Das heißt, es arbeiten wesentlich mehr Frauen und wollen wesentlich mehr Frauen arbeiten als vor zehn Jahren. Wenn trotz der Tatsache, daß die Quote bei den Frauen um acht Prozentpunkte gestiegen ist, dennoch die Arbeitslosigkeit wesentlich niedriger liegt, dann spricht das nicht gegen die saarländische Arbeitsmarktsituation, sondern es spricht dafür, daß in der Vergangenheit wohl gut gearbeitet worden ist.

(Beifall bei der SPD.)

Dann haben Sie vorhin geklatscht bei der Frage ABM, um so zu sagen, das sind Mittel, die von der Bundesanstalt für Arbeit kommen, vom Bund her kommen und die dazu beitragen, daß die Arbeitslosenzahlen bei uns nach unten gehen. Das ist richtig. Wir sind auch dankbar dafür, daß solche Mittel insgesamt zur Verfügung stehen. Aber es ist nur ungefähr die Hälfte von dem, was wir im Jahre 1990 hatten. Wenn ich mit 1985 vergleiche, dann ist die Zahl der AB-Maßnahmen in etwa gleich. Es sind etwas weniger als damals. Also kann ich sagen: Das hat wenig beeinflußt. Aber wenn man die Zahl mit 1990 vergleicht, dann sieht man, daß das ein Punkt ist, der gravierend in unsere Situation hineingreift. Wenn der Bund die gemeinsame Verantwortung in diesem Bereich ernst nehmen würde und wenn er nicht gekürzt hätte in dem Bereich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und wenn wir die gleichen Mittel zur Verfügung hätten wie noch vor fünf Jahren, dann gäbe es eine wesentlich größere Chance, noch mehr Menschen bei uns arbeiten zu lassen.

(Beifall bei der SPD.)

Dann gibt es einen weiteren Punkt, den man beachten muß: die Frage, wie viele Menschen in unser Land einpendeln, um hier zu arbeiten, und wie viele Menschen auspendeln. Wir haben eine große Zahl von Bekannten — jeder von uns kann welche finden —, die ihre Arbeit anderswo suchen. Das ist in manchen Dingen ganz natürlich. Wenn zum Beispiel jemand Tankerkapitän ist, dann können wir ihm einen Arbeitsplatz an der Saar nicht bieten. Aber wir können ihm zum Beispiel, wenn es darum geht, im industriellen Bereich qualifizierte Arbeitsplätze zu finden, sehr viel anbieten, damit er hierbleiben kann; umgekehrt führt es dazu, daß Menschen aus Rheinland-Pfalz und aus anderen Teilen der Bundesrepublik in dieses Land kommen, um hier zu arbeiten. Hier geht es jetzt um den Punkt: Ist es eigentlich so, daß mehr Saarländerinnen und Saarländer außerhalb des Landes arbeiten, oder ist es so, daß mehr Menschen, die außerhalb des Landes wohnen, bei uns hier arbeiten. Das ist der Pendlersaldo, so kann man das bezeichnen.

Dieser Pendlersaldo hat sich in den letzten Jahren ständig zugunsten des Saarlandes verschoben. Mittlerweile sind es nicht mehr 11.000, die es einmal waren, jetzt sind wir bei 16.000. Wenn man eine Statistik nimmt, die auch die neuen Bundesländer und andere Teile mit umfaßt, dann liegen wir fast schon über 18.000. Das heißt, der saarländische Arbeitsmarkt bietet wesentlich mehr an Arbeitsplätzen an, als wir das mit der bei uns bestehenden Arbeitslosenquote überhaupt als Indikator begreifen könnten. Meine Damen und Herren, suchen Sie deswegen nicht immer nur nach den negativen Zahlen — die kann man sich beliebig zu rechtbiegen —, sehen Sie die Realität. Die Realität in diesem Lande zeigt nach oben. Es ist Grund zum Optimismus und kein Grund zum Pessimismus gegeben.

(Beifall bei der SPD.)

Dann hat Herr Müller noch eine Zahlenreihe mit sichtlichem Genuß vorgelesen: das Bruttoinlandsprodukt und der jeweilige Abstand zum Bund. Es ist richtig, daß wir es in den letzten Jahren — aufgrund der Umstrukturierungsprozesse in der Montanindustrie — nicht geschafft haben, den Bundesdurchschnitt zu erreichen. Nur, der Bundesdurchschnitt ist ein Durchschnitt, der sich selbstverständlich aus allen Wachstumsbereichen, Sektoren und Ballungsbereichen errechnet. Da zählt auch Hessen mit — Hessen übrigens mit dem bei weitem größten Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von allen Bundesländern. Das ist ein Land, das die meiste Zeit sozialdemokratisch regiert worden ist. Ich sage das, damit nachher, wenn ich andere Länder nenne, kein falscher Zusammenhang hergestellt wird.

Es ist so, daß wir mit dem, was wir im Bruttoinlandsprodukt pro Kopf haben, immer noch eindeutig über unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz liegen, eindeutig über Niedersachsen liegen, eindeutig über Schleswig-Holstein liegen. Das ist die Realität. Daß wir es momentan nicht schaffen können, in dem Bereich den Bundesdurchschnitt zu überholen oder ihm gleichzukommen, hängt damit zusammen, daß wir bei der Montanindustrie Arbeitsplätze hatten, die gut bezahlt waren; wenn diese Arbeitsplätze zurückgehen, haben wir dort natürlich einen starken Einbruch. Und das ist dann unser Problem.

Wenn jemand praktisch als Bergmann gearbeitet hat — ich nehme jetzt ein Extrem — und bekommt einen Arbeitsplatz im Dienstleistungsbereich, meinetwegen als Friseur, dann ist es so, daß sein Einkommen sich mehr als halbiert, und das geht selbstverständlich entsprechend in die Statistik ein. Das ist der Grund, daß der Umstrukturierungsprozeß die gut verdienenden Bereiche, den Schichtbetrieb, wo gut verdient wird, weiter zurückgehen läßt. Es geht hier um Wachstumsraten. Und hier liegt genau der Punkt. Wählen Sie deshalb nicht eine solche Statistikreihe, die man sehr genau erklären kann und die gar nichts aussagt zum Beispiel über die Arbeitsplatzsituation bei uns im Lande, die nur sagt, daß der Umstrukturierungsprozeß von der Montanindustrie hin zu Dienstleistungen und zu anderen Wirtschaftszweigen selbstverständlich einen Verlust am Bruttoinlandsprodukt mit sich bringen muß. Das ist die Realität. Das sagt ansonsten über den Erfolg unserer Arbeit überhaupt nichts aus. Relativieren Sie deswegen bitte solche Argumente, und versuchen Sie nicht, mit falscher und böser Absicht in die Diskussion einzutreten.

(Beifall bei der SPD.)

Dann haben Sie auch etwas zum Montankern gesagt, zu Kohle und Stahl. Kohle und Stahl sind der Kern der Saarländischen Wirtschaft gewesen. Sie sind immer noch von einer unverzichtbaren Bedeutung für uns, und deswegen arbeiten wir ja so engagiert daran, diesen beiden Wirtschaftszweigen, die eng miteinander verknüpft sind, eine Zukunft zu sichern.

Bei der Kohle ist es nun einmal so — das ist Ihr Problem, bei dem Sie hier entsprechend rumgeeiert haben —, daß seit der Verantwortung von CDU und FDP in Bonn vom Beginn der ersten Kohlerunde 1987 an alles immer stückweise zurückgegangen ist. Viel schlimmer ist, daß die Zusagen, die jeweils gemacht wurden, kaum war die Tinte trocken, mit der die Verträge unterzeichnet worden waren, nichts mehr gegolten haben, daß man immer wieder neue Kohlerunden eingeläutet hat.

Deswegen sage ich hier auch ganz eindeutig, wenn man weiß, wie das Artikelgesetz angelegt ist, habe ich die Befürchtung, falls — was die Wählerinnen und Wähler verhüten mögen — es mit der gleichen Regierungskonstellation in Bonn weitergeht, daß ein weiterer Schritt des zusätzlichen Wegnehmens dazukommt. Deswegen fordern wir von unserer Seite aus ganz eindeutig die Daten von 1991, was die Verstromung angeht, und wir haben dazu mit der SPD-Mehrheit entsprechende Beschlüsse im Bundesrat erzielt; es ist wichtig, daß hier auch die anderen Länder mitziehen, von denen man sonst immer sagt, die wollten uns auf die Eisen gehen. Da gibt es sicher die eine oder andere finstere Absicht bei solchen, die keine Kohle in ihrem Land haben; das wissen wir auch. Deswegen muß man klug, diplomatisch und ent-

(Abg. Klimmt)

sprechend vorgehen, damit das nicht zur Wirkung kommen kann. Aus dem Grunde bestehen wir darauf, daß das, was in der Kohlerunde 1991 vereinbart worden ist, was wir gemeinsam, alle Parteien in diesem Hause, beschworen haben vor dem Landtag, vor den Säulen auf der Treppe vor dem Landtag — da haben wir das gemeinsam den Bergleuten zugesichert —, eingehalten wird, daß daran nichts verändert wird. Es muß dabei bleiben. Ein Wort muß gelten.

(Beifall bei der SPD.)

Das andere ist die Frage der Kokskohle. Die Kokskohlebeihilfe dient dazu, der deutschen, sprich der saarländischen Steinkohle die Möglichkeit zu geben, im Verhüttungsprozeß eingesetzt zu werden. Diese ist in der Vergangenheit mit unserem Anteil vom Bund übernommen worden. Jetzt sind die Pläne, die Hälfte dem Saarland aufs Auge zu drücken; das wären 170 Millionen Kosten, die auf uns zukämen. Die würden uns finanziell unter Wasser ziehen. Denn wir wissen doch, das, was wir an Teilentschuldung bekommen haben, ist schon an dieser, jener und anderer Stelle zurückgefahren, zurückgenommen worden, es ist weiter zurückgegangen. Mit den 170 Millionen pro Jahr, die optimistisch gerechnet sind, würden wir natürlich gar keine Chance haben, einigermaßen mit unseren Haushaltsproblemen fertig zu werden. Deswegen ist es gemeinsame Aufgabe dieses Hauses, daß, gleich in welcher Konstellation, solchen Dingen ganz klar eine Absage erteilt wird, ganz gleich, ob man im Wahlkampf ist oder nicht. Dies darf nicht Realität werden.

(Beifall bei der SPD.)

Wir müssen die Chance begreifen, die um die Kohle herumgruppiert ist. Das sind die modernen Techniken, die wir hier auch aus Not haben erfinden müssen, weil wir die Kohle unter recht ungünstigen Bedingungen brechen. Da sind andere Länder wesentlich günstiger dran. Aber wir haben dabei Technologien entwickelt, die hochwertig sind. Und die können wir verkaufen. Das heißt, Maschinenbau und vieles andere ist vor- und nachgelagert, was diesen Sektor angeht. Ich sage jetzt auch einmal etwas, um das Selbstbewußtsein derjenigen zu stützen, die immer erleben müssen, daß man sie sozusagen als die hinstellt, die immer nur die Hand aufhalten, um arbeiten zu können. Nein, das stimmt nicht. Sie haben für uns in zweifacher Hinsicht eine Bedeutung, die nach vorn weist. Sie ermöglichen uns mit der Verstromung der Steinkohle, der Atomenergie zu entgehen, wenn wir das wollen; wir können ihr auf diese Weise entgegen. Sie geben uns die Chance, mit neuen Technologien gleichzeitig in anderen Bereichen Arbeitsplätze zu sichern.

(Beifall bei der SPD.)

Ähnlich positiv muß man die Situation im Stahl werten. Herr Müller, es ist Geschmackssache, wie Sie mit Menschen umgehen und in welcher Weise Sie über die Frau des Ministerpräsidenten glauben reden zu können. Ich will da mit Ihnen nicht rechten, weil ich das für kein Thema halte, das wir hier vor Publikum zu diskutieren hätten. Das ist, wie gesagt, Geschmackssache.

(Zuruf.)

Ja sicher. Das entspricht nicht der Realität. Aber das können wir ein andermal ausmachen. Ich bin dagegen, das hier vor dem gesamten Hause zu diskutieren.

Das zweite ist, was Sie über Herrn Neuber und Herrn Blessing gesagt haben; das ist ja nun fast so etwas wie Ehrabschneidung. Peter Neuber, mit dem viele von uns einiges zu tun gehabt haben, war einer der erfolgreichsten Oberbürgermeister dieses Landes, und er hat den Umstrukturierungsprozeß in Neunkirchen auf hervorragende Weise bewältigt.

(Beifall bei der SPD.)

Er ist jemand, nach dem sich Landesregierungen, nicht nur die hiesige, zum Beispiel auch die niedersächsische, die Finger geleck haben, weil sie gewußt haben, daß er ein hochqualifizierter Mann ist.

(Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Da frage ich Sie jetzt, wenn ich Ihre Art der Diskussion höre, wie viele Christdemokraten, wie viele Freidemokraten aus der Politik in Wirtschaftspositionen hineingewachsen sind. Es ist anscheinend so, daß es nur Schwarze und Blaugelbe sein können, die so einen Job in der Wirtschaft in Anspruch nehmen dürfen, aber ein Sozialdemokrat kommt dafür nicht in Frage. Es ist doch wohl Spinnerei, auf diese Art und Weise ein solches Thema angehen zu wollen.

(Beifall bei der SPD.)

Was Herrn Blessing angeht, Herr Blessing war lange genug in der IG Metall. Er ist ein Gewerkschafter von wirklich echtem Schrot und Korn. Er hat zwischendurch eine andere Rolle in der Politik wahrgenommen. Was ist dagegen zu sagen? Ist es nicht gut, wenn man auch mal in verschiedenen Dingen tätig ist, wenn man auch andere Bereiche miteinander verbindet? Auch Sie, Frau Waschbüsch, verstehen es ja, Ihre politische Tätigkeit mit der anderen, die Sie im religiösen Bereich haben, zu verbinden, wenn Sie sie auch nicht immer trennen können. Auch das ist ein Punkt, der da einmal gesagt werden muß.

(Sprechen und Unruhe.)

Blessing auf die Weise zu desavouieren, wie Sie es gerade versucht haben, das vergiftet das Klima in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD.)

Kohle und Stahl sind nicht die einzigen Träger der Saarwirtschaft. Sie waren es nie, aber sie standen einmal sehr im Vordergrund. Wir brauchen andere Entwicklungen; damit haben wir uns am heutigen Vormittag in erster Linie zu beschäftigen. Es ist die Frage: Wo kommen wir in der Zukunft auf Wege, um unsere wirtschaftliche Entwicklung sichern zu können? Dabei sind Forschung und Entwicklung ein ganz zentraler Pfad unserer Überlegungen, Forschung und Entwicklung an den Hochschulen — an der Universität, an der Hochschule für Technik und Wirtschaft, auch an der Kunsthochschule. Es ist auf den ersten Blick nicht erkennbar, daß da ein Zusammenhang besteht. Aber das, was an der Kunsthochschule an Produktdesign gemacht wird, ist mittlerweile in Deutschland führend und weltweit anerkannt. Man kann es so ausdrücken: Wenn du wirklich etwas Gehaltvolles haben willst, dann mußt du nach Saarbrücken gehen. Das wissen auch die Leute auf Bundesebene.

Über diesen Bereich hinaus haben wir natürlich eine ganze Reihe von Instituten, die forschen und entwickeln. Sie sind an der Universität, sie sind mit der Universität verbunden; es gibt auch eine ganze Reihe von selbständigen Instituten. Ich muß ja jetzt nicht noch einmal das herunterbeten, was der Ministerpräsident hier bereits vorgetragen hat. Wir haben Forschung in der Wirtschaft selbst. Auch das muß man sagen. Es gibt mittelständische und größere Unternehmen, die an der Saar forschen. In St. Wendel ist zum Beispiel Fresenius zu nennen. Die größte Forschungsabteilung dieses Unternehmens ist bei uns im Saarland. Auch das ist ein Punkt, auf den wir stolz sind. Ich nenne die Firma Ursapharm in Böttingen, die jetzt mit einem neuen Patent auf den Markt gekommen ist. Das sind alles Forschungsleistungen hier bei uns an der Saar. Wir sehen diese Entwicklung gern und sind auch bereit, entsprechende Komplimente zu machen und Dank auszusprechen.

(Beifall bei der SPD.)

Wichtig für uns ist, daß die Forschung anwendungsorientiert und wirtschaftsnah ist. Ich muß zugeben, das war für mich ein Lernprozeß. Als ich noch an der Universität Studentenpolitik gemacht habe, waren wir der Meinung, man müsse die Universität völlig freihalten von allen Einflüssen und Interessen des Großkapitals. Man wollte von unserer Seite aus, daß man völlig unabhängig von irgendwelchen ökonomischen Interessen in der Lage ist, die Dinge wirklich so zu erforschen, daß man Zukunftserkenntnisse gewinnt. Wie gesagt, diese meine Auffassung habe ich geändert, weil ich eben glaube, daß Forschung und Universitäten nicht nur dazu da sind, die reine Theorie zu entwickeln und sich

(Abg. Klimmt)

in der theoretischen Überhöhung zu ergehen, sondern daß die Forschung auch etwas für die Menschen bringen muß, daß sie praxisorientiert sein muß.

Ich finde es richtig, daß sich das Saarland für seine Universität engagiert, mehr als andere Bundesländer, wenn man das Engagement umsetzt auf das, was wir pro Kopf ausgeben. Aus diesem Grund ist es wichtig, daß wir gleichzeitig Rückflüsse haben für das, was wir momentan als dringendstes brauchen: Motoren für die Umstrukturierung. Daß sich die Universität und die ihr zugeordneten Institute und die Institute, die mit ihr zusammenarbeiten, als Motoren erwiesen haben und an der Umstrukturierung arbeiten, ist ein Verdienst der letzten neun Jahre. Dafür danken wir Oskar Lafontaine und den anderen Beteiligten.

(Anhaltender Beifall bei der SPD.)

Aus Forschung entstehen neue Arbeitsplätze. Richtig ist, daß das am Anfang nur wenige sind. Das weiß jeder. Bei jeder Technologie, bei jeder neuen Erfindung fängt es erst einmal klein an. Wichtig ist, daß wir die Keimzellen dessen, was Zukunftstechnologien sind, bei uns haben, damit sich das entwickeln kann. Wir wissen doch nun alle — das predigen wir in allen Diskussionen —, daß es darauf ankommt, auch aus kleinen und mittelständischen Unternehmen zusätzliche Wachstumsraten zu gewinnen, und daß es nicht nur darum geht, die großen Unternehmen zu haben. Die Produkte, die im eigenen Land entwickelt worden sind, bergen die Chance in sich, mehr Arbeitsplätze zu bekommen. Das ist für uns ein ganz zentraler Punkt. Sicher ist der Grundstein für den Bereich der Informatik gelegt worden. Wir sind stolz darauf, daß viele sagen, es sei die beste Informatikabteilung aller deutschen Universitäten. Der Grundstein ist schon zu Zeiten gelegt worden, als Sie regiert haben. Aber die Weiterentwicklung, die Ergänzung durch das Max-Planck-Institut — wir mußten lange darum ringen, daß das in Gang kommt — und das Institut für Künstliche Intelligenz, all das kommt dazu. Das ist die Erweiterung, die notwendig war. Und ich bin auch stolz darauf, daß im Saarland Softwarefirmen arbeiten, die weltweit operieren und nicht nur für das Saarland, so daß Geld auch von außen in unser Land kommt.

(Beifall bei der SPD.)

Wir sind darauf ausgerichtet, umweltorientierte Produkte herzustellen und gleichzeitig eine umweltorientierte Produktion zu ermöglichen. Mit dem Stichwort UPT ist das umschrieben. Es geht ja nicht nur darum, daß man sorgfältig mit den Ressourcen umgeht, sondern auch darum, daß man beim Produktionsprozeß darauf achtet, daß keine Ressourcen verschwendet werden und daß vor allem keine großen Schäden für die Umwelt entstehen. Ganz zentral in diesem Zusammenhang ist dabei die Energiepolitik. Wir haben gesehen, daß wir bei uns im Land mit dem Modellkraftwerk und der Kraft-Wärme-Koppelung, die wir vorangetrieben haben, um den Wirkungsgrad der Kraftwerke zu erhöhen, Möglichkeiten geschaffen haben, die für andere ein Anreiz sind, hierherzukommen und sich das anzusehen. Ganz gleich, wo ich in der Bundesrepublik und über sie hinaus herkomme und Menschen treffe, die etwas mit Energiepolitik zu tun haben, diese Menschen sagen, da habt ihr im Saarland nicht nur mit Oskar Lafontaine, sondern auch mit eurer Energiepolitik die Nase vorn. Das ist etwas, das Sie von Ihrer Seite aus nicht mißmutig zur Kenntnis nehmen sollten; Sie sollten sich darüber wirklich freuen.

(Beifall bei der SPD.)

Man darf über Forschung und Technik aber nicht nur optimistisch reden. Es gibt auch Risiken, die damit verbunden sind. Technik als solche kann den Menschen ja auch zum Nachteil geraten. Wir haben uns in der Vergangenheit einmal recht optimistisch mit der Atomenergie befaßt. Wir haben als Sozialdemokraten umdenken müssen und haben umgedacht, weil diese Technik zu risikoreich ist. Und weil wir die Atomenergie eindeutig ablehnen und auch nicht mit irgendwelchen forschungs- und entwicklungstechnischen Überlegungen liebäugeln, wollen wir die Energiepolitik dahin weiterentwickeln, daß wir die Brücke in das So-

larzeitalter bei uns organisieren können — mit der saarländischen Steinkohle und mit den regenerativen Energien, die jetzt schon zur Verfügung stehen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD. — Zurufe der Abgeordneten Hans (CDU) und Schreier (CDU). — Vizepräsidentin Waschbüsch übernimmt den Vorsitz.)

Wir werden uns trotz der damit verbundenen Risiken auch beteiligen, wenn es darum geht, die neuen Informationsentwicklungen voranzubringen. Das ist eine Revolution, die auf uns wartet. Der Ministerpräsident hat darauf schon hingewiesen. Die digitale Kompression, die sogenannten Information Highways und das, was an dialogfähigen Systemen auf der Grundlage dieser technischen Einrichtungen entwickelt wird, bergen Risiken in sich. Über die müssen wir an anderer Stelle gesondert reden. Was bedeutet es zum Beispiel für die Freiheit der Menschen, wenn wir so eng miteinander vernetzt werden? Diese Entwicklung birgt aber auch Chancen in sich. Da wir hier an einer Nahtstelle mit Frankreich sitzen, ist es wichtig, daß wir in der Lage sind, Kompatibilität herzustellen für die Informationssysteme unserer französischen Nachbarn. Auch da haben wir die Chance, mit Innovation einen Markt für uns zu erobern und eine zentrale Schlüsselrolle zu spielen.

(Beifall bei der SPD.)

Neben dem Bereich der Forschung und Entwicklung gehört selbstverständlich auch die Qualifizierung dazu. Die Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei uns hier im Land ist einer der größten Standortvorteile, die wir haben. Auch das muß einmal ausgesprochen werden. Wenn man mit Unternehmern redet — etwa mit denen, die die Ansiedlung der Eisenwerke Brühl zu verantworten haben —, sagen sie: Das Wissen, einen hochqualifizierten Stamm von Facharbeitern an der Saar zu haben, hat uns in dieses Land gebracht. Und wenn nun wieder wie fast jedes Jahr die Diskussion über Mazda geführt wird, dann wird der Standort Saarlouis immer mit seiner hohen Produktivität — das heißt, mit der Qualifikation derer, die dort arbeiten — in Zusammenhang gebracht.

Das ist der eigentliche Grund, nicht unbedingt unsere geopolitische Lage. Deshalb müssen wir auf diesem Weg weiter arbeiten und müssen die Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und -nehmer in unserem Lande sichern. Sie ist unser größter Standortvorteil, und den muß man pflegen mit Schulen, mit Berufsschulen, mit Hochschulen, mit Weiterbildung, mit Qualifizierung.

Kollege Müller, wir haben bei den Grundschulen — was kein anderes Bundesland getan hat — das Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“ konsequent beherzigt. Die Nähe der Grundschulen zu den Kindern gibt es in keinem anderen Flächenland so eindeutig wie bei uns.

(Zuruf des Abgeordneten Schreier (CDU).)

Wenn daraus in der organisatorischen Umsetzung ein Problem entsteht, das die Bildungsministerin erwartungsgemäß innerhalb kürzester Zeit zu bewältigen in der Lage war, dann kann das doch nicht davon ablenken, daß wir in unserem Schulwesen auch ganz entscheidende Vorteile gegenüber anderen Bundesländern haben, so zum Beispiel gerade bei der angesprochenen Grundschule mit der Fremdsprache nach dem dritten Schuljahr.

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Schreier (CDU).)

Das gibt es nirgendwo anders. Wir haben zum Beispiel einen Vorteil bei unseren Berufsschulen. Wir haben das am besten ausgebaute Berufsschulwesen und das modernste Fachschulwesen — nicht nur Fachhochschulwesen, sondern auch Fachschulwesen — in der ganzen Bundesrepublik. Das sollen Sie nicht schlechtreden. Loben Sie es einmal, damit die Menschen in diesem Lande es erfahren!

(Beifall bei der SPD.)

(Abg. Klimmt)

Ich weiß auch, daß Sie die Gesamtschule nicht mögen; das ist schließlich bekannt. Deswegen werden Sie die Tatsache, daß wir pro Kopf die größte Gesamtschuldichte aller Bundesländer haben, nicht zu würdigen wissen. Aber vielleicht wissen Sie es zu würdigen, daß wir das einzige Bundesland sind, das in jeder Gemeinde und in jeder Stadt einen mittleren Bildungsabschluß anbietet. Das ist ein Erfolgszeichen unserer Politik, und das sollten Sie würdigen. Sie sollten nicht an Kleinigkeiten herumzumäkeln versuchen.

(Beifall bei der SPD.- Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Es gibt andere Faktoren, Sie haben darauf hingewiesen: Versorgung und Entsorgung. Da haben Sie sich natürlich genau wieder die Vergleichszahlen gesucht, die Ihnen in den Kram gepaßt haben. Es gibt ja immer irgendeine Reihe, die man gebrauchen kann.

(Zurufe von der CDU.)

Nur eines muß man wissen. Wenn man zielgerichtet daran arbeitet, daß die Umwelt geschont werden muß, so ist das nicht zum Nulltarif zu haben. Die Zeiten sind vorbei, wo man alles einfach in die Landschaft und in die Saar kippen konnte. Auch wenn Sie sie vielleicht noch einmal herbeisehnen, diese Zeiten sind endgültig vorbei. Jetzt kostet das etwas. Wir bemühen uns gerne darum, diese Dinge kostengünstiger zu organisieren; da sollten wir gemeinsam unsere Phantasie walten lassen. Aber verfälschen Sie nicht die Realität! Das Saarland ist gerade in dem Bereich, was die ökologische Begleitung des Produktionsprozesses angeht, vorbildlich, und darauf bin ich stolz.

(Beifall bei der SPD.)

Wir brauchen noch mehr Flächenvorsorge, wir brauchen eine vernünftige Erweiterung unserer Verkehrsinfrastruktur. Da geht es um den TGV, es geht auch um den Autobahnanschluß A 8 und anderes mehr. All dieses gehört zusammen, und es wird ein schwerer Weg für uns werden. Unser Industrieviertel ist nämlich wie viele andere Industrieviertel auch auf einem Bodenschatz entstanden, auf der Kohle, und auf der Kombination mit einem anderen Bodenschatz, mit dem Erz in Lothringen. Das war unser Standortvorteil.

Wir wissen, daß sich die Zeiten geändert haben. Deswegen brauchen wir für diesen Standort Innovationsfähigkeit und Qualität der Arbeit als Markenzeichen. Das hat sich an vielen Stellen schon herumgesprochen. Deshalb wollen wir mit anderen zusammen eine Wachstumsregion aufbauen. Dazu gehört für mich Nancy, dazu gehört für mich Metz, dazu gehört für mich Luxemburg, dazu gehören für mich Trier, Kaiserslautern und Pirmasens — und Saarbrücken, das Saarland mittendrin. Das ist die Vision, daß wir in dieser Konstellation die Zukunft unseres Landes entwickeln, mit Innovationsfähigkeit, mit Qualität der Arbeit. — Glückauf!

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Waschbüsch:

Ich erteile das Wort an Herrn Abgeordneten Kiefaber.

Abg. Kiefaber (FDP):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung erwartungsgemäß den Versuch unternommen, die Erfolge der Landesregierung auf einem kleinen Sektor ihrer Politik in den Vordergrund zu stellen, und Ihre Mitarbeiter haben Ihnen dazu sehr viele Einzelheiten aufgeschrieben, insbesondere auch zu der Frage, was in Zukunft noch zu tun ist.

Aus Ihrer Sicht ist das verständlich. Allerdings: Wer etwas in den Vordergrund stellt, stellt natürlich auch etwas in den Hintergrund. Da bleibt in der Tat die Frage, ob Sie nach neun Jahren Regierungsverantwortung nicht mehr zu bieten haben. Niemand hier im Hause — ich glaube, auch die Kollegen von der SPD nicht — unterstellt Ihnen falsche Bescheidenheit. Deswegen er-

laube ich mir den Hinweis, wenn es wirklich so wäre, daß Sie auf anderen Gebieten große Erfolge hätten, hätten Sie die mit Sicherheit hier heute abgefeiert.

Nun gut, Sie sollen Ihre Debatte haben, allerdings nicht beschränkt auf ein Gebiet, sondern umfassend. Sie ist ja in diesem Hause auch schon voll im Gang. Es geht darum, daß wir die volkswirtschaftlichen Daten — der Kollege Müller hat sie genannt — analysieren und die Frage zu beantworten versuchen, warum nach neun Jahren SPD-Regierung das Saarland in der volkswirtschaftlichen Entwicklung immer noch das Schlußlicht bildet. Es geht darum zu prüfen, wie schwer das wiegt, was Sie an positiven Aspekten eingebracht haben. Diese positiven Aspekte haben wir immer hier im Hause mitgetragen, nicht erst seit gestern, sondern schon seit 1987. Ich habe das extra noch einmal nachgelesen, die Regierungserklärung damals und die Aussprache, als Dr. Rehberger diesen Bereich positiv gewürdigt hat. Es geht also darum, ob diese Erfolge tatsächlich alles das aufwiegen können, was in anderen Bereichen versäumt wurde: in der Umstrukturierungspolitik, in der Mittelstandspolitik, insbesondere im Bereich der Kostenentlastung der saarländischen Wirtschaft.

Wir müssen dann auch darüber reden, Herr Ministerpräsident, ob die Finanz- und Haushaltspolitik der Landesregierung in den letzten Jahren, insbesondere auch der Steuervollzug, wirklich eine ausreichende Empfehlung sind für jemanden, der antreten will, Verantwortung für die Finanzpolitik in ganz Deutschland zu übernehmen. Da wir mitten im Wahlkampf sind, können wir das alles ansprechen, das werden wir auch tun.

Niemand wird bestreiten, daß es im Bereich der Technologiepolitik Erfolge gibt und daß dieser Bereich auch ein ganz wichtiges Element für die Zukunftssicherung unseres Landes ist. Es war sehr nett, daß Sie in Ihrer Regierungserklärung die Erfolge aufgelistet haben. Es waren aber zum großen Teil nicht Ihre Erfolge, sondern die Erfolge derjenigen Professoren und ihrer Mitarbeiter, die hier vor Ort an der Universität und darum herum gearbeitet haben. Es ist ein alter Trick — und ich sehe Ihnen das auch nach —, daß man sich gelegentlich mit fremden Federn schmückt; das haben Sie hier heute ausreichend getan.

Es muß auch der guten Ordnung halber darauf hingewiesen werden, daß der Bund und Dritte in diesem Bereich in den letzten Jahren trotz Haushaltsknappheit mehr als 30 Millionen DM an die Saar transferiert haben. Wenn Sie darüber reden, sollten Sie diesen Aspekt auch erwähnen, Sie haben es nicht getan.

Sie haben angekündigt, daß im Bereich des Technologietransfers mehr getan werden muß. Da haben Sie recht. Was zeigt das? Das zeigt, daß bisher nicht genug getan wurde. Das ist insofern die Ausstellung eines Armutzeugnisses. Das gilt insbesondere deshalb, Herr Ministerpräsident, weil viele seit langem zu diesem Thema konkrete Vorschläge gemacht haben. Ich erinnere daran, daß wir schon vor Jahresfrist konkret gefordert haben, den Bereich des Technologietransfers besser zu bündeln. Wir haben in diesem Bereich viele Angebote; ich habe den Eindruck, wir haben nicht zuwenig, sondern eigentlich zuviel Angebote. Zumindest ist es so, daß diese Angebote nicht hinreichend koordiniert sind. Wir wollen in diesem Bereich keine neue Behörde haben — um das einmal direkt dazu zu sagen. Wir haben vorgeschlagen, daß in Form einer möglichst privatwirtschaftlich orientierten Organisation, in Form des public private partnership, wie das so schön heißt in Neudeutsch, zusammen mit den Universitäten, die hier in der Region zu Hause sind — in Kaiserslautern, in Trier, in Metz und in Nancy —, Technologietransfer auf die Reihe gebracht wird.

Sie haben bei Ihrer Rede natürlich die Erfolge und die Aktivitäten insbesondere im Bereich der Institute der Naturwissenschaften und der Informatik herausgestellt. Das ist nachvollziehbar, aber die Chronistenpflicht gebietet natürlich auch, daß man darauf hinweist, daß Professor Scheer, der ja bei Staatsbesuchen immer erste Adresse ist, bereits 1979 ins Saarland gekommen ist. Überhaupt hatte ich den Eindruck, daß Sie hier so getan haben, als sei 1985, als Sie die Regierung übernommen haben, die Geburtsstunde der Forschungs- und Technologiepolitik im Land

(Abg. Kiefaber)

und auch bei der Universität. Sie tun manchmal so, als hätte es vor 1985 an der Universität des Saarlandes nur die Fachrichtung Orientalistik gegeben. Das ist nicht so, und das muß man dann eben auch einmal sagen.

Was fehlt also? Es fehlt ein koordinierter Technologietransfer. Hier hatten Sie in der Vergangenheit gute Ansätze. Ich frage mich, warum Sie diese Ansätze nicht fortgeführt haben. Es gab einmal den Ansatz des Innovationsassistenten. Dieser Versuch wurde nach kurzer Zeit wieder aufgegeben, obwohl das wirklich ein guter Ansatz war, weil hier gerade das getan wird, was Sie auch angemahnt hatten, daß nämlich die saarländische Wirtschaft und die Universität näher zusammengebracht werden. Das ist nicht nur ein Problem des Technologietransfers, sondern das ist ein Problem der Psychologie, wenn ich in diesem Zusammenhang einmal an den Bereich des Handwerks denke. Hier ist viel zu tun, und das haben Sie in der letzten Zeit versäumt.

Wir begrüßen selbstverständlich, was Sie jetzt vorhaben, an der Uni, am Stuhlsätzenhausweg eine Technologiestraße einzurichten. Das hätten Sie aber auch schon vorher tun können. Wir begrüßen auch, daß die Europazone jetzt angedacht ist und kommt. Auch hier sind Sie nicht die ersten, da gibt es schon lange im Aachener Bereich, in Longwy und sonstwo entsprechende Ansätze. Auch da kommen Sie ziemlich spät hinterher. Immerhin: Besser spät als gar nicht! Aber das kann natürlich dann nicht als Erfolgsbilanz der bisherigen Regierungstätigkeit gewertet werden.

Was bleibt bei dieser Politik auf der Strecke, bei dieser Politik, bei der die naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Fächer so forciert und rigide konzentriert in den Vordergrund gestellt werden? Es war richtig, daß eine Kurskorrektur vorgenommen worden ist. Wir haben aber den Eindruck, daß Sie in diesem Punkt das Kind mit dem Bade ausgeschüttet haben. Heute haben wir doch die Situation, daß einige Richtungen der Geisteswissenschaften am Existenzminimum herumvegetieren. Während in den Renommierinstituten der Naturwissenschaft die Gläser mit Champagner gefüllt werden, tropft es in der Geisteswissenschaft in einigen Räumen aus der Decke in Eimer, die dort aufgestellt sind. So sieht es doch aus.

Herr Ministerpräsident, muß ich Ihnen denn erklären, daß der gesamte Bildungsbereich nicht in dieser Form getrennt werden kann? Da sind einige doch schon sehr viel weiter, auch in der Wirtschaft. Es ist eben der falsche Ansatz, zwischen Naturwissenschaft und Geisteswissenschaft eine Trennung vorzunehmen. Sie haben das heute erstmalig angedeutet, aber andere sind da wirklich schon sehr viel weiter, gerade in der Wirtschaft. Ich nenne hier nur einmal das Stichwort interkulturelles Management, das in vielen Firmen, vor allem in Japan, schon Standard ist. Ich sage Ihnen deshalb: Hören Sie auf, die Geisteswissenschaften an der Universität mit dem Rotstift zu malträtieren. Das ist eine falsche Politik, das ist auch eine falsche Sparpolitik, weil die Ansätze, die Investitionen, das Geld — wir haben wenig genug davon — sich hier zweimal auszahlen. Natürlich gilt das auch für den Bildungsunterbau bis hin zu den Schulen; hiervon wurde heute ja schon gesprochen.

Ein weiterer Kritikpunkt ist natürlich, daß dieser Bereich der Technologiepolitik, der universitätsbezogenen und wirtschaftsnahen Forschung nicht getrennt werden kann von der allgemeinen Situation gerade derjenigen kleinen und mittleren Betriebe, Herr Ministerpräsident, die Innovationsansätze bringen könnten. Und deshalb ist es so wichtig, daß die generelle Kostendebatte für die kleineren und mittleren Unternehmen hier im Lande nicht so heruntergeredet wird, wie das der Wirtschaftsminister, der im Augenblick nicht anwesend ist, doch sehr oft tut. Das ist so! Sie sollten die Kostenprobleme der saarländischen Wirtschaft, insbesondere des saarländischen Mittelstandes und des innovativen Handwerks nicht in dieser Form herunterreden. Die Betriebe leiden darunter, gerade hier an der Grenze. Es ist kein Zufall, daß immer mehr Betriebe in die grenznahen Regionen von Lothringen und Luxemburg abwandern. Deswegen können Sie doch nicht so tun, als lebten wir hier auf einer einsamen Insel, sondern Sie müssen diese generellen Kostenprobleme anerkennen.

Deswegen verstehen wir nicht, Herr Ministerpräsident, daß Sie nicht endlich das umsetzen, was nicht nur die FDP-Fraktion und die Kollegen von der CDU, sondern auch die meisten der gesellschaftlich relevanten Gruppen in diesem Bereich von Ihnen fordern. Die Forderungen liegen auf dem Tisch. Setzen Sie die Gemeinden durch eine Änderung des kommunalen Finanzausgleichs endlich in die Lage, daß sie von den höchsten Gewerbesteuerhebesätzen heruntergehen können. Sie haben es in der Hand, durch diese Maßnahmen einen Akzent zu setzen. Man muß auch daran erinnern, daß wir die Teilentschuldung, diese 1,8 Milliarden DM jährlich, nicht nur für die Landespolitik bekommen haben, sondern auch für die Kommunalpolitik. Sie sind dazu verpflichtet, und Sie sollten das endlich auch tun. Schließlich haben die Gemeinden im Bereich der Wirtschaftsförderung und der Schaffung neuer Arbeitsplätze eine Schlüsselposition.

Es ist auch so, daß in der Forschungs- und Technologiepolitik in einem anderen Bereich, den Sie gestreift haben, im Bereich der Forschungsförderung, hier im Saarland Versäumnisse zu verzeichnen sind. Ich will gar nicht drumherumreden. Wir müssen auch vom Bund reden; da haben Sie recht. Sie haben beklagt, daß der Bund zuwenig tut. Wenn es um Einzelfragen geht, sind wir immer an Ihrer Seite, um Geld für das Land zu bekommen. Das wissen Sie. Aber, Herr Ministerpräsident, da muß ich Ihnen als stellvertretendem Bundesvorsitzenden der SPD doch sagen, dann müssen Sie und Ihre Partei in Bonn auch dafür sorgen, daß Sie bei einigen Entscheidungen, die direkt mit Forschung und Innovation hier im Lande zu tun haben, aus dem Bremserhäuschen herauskommen.

Sie haben selbst die Kommunikationstechnik angesprochen. Wenn ich mir den langen Leidensweg der Postreform I und II betrachte, und wenn ich mir betrachte, wie mühselig es war, von seiten der FDP nicht nur die Kollegen von der CDU in Bonn, sondern gerade Sie und Ihre Freunde von der Postgewerkschaft davon zu überzeugen, daß wir in diesem Bereich durch mehr Wettbewerb endlich aus dem Mittelalter heraus müssen, dann sage ich, Sie haben in diesem Bereich viel zu tun. Sie haben viel Gelegenheit, hier richtige Akzente zu setzen, die dann irgendwann hier im Lande einmal ankommen können. Da haben Sie viel zu tun. Tun Sie das!

Das gilt sicherlich auch für andere Bereiche, in denen die Bundesrepublik Deutschland schon lange abgehängt ist. Dabei müssen Sie dann auch einmal über Ihren ideologischen Schatten springen, wenn es zum Beispiel um Gentechnologie geht oder wenn es um die ungefährlichere Weiterentwicklung der Kernenergie geht. Das sind doch Bereiche, die wir verantworten können. Hier, wie es der Kollege Klimmt getan hat, sofort die Klappe runterzumachen, ist sicherlich für eine Industrienation wie Deutschland der falsche Akzent. Insofern, muß ich sagen, sollten Sie sich erst mal an die eigene Nase fassen.

Was die Forschungspolitik hier im Lande angeht und die Technologieförderung, mache ich Ihnen den Vorwurf, daß Sie und Ihre Wirtschaftsminister, insbesondere Ihr erster Wirtschaftsminister, lange eine falsche sektorale Förderpolitik betrieben haben. Ich erinnere mich noch gut, daß das Forschungs- und Technologieprogramm lange Zeit einseitig auf einige Projekte im Umweltbereich und im Energiebereich konzentriert war. Nichts gegen die Förderung in diesen Bereichen — damit ich da nicht mißverstanden werde —, aber andere, auch interessante Technologiebereiche sind hier hinten runtergefallen.

Herr Ministerpräsident, aus dieser Sicht ist es natürlich kein Wunder, wenn es auch für einige vielleicht sehr überraschend ist — für mich war es nicht sehr überraschend —, daß in Ihrer Regierungserklärung über die Technologiepolitik das Wort Saarberg kein einziges Mal vorkam. Kein einziges Mal haben Sie Saarberg genannt. Sie haben zwar andere Firmen dazu aufgefordert, mehr zu tun im Bereich der Technologiepolitik — ich stimme Ihnen zu, die Firmen und die Wirtschaft sind auch aufgerufen, mitzumachen —, aber in dem Bereich, in dem Sie es als regionaler Anteilseigner in der Hand hätten, Akzente zu setzen — Sie haben das schon lange in der Hand —, haben Sie es nicht getan. Sie haben die Optionen, die in diesem Bereich bestehen, und

(Abg. Kiefaber)

zwar mit dem Ziel, den Saarbergkonzern umzustrukturieren in einen modernen Technologiekonzern, in der Vergangenheit nicht gezogen. Es ist wirklich bedauerlich, daß Sie den Komplex Saarberg nicht in Beziehung gebracht haben zu dem, über das Sie heute gesprochen haben, nämlich Technologiepolitik.

Wenn man über den Tellerrand schaut, zum Beispiel zur Ruhrkohle AG, dann sieht man, was man machen kann und was Sie hier versäumt haben. Schauen Sie sich mal die Organisation der Ruhrkohle AG an. Es gibt interessante technologische Bereiche, in denen die Ruhrkohle schon sehr viel weiter ist als Saarberg. Ich nenne Steag, Rüttgers, Ruhrkohle-Umwelttechnik und RAG-Technik. Schauen Sie mal, was die machen, zum Beispiel Rüttgers AG. Das geht in Bereiche, von denen Saarberg im Grunde nur träumen kann. Ich nenne mal neue Werkstoffe bis hin zur Nahrungsmitteltechnologie. Ich meine, hier haben Sie die Option, die auch mit Technologie zu tun hat, nicht gezogen.

Es ist insofern auch bedauerlich, daß Sie immer noch nicht die Chancen erkannt haben, die das Artikelgesetz in diesem Bereich bietet; darüber haben wir hier schon oft geredet. Man kann über den Kohlebereich streiten — das tun wir ja auch —, aber eines ist doch klar und unstrittig: Erstmals wird durch das Artikelgesetz ab 1997 die Möglichkeit eröffnet, einen Transfer von Subventionen aus dem Kohleförderbereich in Zukunftsbereiche der Bergwerksunternehmen vorzunehmen. Wir müssen dafür kämpfen, daß das festgeschrieben wird. Wenn das so ist, dann sind Sie doch völlig falsch beraten, dieses Gesetz, das erstmalig Zukunftsinvestitionen in den Bergbauunternehmen ermöglicht, so anzugreifen, wie Sie das tun. Sie stehen mittlerweile ja auch ziemlich allein mit Ihrer Meinung. Aus den Bergbauunternehmen kommen bereits positive Reaktionen, weil die Damen und Herren das schon eher erkannt haben.

Natürlich ist es so — das sage ich ganz klar dazu als Liberaler, als FDP-Vertreter —, daß die Umstrukturierung des Saarbergkonzerns in einen Technologiekonzern für uns nur ein Zwischenstadium sein kann. Wir können als Marktwirtschaftler keine Freude daran haben, daß sich ein Staatskonzern mit Subventionen in Technologiebereichen tummelt, in denen Private mit eigenem Geld im Wettbewerb stehen und erfolgreich tätig sein können. Das kann also insofern nicht eine Langzeitbetrachtung sein, aber sicherlich eine auch aus sozialpolitischen und regionalpolitischen Gründen vertretbare Übergangsphase. Sie haben in diesem Bereich leider Versäumnisse und haben ihn heute auch nicht angesprochen.

Natürlich hat die Landesregierung einen erheblichen Rückschlag dadurch erlebt, daß der Bezirksvorsitzende der IGBE ihr einen Korb gegeben hat für eine mögliche nächste Landesregierung. Ich hoffe, daß Sie das überleben können.

(Zuruf von Ministerpräsident Lafontaine.)

Sie müssen eben versuchen, ohne Herrn Ziebell den Saarbergkonzern in einen modernen Technologiekonzern umzuwandeln. Es ist sicher auch so, daß bei einigen Vorstandsmitgliedern bei Saarberg die Umstrukturierung des Konzerns in einen Technologiekonzern in der Lebensplanung nicht mehr vorgesehen ist. Auch darüber müssen Sie hinweg.

Meine Damen und Herren, es wurde hier schon gesagt, man kann die Politik im Bereich der Technologie und der Innovation nicht getrennt sehen von der allgemeinen Regierungspolitik. Insofern müssen Sie sich schon die Fragen gefallen lassen, die hier auch von den Kollegen der CDU gestellt wurden. In der Tat, die Forschungs- und Technologiepolitik kann bei weitem nicht das aufwiegen, was Sie anderswo versäumt haben. Jetzt ist Ihnen natürlich bundesweit ein Problem abgenommen. Sie sind nicht mehr Schattenminister — mehr wird es ja wohl auch nicht — für Wirtschaftspolitik; das macht jetzt jemand anderes, wie ich gelesen habe. Insofern haben Sie in diesem Bereich zumindest den Vorteil, daß Sie hier im Land nicht mehr danach gemessen werden, daß das Saarland als wirtschaftspolitisches Referenzland doch nicht mehr so in den Medien steht. Da haben Sie also ein bißchen Glück. Das Ganze konzentriert sich jetzt etwas mehr auf die Finanzpolitik.

(Zuruf von Ministerpräsident Lafontaine.)

Darauf komme ich gerne, ich komme auch auf die Teilentschuldung, völlig klar. — Fangen wir an mit der Teilentschuldung. Großes Lob, wir haben das immer anerkannt. Ich muß überhaupt sagen, wir haben immer dann, wenn es um gemeinsame Fragen ging, die die Existenz des Landes betrafen, und wichtige finanzpolitische Optionen, die Entscheidungen mitgetragen. Sie wissen genau — Sie haben das gewürdigt, und das erkennen wir an —, daß auch die FDP ihren Einfluß geltend gemacht hat, daß es zur Teilentschuldung in der erreichten Höhe kam. Aber das reicht natürlich nicht. Das reicht genauso nicht wie bei Saarberg, wo wir auch mit Ihnen dafür kämpfen, daß es nicht zu einer Beteiligung des Landes an der Kokskohlebeihilfe kommt. Das hängt eng mit der Teilentschuldung zusammen. Es macht keinen Sinn, uns das Geld in die eine Tasche reinzustecken und es uns aus der anderen Tasche wieder rauszuholen. Da sind wir wohl alle in diesem Hause einer Meinung, und dafür werden wir auch kämpfen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD.)

Sicherlich auch der Kollege Feibel, obwohl er jetzt etwas kritisch guckt. Es wird gesagt — was immer man davon halten mag —, daß Kohleförderpolitik Energiepolitik ist und deswegen eine nationale Aufgabe; man redet ja immer von Versorgungssicherheit. Aber wenn das so ist — was immer man davon hält —, ist es eben Bundessache und nicht Sache der Länder. Ich habe auch noch nie gehört, daß beispielsweise Bayern zu den Subventionskosten der Atomenergie herangezogen worden wäre, obwohl da doch einige Atommeiler stehen. Dasselbe gilt für die Landwirtschaft. Das sagen wir hier ruhig. Warum denn nicht!

(Zuruf des Abgeordneten Gruschke (SPD).)

Warten Sie mal ab, ich sage auch noch etwas anderes. Jetzt komme ich wieder zur Teilentschuldung, die Sie immer als Erfolg feiern. Herr Ministerpräsident, die Teilentschuldung hatte zwei Seiten. Eine Seite ist die Entgegennahme von Geld. Das ist natürlich eine Art von Politik, die manchmal auch sein muß; das haben Sie gemacht, die Vereinnahmung von Drittmitteln haben Sie hier vollzogen, und wir haben Sie dabei unterstützt.

Aber zweierlei ist da natürlich notwendig. Es ist ein gegenseitiges Geschäft, und in zwei Bereichen — lassen Sie mich das darlegen — steht Ihre Leistung noch aus. Einmal geht es um den rigiden Sparkurs. Hier ist es, meine Damen und Herren, doch so, daß nicht erkennbar ist, daß Sie gerade in Ihrem eigenen Bereich, dem Bereich der politischen Führung, auch mal Akzente setzen, wenn es darum geht, zu sparen. Sie sparen an einigen Ecken, wo es sehr wehtut und wo es auch unsinnig ist, mit der Heckenscheere; ich nenne mal den Bereich der inneren Sicherheit oder den Bereich der Bildung.

Aber wenn es darum geht, in Ihrem eigenen Bereich Akzente zu setzen, nicht so sehr wegen des Einsparvolumens, sondern deswegen, damit die Leute im Lande sehen, daß Sie sich selbst nicht davon ausnehmen, dann hören wir von Ihnen nichts. Da gibt es immer noch zwei Kultusminister in diesem Lande und viel zu viele Ministerien. Deswegen fordern wir hier — das ist für uns ein Essential —, daß in diesem Bereich ein Akzent gesetzt wird.

Das zweite — jetzt ist der Wirtschaftsminister wieder hier — kommt dazu; es ist eine Trennung zwischen Finanz- und Wirtschaftspolitik eben nicht möglich. Die beste Finanzpolitik ist erst einmal die ordnungsgemäße Vereinnahmung von Steuern, das ist klar. Da haben wir einiges zu bieten, wenn es auch nur doppelte Einnahmerückstände in diesem Bereich sind. Das ist natürlich, Herr Ministerpräsident, nicht gerade die richtige Empfehlung für einen Mächteternbundesfinanzminister. Das muß man schon sehen. Ich will das Thema Steuervollzug hier nicht wieder aufbröseln, aber das war sicherlich auch nicht etwas, was Sie in Ihr Empfehlungsschreiben hineinschreiben können.

Ich komme aber zur Wirtschaftspolitik. Die beste Finanzpolitik ist eine gute Wirtschaftspolitik, weil sie dazu führt, daß die Einnahmen aus diesem Bereich wieder sprudeln, ohne daß Sie die Steuern erhöhen müssen. Das hat man gesehen bei der Steuerre-

(Abg. Kiefaber)

form, als man den Mittelstandsboom auf Bundesebene beseitigt hatte. Da haben Sie und Ihre Parteifreunde immer gesagt: Um Gottes willen, was wird das? Was wurde es? Die Steuereinnahmen sind insgesamt erhöht worden, weil eben mehr produziert wurde und es mehr Einnahmen gab. Genau dies ist das, was hier im Land fehlt. Es fehlt eine Zukunftssicherung in der Wirtschaftspolitik, und da kann ich Ihnen das Thema Umstrukturierung der Montanwirtschaft nicht ersparen.

(Zuruf des Abgeordneten Feibel (CDU).)

Sie haben hier in den letzten Jahren falsche Akzente gesetzt. Ich habe schon erklärt, warum Sie in der Kohlepolitik falsche Akzente gesetzt haben und was Sie da versäumt haben, zum Beispiel bei der Umstrukturierung des Saarbergkonzerns. Sie haben sich einseitig darauf verlassen und sehr viel Zeit darauf verwandt, Subventionen einzufordern. Sie haben nicht auf uns — sondern auf andere — gehört, die wir Ihnen sagen, wir müssen schneller wegkommen von diesen Subventionen, damit wir nicht kalt erwischt werden. Es gibt ja auch in Ihrer Partei —

(Zuruf von der SPD.)

Eines der Troikamitglieder, Herr Schröder, ist auch nicht unbedingt im Kohlefanklub. Insofern, meine Damen und Herren, ist es eben so, daß es — unbeschadet von Parteipolitik — überfällig und notwendig ist, daß Sie schneller von diesen Subventionen wegkommen. Das geht eben nur durch eine deutlichere Akzentsetzung in der Mittelstandspolitik. Die Bürgerinnen und Bürger, vor allem die Wirtschaft in diesem Land, sind es leid, daß hier mit zweierlei Maß gemessen wird in der Montanindustrie einerseits und in der übrigen Wirtschaft andererseits.

Ich möchte zur Stahlpolitik folgendes sagen. Ich werde darauf verzichten, hier Personalien anzusprechen. Die Art, wie man Opposition macht, ist ja durchaus unterschiedlich denkbar. Aber ich will Ihnen eines nicht ersparen. Wenn Sie bundesweit, Herr Ministerpräsident, im Handelsblatt und wo immer die Privatisierung jetzt auch auf Ihre Fahnen schreiben — der Wirtschaftsminister hat das auch als eine seiner vielen Ankündigungen am Beginn seiner Amtszeit sehr groß verkündet —, dann besteht wenig Verständnis dafür, daß Sie in diesem Bereich der Privatisierung im Grunde nichts vorzuweisen haben, wirklich nichts. Im Gegenteil, Sie haben als eines der wenigen Länder noch einen Landesbankanteil als Land. Andere — sehr viel reichere — Länder haben sich schon längst davon verabschiedet. Sie haben wiederum übernommen die hundert Prozent Anteilseignerschaft an Saarstahl. Die Begründung, die dafür geliefert wurde, kann mich nicht überzeugen. Es bleibt dabei, daß ich es in diesem Bereich so sehe, daß die politischen Risiken einer solchen Anteilseignerschaft die Vorteile bei weitem überwiegen. Darüber müssen Sie wirklich noch einmal nachdenken.

Herr Wirtschaftsminister, es ist eben auch so, daß, wenn hier eine Generalabrechnung erfolgt — und die ist ja mitten im Gange —, Sie sich dann an dem messen lassen müssen, was Sie am Anfang Ihrer Amtszeit so vollmundig hier angekündigt haben. Da kann ich Ihnen auch nicht den Leidensweg der GW Saar ersparen. Sie haben hier angefangen und haben gesagt, das machen wir alles ganz anders, wir haben ein professionelles Ansiedlungsmanagement. Dann muß ich doch fragen: Wo bleibt das eigentlich? Was ist denn aus der GW Saar geworden? Es ist nun wirklich tote Hose. Ab und zu kommt einmal eine Erfolgsmeldung. Wenn man genau dahintersieht, wenn es heißt, eine Firma wurde mittels der GW Saar angesiedelt, dann stellt man gelegentlich fest, daß die GW Saar von dieser Ansiedlung aus der Zeitung erfahren hat. Das kann ich Ihnen im Einzelfall nachweisen. Wenn Sie das bestreiten, erzähle ich hier den Fall. So kann man natürlich nicht arbeiten.

Ich meine schon, hier haben Sie, Herr Minister, versäumt, die Ansiedlungsaktivitäten besser in eine Hand zu bringen. Es arbeiten hier viel zu viele Leute parallel nebeneinander her, in den regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften, bei der GW Saar, bei der ZPT, bei der SEKB. Wir haben konkrete Vorschläge gemacht. Da brauchen Sie nicht so süffisant zu reagieren. Sie sollten lieber die Akzente setzen, die längst überfällig sind.

Noch einmal gesagt: Sie haben auch, Herr Ministerpräsident, eine ganz klare Aufforderung von den gesellschaftlich relevanten Gruppen in anderen Bereichen, hier endlich überfällige Entscheidungen zu treffen, die dem saarländischen Mittelstand helfen. Ich erinnere an die Abfallentsorgungsproblematik. Entlassen Sie endlich die SES in den Wettbewerb. Es ist überall in der Bundesrepublik nachweisbar, daß das der kostengünstigere Weg ist, und die Aufsicht muß darunter nicht leiden.

Jetzt hat Ihre Kollegin aus Schleswig-Holstein als erste einen Feiertag durch das Parlament abschaffen lassen. Das ist eine Hausaufgabe, die man im Rahmen der Pflegeversicherung bekommen hat. Da sie nun einmal so entschieden wurde — Sie kennen unsere Meinung dazu und auch meine —, warum gehen Sie nicht einfach ran und machen, was notwendig ist? Daß es nicht angenehm ist, einen Feiertag zu streichen, ist klar, aber es wäre ein wichtiges Signal für diese Wirtschaft auch im Ansiedlungswettbewerb. Es ist nun einmal so, daß wir im Saarland überdurchschnittlich viele Feiertage haben zusätzlich zu dem, was zur Pflegeversicherung dann noch zu regeln ist.

Ich habe wirklich kein Verständnis dafür, daß Ihnen über ein Jahr ein Papier auf dem Tisch liegt mit ganz dezidierten Forderungen zur Kostensenkung in der saarländischen Wirtschaft, daß Sie monatlang von der IHK, von der Handwerkskammer, von anderen gebeten werden, doch zu reagieren. Ich habe kein Verständnis dafür, daß Sie das nicht tun, das muß ich Ihnen sagen. Ich habe auch kein Verständnis dafür, daß das heute kein Thema gewesen ist. Sie sind doch sonst nicht so bescheiden, wenn es um Ankündigungen geht.

Also, Herr Ministerpräsident, es ist so, daß hier noch einiges zu tun ist und daß das, was Sie heute erklärt haben, eigentlich eher zeigt, was Sie in den letzten Jahren versäumt haben. Das gilt auch für das Gewerbeflächenmanagement. Hier gibt es zwar positive Ansätze, Herr Wirtschaftsminister,

(Abg. Feibel (CDU): Wo?)

auch mit der landeseigenen Gesellschaft, das ist zumindest einmal organisatorisch der richtige Weg. Was aber fehlt, sind a) Gewerbeflächen —

(Zuruf von der CDU.)

Nicht so sehr die großen, Herr Kollege Feibel, es gibt durchaus größere Gewerbeflächen. Immer dann, wenn größere Firmen hierherkommen, ist es machbar, daß Gewerbeflächen zur Verfügung gestellt werden. Aber wo der Akzent falsch gesetzt wird, Herr Wirtschaftsminister, ist bei den kleineren und mittelständischen Unternehmen.

(Zuruf von der SPD.)

Hier ist es so, daß ein Aspekt bisher zweitrangig beurteilt wurde, nämlich die Erweiterung von Betrieben und die Auslagerung von Betrieben, die gerade für das Handwerk — es gibt eine entsprechende Studie der Handwerkskammer — von besonderer Bedeutung sind. Wir müssen uns, glaube ich, davon verabschieden, daß Gewerbeflächenmanagement in erster Linie nur die Bereitstellung von Großflächen ist. Da müssen wir umdenken, die Zeiten sind vorbei. Damit will ich nicht sagen, daß wir das nicht auch brauchen. Wir brauchen einige größere, attraktive Gewerbeflächen. Wir brauchen aber vor allen Dingen auch attraktive Preise für Gewerbeflächen. Deswegen müssen in diesem Bereich die Gemeinden, die die Eigentümer sind, in die Lage versetzt werden, durch eine entsprechende Kompensation im kommunalen Finanzausgleich attraktivere Preise für Gewerbeflächen anzubieten. Hier ist einiges zu tun. Hier ist sehr viel in der Vergangenheit versäumt worden.

Herr Wirtschaftsminister, wenn es um die Instrumente der Wirtschaftsförderung geht, dann sind Sie nicht auf dem neuesten Stand. Sie reden zwar immer von Lean Management oder Lean Government. Wo ist das eigentlich bei zwei Kultusministern? In

(Abg. Kiefaber)

dem Bereich Wirtschaftsförderung sind einige Sachen, die in anderen Standorten längst selbstverständlich sind, bei Ihnen immer noch Fremdwörter. Wo ist bei Ihnen, Herr Minister Kopp, die Bereitstellung von Risikokapital, wo gibt es die entsprechenden, auch privatwirtschaftlich organisierten Modelle? Sie haben völlig altmodische Programme im Bereich der SIKB. Wo haben Sie Ihre Existenzgründerpatenschaften, die es anderswo gibt? Wo ist überhaupt Ihre Erfolgskontrolle? Jedes Unternehmen hat eine Erfolgskontrolle, nur Sie nicht bei Ihren Wirtschaftsförderprogrammen. Sie lehnen seit Jahren eine solche Erfolgskontrolle ab. Wir können uns natürlich denken, warum Sie das ablehnen: Weil dann nämlich herauskommen würde, daß Ihre Programmstruktur völlig veraltet ist und daß sehr viele Mitnahmeeffekte eine Rolle spielen. Das hören Sie nicht gerne, aber es ist so. Es fehlen professionelle Konzepte. Deswegen wird es Zeit, daß eine Kurskorrektur erfolgt. Die Liste der Versäumnisse ließe sich beliebig verlängern.

Ich möchte meine Rede nach dieser Regierungserklärung mit drei bemerkenswerten Zitaten beenden. Erstens. Der Mittelstand darf nicht länger nur das ungeliebte Stiefkind der Wirtschafts- und Finanzpolitik sein. Zweitens. Damit sich die Dinge zum Besseren wenden, braucht unser Land eine Regierung, die die wirklichen Probleme der Menschen zur Kenntnis nimmt. Drittens. Mit einer Weiter-so-Regierung ist das nicht zu schaffen.

Dies sind Zitate aus Reden des saarländischen Ministerpräsidenten vor dem Bundestag. Aber, meine Damen und Herren, sie passen viel besser in dieses Land. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsidentin Waschbüsch:

Ich erteile das Wort Herrn Minister Prof. Dr. Breitenbach.

Minister Prof. Dr. Breitenbach:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Müller hat mit dem ihm eigenen advokatischen Geschick eine Reihe von objektiv unrichtigen Aussagen zur Forschungspolitik gemacht, die, um in Ihrer Sprache zu bleiben, Herr Müller, den Tatbestand der Geschichtsklitterung erfüllen. Ich will Ihnen persönlich keinen Vorwurf machen. Sie waren 1985 noch nicht im Landtag. Sie haben sich auch vorher mit solchen Dingen nicht befaßt, sondern heute nur das abgelesen, was andere aufgeschrieben haben. Aber es muß einigermäßig richtiggestellt werden.

Es ist richtig, daß es 1985 nur eine von Bund und Ländern gemeinschaftsfinanzierte Forschungseinrichtung gab, nämlich das Fraunhofer-Institut für zerstörungsfreie Prüfverfahren. Dieses Institut befaßte sich mit der Prüfung von Atomkraftwerken. Es hatte so gut wie keinen Technologietransfer, so gut wie keine Auswirkungen auf die saarländische Wirtschaft.

Deshalb habe ich 1985 als erstes das Gespräch mit dem damaligen Präsidenten der Fraunhofer-Gesellschaft, mit Professor Syrbe, gesucht, um mit ihm darüber zu sprechen, wie diesem Institut neue Aufgaben gegeben werden könnten und welche Möglichkeiten es für weitere Fraunhofer-Institute in unserem Lande gebe. Wir haben uns dann darauf geeinigt, an dem bestehenden Institut eine Abteilung für Medizintechnik einzurichten. Dies geschah 1987. Aus dieser Abteilung ist 1991 das Fraunhofer-Institut für biomedizinische Technik entstanden. Auch dort haben wir jetzt wieder eine neue Abteilung gebildet, von der ich erhoffe, daß sie in absehbarer Zeit zu einem dritten Fraunhofer-Institut in unserem Lande wird.

Es ist richtig, daß in der Amtszeit des Kollegen Knies ein Antrag für die Errichtung eines Max-Planck-Instituts gestellt worden ist. Dieser Antrag ist seinerzeit von der Max-Planck-Gesellschaft wegen unzureichender Qualität abgelehnt worden.

Es ist auch richtig, daß Kollege Zeitel sich um ein Gespräch mit dem Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft bemüht hat. Dieses Gespräch hat damals exakt eine halbe Stunde gedauert. Es ist, wie Ihnen sicherlich auch gesagt worden ist, im Zwist ausge-

gangen. Als das Fernsehen geordert war, das ganze mit Kommuniké zu filmen, hat Kollege Zeitel etwas ratlos an seinem Tisch gesessen, eine, wie Sie vielleicht damals gesehen haben, etwas peinliche Szene.

Ich bin schon im Juni 1985 zur Max-Planck-Gesellschaft gegangen und habe der Max-Planck-Gesellschaft vorgetragen, daß dieses Land mit über einhundert Millionen DM bis dato Nettozahler war in der Max-Planck-Gesellschaft und daß diese Situation geändert werden muß. Präsident Staab hat mir erklärt, wenn sie qualifizierte Anträge bringen, werden wir diesen Anträgen folgen.

Wir haben in der Folgezeit zwei Anträge entwickelt, die beide so qualifiziert waren, daß sie zur Gründung von Max-Planck-Instituten hätten führen können: einmal das Konzept für das Max-Planck-Institut für Informatik und zum zweiten ein Konzept für kulturvergleichende Kommunikationswissenschaften. Wir haben uns damals als Land angesichts der Finanzprobleme der Max-Planck-Gesellschaft auf ein Institut festgelegt, nämlich das Max-Planck-Institut für Informatik. Ich möchte hier ebenso, wie ich dem Kollegen Syrbe bei der Fraunhofer-Gesellschaft für die ganze Unterstützung danke, auch den Kollegen Staab und Zacher, den Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, für ihr Engagement danken.

Das Konzept für dieses Institut stammte von Professor Hotz. Es ist in der Universität entwickelt worden. Aber es wäre nicht realisiert worden, wenn sich nicht der Ministerpräsident des Saarlandes immer wieder für eine höhere Finanzierungsquote der Max-Planck-Gesellschaft eingesetzt hätte, wenn nicht der Finanzminister des Saarlandes als Senator der Max-Planck-Gesellschaft viel zum Gedeihen und zur Entwicklung der Max-Planck-Gesellschaft beigetragen hätte und wenn ich nicht sehr nachdrücklich immer wieder gebohrt hätte, daß wir endlich zur Umsetzung kommen.

(Beifall bei der SPD.)

Ich könnte solche Darstellungen für eine Reihe von Forschungsbereichen machen. Nehmen Sie nur den Bereich der Umweltforschung. Die Umweltforschung an der Universität und an der Hochschule für Technik und Wirtschaft war bis 1985 völlig unkoordiniert. Wir haben deshalb eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Wissenschaftlern beider Hochschulen eingesetzt unter Leitung von Professor Paul Müller, die ein Konzept für ein interdisziplinäres Zentrum für Umweltforschung entwickelt hat.

Oder nehmen Sie das Institut für Neue Materialien. Natürlich gab es die Ideen für ein solches Institut, entwickelt von den Kollegen Gleiter und Hüfner, bereits seit Jahren, nämlich seit Ende der siebziger Jahre. Aber es hat sie niemand umgesetzt, bis wir 1985 Ernst gemacht haben und dieses Institut gegründet haben.

Und ein letztes. Das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz sollte nach Hamburg kommen. Hamburg und Karlsruhe waren die wichtigsten Konkurrenten. Kaiserslautern hatte sich darum beworben, hatte aber keine Chance. Ich habe damals mit dem Kollegen Göller abgesprochen, daß wir gemeinsam gehen, Saarbrücken und Kaiserslautern, und so die Chancen der beiden Hochschulen verbessern. Nur so ist dieses DFKI an die beiden Standorte gekommen.

Dies alles war das Ergebnis einer planvollen Politik und eines entschiedenen Einsatzes für eine neue Forschungslandschaft.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn Sie den Bereich der Wissenschaftsfinanzen nehmen — Sie haben nur die Grundmittel aus dem Bundesforschungsbericht 1993 zitiert, Herr Kollege Müller —, dann will ich einige Zahlen dagegensetzen. Für den Hochschulbau wurden in der Legislaturperiode von 1980 bis 1984 98 Millionen investiert. Von 85 bis 89 waren es 350 Millionen DM, das heißt, mehr als das Dreifache. Das gleiche hohe Niveau haben wir auch in dieser Legislaturper-

(Minister Prof. Dr. Breitenbach)

riode gehalten, weil es notwendig ist, in Wissenschaft und Forschung zu investieren.

(Beifall bei der SPD.)

Dies hat natürlich dann auch zu entsprechenden Effekten geführt. 1985 konnte die Universität 28 Millionen Drittmittel einwerben, 1993 waren es 45 Millionen. Das heißt, dort, wo die Voraussetzungen gegeben sind, sind dann die Wissenschaftler auch in der Lage, entsprechende Mittel einzuwerben.

Auch die Situation in der saarländischen Wirtschaft sah 1985 nicht positiv aus. Ich will einige ganz wenige Zahlen dazu sagen. Im Saarland wurden für den Bereich Forschung und Entwicklung pro Kopf 1985 von der saarländischen Wirtschaft 95 DM ausgegeben, im Bundesschnitt waren es 600 DM. Der Anteil an bundesweit verzeichneten Patenten aus dem Saarland betrug 0,7 Prozent bei einem Bevölkerungsanteil seinerzeit von 1,7 Prozent. Die Bundesausgaben für Forschung und Entwicklung, die ins Saarland gelangten, betragen 0,6 Prozent. Das heißt, bei allen wesentlichen Indikatoren lag das Saarland um 60 bis 70 Prozent unter dem Durchschnitt der anderen Bundesländer, was die Innovationskraft der saarländischen Wirtschaft betrug.

Es kam ein weiteres dazu. Die Forschung im Lande mit Förderung durch das Bundesforschungsministerium wurde im wesentlichen von Saarberg und Saarstahl getragen. Mit den wirtschaftlichen Problemen dieser beiden großen Einrichtungen reduzierte sich auch die Forschungsförderung durch die Bundesregierung. 1982 sind vom BMFT noch 91 Millionen pro Jahr in die saarländische Wirtschaft gelangt. 1984 waren es nur noch 53 Millionen, 1986 nur noch 26 Millionen. Dies war absehbar, und deshalb habe ich sehr früh den Kontakt mit dem Präsidium der Industrie- und Handelskammer gesucht und habe mit dem Präsidium der IHK darüber geredet, wie die Innovationskraft der saarländischen Wirtschaft gesteigert werden könnte. Wir haben in einer langen Diskussion festgestellt, daß die saarländische Wirtschaft dies nicht aus eigener Kraft leisten könnte, sondern daß sie dazu die Unterstützung wirtschaftsnaher Forschung brauchte. Dies war mit eine wesentliche Grundlage dafür, die zahlreichen außeruniversitären technologieorientierten Forschungsinstitute aufzubauen.

Nun hätte man sagen können, und einige haben das auch gesagt, dies alles hätte ja auch in der Universität geschehen können; Herr Kiefaber hat das gesagt. Dies war aus zwei Gründen nicht möglich. Sie kennen die Struktur der Universität, die einen so raschen Aufbau nicht möglich gemacht hätte. Zum zweiten wäre die Universität auch überfordert worden, wenn man ihr nun die Last der wirtschaftsnahen Forschung, Technologie und Entwicklung übertragen hätte. Ich habe mir von den neuen Forschungsinstituten und der Universität die Mittelansätze geben lassen, die sie im Bereich der Forschungsförderung durch Bundesressorts seit 1985 erfahren hat. Sie addieren sich insgesamt, über alle Forschungseinrichtungen hinweg, auf rund 140 Millionen Mark von 1985 bis heute. Von diesen 140 Millionen entfallen auf die Universität rund 27 Millionen DM. Alle anderen Forschungsförderungen sind in die außeruniversitären Forschungseinrichtungen bzw. in das Zentrum für Umweltforschung gegangen. Das heißt, wer eine solche Forschung will, mit Unterstützung der Europäischen Union und der Bundesregierung, muß zunächst die strukturellen Voraussetzungen in Form von neuen Forschungseinrichtungen schaffen. Deshalb sind wir den Weg gegangen, um die Universität herum einen solchen Kranz von wirtschaftsnahen, technologieorientierten Instituten zu bauen.

Natürlich mußten auch entsprechende Änderungen in der Universität durchgeführt werden. Wir haben das mit der Novelle des Universitätsgesetzes 1989 getan. Die wesentlichen Bestandteile damals: Schaffung einer Technischen Fakultät, Neuregelung für die Drittmittelforschung und für die Errichtung von An-Instituten, Schaffung außeruniversitärer Einrichtungen und ihre Vernetzung mit der Universität über gleichzeitige Berufung der Institutsleiter als Professoren an die Universität, und schließlich befristete Freistellung von Professoren für den Aufbau solcher Ein-

richtungen und für Forschung. Dies alles waren wichtige Entscheidungen, die 1989 gefällt worden sind. Wenn damals der wissenschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion gesagt hat, die Novellierung des Universitätsgesetzes ist überflüssig wie ein Kropf, dann hatte er zu diesem Zeitpunkt — er hat sein Urteil später ja revidiert — nicht begriffen, welche Bedeutung die Forschungspolitik insgesamt für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung unseres Landes hat.

Ich will die Fachhochschule dabei nicht außer acht lassen. Wir haben, wie Sie wissen, durch Novelle des Fachhochschulgesetzes dieser Hochschule die Aufgabe der angewandten Forschung und Entwicklung erstmals übertragen. Die Fachhochschule hatte die Möglichkeit, in einem Modellversuch mit dem Titel „Stimulierung anwendungsbezogener Forschung an Fachhochschulen“ von diesen neuen Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Es sind dreißig sehr effektive Kooperationen zwischen der Hochschule für Technik und Wirtschaft, dem saarländischen Handwerk und der saarländischen Wirtschaft entstanden, die die Hochschule für Technik und Wirtschaft heute in die Lage versetzen, als wichtiger Partner am Technologietransfer teilzunehmen.

Sie haben, Herr Müller, dann als zweite Aussage gebracht, diese Landesregierung würde die Leistungen des Bundes zuwenig werten, und der Bund würde überdurchschnittliche Leistungen für dieses Land erbringen.

(Sprechen und Zurufe bei der CDU.)

Ich will anerkennen, daß der Bundesbildungsminister und der Bundesforschungsminister sich hier eingesetzt haben bei dem Aufbau der Forschungslandschaft, aber ich will doch etwas zu der Bringschuld des Bundes für das Saarland sagen. Wenn Sie den Bundesbericht Forschung aus dem Jahr 1993 nehmen — Sie haben daraus einige Zahlen zitiert —, dann werden Sie feststellen, daß Bund und Länder für alle alten Länder zusammen insgesamt 24,8 Milliarden Mark im Jahr 1990 für Forschung und Entwicklung ausgegeben haben. Davon wurden 61 Prozent vom Bund und 39 Prozent von allen Ländern getragen. Diese Zahlen treffen nicht auf das Saarland zu, denn die Leistungen, die für das Saarland erbracht wurden, mußten zu 69 Prozent von diesem Land getragen werden, der Bund hat sich nur mit 31 Prozent an diesen Zahlungen beteiligt.

Nun will ich ein anderes Land dagegenstellen, das Land Bayern. Bei Bayern ist es so, daß 70 Prozent der Mittel, die in Forschung und Entwicklung geflossen sind, vom Bund kamen und das Land Bayern sich nur mit 30 Prozent beteiligt hat.

(Abg. Gruschke (SPD): Hört, hört! — Beifall bei der SPD.)

Ein so schamloser Griff des Bundesfinanzministers der CSU in die Bundeskasse zugunsten seines Landes ist nicht zu akzeptieren.

(Zurufe von der CDU.)

Deshalb, meine Damen und Herren, warte ich nun wirklich mit Sehnsucht auf den Tag, da der neue Bundesfinanzminister diesem Land dann auch die Gerechtigkeit widerfahren läßt, die es verdient.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Daß wir dafür eine Rechtsgrundlage in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 1992 haben, wissen Sie. Das Bundesverfassungsgericht hat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Bund und die anderen Länder sich bei den Gemeinschaftsaufgaben — und dazu gehören auch Blaue-Liste-Institute, gemeinschaftsfinanzierte andere Forschungseinrichtungen — zu beteiligen haben, um dem Saarland in seiner finanziellen Notlage zu helfen.

Es ist ausdrücklich in diesem Urteil von Investitionshilfen für dieses Land die Rede. Es ist ausdrücklich davon die Rede, daß Bundesbehörden und vom Bund finanzierte Forschungseinrichtungen, die noch nicht im Land sind, hierher verlagert werden

(Minister Prof. Dr. Breitenbach)

sollen. Und dies, meine Damen und Herren, fordern wir ein für die nächste Legislaturperiode dieses Landtages und des Bundestages.

(Beifall bei der SPD. — Abg. Peter Müller (CDU): Da sind wir mit dabei.)

Herr Müller, Sie haben dann angeboten, uns bei der Aufnahme des Instituts für Neue Materialien in die blaue Liste zu unterstützen. Dafür bedanke ich mich. Sie werden sich erinnern, daß ich einigen Mitgliedern Ihrer Fraktion zu Beginn der Legislaturperiode das Angebot gemacht hatte, doch gemeinsam mit der Landesregierung zu werben für unsere neuen Forschungseinrichtungen und uns zu unterstützen. Diese Unterstützung wurde mir leider nicht gewährt, ich sage dies in aller Nüchternheit und ohne irgendwelchen Groll zu hegen. Ich hätte es mir gewünscht, daß wir hier zu einer anderen Form der Zusammenarbeit gekommen wären.

Wir haben als Landesregierung Unterstützung gehabt im wesentlichen von drei Bundestagsabgeordneten: Hans Georg Wagner, Lothar Fischer und Trudi Schmidt, letztere Mitglied Ihrer Partei, die leider nicht mehr in den Bundestag einzieht.

(Zurufe von der CDU: Abwarten!)

Ich bin nicht nur Psychologe, ich mache auch gerne Wetten. Ich mache mit jedem, der dies will, Wetten in unbegrenzter Höhe. Trudi Schmidt hat uns in vieler Hinsicht unterstützt.

Einer war bei der ganzen Sache nicht dabei: der Bundesminister für Umwelt. Dieser Bundesminister für Umwelt hat sich nicht beteiligt an der Entwicklung der Forschungslandschaft im Saarland, er hat sich nicht beteiligt an der Entwicklung einer neuen umwelttechnologischen Forschung, er ist völlig ausgefallen als Partner dieses Landes in der Bundesregierung und in Bonn. Das ist die Situation, und die muß heute auch einmal dargestellt werden.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe und Lachen bei der CDU.)

Was die Aufnahme des Instituts für Neue Materialien in die blaue Liste betrifft, so hat sich eine neue Sachlage ergeben. Kollege Hans Kasper hat in der Finanzministerkonferenz der Bundesländer interveniert. Und die Finanzminister der Bundesländer haben beschlossen, daß eine frühere Entscheidung zur Personalpolitik revidiert wird zugunsten der Institute, die neu gefördert werden sollen, so daß es jetzt für die Bundesregierung auch keine Grundlage mehr gibt, die alsbaldige Aufnahme des Instituts für Neue Materialien in die Bundesförderung zu verweigern. Dafür bedanke ich mich bei meinem Kollegen Hans Kasper.

(Beifall bei der SPD.)

Einige Sätze zur Forschungspolitik des Bundes und der Europäischen Union, an der ich in meiner Funktion als Vertreter der Bundesrepublik im Bildungsministerrat der Europäischen Union beteiligt bin. Der Ministerpräsident hat bereits darauf hingewiesen, daß die Mittelansätze des Bundes für Forschung und Technologie drastisch gefallen sind. Bezogen auf 1982 und unter Berücksichtigung der Preisentwicklung des Bruttosozialprodukts haben wir von 1982 bis 1994 einen realen Rückgang von 18 Prozent zu verzeichnen. Die realen Pro-Kopf-Ausgaben sind von 122 DM im Jahre 1982 auf 76 DM in 1993 zurückgegangen. Wohin Sie schauen, die Forschungspolitik des Bundes ist spätestens seit 1990 völlig eingebrochen. Sie hat die falschen thematischen Schwerpunkte gesetzt, und sie hat nicht mehr die Finanzierungsbasis, die wir heute in den Ländern brauchen.

Unsere Forschungsinstitute erfahren heute bei ihren Ressortanträgern, daß für die Forschungsinstitute in den alten Ländern nicht mehr genügend Geld zur Verfügung steht. Gehen Sie doch einmal in unsere Forschungsinstitute und sprechen mit den Leitern der Institute. Die können Ihnen bündelweise die Briefe zeigen, in denen steht, daß das wenige Geld, das wir noch haben, in die neuen Länder fließen muß. Wir haben nicht mehr das Geld

zur Förderung der Wirtschafts- und der Forschungseinrichtungen in den alten Ländern. Wenn wir dieses aber nicht tun, wenn wir die Wirtschaftskraft der alten Länder erlahmen lassen dadurch, daß wir ihre Innovationsfähigkeit so dramatisch zerstören, dann wird dies die Bundesrepublik in Gänze treffen.

Deswegen, meine Damen und Herren, setzen wir uns hier im Land nicht nur dafür ein, daß die Forschungspolitik dieses Landes so weitergeführt wird, wie dies 1985 begonnen worden ist, sondern deshalb kämpfen wir auch darum, daß die Forschungspolitik des Bundes wieder ein anderes Niveau und eine andere Strukturierung bekommt. Deshalb haben sich die Länder auch dafür engagiert, daß der vierte Forschungsrahmenplan der Europäischen Union eine andere Ausstattung und andere Schwerpunktsetzungen bekam, als dies von der Bundesregierung dann letztendlich zugestanden worden ist.

Ich entschuldige mich, daß ich nicht mehr für den weiteren Verlauf der Debatte zur Verfügung stehen kann. Ich muß heute nachmittag, wie Sie wissen, nach St. Petersburg, um dort die Bundesrepublik bei dem Europäischen Bildungsministerrat zu vertreten. Ich bedanke mich für Ihr Verständnis.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Waschbüsch:

Ich unterbreche unsere Sitzung bis 13.45 Uhr.

(Die Sitzung wird von 12.33 Uhr bis 13.47 Uhr unterbrochen.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Kolleginnen und Kollegen, wir setzen unsere unterbrochene Sitzung fort. Da es zur Regierungserklärung keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, schließe ich die Aussprache.

Die Punkte 1, 10 und 12 der Tagesordnung sind einvernehmlich von der Tagesordnung abgesetzt.

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Beschlußfassung über den vom Ausschuß für Haushalts- und Finanzfragen eingebrachten Antrag betreffend Entlastung für die Haushaltsrechnung des Rechnungsjahres 1991 (Drucksache 10/1987).

Zur Berichterstattung erteile ich das Wort der Abgeordneten Marlis Schwenk.

Abg. Schwenk (SPD), Berichterstatterin:

Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Im Auftrag des Ausschusses für Haushalts- und Finanzfragen erstatte ich den Bericht des Unterausschusses zur Prüfung der Haushaltsrechnungen über die Prüfung der Haushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 1991.

Der Landtag hat in seiner 54. Sitzung am 22. September 1993 der Landesregierung Entlastung für die Haushaltsrechnungen 1989 und 1990 erteilt und diese gebeten, die Feststellungen und Bemerkungen in dem mündlichen Bericht des Ausschusses für Haushalts- und Finanzfragen zu beachten und dem Landtag über das Veranlaßte zu berichten.

Die Landesregierung hat mit Schreiben vom 23. Februar 1994 den Bericht zu den angesprochenen Punkten der Jahresberichte des Rechnungshofes vorgelegt. Hierbei wurde die vom Ausschuß für unerläßlich erachtete Anpassung der Gebührensätze im allgemeinen Gebührenverzeichnis an die aktuelle Kostenentwicklung angesprochen. Der Rechnungshof hatte deutlich gemacht, daß wegen der schwierigen Haushaltslage des Saarlandes alle Einnahmemöglichkeiten im Bereich des Gebührenwesens auszuschöpfen seien. Inzwischen ist sichergestellt, daß die Gebührenverzeichnisse — soweit dies notwendig ist, auch mehrmals jährlich — der Kostenentwicklung angepaßt werden. Darüber hinaus hat die Verwaltung die Möglichkeit, bei zwischenzeitlich eingetretenen Änderungen den Gebührenrahmen auszuschöpfen.

(Abg. Schwenk)

Bei der zweiten Frage ging es um die Einwilligung des Finanzministers zu den über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Rechnungsjahr 1989. Anhand der dargestellten Einzelbeispiele wurde gerügt, daß ungenaue Schätzungen des Haushaltsansatzes, mangelhafte Begründungen und einzelne formelle Unzulänglichkeiten dem an die Bewilligung anzulegenden engen Prüfungsmaßstab nicht gerecht wurden.

Das Finanzministerium hat deutlich gemacht, daß es im Jahre 1991 bereits gelungen sei, die Anzahl der genehmigten Fälle um rund 25 Prozent zu reduzieren. Der Unterausschuß zur Prüfung der Haushaltsrechnungen hat diese Entwicklung begrüßt und unterstützt das Bemühen, die Praxis bei der Prüfung über- und außerplanmäßiger Ausgaben dauerhaft zu verbessern.

Einen weiteren Schwerpunkt stellen die den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege gewährten Zuwendungen dar. Nach der Forderung des Rechnungshofes sollten Zuwendungen nur zur institutionellen Förderung und nur als Fehlbedarfsfinanzierung gewährt werden, da die derzeit praktizierte Regelung den geltenden Zuwendungsvorschriften nicht entspreche. Der Unterausschuß hat sich dafür ausgesprochen, an der institutionellen Förderung mit Festbeträgen festzuhalten, weil nach der vom Rechnungshof favorisierten Finanzierungsform wesentliche Mittel nicht eingespart werden können. Die Landesregierung wird künftig einen verbesserten Nachweis fordern, in dem die Einnahmen und Ausgaben eindeutig belegt werden müssen.

Hinsichtlich der Förderung von Sozialstationen erwartet der Unterausschuß durch die Ergebnisse der Gesundheitsreform und die Leistungen aus der Pflegeversicherung deutliche Verbesserungen. Die Frage der Umstellung auf eine Festbetragsfinanzierung soll weiterverfolgt werden.

Ein weiterer Kritikpunkt betraf die Prüfung der Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe 'Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur'. Sie sieht bundeseinheitlich die Vorlage eines vereinfachten Verwendungsnachweises vor, wobei die Vollständigkeit und Richtigkeit faktisch nur in Form einer Betriebsprüfung vor Ort festgestellt werden kann. Eine derartige Prüfung wäre mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden, der im Hinblick auf die Zielsetzung der regionalen Wirtschaftsförderung vom Ausschuß als nicht vertretbar angesehen wird. Der Unterausschuß hält es daher für geboten, eine Erweiterung des vereinfachten Verwendungsnachweises und eine Verschärfung des Prüfungsverfahrens nur im Einvernehmen mit dem Bund und den anderen Ländern anzustreben.

Eine Initiative des Saarlandes mit dem Ziel einer Verschärfung des Prüfungsverfahrens erscheint wenig hilfreich, da eine Umfrage bei den anderen Bundesländern ergeben hat, daß die Bereitschaft, das seit Einführung der Gemeinschaftsaufgabe praktizierte Verfahren zu ändern, zur Zeit nicht besteht.

Meine Herren, meine Damen, für die Haushaltsrechnung des Rechnungsjahres 1991 hat der Ausschuß für Haushalts- und Finanzfragen beantragt, der Regierung des Saarlandes gemäß Artikel 106 Absatz 1 der Saarländischen Verfassung in Verbindung mit § 114 der Haushaltsordnung des Saarlandes Entlastung zu erteilen. Der Antrag beruht im wesentlichen auf den Feststellungen im Jahresbericht des Rechnungshofes 1992 über die Durchführung der Rechnungsprüfung 1991. Danach stimmen die in der Haushaltsrechnung und den Büchern der Landeshauptkasse aufgeführten Beträge überein; die geprüften Einnahmen und Ausgaben waren ordnungsgemäß belegt.

Der Rechnungshof stellt fest, daß der Haushalt 1991 in seinen Grundzügen eingehalten worden ist, das kassenmäßige Jahresergebnis und das kassenmäßige Gesamtergebnis ausgeglichen gestaltet sind. Die Ist-Einnahmen und die Ist-Ausgaben sind gegenüber dem Vorjahr um rund 324,6 Millionen DM, das sind 6,2 Prozent, gestiegen. Die Ausgabensteigerung lag damit deutlich über dem Anstieg des realen Bruttosozialproduktes von drei Prozent und über der vom Finanzplanungsrat empfohlenen Steigerungsrate von drei Prozent. Ebenso wurden die Eckdaten der Finanzplanung 1990 bis 1994 von 2,9 Prozent weit überschritten.

Die Einnahmen aus Krediten waren im Rechnungsjahr 1991 erneut höher als die Ausgaben für Investitionen. Unter Berücksichtigung der Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen ergab sich eine Unterdeckung von 402 Millionen DM. Damit hat sich die Unterdeckung im Verhältnis zum Vorjahr um 128 Millionen DM erhöht.

Die Ausgaben für den Schuldendienst sind auch im Rechnungsjahr 1991 weiter angestiegen. Der Zuwachs der Verschuldung des Landes beruht auf der Nettokreditaufnahme, da den zur Leistung von Schuldentilgung aufgenommenen Krediten ein gleichhoher Wegfall alter Schulden gegenübersteht. Meine Herren, meine Damen, eine deutliche Rückführung der Verschuldung wird sich mit Beginn der Teilentschuldung in diesem Jahr einstellen.

Der Präsident des Rechnungshofes hat beantragt, dem Rechnungshof für das Rechnungsjahr 1991 Entlastung zu erteilen. Unser Beschlussvorschlag ergeht aufgrund der Prüfung, die der Unterausschuß zur Prüfung der Haushaltsrechnungen am 15. Juni 1994 in den Räumlichkeiten des Rechnungshofes vorgenommen hat. Der Präsident des Rechnungshofes hat sich mit Schreiben vom 20. Juni 1994 zu den offenen Fragen geäußert. Beanstandungen haben sich nicht ergeben.

Meine Herren, meine Damen, aus dem besonderen Teil der Rechnungsprüfung darf ich auf einige Schwerpunkte eingehen.

Erstens: Ministerium des Innern; Zuweisungen an Gemeinden zu kommunalen Straßenbaumaßnahmen nach dem Landesprogramm — Textziffer 18.

Der Rechnungshof hatte in seinem Schreiben den Vorwurf erhoben, das Innenministerium habe zu Unrecht den Ausbau einer Gemeindestraße mit Landesmitteln gefördert, da die an eine Erschließungsanlage für eine Förderung gebundenen Mindestanforderungen nicht erfüllt gewesen seien.

Die Landesregierung teilt diese Auffassung nicht. Sie verweist in ihrer Stellungnahme darauf, daß die zum Zeitpunkt der Herstellung maßgebenden Ausbauepiflogenheiten für die Entscheidung maßgebend seien. Daraus sei zu schließen, daß die Straße damals die Mindestanforderungen erfüllt habe, die von Rechtsprechung und Literatur für die Qualifizierung einer vorhandenen Straße gefordert worden seien.

Die unterschiedliche Auffassung resultiere daraus, daß die Behörde nach ihren Prüfungen Bedenken vorgetragen habe, ob es sich bei dem Ausbau einer sogenannten „Anliegerstraße“ um eine Erschließungsstraße oder um eine „historische Straße“ gehandelt habe. Von einer solchen spricht man, wenn im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Bundesbaugesetzes vom 23.06.1960 die Anlage als vorhandene Straße anerkannt war. Die oben genannten Mindestvoraussetzungen sehen zum Beispiel eine hinreichend „befestigte Decke“ vor.

Der Ausschuß teilt nicht die Auffassung des Rechnungshofes, daß dieser spezielle Fall die saarländischen Kommunen geradezu ermuntert, zweifelhafte Objekte zur Förderung anzumelden; er fordert jedoch generell bei der Bezuschussung kommunaler Vorhaben die strikte Einhaltung eindeutiger und damit vergleichbarer Regelungen.

Zweitens: Verschiedene Ressorts; zusätzliche Kosten wegen Unverträglichkeit von Hard- und Software — Textziffer 19.

Bei der Einführung der automatisierten Kfz-Zulassung bei den Landratsämtern ergaben sich kostspielige Verzögerungen, die in der Inkompatibilität von Hard- und Software begründet waren. Dies hätte nach Auffassung des Rechnungshofes bei Abschluß entsprechender Verträge vermieden werden können. Den Zuschlag erhielt ein Hardwarehersteller, der das Zulassungsverfahren als Anwendersoftware mitangeboten hatte. Kurz vor Zuschlagserteilung wurden anstelle der ursprünglich angebotenen Rechner neu entwickelte, preisgünstigere Rechner eines anderen Systems angeboten und hierfür der Zuschlag erteilt. Die Anwen-

(Abg. Schwenk)

dersoftware war — wie sich dann herausstellte — auf den beschafften Rechnern nicht ablauffähig. Nach Angaben der Behörde belief sich der Anpassungsaufwand, der Verzögerungen von etwa einem Jahr nach sich zog, nach der damaligen Kostenrechnung auf mindestens 120.000 DM.

Nach Auffassung des Rechnungshofes habe es sich angeboten, mit dem Anbieter einen sogenannten Systemvertrag abzuschließen, in dem ihm die alleinige Verantwortung für das gesamte angebotene System mit entsprechenden Sanktionen auferlegt worden wäre. Eine andere Möglichkeit hätte darin bestanden, sich sowohl vom Hardware- als auch vom Softwarehersteller in einer Nebenabrede die Kompatibilität der Systeme garantieren zu lassen. Dies sei unterblieben, so daß Ersatzansprüche nicht hätten durchgesetzt werden können.

Die Regierung hat darauf hingewiesen, daß die vom Rechnungshof geforderte vertragliche Koppelung nach den einschlägigen Vorschriften nur in Ausnahmefällen zulässig sei, deren Voraussetzungen indes nicht vorgelegen hätten, da eine erprobte und bewährte Anwendungssoftware ausgewählt worden sei. Die später aufgetretenen Probleme bei der Programmimplementierung seien zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses nicht vorhergesehen worden. Der vom Rechnungshof bezifferte Anpassungsaufwand müsse relativiert werden. Im übrigen werde man die vom Rechnungshof angesprochenen Gesichtspunkte künftig beachten.

Der Unterausschuß erwartet, daß die vom Rechnungshof angesprochenen Verfahrensvorschläge künftig Beachtung finden.

Drittens: Ministerium der Finanzen; Regelung von Ersatzansprüchen gegen die Liegenschaftsverwaltung durch Vergleich — Textziffer 21.

Der Rechnungshof beanstandet, daß einem Investor bereits im Vorvertragsstadium gestattet worden sei, auf dem Grundstück tätig zu werden, ohne daß für den Fall des Scheiterns des Projekts mögliche Ersatzansprüche geregelt waren. Nach dem Scheitern der Vertragsverhandlungen mußten durch das Land im Vergleichswege über die Zahlung von 750.000 DM die Ansprüche des Investors gegen das Land abgegolten werden. Die entstandene Zwangssituation hätte zu einem früheren Zeitpunkt sicherlich durch das schriftliche Festhalten der Zustimmungserfordernisse und auch durch klare schriftliche Regelungen über Ersatz-, Besitz- und Haftungsansprüche vermieden werden können. Die Verwaltung habe es jedoch an der gebotenen Vorsorge fehlen lassen.

Das Finanzministerium hielt dem entgegen, daß eine einvernehmliche Regelung der Beendigungstatbestände und daraus folgende Ersatzansprüche nicht hätte erreicht werden können, da aufgrund bisheriger Erfahrungen bei den Verhandlungen der Investor abgesprungen wäre und damit die Zielsetzung der Regierung, in der Region Ersatz für verlorengegangene Arbeitsplätze zu schaffen, verfehlt worden wäre.

Dieser Argumentation vermochte der Rechnungshof nicht zu folgen, da die rechtliche Sicherheit höher zu bewerten sei als die Verhandlungsbereitschaft eines potentiellen Investors, den das Land selbst schon angesichts erster Konkurrenz abgelehnt hatte.

Der Unterausschuß verkennt nicht, daß bei der Gewinnung von für den Strukturwandel notwendigen Investoren besondere Schwierigkeiten dabei entstehen können, die Interessenlagen der Investoren mit den gebotenen Formerfordernissen der Rechtsabsicherung in Einklang zu bringen. Dennoch hält er am grundsätzlichen Vorrang der Rechtsabsicherung fest und erwartet, daß die Regierung diesem Vorrang angemessenen Nachdruck verleiht.

Viertens: Ministerium für Wirtschaft; Fördermaßnahmen für den Privatwald nach der Sturmkatastrophe im Jahre 1990 — Textziffer 27.

Die Beseitigung der Sturmschäden aus dem Jahre 1990 wurde im Saarland durch zwei Förderprogramme und durch finanzielle Hilfen bei der Gründung von drei Forstbetriebsgemeinschaften unterstützt.

Nach Auffassung des Rechnungshofes erfolgte die Umsetzung dieser Maßnahmen jedoch nur unter erheblichen Verstößen gegen Haushaltsrecht und Förderrichtlinien. So sei zum Beispiel einem Privatwaldbesitzer die Aufarbeitung von überwiegend schwächerem Holz vorfinanziert worden, während er das stärkere Stammholz, dessen Behandlung wesentlich kostengünstiger war, außerhalb des Hilfsprogramms selbst aufgearbeitet und vermarktet habe. Hierdurch sei dem Land ein finanzieller Verlust entstanden, der nur durch eine aufwendige Neuberechnung und entsprechende Rückforderung ausgeglichen werden könne.

Auch bei der Unterstützung der neu gegründeten Forstbetriebsgemeinschaften seien im Rahmen der institutionellen Förderung in Höhe von 468.994 DM wesentliche haushaltsrechtliche Bestimmungen unberücksichtigt geblieben. Vor allem habe die Bewilligungsbehörde darauf verzichtet, den Forstbetriebsgemeinschaften die bei einer institutionellen Förderung der Transparenz wegen zwingend vorgeschriebenen Haushalts- und Wirtschaftspläne abzuverlangen.

Das Ministerium hat in seiner Äußerung die Berechtigung der Beanstandungen des Rechnungshofes im wesentlichen eingeräumt. Unabhängig davon werde ein Konzept zur langfristigen Sicherung und Intensivierung der Privatwaldbetreuung erarbeitet. Dabei würden Erkenntnisse darüber erwartet, ob es nicht wirtschaftlicher ist, die periodische Betriebsplanung an selbständige Unternehmen zu vergeben und die regelmäßigen Betriebsarbeiten von Beratern mit der Befähigung zum gehobenen Forstdienst durchführen zu lassen.

Der Unterausschuß verkennt nicht, daß es sich bei der Sturmkatastrophe des Jahres 1990 um eine außergewöhnliche Situation handelte, deren Bewältigung wohl auch außerordentliche Maßnahmen erforderlich machte. Dennoch ist die Landesregierung gehalten, auf die Einhaltung der Richtlinien zu achten und bei Beanstandungen um Abhilfe bemüht zu sein.

Fünftens: Ministerium für Wirtschaft; Betriebsgebäude der Forstverwaltung — Textziffer 28.

In dem Monitum des Rechnungshofes wird kritisch hervorgehoben, daß bei den Ausgaben für die Unterhaltung der Forstbetriebsgebäude seit 1988 eine enorme Steigerung zu verzeichnen sei. So habe die Forstverwaltung unter anderem beim Umbau von zwei Dienstgebäuden in Von-der-Heydt und beim Neubau eines Dienst- und Betriebsgebäudes des Forstlichen Berufsbildungszentrums in Eppelborn eine Reihe von Arbeiten in Eigenregie mit Waldarbeitern und ABM-Arbeitskräften durchgeführt, für die zusätzliche Lohnkosten in Höhe von mehr als 1,3 Millionen DM für beide Maßnahmen hätten aufgewendet werden müssen.

Zum anderen habe die Forstverwaltung in den letzten Jahren in verschiedenen Waldhütten umfangreiche und kostenaufwendige Renovierungsarbeiten durchführen lassen, die mit dem Gebot der Sparsamkeit nicht in Einklang stünden. Besonders hervorzuheben sei der großzügige bis zum Ende des Prüfungszeitraums noch nicht fertiggestellte Ausbau einer Jagdhütte im Forstamt Warndt mit Kosten von bereits über 100.000 DM, wobei zu bemerken sei, daß das Forstamt zunächst die Beseitigung der Hütte wegen fehlenden Bedarfs angestrebt habe.

Schließlich sei die Notwendigkeit der Ausgaben in vielen Fällen zweifelhaft, da die Nutzungsintensität und die Einnahmen aus Vermietung äußerst gering seien.

Inzwischen werden nach Mitteilung des Wirtschaftsministeriums die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verstärkt beachtet. In Zukunft werde von einem Einsatz der Waldarbeiter bei Baumaßnahmen abgesehen, sofern nicht deren Einsatz ein deutlich kostengünstiger sei als die Vergabe an Fremdfirmen. Bereits 1992 sei eine scharfe Trennung zwischen der Bauunterhaltung von Dienstgebäuden und der Bauunterhaltung von Forstbetriebsgebäuden in haushaltstechnischer Hinsicht veranlaßt worden.

(Abg. Schwenk)

Der Unterausschuß regt an, im Rahmen der Umsetzung der Ergebnisse des Organisationsgutachtens im Forstbereich die Nutzung aller Forsthütten zu überprüfen und um eine befriedigende Auslastung bemüht zu sein.

Sechstens: Ministerium für Wirtschaft; Zuweisungen an öffentliche Unternehmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden — Textziffer 29.

Der Rechnungshof hat Kritik daran geübt, daß einem öffentlichen Verkehrsunternehmen Landeszuwendungen in Höhe von rund 120.000 DM belassen worden seien, obwohl das Unternehmen die verbindlich vorgeschriebenen Bewilligungsaufgaben nicht beachtet habe. Erst nach der Prüfung durch den Rechnungshof und dessen Hinweis sei der Förderbetrag einschließlich Zinsen, die zudem zu Lasten des Landes falsch berechnet worden seien, zurückgefordert worden.

Dem Land sei durch die Nachlässigkeit des Ministeriums wie auch durch die nicht unverzüglich zurückgeforderte Zuweisung ein vermeidbarer Verlust entstanden. Nach den der Förderung zugrunde liegenden Bewilligungsaufgaben sei bei der Vergabe von Aufträgen die Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) zu beachten. Sie schließe bei beschränkten Ausschreibungen übliche Nachverhandlungen aus. Obwohl das praktizierte Verfahren Manipulationen nicht ausschließe, sei das Wirtschaftsministerium nicht bereit gewesen, die rechtsverbindlich vereinbarten Bewilligungsbedingungen zu beachten.

Die Landesregierung hat den Vorwurf, es sei dem Land ein Schaden entstanden, zurückgewiesen, da die Zuweisung mittlerweile einschließlich Zinsen zurückgezahlt worden sei. Die Regierung stellt in ihrer Stellungnahme darauf ab, daß bei Einführung der Omnibusförderung ab 1988 auf dem Beschaffungsmarkt Verhältnisse vorgefunden worden seien, die bei Anwendung der VOL-Bestimmungen eine Förderung unmöglich gemacht bzw. zu erheblich höheren Beschaffungskosten — und damit höheren Zuwendungen — geführt hätten. Aus diesem Grunde sei für eine Übergangszeit nach einer 'bedürfnisorientierten' Praxis verfahren worden.

Die neuen Omnibusförderrichtlinien vom 1.12.1992 schreiben nunmehr verbindlich die Beachtung der VOL vor. Alle Antragsteller seien schriftlich auf die Notwendigkeit der Einhaltung der VOL für Beschaffungen ab 1993 hingewiesen worden. Das Ministerium lasse sich bei jedem Förderfall zunächst eine Bestätigung mit Angabe des Ausschreibungsdatums geben; später erfolgten stichprobenartige Überprüfungen vor Ort, wobei das EG-Recht Anwendung finde.

Der Unterausschuß zur Prüfung der Haushaltsrechnungen nimmt die mittlerweile geänderten Omnibusförderrichtlinien mit Genugtuung zur Kenntnis und regt an, die stichprobenartigen Überprüfungen vor Ort regelmäßig durchzuführen.

Siebtens: Ministerium für Umwelt; Gründung und Finanzierung des Modellprojekts „Stiftung Ökozentrums Hofgut Imsbach“ — Textziffer 30.

Der Unterausschuß hat die Finanzierung des im Eigentum der Landesentwicklungsgesellschaft Saar stehenden Ökozentrums Hofgut Imsbach seit Jahren kritisch begleitet, soweit es um die Verwendung von Zuwendungen des Landes ging.

Nach Auffassung des Rechnungshofes genüge die Rahmenkonzeption über die ökologischen Ziele der Stiftung nicht den Kriterien, die an eine gemäß § 24 Landeshaushaltsordnung zu erstellende umfassende Bau- und Finanzierungs-konzeption zu stellen sind. Bei dem mit 12 Millionen DM veranschlagten Gesamtprojekt hätten spätestens nach der Gründung der Stiftung die Kosten, die Finanzierung und der jährliche Finanzierungsbedarf nachgewiesen werden müssen. Statt dessen sei die Finanzierung der Einzelprojekte nur nach unmittelbarem Bedarf ausgerichtet worden; im Vordergrund stehe die in Zukunft erhoffte Vermögensentwicklung. Nach Auffassung des Rechnungshofes ist kaum zu erwarten, daß der landwirtschaftliche Teil und die Bildungseinrichtungen künftig ohne Zuwendungen des Landes auskommen werden.

Der Unterausschuß hält daher ein zurückgehendes Engagement des Landes für angezeigt und erwartet, daß sich die Landesregierung um eine Überführung zumindest einzelner Teile in private Hände bemüht. Im übrigen ist nach Auskunft der Landesregierung gewährleistet, daß künftige Zuwendungen und deren Verwendung der gebotenen sorgfältigen Prüfung unterzogen werden, um die Einhaltung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen sicherzustellen und für die angesprochenen Verfahrensverbesserungen Sorge zu tragen. Der Rechnungshof räumte bereits ein, daß von ihm beanstandete Mängel der Anlaufphase seit Mitte 1991 behoben worden sind. Der Ausschuß wird die weitere Entwicklung sorgsam beobachten.

Achtens: Ministerium für Wissenschaft und Kultur; Personalbedarf und Beschäftigungsumfang in Lehre und Forschung (Wissenschaftliche Mitarbeiter) — Textziffer 32.

Die Prüfung der Personal- und Organisationsstruktur der Universität des Saarlandes durch den Rechnungshof ergab, daß der Universität aufgrund fehlender oder unzulänglich geführter Unterlagen eine sachgerechte Bedarfsermittlung und ein am tatsächlichen Bedarf orientierter Personaleinsatz nicht möglich gewesen sind. Die Personalausgaben der Universität seien insoweit nicht ausreichend begründet. Dies gelte insbesondere für die weitere Feststellung, daß durch den Abschluß von Werkverträgen aus Sachmitteln zusätzliche Personalausgaben bestritten worden seien. Die dadurch verursachten Kosten in Höhe von 1.170.000 DM seien mit einem Anteil in Höhe von 754.000 DM aus dem Haushalt finanziert worden und hätten insofern die Haushaltsansätze erheblich überschritten. Die Beschäftigung wissenschaftlicher Mitarbeiter und Hilfskräfte habe in vielen Fällen nicht den Bestimmungen des Universitätsgesetzes und dem Stellenzuweisungsplan der Zentralen Haushalts- und Planungskommission entsprochen.

Der Rechnungshof beanstandet darüber hinaus, daß von einem erheblichen Teil des wissenschaftlichen Personals seit Jahren keine Urlaubsanträge gestellt worden seien, offensichtlich in der unzutreffenden Annahme, der Urlaub sei durch die vorlesungsfreie Zeit abgegolten. Durch die fälschliche Auslegung des Urlaubsrechts, verbunden mit der Inanspruchnahme von Urlaub über die zustehende Dauer hinaus, habe sich der Personalbedarf erheblich erhöht.

Im Rahmen der Prüfung sei auch festgestellt worden, daß die Zentralverwaltung der Universität über ein sogenanntes Verwahrkonto — außerhalb des Haushalts — verfüge, aus dem sie Mittel in Höhe von 1,5 Millionen DM verteilt habe. Sie habe zum Beispiel aus diesen Mitteln eine festangestellte hauptamtliche Sekretärin eines Instituts über einen Werkvertrag pauschal mit 7.400 DM zusätzlich vergütet. Als Grund seien Tätigkeiten angeführt worden, die entweder zu ihren Hauptaufgaben zählten oder für die Bedienstete der Präsidialabteilung zuständig gewesen seien. Weitere Beispiele waren Gegenstand der Erörterungen im Ausschuß.

Die Regierung bestreitet die in den Feststellungen des Rechnungshofes zum Ausdruck gekommenen Bewertungen über die fehlenden Personalbedarfsplanungsdaten. Die Dienstordnung sei in Kraft, und die Lehrverpflichtungsverordnung gelte ab 1. April 1994. Aufgabenteilungspläne seien in der Forschung weder sinnvoll noch vorgeschrieben. Das vom Rechnungshof vorgeschlagene Komponentenmodell habe die Finanzministerkonferenz als Grundlage einer Personalbedarfsberechnung abgelehnt. Für die Planung der Lehre stünden ausreichende Unterlagen bereit. Der Vorhalt des Rechnungshofes, Aufgabenbereiche, die dem wissenschaftlichen Personal vorbehalten seien, würden unzulässigerweise wissenschaftlichen Hilfskräften übertragen, treffe in dieser Form nicht zu. Überschneidungen der Tätigkeiten beider Funktionsgruppen seien vielmehr möglich und vom Gesetzgeber vorgesehen.

Es treffe zu, daß Urlaubs- und Krankmeldungen von wissenschaftlichen Mitarbeitern unzureichend abgegeben worden seien. Die Universität habe auf die Meldepflichten erneut und nachdrücklich hingewiesen. Verletzungen würden nach Dienstrecht

(Abg. Schwenk)

geahndet. In keinem Fall seien allerdings Universitätsbedienstete für ihre dienstliche Arbeit zusätzlich bezahlt worden. Die vom Rechnungshof als Beleg für seine Feststellungen angeführten Einzelfälle betreffen ausnahmslos den Bereich der Verwahrkonten. Hierbei unterstütze die Universität lediglich das Universitätsmitglied bei der Verwaltung seiner Mittel. Es handele sich somit nicht um Haushaltsmittel, sondern ausschließlich um Drittmittel. Da das Konto keinem einzelnen Bereich zugeschrieben werden könne, sei zur Kennzeichnung das für die Verwaltung zuständige Referat der Zentralverwaltung gewählt worden. Die Mittel hätten ausschließlich den Wissenschaftlern zur Verfügung gestanden.

Der Unterausschuß zur Prüfung der Haushaltsrechnungen hat sich sehr ausführlich mit den angeführten Fragen befaßt. Soweit sich die Vorwürfe als berechtigt erwiesen haben, begrüßt der Ausschuß das Bemühen der Landesregierung um eine wirkungsvolle Abhilfe.

Neuntens: Verschiedene Ressorts; Gründung und Betrieb eines durch Landeszuschüsse geförderten privatrechtlichen Unternehmens, an dem das Land wesentlich beteiligt ist — Textziffer 35.

Der Rechnungshof vertritt im Gegensatz zur Landesregierung die Auffassung, daß der arbeitsmarktpolitische Zweck der Gesellschaftsgründung, der unbestritten gleichrangig neben dem kulturellen Zweck bestehe, zur Sicherung des Landesinteresses vertraglich festgeschrieben werden müsse. Eine entsprechende Festlegung im Gesellschaftsvertrag des Unternehmens ist nach Meinung des Rechnungshofes Grundvoraussetzung für die Sicherung eines wirtschaftlichen und sparsamen unternehmerischen Handelns. Der bisherige, nicht vom dokumentierten politischen Willen der Landesregierung getragene Vertrag gestatte dem Unternehmen eine kulturelle Betätigung ohne arbeitsmarktpolitischen Bezug. Dies sei angesichts der Tatsache, daß das Unternehmen vom Land institutionell gefördert werde, nicht zu vertreten.

Die Landesregierung stellt in ihrer Stellungnahme darauf ab, daß die GmbH — entgegen der Auffassung des Rechnungshofes — bei der Verwendung der Fördermittel arbeitsmarktpolitische Ziele verfolgt habe. Alle Tätigkeiten des Unternehmens seien vor dem Hintergrund eines Kabinettsbeschlusses vom Mai 1988 durch die Satzung gedeckt. Inzwischen werde dem Anliegen des Rechnungshofes insoweit entsprochen, als durch die Formulierung der Zuwendungsbescheide die arbeitsmarktpolitischen Aspekte weitgehend in die Förderpraxis einbezogen würden.

Der Unterausschuß zur Prüfung der Haushaltsrechnungen regt an, daß die Satzung der Gesellschaft dem Monitum des Rechnungshofes entsprechend geändert wird.

Zehntens. Der letzte Punkt — Textziffer 37 — betrifft den Chef der Staatskanzlei. Es geht um den Saarländischen Rundfunk.

Die im Jahresbericht 1992 vom Rundfunk geäußerten Bedenken dagegen, daß der Rechnungshof dem Parlament über das Ergebnis seiner Prüfung des Saarländischen Rundfunks Bericht zu erstatten habe, wurden durch die Änderungen des Saarländischen Rundfunkgesetzes und die damit erfolgte Klarstellung weitgehend ausgeräumt. Durch die gesetzliche Änderung ist künftig die Mitteilung des wesentlichen Prüfungsergebnisses an den Landtag ausdrücklich sichergestellt.

Meine Herren und Damen, der Jahresbericht 1992 über die Haushalts- und Wirtschaftsführung 1991 wurde im Unterausschuß zur Prüfung der Haushaltsrechnungen in insgesamt acht Sitzungen behandelt und im Haushalts- und Finanzausschuß abschließend beraten. Das Ergebnis habe ich Ihnen vorgestellt. Der Ausschuß für Haushalts- und Finanzfragen empfiehlt Ihnen einstimmig die Annahme des Antrages Drucksache 10/1987.

Gestatten Sie mir noch zwei Bemerkungen. Erstens. Wer sorgfältig den Jahresbericht des Rechnungshofes für 1992 liest und mit den Berichten der Vorjahre vergleicht, kann unschwer erkennen, daß der Rechnungshof bemüht ist, das Haushaltsgeschehen unseres Landes entsprechend seiner Aufgabe kritisch zu beobachten, daß er aber auch bemüht ist, mit konkreten Vorschlägen die Ar-

beit auf allen Ebenen zu unterstützen und eventuellen Fehlentwicklungen zu begegnen. Wir haben das im Ausschuß gerne erfahren und wollen auf diesem Weg weiter miteinander arbeiten.

(Zurufe der Abgeordneten Klimmt (SPD) und Schmitt (SPD).)

Gleiches läßt sich auch in den Stellungnahmen der Regierung zu den einzelnen Feststellungen des Rechnungshofes ablesen. Es ist gut zu wissen, daß alle Beteiligten hier an einem positiven Ziel interessiert sind.

(Abg. Klimmt (SPD): Die Stellungnahmen der Regierung sind erheblich besser.)

Wir haben heute morgen vom Kollegen Klimmt gehört, daß andere Leute nicht so denken.

Zweitens. Ich möchte mich an dieser Stelle vom Vorsitzenden des Haushaltsausschusses verabschieden. Er wird dem neuen Parlament nicht mehr angehören. Herr Hein gehört dem Landtag seit 1970 an. Er beschäftigt sich seit 1975 schwerpunktmäßig mit den Fragen der Haushalts- und Finanzpolitik. Er war von 1975 bis 1980 und seit Mai 1985 bis heute Vorsitzender des Haushaltsausschusses, hat aber auch von Juli 1984 bis April 1985 die Finanzverfahrensabläufe als Minister kennengelernt. Seine Erfahrungen stammen sowohl aus Zeiten der Mehrheitsfraktion als auch aus Zeiten der Opposition. Er ist Insider des Geschehens wie kaum ein anderer.

(Beifall.)

Herr Kollege Hein, ich danke Ihnen im Namen meiner Fraktion und der anderen Fraktionen sehr herzlich für Ihre Arbeit hier im Hause und wünsche Ihnen für Ihre Zukunft — wie Sie es formuliert haben — gesunde, lange Jahre.

(Beifall.)

Ich weiß, daß Sie sich der Lehre und der Publikation zuwenden wollen. Einen interessanten Eindruck konnten wir bereits gewinnen aus Ihrem unlängst vorgelegten Arbeitspapier „Die parlamentarische Mitwirkung im Haushaltsgeschehen“. Herr Hein, ich wünsche Ihnen, daß diese Broschüre und weitere Veröffentlichungen die Pflichtlektüre angehender und auch verbleibender Parlamentarierinnen und Parlamentarier werden. Ihnen, Herr Hein, ein herzliches Glückauf!

(Beifall des Hauses.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Ich danke der Frau Berichterstatterin und eröffne die Aussprache. — Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag. Wer für die Annahme der Drucksache 10/1987 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Ich stelle fest, daß der Antrag Drucksache 10/1987 einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zu den Punkten 3 und 4 der Tagesordnung:

Beschlußfassung über den vom Minister der Finanzen eingebrachten Antrag betreffend Veräußerung des ehemaligen Staatlichen Lehrgangsheimes in Rehlingen-Siersburg (Drucksache 10/1988),

Beschlußfassung über den vom Minister der Finanzen eingebrachten Antrag betreffend Veräußerung landeseigener Forstgrundstücke in Kirkel im Tauschwege (Drucksache 10/1989).

Ich erteile das Wort zur Berichterstattung Herrn Abgeordneten Edmund Hein.

Abg. Hein (CDU), Berichterstatter:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Zunächst zum Verkauf des früheren Staatlichen Lehrgangsheimes an die Gemeinde Rehlingen-Siersburg. In den letzten Jahren ist das Heim zur Unterbringung von Asylbewerbern genutzt worden. Nachdem es für diesen Zweck entbehrlich ist, will die Gemeinde das Anwesen künftig für schulische Zwecke nutzen. Im Hinblick auf diese Zweckbestimmung, die auch als Auflage gegenüber der Gemeinde abgesichert wird, liegt der vorgesehene Kaufpreis mit exakt einer Million DM um 146.000 DM unter dem aktuellen Schätzwert.

Auch bei dem Grundstücksvorgang in Kirkel, unser Tagesordnungspunkt 4, erhält die Gemeinde einen Preisnachlaß, und zwar in Höhe von 112.000 DM, hier gerechtfertigt durch die vorgesehene gewerbliche Nutzung mit der Schaffung einer größeren Zahl von Arbeitsplätzen. Das Areal ist heute, jedenfalls teilweise, bewaldet, und die forstlichen Belange sind im Ausschuß näher erörtert worden. Die Landesforstverwaltung begrüßt es, daß die Gegenleistung der Gemeinde Kirkel nicht als Geldzahlung erfolgt, sondern durch Übertragung von Grundstücksflächen an das Land, die geeignet seien, Enklaven im Staatswald zu beseitigen und Gebiete eines seit Jahrzehnten von der Landesforstverwaltung betriebenen Ankaufs weiter zu schließen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt dem Plenum in beiden Fällen Zustimmung zu den Beschlußanträgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei dieser letzten Berichterstattung möchte ich allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses für ihre Mitarbeit in dieser Wahlperiode danken, vor allem den Haushaltssprechern der beiden anderen Fraktionen, Kollegin Marlis Schwenk und Kollege Kiefaber. Bei den 102 Sitzungen seit 1990 hatten wir von der Landtagsverwaltung, besonders durch Herrn Schaar, eine zuverlässige Unterstützung. Wir hatten eine gute Zusammenarbeit mit all den Stellen und Institutionen, mit denen das Haushaltswesen in Kontakt steht: mit dem Finanzministerium, Hans Kasper an der Spitze, mit den anderen Ministerien und Verwaltungen, mit den Personalvertretungen und Gewerkschaften, den Verbänden und Medien.

Dank der Nominierung durch die CDU-Fraktion und mit Zustimmung des Landtages insgesamt konnte ich mich viele Jahre lang als Ausschußvorsitzender mit Haushalts- und Finanzfragen befassen. Ich danke für dieses Vertrauen, für vielfältige Hilfe und Aufgeschlossenheit, wie ich andererseits um Nachsicht bitte für Unzulänglichkeiten und Fehleinschätzungen.

Meine herzlichen Wünsche gelten der Sicherung und Entfaltung der parlamentarischen Demokratie und dem Fortgang der Landespolitik. Den Landesfinanzen eine dauerhafte Besserstellung, unserem Land eine gute Zukunft!

(Anhaltender Beifall des Hauses.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Aussprache. — Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme der Drucksache 10/1988 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Ich stelle fest, daß die Drucksache 10/1988 einstimmig angenommen ist.

Wer für die Annahme der Drucksache 10/1989 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben? — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Ich stelle fest, daß die Drucksache 10/1989 ebenfalls einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zu den Punkten 6 und 11 der Tagesordnung:

Beschlußfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Sicherung der Unterrichtsversorgung im Saarland (Drucksache 10/1991),

Beschlußfassung über den von der FDP-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Unterrichtsversorgung an saarländischen Schulen (Drucksache 10/1993).

Zur Begründung des CDU-Antrages erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Jürgen Schreier.

Abg. Schreier (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 6. Mai 1992, also vor mehr als zwei Jahren, hat die Landesregierung auf Antrag der CDU-Landtagsfraktion im Ausschuß für Bildung und Sport über den zukünftigen Lehrerbedarf an saarländischen Schulen berichtet. Damals hat Staatssekretär Raber für das allgemeinbildende Schulwesen angeführt, daß die Schülerzahlen im Saarland bis zum Jahr 2000 gegenüber 1992 um 11.000 steigen werden. Aus dieser Entwicklung ergebe sich ein zusätzlicher Lehrerbedarf bis zur Jahrtausendwende von rund 610 Lehrerstellen.

Daß die Schülerzahlen wieder ansteigen, der Anstieg naturgemäß in den Grundschulen beginnt, kann also selbst Ihnen, Frau Minister Granz, nicht entgangen sein. Bekannt und durch jährliche Anfragen des Kollegen Hans und mir immer wieder angesprochen ist Ihnen wohl auch die Überalterung der Lehrerkollegien. Nach wie vor haben die saarländischen Lehrerinnen und Lehrer im Vergleich aller Bundesländer die rote Laterne, das höchste Durchschnittsalter: 49 Jahre an den Grund- und Hauptschulen, 47,3 Jahre an den Realschulen, 48,8 Jahre an den Gymnasien, 46,5 Jahre an den Schulen für Behinderte, 48 Jahre an den berufsbildenden Schulen. In den einzelnen Schulformen liegt das Durchschnittsalter noch höher, in den Grundschulen über 50 Jahre im Durchschnitt.

Bekannt sein sollte Ihnen auch — das folgt aus dem hohen Altersschnitt — der Zusammenhang zwischen dem hohen Durchschnittsalter der Kollegien und der Krankheitsanfälligkeit und der Krankheitsdauer. Erfahrungswerte aus vergangenen Jahren haben Ihnen ja reichlich zur Verfügung gestanden.

All das, Frau Minister Granz, war Ihnen zu Beginn des Schuljahres bekannt. All das wußten Sie oder hätten es wenigstens wissen müssen. All diese Fakten sind nämlich Planungsgrundlage für die Unterrichtsversorgung und einen geordneten Schulbetrieb. Diese Fakten, diese Zusammenhänge haben Sie sträflich mißachtet, und zwar nicht erst heute, sondern auch in den vergangenen Jahren. Statt nämlich kontinuierlich Lehrer in ausreichendem Maße einzustellen, haben Sie es als verantwortliche Ministerin über Jahre hinweg zugelassen, daß in Ihrem Haushalt Stelle um Stelle gestrichen worden ist. Seit 1985 sind Ihnen tausend Stellen, das heißt pro Schuljahr mehr als hundert Lehrer, gestrichen worden, Lehrer, die die Schülerinnen und Schüler in den Schulen für einen guten Unterricht dringend gebraucht hätten. In Ihrer Amtszeit waren Sie immer mehr Finanzministerin als Bildungsministerin.

Das gilt auch für Ihre Fraktion im Parlament. Unsere Anträge, wenigstens die Hälfte der freiwerdenden Stellen neu zu besetzen, haben Sie mit Ihrer absoluten Mehrheit Jahr für Jahr abgelehnt. Sie sind deshalb mitverantwortlich für die Misere zum Schuljahresbeginn.

(Beifall bei der CDU.)

Das Debakel vor Augen, Herr Braun, sind Sie dann mutig geworden und haben in der letzten Ausschußsitzung gesagt, daß in Zukunft jede freiwerdende Stelle durch Ihre Fraktion wiederbesetzt werden soll. Das aber ist kein geordnetes Handeln, das ist Konzeptionslosigkeit im höchsten Grade, das ist Flickschusterei und zu spätes Löschen eines Brandes, den Sie selbst mit zu verantworten haben.

(Beifall bei der CDU.)

Sie, Frau Minister Granz, haben arrogant alle Warnungen in den Wind geschlagen und sitzen jetzt tief im Schlamassel. Daß mindestens, was man von einer Schulministerin zu Beginn eines Schuljahres erwarten dürfte, ist doch, daß jede Klasse ihren Lehrer

(Abg. Schreier)

hat. Nicht einmal diesen Mindestforderungen, Frau Granz, sind Sie gewachsen. Da hilft Ihnen auch die billige Ausrede nichts, es handele sich nur um ganz wenige Ausnahmefälle.

Wer ist denn betroffen von Ihrer erneuten Fehlleistung? Betroffen sind in erster Linie die Kinder in dreißig Grundschulklassen ohne festen Klassenlehrer, das heißt über siebenhundert Kinder ohne festen Stundenplan, ohne feste Bezugsperson mit Notunterricht, dauerndem Lehrerwechsel, Unterricht in zusammengelegten, übergroßen Klassen, teils still beschäftigt, teils früher heimgeschickt, teils mit späterem, unregelmäßigem Unterrichtsbeginn. Betroffen sind auch die Eltern dieser Kinder, die nicht wissen, wer ihr Ansprechpartner in der Schule ist, die sich täglich neu darauf einstellen müssen, wann die Schule beginnt und wann sie aus ist oder ob sie vielleicht ganz ausfällt. Die Eltern befürchten deshalb mit Recht Nachteile für ihre Kinder. Betroffen sind schließlich auch die Lehrer, die dauernd von einer Klasse in die andere springen, Vertretungsunterricht in zusammengelegten Klassen halten müssen und deshalb keine sinnvolle pädagogische Arbeit leisten können.

Betroffen, Frau Granz, ist bei diesem Debakel aber nicht nur die Grundschule, betroffen ist auch die Sonderschule. Die Integration von behinderten Kindern haben Sie proklamiert. Und es ist verständlich, daß jetzt möglichst viele Eltern ihr Kind integrativ unterrichtet haben wollen. Die Landesregierung ist aber nicht in der Lage, genügend Stellen und genügend Lehrer dafür zur Verfügung zu stellen. Ihre Kollegin, die Gesundheitsministerin Krajewski, weckt inzwischen falsche Erwartungen bei der Integration im Kindergarten. Wenn die behinderten Schüler dann in die Schule kommen, müssen die Eltern feststellen, daß zu wenig Lehrer für die Integration und für eine sinnvolle Fortführung des integrativen Unterrichts da sind. Frau Granz, das ist die Fortsetzung Ihrer Ankündigungspolitik. Wenn Sie schon A bei der Integration sagen, dann müssen Sie auch die notwendigen Lehrstellen im Haushalt zur Verfügung stellen. Auch das ist nicht der Fall.

(Beifall bei der CDU.)

Betroffen sind auch 1.200 junge Menschen, die an den Berufsschulen zu Arzt- und Zahnarzthelferinnen ausgebildet werden. Ihnen wurde von einem Tag auf den anderen der Fachkundeunterricht und damit der Kernbereich ihrer Ausbildung an den Berufsschulen um fast die Hälfte gekürzt. Damit ist eine geordnete Ausbildung in den erwählten, für die gesundheitliche Versorgung unserer Bürger dringend benötigten Berufen über Monate nicht sichergestellt worden. Dieses Problem ist wegen des massiven Drucks in der Öffentlichkeit überhaupt erst erkannt worden. Dies ist ein Finanzdebakel, in erster Linie in Ihrem Ministerium. Wenn nicht die Ärztekammer, die übrigens außerordentlich spät von Ihnen informiert worden ist, nicht Rabat gemacht hätte, wäre dieser Unterricht heute noch nicht gesichert.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, das sind schwere Planungsmängel nicht nur im Personalbereich Ihres Hauses, sondern auch bei der Finanzplanung. Eine Firma, die eine solche Mißwirtschaft betreiben würde, wäre längst bankrott. Aber bankrott scheint ja, wie ich heute mittag und heute morgen hier erfahren habe vom Ministerpräsidenten, inzwischen im Saarland etwas Gutes zu sein.

Das Desaster zum Schuljahresbeginn ist an sich schon schlimm genug. Noch blamabler wird es aber angesichts Ihrer öffentlichen Äußerungen kurz vor Schulbeginn. Da haben Sie — ich zitiere — vollmundig erklärt: Die Unterrichtsversorgung an den saarländischen Schulen für das neue Schuljahr ist trotz steigender Schülerzahlen und wachsendem Lehrerberauf sichergestellt. Das war samstags in der Saarbrücker Zeitung, bevor dienstags die Schule begonnen hat. Genau das Gegenteil, Frau Granz, war drei Tage später der Fall. Sie brauchen nur einen Blick in die Regionalausgaben der Zeitung zu werfen: Eltern befürchten Bildungsnotstand. Eine feste Stelle lockt Lehrer aus Lauterbach weg. Erstkläßler verlieren Bezugsperson, In Hasborn teilen sich sieben Klassen sechs Lehrer. Notfalls schalten wir eine Anzeige;

Schmelzer Grundschüler suchen einen Lehrer. Eltern wollen auf die Barrikaden gehen usw., usw. Frau Granz, das ist keine Kampagne der CDU, wie Sie wähnen, das ist der Mißmut der Eltern gegen Ihre falsche und schlechte Schulpolitik.

(Beifall bei der CDU.)

Schlimmer und drastischer kann Ihnen die katastrophale Desorganisation in Ihrem Ministerium nicht vor Augen geführt werden. Für das Schulchaos sind Sie, Frau Minister Granz, verantwortlich. Nicht nur, daß Sie offensichtlich Falsches verbreitet haben, Sie taumeln bei Ihren beklagenswerten Versuchen, mit Flickschusterei das Planungschaos anschließend in den Griff zu bekommen, von einer Ecke in die andere. Zuerst verkünden Sie, daß eine Lehrerfeuerwehr für die Grundschulen eingesetzt werden soll, eine ungeeignete Lehrerfeuerwehr mit befristeten Verträgen und Lehrern, die von Grundschulpädagogik keine Ahnung haben. Mit diesem unsinnigen Vorschlag stoßen sie auf den berechtigten Widerstand des Hauptpersonalrates und Ihrer eigenen Fraktion. Sie müssen einen peinlichen Rückzieher machen, ehe Sie dann Tage später auf Druck aus der Öffentlichkeit arbeitslosen Lehrern eine unbefristete Anschlußanstellung zugesagt haben, wenn sie Ihnen mit einem befristeten Vertrag für dieses Schuljahr aus der Misere helfen.

Über vier Wochen sind jetzt seit Beginn des Schuljahres vergangen und immer noch sind Grundschulklassen ohne festen Klassenlehrer. Sie suchen fieberhaft dreißig Lehrer — seit fast anderthalb Wochen. Gefunden haben Sie bis jetzt, wenn ich richtig informiert bin, ungefähr die Hälfte. Aber wie viele von denen, Frau Minister Granz, die Sie gefunden haben, stehen heute morgen tatsächlich vor den Schülern in der Klasse und halten Unterricht? Selbst wenn fünfzehn Ende dieser oder Mitte nächster Woche tatsächlich in den Schulen sind, hat immer noch die Hälfte der betroffenen Klassen keinen eigenen Klassenlehrer. Und das viereinhalb Wochen nach Beginn des Schuljahres!

Sie aber, Frau Minister, sprechen mitten in diesem Schulchaos, das Sie selber verursacht haben, in der Zeitung von fast idealen Verhältnissen insbesondere im Grundschulbereich. Für ein solches Verhalten und eine solche Äußerung finde ich selbst keine Worte mehr.

Ich zitiere deshalb den GEW-Vorsitzenden dieses Landes: Offensichtlich hat sich die Ministerin bereits von der Schulrealität verabschiedet, da Sie die Klagen der Betroffenen nicht mehr ernst nimmt und diese nur noch statistisch abfertigt. Im Gegensatz zu den von Frau Granz genannten angeblich idealen Verhältnissen bewegt sich das Saarland im Vergleich zu anderen Bundesländern zunehmend auf die hinteren Rangplätze zu. Dies gilt für das Durchschnittsalter und die Neueinstellungsquote ebenso wie für die mangelnde Unterrichtsversorgung in der Grundschule. Die GEW warnt in diesem Zusammenhang schon seit Jahren vor einem sich anbahnenden Lehrermangel infolge einer völlig verfehlten einseitigen und kurzfristigen Einstellungspolitik.

(Zuruf des Abgeordneten Klimmt (SPD).)

Soweit der GEW-Vorsitzende, der sicherlich kein Mann ist, der in unser Horn bläst. Seinen Ausführungen, Frau Granz, ist in Deutlichkeit und Einschätzung Ihrer Arbeit wohl nichts mehr hinzuzufügen.

Die Fehlentwicklung zu Beginn des Schuljahres ist auch nicht, wie Sie es hier darzustellen versuchen, aus heiterem Schulhimmel plötzlich über Sie hereingebrochen; sie war absehbar. Sie haben sich über Jahre hinweg selbst froh gemacht, haben die Eltern beschwichtigt und Warnungen in den Wind geschlagen. Jetzt bricht Ihr bauffällig gewordenen Schulgebäude zusammen. Nicht die Lehrerabwanderung, Frau Granz, wie Sie es gerne glauben machen wollen, ist der Hauptgrund für Ihren blamablen Fehlstart. Grund für Ihren blamablen Fehlstart ist Ihre falsche Politik über Jahre hinweg. Der Hauptgrund für diesen Fehlstart ist die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die Vergrößerung der Klassen, die Erhöhung der Lehrerarbeitszeit. All dies war kontraproduktiv, seitdem Lehrer wieder knapp sind und überall gesucht werden.

(Abg. Schreier)

Meine Damen und Herren, bei knappen Ressourcen gewinnt man mit einer solchen Politik keine Lehrer. Mit einer solchen Politik verschreckt man Lehrer.

(Beifall bei der CDU.)

Kann man es den Lehrern verdenken, daß sie zu besseren Anstellungsbedingungen nach Rheinland-Pfalz gegangen sind, nach Saarburg, Trier, Hermeskeil, Zweibrücken, einen Katzensprung von uns entfernt? Sie sind nicht gegangen, weil sie nicht im Saarland bleiben wollten. Sie sind dorthin gegangen, weil sie im Saarland keine Perspektive haben und ihnen in Rheinland-Pfalz bessere und attraktivere Angebote gemacht werden. Sie, Frau Granz, haben die Lehrer durch Ihre Politik zur Abwanderung gezwungen. Sie wären wie alle Saarländer gerne hier geblieben. Verdrehen Sie also nicht die Tatsachen.

Während im Saarland über Jahre restriktiv verfahren wurde, haben die Nachbarländer kontinuierlich eingestellt. Während andere Länder unbefristet einstellen, haben Sie, falls überhaupt, nur befristete Einstellungen vorgenommen. Während Lehrer anderswo eine volle Stelle bekommen, falls sie es wünschen, gibt es hier nur Zwangsteilzeitarbeit. Während andere Länder eine Grundschullehrerbildung vorhalten, gibt es im Saarland keine. Das heißt, Anstrengungen des Saarlandes zur Konkurrenzfähigkeit auf dem Lehrstellenmarkt sind jahrelang unterblieben. Bei einem immer knapper werdenden Lehrangebot war dies eben die kurzsichtige Politik, die zu der Flucht der Lehrer in andere Bundesländer geführt hat. Mit Recht sind Ihnen die saarländischen Lehrerinnen und Lehrer davongelaufen, und mit Recht werden Sie jetzt dafür von allen Seiten hart kritisiert.

Meine Damen und Herren, wir brauchen keine Flickschusterei, die Sie, Frau Ministerin Granz, recht oder schlecht über den Wahltermin bringt. Wir brauchen auch keine Politik nach dem Motto: Nach mir die Sintflut. Was wir jetzt brauchen, ist ein Umdenken, eine kontinuierliche Einstellungspolitik, die den Lehrernachwuchs im Saarland sichert. Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, hundert zusätzliche Lehrer mit einer vollen Stelle und unbefristet zu vergleichbaren Arbeitsbedingungen also wie in Rheinland-Pfalz zur Sicherung der Unterrichtsversorgung und zum Aufbau einer ständigen Lehrreserve auf Planstellen einzustellen. Der Bedarf ist offensichtlich. Ihr Angebot einer unbefristeten Dreiviertelstelle ab dem nächsten Schuljahr ist schon wieder unzureichend, um Wettbewerbsverzerrungen und weitere Abwandlungen zu vermeiden.

Daß trotz Ihrer intensiven Suche nur fünfzehn Lehrer, trotz Ihrer telefonischen Anmahnungen und Abfragen auf der Warteliste bisher zugesagt haben, zeigt, daß Ihr Angebot immer noch nicht attraktiv genug ist im Verhältnis zu anderen Bundesländern. Für zusätzliche Krankheitsfälle haben Sie im übrigen augenblicklich schon keine Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung. Und die jetzt unbefristet mit Zwangsteilzeitarbeit eingestellten Lehrerinnen und Lehrer stehen ab dem nächsten Schuljahr nicht mehr als Ersatzlehrer zur Verfügung.

All dies macht notwendig, daß neue Lehrer eingestellt werden. Die Lösungsversuche, die Sie jetzt propagieren, sind nicht ausreichend und werden neue Folgeprobleme aufwerfen. Nur durch geplantes, überlegtes Handeln und vergleichbare Arbeitsbedingungen hier im Saarland mit anderen Bundesländern kann die Unterrichtsversorgung wirklich gesichert werden. Wir wollen, daß in Zukunft unsere Kinder in den saarländischen Schulen wieder einen geordneten Unterricht bekommen. Wir wollen, daß das Saarland wieder konkurrenzfähig wird gegenüber anderen Bundesländern — nicht nur im Schulbereich. Wir wollen, daß die saarländischen Lehrerinnen und Lehrer, die hier leben, auch hier arbeiten können. Wir wollen in allererster Linie, daß die Schüler, die jetzt mangelhaften Unterricht haben, einen Lehrer vorfinden, wenn sie in die Schule kommen, wie es sich für eine Grundschule gehört. Deshalb bitte ich Sie, stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Zur Begründung des FDP-Antrages erteile ich das Wort der Abgeordneten Brunhilde Müller.

Abg. Brunhilde Müller (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir könnten eigentlich diesen Tagesordnungspunkt überschreiben: Viel versprochen — wenig gehalten. Vor genau zehn Jahren, also im Jahre 1984, hat die heute amtierende Bildungsministerin, Frau Granz, noch der Opposition in diesem Hause angehört. Damals war es ihr sehr leicht, vollmundige Versprechungen zu machen; die waren tagtäglich zu hören. Ich erinnere mich noch genau an Veranstaltungen, in denen ich zugegen war, in denen Frau Granz allen arbeitslosen Lehrern eine sofortige Anstellung versprochen hat, wenn die SPD die Regierung übernehmen würde. 500 Lehrer wollte sie damals sofort einstellen. Die Klassen sollten eine Maximalgröße von 25 nicht überschreiten. Sie ging sogar so weit, zu sagen, daß ein ausländisches Kind beim Klassenteilungserlaß, der auch wesentlich früher zum Zuge kommen sollte, doppelt zählen sollte. Zugegebenermaßen ist all dies, Frau Granz, nirgendwo festgeschrieben.

(Abg. Meyer (CDU): Doch! — Zuruf des Abgeordneten Klimmt (SPD).)

Wir können Ihnen dies im Moment nicht schwarz auf weiß vor Augen halten. Ich habe Ihnen aber auch bei anderen Debatten, bei anderen Anlässen schon öfter gesagt, Sie haben zum damaligen Zeitpunkt die Meßlatte der Ansprüche sehr hoch gelegt. Nur beim Abarbeiten hatten Sie gewaltige Probleme, wie man allorts feststellen kann.

Nun sind wir es ja in den letzten eineinhalb Jahren gewöhnt, daß Kinder, Schüler und Eltern auf die Straße gehen müssen in unserem Lande, um ihre Rechte einzufordern.

(Abg. Schreier (CDU): Permanent!)

Was können wir dann aus Ihrem Hause hören? Statt Verständnis nur Polemik, statt Abhilfe Beschimpfungen. Ist dies der Stil einer Ministerin, die sehr vollmundig von einer Schule sprach, die Freude bereiten sollte, die den Schülern eine Heimat bieten wollte, die Verständnis aufbringen wollte? Nichts, aber auch gar nichts ist übriggeblieben.

Zugegeben, eines darf man Ihnen heute hier auch nicht vorwerfen: daß es in unserem Lande immer noch eine Hauptschule gibt. Für diese Misere, meine Damen und Herren, sind Sie, sehr geehrte Frau Granz, nicht verantwortlich; dafür sind die Kolleginnen und Kollegen der CDU verantwortlich.

(Zurufe, Sprechen und Unruhe.)

Aber all dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Sie eine verfehlte Schulpolitik betrieben haben. Wie sonst erklären Sie sich die gegenwärtig desolante Situation an den Grundschulen im Saarland? Wie konnten Sie am 7. September der Presse einen Bericht vorlegen, in dem Sie die heile Welt im Bereich Schule im Saarland beschrieben?

Darin ist zu lesen, daß es nur strukturelle Stundenausfälle geben würde. Nichts ist in diesem Presseartikel zu lesen darüber, daß Ihnen 31 Grundschullehrer fehlen. Die fehlten Ihnen auch schon am 7. September, nur, Sie waren nicht bereit, der Presse diese Klarheit darzustellen und sich vor die Presse zu stellen mit einem Manko. Ihnen fehlen zwölf Klassenlehrer an der Grundschule gänzlich, und Sie haben neunzehn Klassenlehrer und neunzehn Lehrer, die längere Zeit erkrankt sind. Gut, das kann immer wieder passieren und das wird auch immer wieder passieren.

Kollege Schreier hat soeben schon die Lehrerfeuerwehr angesprochen. Das ist richtig, Sie kramten dann aus der untersten Schublade eine alte Forderung von uns wieder heraus, die da lautet, Lehrerfeuerwehr wäre der richtige Punkt, um Schulstundenausfälle zu beseitigen. Nur, Frau Granz, Sie haben das völlig mißverstanden. Wir wollten in unserem Lande natürlich nicht ei-

(Abg. Brunhilde Müller)

ne Lehrerfeuerwehr haben, die für alle Schulformen zuständig ist, sondern ich und auch meine Kollegen, wir wollten eine schulformbezogene Lehrerfeuerwehr haben; denn ich kann mir schlechterdings nicht einen Gymnasiallehrer an einer Grundschule vorstellen, der gerade einmal die sechsjährigen Schülerinnen und Schüler in den Unterricht einführen soll. Ich spreche der Frau oder dem Mann nicht ab, daß sie das können. Wir wollten, wenn wir schon eine Lehrerfeuerwehr haben, daß diese speziell aus den eigenen Schulformen kommen sollte.

Sie haben mit Ihrem Auflebenlassen eine Pleite erlebt, es ist nicht gewollt gewesen. Die eigene Fraktion hat dagegengearbeitet und dagegengestimmt. Wir stehen vor dem Dilemma, daß uns heute weiterhin 31 Lehrkräfte an der Grundschule fehlen. Sie bemühten sich dann zwar sehr schnell, wie Sie uns im Ausschuß glauben machen wollten, diese Misere zu beseitigen. Sie wollten auf dem schnellsten Wege 31 neue Lehrer einstellen, und zwar nur mit Dreiviertelverträgen, aber mit dem Hinweis, sie könnten im nächsten Jahr eine volle Stelle bekommen.

Was mich im Ausschuß sehr irritiert hat, war, daß Sie sagten, wir seien bei all den Problemen, die die Opposition an den Tag legt, immer noch gut. In dem Mittel in der Bundesrepublik Deutschland sei mehr Ausfall an Stunden zu verzeichnen, und es gebe noch weniger Lehrer. Außerdem wüßten Sie nicht, warum wir uns hier aufregen würden, es sei sowieso nur ein Prozent der Grundschulen unversorgt. Sehr geehrte Frau Granz, das wären dann nur zwanzig Klassen. Aber es sind 31 Klassen, 31 unversorgte Klassen mit durchschnittlich 25 Kindern. Das ist für dieses Land schon ein starkes Stück.

Eines, meine Damen und Herren, dürfen wir nicht vergessen. In der Grundschule wird nun einmal der Grundstein dafür gelegt, wie und was aus unseren Kindern einmal werden soll. Aber ich denke, wenn Sie auch noch von Panikmachen sprechen, dann ist das der Gipfel allen Hohns. Wer im Glashaus sitzt, sehr verehrte Frau Granz, sollte bekanntlich nicht mit Steinen werfen. Sie haben versagt, Sie haben Schulzuweisungen in Richtung des Finanzministers abgegeben, und ich halte dies für eine ganz simple Ausrede.

Sie als Ressortministerin haben sich nicht durchsetzen können, andere haben für Sie bestimmt, wo es in unserer Bildungspolitik und Bildungslandschaft hingeht. Zugegeben trifft dies auch auf den Finanzminister zu, der sehr rigide den Geldhahn zugezogen hat. Kinder und Schüler haben eben keine Lobby in unserem Lande, und dies ist bedauerlich. Ich füge hinzu: noch nicht. Dieser Zustand wird sich nach den Landtagswahlen hoffentlich ändern.

Daß der saarländische Haushalt marode ist und auf die Hilfe Dritter angewiesen ist, ist jedem bekannt. Dies war auch schon vor zehn Jahren abzusehen, nur, damals hat es Sie als Opposition wenig interessiert, woher das Geld kommt, Hauptsache, man hatte ein Wahlkampfthema. Hätten Sie und Ihre Vorgänger im Amt die Forderungen ernstgenommen und voll dahintergestanden, dann wäre es die vorrangige Aufgabe gewesen, schnellstmöglich einen Schulentwicklungsplan vorzulegen.

(Zuruf von der SPD.)

Herr Kollege Gruschke, wenn Sie dazwischenrufen, daß ich jetzt auch ein Wahlkampfthema habe, dann muß ich Ihnen entgegenhalten: Wir wollten im Moment nur einmal die 31 Lehrer haben, weil die Klassen überhaupt nicht versorgt sind. Aber Frau Granz ist damals vor die arbeitslosen Lehrer getreten und hat gesagt: Wir stellen alle ein, Minimum 500. Ich denke, das ist doch ein kleiner Unterschied.

(Beifall bei der FDP.)

Hätten Sie und Ihre Vorgänger im Amt die Forderungen ernstgenommen und voll dahintergestanden, dann wäre die vorrangige Aufgabe gewesen, schnellstmöglich einen Schulentwicklungsplan vorzulegen. Ich will darauf speziell noch einmal zurückkommen.

Wir haben Ihnen schon vor Jahren gesagt und vorgerechnet, daß es Mitte der neunziger Jahre einen Lehrerberuf geben wird. Mein Vorgänger im Amt, Norbert Wagner, hat Ihnen am 25. November 1987 vorgerechnet, daß es in den neunziger Jahren einen Lehrermangel geben wird. Sie meinten aber damals, uns beruhigen zu können mit dem Hinweis, der Schülerberg sei abgebaut und es kämen magere Jahre. Weit gefehlt, meine Damen und Herren, die statistischen Zahlen sagen etwas anderes aus. Alle guten Ratschläge haben Sie, meine Damen und Herren von der SPD, in den Wind geschlagen. Das Ergebnis Ihres Handelns liegt uns heute vor. Die Bildungspolitik im Lande ist abgedriftet. Lehrer müssen Mehrarbeit leisten, Deputatstunden werden gestrichen, Klassen werden größer, sogar in der Oberstufe des Gymnasiums. Wundert es Sie noch, Frau Granz, wenn Schüler und Eltern auf die Straße gehen oder Brandbriefe in Ihr Haus schreiben?

Wenn man das Ganze einmal marktwirtschaftlich betrachten würde, dann müßte man sagen: Das Angebot muß die Nachfrage regeln. Doch bei uns im Lande sieht es anders aus. Nachfrage, also Bedarf ist vorhanden, das Angebot an Lehrkräften aber ist nicht oder nur spärlich vorhanden. Hier kommt die These zum Zuge: Woher nehmen und nicht stehlen? Alle guten Lehrkräfte, Frau Granz, sind abgewandert und von unseren Nachbarländern dankend aufgenommen worden. Im Grundschulbereich kamen sie erst gar nicht ins Saarland, denn Rheinland-Pfalz hat sie ausgebildet und gleich behalten. Sie, Frau Granz, müssen heute mit der zweiten Garnitur Vorlieb nehmen, wobei ich eines auch einmal klarstellen möchte: Nicht alle angenommenen oder aufgenommenen Lehrer sind schlechte Pädagogen. Ganz im Gegenteil, dies würde ich weit von mir weisen, wenn mir das jetzt jemand nachsagen wollte, daß die FDP oder ich dies hier mit meinem Beitrag so darstellen wollte. Ganz im Gegenteil, wir hätten vielleicht viel, viel früher dem einen oder anderen die Möglichkeit geben sollen, im Schuldienst anzutreten, dann hätte er unter Beweis stellen können, ob er Pädagoge ist oder nicht.

Damit wir uns aber richtig verstehen heute nachmittag: Den Lehrermangel gibt es nicht nur an den Grundschulen. Weit gefehlt, er zieht sich wie ein grüner Faden durch alle Schulformen bis hin zur Berufsschule.

(Zuruf von der CDU.)

Das ist jetzt egal, ob rot oder grün, Herr Kollege Feibel. — Aus der Berufsschule war in den letzten Tagen Erstaunliches zu hören. Dort ist wegen nicht angewiesener 150.000 DM, meine Kolleginnen und Kollegen, der Unterricht bei den Arzt- und Zahnarthelferinnen in dem Hauptfach um drei Stunden gekürzt worden. Diese Kürzung ist aber nicht vorgenommen worden, nachdem man mit den Verantwortlichen — mit den Kammern, mit den Arbeitgebern — gesprochen hatte, nein, die Schule hat nur einen kurzen Hinweis bekommen, es werden drei Stunden weniger gegeben, und ansonsten wurde niemand informiert. Die Ärzte- und Zahnärztkammer hat sehr spät davon erfahren und hat dann, als die Schule schon begonnen hatte, erst eingreifen können.

Sicherlich ist es richtig, diese Misere ist in den letzten Tagen behoben worden. Nur aber, ist es in unserem Lande gang und gäbe und notwendig, daß ständig und immer Brandbriefe bzw. Aufmärsche passieren müssen, bis in diesem Bildungsministerium irgendeiner wach wird und erkennt, daß da ein Flop passiert ist? Denn dieser Flop ist ja nicht aus dem Bildungsministerium gekommen, meine Damen und Herren von der SPD. Ganz im Gegenteil, das hat die Staatskanzlei zu vertreten gehabt. Die Staatskanzlei hat die Anweisungen nicht weitergegeben. Das kann ja wohl nicht sein. Wir haben eine Bildungsministerin, wir haben eine Ressortministerin, die nicht einmal weiß, daß in ihrer beruflichen Schule ein Hauptfach um drei Stunden gekürzt wird, was für die Weiterbildung unserer Ärzte und Zahnärzte sehr wichtig ist.

Denken Sie doch einmal an die Vergleiche. Alle reden davon, daß wir unsere Abschlüsse vergleichbar machen müssen, daß unsere Ausbildungen vergleichbar sein müssen. Wir leben in einem

(Abg. Brunhilde Müller)

Grenzraum. Darauf legen wir großen Wert. Wir wollen Vergleiche mit Rheinland-Pfalz haben, wir wollen sie mit Saar-Lor-Lux haben. Dann läßt eine Ressortministerin zu, daß drei Stunden eines Hauptfachs in einem Ausbildungsbereich gekürzt werden.

(Beifall bei der FDP.)

Solche Pannen dürften nicht passieren. Da gebe ich Ihnen vollkommen recht. So etwas dürfte in einem Land, das von einer SPD regiert wird, nicht passieren.

Wo, frage ich Sie, Frau Granz, sind eigentlich Ihre frommen Sprüche und Versprechungen von vor zehn Jahren geblieben? Heute laufen wir den Lehrkräften nach, damit sie wenigstens noch — ich habe es eben schon gesagt — eine Dreiviertelstelle bei uns annehmen. Sie versprechen ihnen dann eine feste Anstellung in dem Schuljahr 1995/96. Aber glauben Sie allen Ernstes, daß jemand, der sich anderweitig orientiert hat, einen zukunftsorientierten Arbeitsplatz verläßt, um sich auf solch schwankende Bretter zu begeben? Ich wünsche Ihnen viel Glück und Erfolg bei der Suche. Hoffentlich schaffen Sie es zum Wohle unserer Kinder.

Nun zu einem anderen Thema. Sie, Frau Granz, haben die Integration behinderter Kinder in Regelschulen vorangetrieben und es auf Ihre Fahnen geheset. Ich unterstütze dies auch. Kinder, auch Kinder mit einer Behinderung, sollten die Möglichkeit haben, am Regelunterricht teilzunehmen. Aber auch hier klaffen Welten auseinander. Auch hier fehlen die zusätzlichen Lehrkräfte. Ich nehme nicht an, daß Sie diese Lehrkräfte vollends aus dem Sondereinrichtungsbereich abziehen wollen. Glauben Sie wirklich daran, daß Sonderschulbildung oder, besser gesagt, Zusatzausbildung, die in Landau vonstatten gehen muß, auf Dauer von vielen Lehrkräften in unserem Lande angenommen wird und werden kann, wenn ihnen der Freiraum für diese Zusatzausbildung fehlt?

Noch einmal zurück zu den Integrationsmaßnahmen an den Grundschulen. Dort funktionieren sie ja noch einigermaßen. Bei den weiterführenden Schulen hapert es schon, von der Berufsschule ganz zu schweigen.

Da haben wir in den letzten Tagen erfahren können, daß in der Berufsschule Integrationsschüler sitzen. Das ist eine Folge von dem, was Sie vorhaben und vorhaben, Frau Granz. Das ist positiv. Nur, denke ich, die Berufsschullehrer kann man nicht allein lassen mit einer Integrationsmaßnahme und schon gar nicht dann allein lassen, wenn man sie vorher nicht darauf vorbereitet hat. Es kann nicht angehen, daß Schüler in einer Klasse sitzen, die Integrationsschüler sind, von denen der Lehrer überhaupt nicht weiß, daß es Integrationsschüler sind. Hier fehlt die Kommunikation. Als noch amtierende Ressortministerin bitte ich Sie, von Ihrem Recht Gebrauch zu machen und auch einmal dafür Sorge zu tragen, daß die Berufsschullehrer nicht alleine gelassen werden, daß sie zumindest wissen, daß dies ein Kind war, das in der Vergangenheit integriert wurde und daß es sicherlich hin und wieder in der Berufsschule einen Zusatzunterricht braucht.

Ich gehe nicht davon aus, daß die SPD, als sie diese Maßnahmen vorangetrieben hat, darüber nachgedacht hat, daß solche Kinder vielleicht keinen Ausbildungsplatz bekommen würden. Ich gehe nicht so weit, das zu behaupten. Aber man könnte fast den Eindruck haben, wenn man überlegt, was in den beruflichen Schulen abläuft, daß Sie das ganz bewußt so haben laufen lassen.

Dieser junge Mensch sitzt dann in der beruflichen Schule neben eventuell einem Gymnasiasten oder einem Realschüler. Ich denke, das sollten Sie abschaffen. Da sollten Sie sehr schnell für Abhilfe sorgen, Frau Granz.

(Abg. Schmitt (SPD): Was wollen Sie uns denn sagen?)

Herr Kollege, was ich Ihnen sagen will, ist folgendes. Ich will Ihnen sagen, daß die Schulpolitik, die diese SPD und an ihrer Spitze die Kultusministerin in den letzten Jahren abgeliefert hat, nicht zur vollsten Zufriedenheit in unserem Land beigetragen

hat. Im Gegenteil, wir haben nichts anderes erlebt als Pleiten, als Desaster. Ich denke, hoffe und wünsche, daß dies in Zukunft so nicht mehr passiert. Ich fordere im Namen der FDP alle noch amtierenden Mitglieder in dieser Legislaturperiode auf, dem Schulalltag einen geregelten Alltag zu geben mit wenig Stunden ausfällen und daß die Schule nicht weiterhin als Versuchskaninchen dient, denn dazu ist Schule am allerwenigsten geeignet.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir noch einen Satz in persönlicher Sache. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen bedanken dafür, daß Sie mir jetzt zugehört haben, daß Sie mir in der Vergangenheit zugehört haben, daß wir eine vernünftige Basis hatten. Es ist mein letzter Auftritt. Ich bedanke mich bei allen für die gemeinsame Arbeit, auch im Hause bei den Mitarbeitern für die Unterstützung und wünsche Ihnen alles Gute. Danke schön.

(Beifall.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Reiner Braun.

Abg. Braun (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst eine Randbemerkung, die ich nicht als Rechtfertigung verstanden wissen will: Würden alle Lehrer, die während der CDU/FDP-Regierungszeit das Saarland verlassen mußten, weil sie entweder keine Anstellung oder die sozial skandalösen Elf-Stunden-Verträge erhielten, heute dem saarländischen Lehrerbereich zum Verfügung stehen, hätten Sie sich Ihren Antrag ersparen können.

(Zurufe von der CDU.)

Und hätte nicht Ihre Regierung die Grundschulausbildung nach Rheinland-Pfalz verlagert, dann könnte vielleicht das, was von Ihnen als Mißstand beklagt wird, heute im Saarland stattfinden.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

Aber es geht mir nicht um „was wäre wenn“. Es geht mir auch nicht um Ihre chaotische Personalpolitik früherer Jahre. Es geht mir darum, Ihren Antrag auf das zu reduzieren, was er im Grunde ist: nichts als überzogenes Wahlkampfgetöse. Daß die CDU vor nichts in diesem Wahlkampf, aber auch vor gar nichts zurückschreckt, zeigt eine Offerte der Bundes-CDU an alle Schulen — diese Offerte ist natürlich auch an saarländische Schulen gegangen —, den Politikunterricht zu „bereichern“ mit einer Wahlwerbbediskette frei nach dem Motto: L'état c'est CDU. Man hätte glauben können, daß es Ihre Blockflöten sind von der Nationalfront, die ein einmal internalisiertes Staatsverständnis noch nicht überwunden haben, die bei dieser Idee Pate gestanden haben. Aber nein, es war der Biedermann Hintze, der diese schulpolitische Brandstiftung anzettelte.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

Daß die Bereicherung des Politikunterrichtes u.a. in einem Konterfei des Noch-Kanzlers bestand und in einem Gewinnspiel, das spricht Bände.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

Daß Hintze mit dieser Offerte gegen alle Schulgesetze aller Bundesländer verstoßen hat und damit auch 500.000 DM in den Sand gesetzt hat, das zeigt Dreistigkeit und Dummheit in einer seltenen Eintracht. Ich jedenfalls weise für meine Fraktion alle Versuche politischer Indoktrination in der Schule auf das schärfste zurück.

(Sprechen bei der CDU.)

Zur Sache. Da beginne ich mit dem, was wir im Ausschuß am 7. September 1994 seitens der Landesregierung erfahren haben. Wir haben erfahren, daß personelle Engpässe bei lediglich einem Prozent der insgesamt 2.099 Grundschulklassen aufgetreten sei-

(Abg. Braun)

en; an zwölf Standorten sei ein struktureller Lehrerberuf festgestellt worden — struktureller Lehrerberuf, Frau Müller, in dem Fall zu verstehen als die fehlende Möglichkeit, Klassen, die normalerweise geteilt werden müßten, zu teilen; also dort gibt es keinen Unterrichtsausfall, es gibt aber Klassenstärken zu beklagen, die jenseits des Klassenteilers liegen —, in 19 Fällen sei der Unterrichtsausfall auf Erkrankungen des Lehrpersonals zurückzuführen. Natürlich teilen wir die Sorge der Eltern, deren Kinder zum Schuljahresbeginn keine volle Unterrichtsversorgung haben. Natürlich ist es völlig unbefriedigend, wenn Kinder erst ab 11.00 Uhr beschult werden können dort, wo vierklassige Grundschulen vorgehalten werden mit vier Lehrern, wenn einer ausfällt. Aber nennen Sie mir ein Schuljahr während der letzten dreißig Jahre, in dem solche Probleme zum Schuljahresanfang nicht aufgetreten wären. Nennen Sie mir ein einziges Bundesland, in dem es zum Schuljahresanfang weniger als ein Prozent Unterrichtsausfälle gab!

Nordrhein-Westfalen hatte bis zum Zeitpunkt der Erarbeitung der Kienbaum-Studie zehn Prozent Unterrichtsausfall im Grund- und Hauptschulbereich, ohne daß sich dieser Mißstand als kampagnenfähig erwies.

(Abg. Schreier (CDU): Wollen Sie sich daran ein Beispiel nehmen?)

Nennen Sie mir zudem ein einziges Bundesland, das für eine Million Einwohner 2.099 Grundschulklassen bereithält, von denen über 50 Prozent weniger als 21 Schüler zählen! Es gibt kein einziges Land außer dem Saarland, das das tut. Daß das natürlich teuer ist, das muß man auch herausstellen. Und es gehört wirklich zu den großen Verdiensten dieser Landesregierung, daß sie trotz finanzieller Engpässe an dem Prinzip „kurze Beine — kurze Wege“ festgehalten hat. Dieses Prinzip führt eben dazu, daß dort, wo sich vier Grundschullehrer vier Grundschulklassen teilen, bei einem einzigen Krankheitsfall 25 Prozent Unterrichtsunterversorgung vorherrschen. So betonen es zumindest diejenigen, die prozentuale Angaben gerne heranziehen, um der Wahrheit willen. Die betonen dann: 25 Prozent Unterrichtsausfall. In anderen Bundesländern, in denen größere Grundschulsysteme die Regel sind, können solche Fälle sehr viel leichter, sozusagen mit eigenen Bordmitteln, kompensiert werden, ohne daß solche Maßnahmen von oppositionellem Geschrei begleitet werden.

Was haben wir im Bildungsausschuß weiterhin erfahren? Da das Haushaltsfinanzierungsgesetz für den Einsatz krankheitsbedingter Unterrichtsausfälle nur die Vergabe befristeter Verträge vorsieht bzw. der Hauptpersonalrat dem Vorschlag — —

(Zuruf des Abgeordneten Schreier (CDU).)

Spielt doch gar keine Rolle, Kollege, wer das zu verantworten hat. Fakt ist, daß dieses Parlament diese Gesetzeslage geschaffen hat, und Fakt ist auch, daß die Ministerin sich an diese Gesetzeslage zu halten hat. Ich sage also noch mal: Das Haushaltsfinanzierungsgesetz sieht für den Einsatz krankheitsbedingter Unterrichtsausfälle nur die Vergabe befristeter Verträge vor. Hinzu kommt, daß der Hauptpersonalrat dem Vorschlag, auch arbeitslose Real- und Gymnasiallehrer an Grundschulen einzusetzen, seine Zustimmung verweigerte. Daraufhin beschloß das Kabinett in seiner Sitzung vom 6. September 1994, 31 Grund- und Hauptschullehrern, die noch keine Anstellung im saarländischen Schuldienst haben, eine unbefristete Einstellungszusage für das Schuljahr 1995/96 zu geben, wenn sie für das laufende Schuljahr einen befristeten Vertrag eingehen. Diese Einstellungszusage, so haben wir weiter erfahren, gilt auch für die 63 Lehrkräfte, die für das jetzige Schuljahr einen befristeten Zeitvertrag abgeschlossen haben, sofern ihre Benotung dies zulasse. Zu diesem Schritt habe man sich entschlossen, da momentan die Bereitschaft, befristete Dreiviertel-Arbeitsverhältnisse abzuschließen, gering sei, zumal Rheinland-Pfalz volle unbefristete Arbeitsverhältnisse anbiete.

Ein Wort zu den Dreiviertelverträgen. Es ist seit Jahren die Politik der Landesregierung, bei Neueinstellungen Dreiviertelstellen ganzen Stellen vorzuziehen. Dies hat den Effekt, daß die Zahl derer, die in Arbeit und Brot kommen, deutlich höher ist. Eine unter sozialen Gesichtspunkten durchaus begrüßenswerte Einstellungspraxis.

Wenn sich nun aber angesichts der Konkurrenzsituation mit anderen Bundesländern diese Einstellungspolitik in Teilbereichen als kontraproduktiv erweist, gilt es adäquat zu reagieren. Dies hat die Landesregierung mit ihrem jüngsten Beschluß getan. Daß sich die Landesregierung dabei an das geltende Haushaltsfinanzierungsgesetz zu halten hat, versteht sich von selbst — wenn auch die Opposition solche Kleinigkeiten wie gesetzliche Vorgaben in der Vorwahlzeit gerne zu übersehen pflegt. Sie übersieht sie gar bei dem Punkt 1 in ihrem Antrag, der deshalb handwerklich unsauber oder, wie es die Opposition im gleichen Falle an die Adresse der Regierung qualifizieren würde, schlicht und einfach chaotisch und schlampig ist.

Als ich in der letzten Ausschusssitzung die kritische Anmerkung machte, daß Ihre Forderung — die der CDU —, sofort hundert Stellen zu schaffen, mit dem Haushaltsfinanzierungsgesetz nicht zu vereinbaren sei, und die Frage stellte, wo denn Ihr Abänderungsantrag zum Haushaltsfinanzierungsgesetz und zum Stellenplan bleibe, haben Sie, Herr Schreier, als Vorsitzender folgendes gesagt: „Wenn man das einmal zusammenrechnet, 63 plus 31, dann kommt man fast an die Zahl von hundert Lehrern, die wir zur Einstellung gefordert haben. Ich frage mich, warum Sie“ — gemeint war ich — „der Opposition Vorwürfe machen, wenn die Ministerin jetzt genau das umsetzt, was die Opposition gefordert hat.“

Bleibt die Frage: Weshalb Ihr heutiger Antrag, wenn auch nach Ihren eigenen Worten die Ministerin genau das umsetzt, was die Opposition gefordert hat?

(Abg. Schreier (CDU): Sie macht doch nur Dreiviertelstellen, Herr Kollege.)

Ihnen ging es um hundert Stellen, und diese hundert Stellen sind jetzt in der Summe vorhanden. Sie haben die Politik des Bildungsministeriums in einer Pressemitteilung übrigens — das hat mich sehr erschreckt — als schizophoren qualifiziert. Wenn ich nun diese Vorgehensweise betrachte, dann muß ich doch die Frage stellen, auf welche Vorgehensweise eine solche Qualifikation nun wirklich zutrifft.

Zu Punkt 2 Ihres Antrages habe ich bereits Stellung genommen. Punkt 3 Ihres Antrages — Sie haben es vorhin selbst angedeutet —, sofort 150.000 DM zur Finanzierung des Fachkundeunterrichts in der Arzt- und Zahnärzthelferinnenausbildung bereitzustellen, schlägt eigentlich als Antrag zu dieser heutigen Plenarsitzung dem Faß den Boden aus. Bevor die CDU ihren Antrag formulierte, hat die Ministerin im Ausschuß berichtet, wie erstens die Finanzierungslücke für fachärztliches Personal zustande gekommen ist und daß zweitens diese Lücke von 150.000 DM in Absprache mit dem Finanzminister geschlossen wurde. Wer als Ausschußvorsitzender nur Fragen stellt, um Schwachpunkte der Regierung aufzudecken, und Antworten, die den Nachweis von Lösungskompetenz erbringen, mißachtet oder verdrängt, der hat seinen Job verfehlt, mit dem ist ein konstruktives und ergebnisorientiertes Zusammenarbeiten kaum möglich.

(Beifall bei der SPD.)

Ich fasse zusammen. Wir lehnen Ihren Antrag ab, weil er erstens in seinem Vorspann Ihre finanzpolitische Blauäugigkeit ebenso offenbart wie Ihre mangelnde Fähigkeit, zwischen Wünschbarem und Machbarem zu unterscheiden. Nachdrücklicher kann man seine Politikunfähigkeit nicht unter Beweis stellen. Die Finanzpolitik der Landesregierung und damit deren Sparpolitik auch im Bildungsbereich war unabdingbare Voraussetzung für die Teilschuldung des Landes. Daß die Parameter, die den Lehrbedarf steuern, verschlechtert worden sind, ist kein saarländisches Spezifikum, sondern trifft auf alle Bundesländer zu.

Wir lehnen Ihren Antrag zweitens ab, weil er handwerklich unsauber und schlampig ist und weil er in Punkt 1 Ihrer Forderungen genau das enthält, was nach Ihren eigenen Angaben die Landesregierung umsetzt.

(Abg. Braun)

Drittens nehmen wir Ihren Antrag ab, weil die Forderung unter Punkt 3 geradezu absurd ist und obendrein eine bodenlose Frechheit darstellt. Was Sie wohl wurmt, ist, daß jetzt eine Lösung gefunden wurde und Sie Ihr Wahlkampftheater nicht fortsetzen können.

Wenn ich jetzt über den Tellerrand des bevorstehenden Wahltermins hinausblicke, dann möchte ich für meine Fraktion folgendes feststellen. Eine Verschlechterung der Parameter — Klassenhöchstzahl, Lehrerarbeitszeit und Stundentafel — darf es nicht geben. Daraus resultiert bei vorübergehend steigenden Schülerzahlen ein erhöhter Lehrerberauf.

(Abg. Schreier (CDU): Jetzt auf einmal.)

Dieser Bedarf muß gedeckt werden. Die Tatsache, daß die Landesregierung alleine im Grund- und Hauptschulbereich 70 zusätzliche Referendarstellen geschaffen hat, ebnet dafür die Voraussetzung. Die im Haushaltsgesetz § 4 Absatz 11 vorgesehene Dreimonatsfrist für Vertretungen ist zu starr, sie muß einer flexibleren Handhabung weichen. Zunächst für den Grundschulbereich, über kurz oder lang aber auch für den Berufsschulbereich muß § 6 Absatz 4 dahingehend geändert werden, daß jede freiwerdende Stelle wiederbesetzt werden kann. Dort, wo struktureller Bedarf bezogen auf bestimmte Fächer durch die Konkurrenzsituation mit anderen Bundesländern entsteht, muß „marktgerecht“ gegengesteuert werden. Was wir nicht können ist, sozusagen prophylaktisch Lehrerüberhänge zu produzieren. Wir müssen genau am Bedarf orientiert die Instrumente schaffen, die notwendig sind, um dem Bedarf gerecht zu werden.

Zu dem FDP-Antrag folgendes. Frau Kollegin Müller, ich muß leider sagen, daß sich mir der Zusammenhang zwischen Schulentwicklungsplanung und der jetzt zu beklagenden Situation des Unterrichtsausfalles nicht erschlossen hat. Soll das ein Beitrag sein zur Schulstrukturdiskussion? Soll das die Aufforderung sein, Grundschulstandorte aufzulösen? Wir würden dies nicht mitmachen. Wollen Sie Klassen zusammenlegen?

(Zuruf der Abgeordneten Brunhilde Müller (FDP).)

Jedenfalls hat sich das uns nicht erschlossen. Punkt zwei Ihres Antrages halten wir ohnehin für abgehakt. Insofern werden wir auch Ihrem Antrag nicht zustimmen können.

Jetzt noch ein Wort zu einem Vorwurf, der vorhin gefallen ist. Es hieß, sowohl die Landtagsfraktion der SPD als auch die Ministerin hätten in den fünf letzten Jahren nicht Bildungspolitik gemacht, sondern sie hätten Finanzminister gespielt. Auch diesen Vorwurf muß ich nachdrücklich zurückweisen; auf die Sparzwänge habe ich hingewiesen. Aber ich muß Sie allen Ernstes auffordern: Nennen Sie mir ein einziges Bundesland, das flächendeckend in jeder Gemeinde den mittleren Bildungsabschluß anbietet! Sie werden keines finden, außer dem Saarland.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf des Abgeordneten Meyer (CDU).)

Nennen Sie mir ein einziges Bundesland, das integrierte und teilintegrierte Schulsysteme wie die Gesamtschule und die Sekundarschule in diesem Ausmaß geschaffen hat! Sie werden keines finden, außer dem Saarland.

(Beifall bei der SPD.)

Sie haben die Integrationspolitik angesprochen, auch da liegen wir, zumindest was die Quantität der Integrationsfälle anbelangt, immer noch mit an der Bundesspitze. Aber auch ich sehe, daß hier nicht alle Erwartungen erfüllt werden können, die die Eltern an diese Integrationspolitik stellen.

(Abg. Schreier (CDU): Sie nähren Erwartungen. Erst werden sie geweckt und dann wird nichts gemacht.)

Die Mehrheitsfraktion hat schon einmal in einem Abänderungsantrag zum Haushaltsplan — dieser Antrag kam nicht von Ih-

nen — dafür gesorgt, daß die Integration weitergehen konnte, indem sie zehn zusätzliche Vollzeitlehrerfälle für die Integration zur Verfügung gestellt hat. Von der CDU war in diesem Zusammenhang nie die Rede, weil sie offenbar zu diesem Zeitpunkt auch noch ideologische Vorbehalte dagegen hatte. Nur jetzt, da sich Eltern wohl auch bei Ihnen beschweren, sehen Sie den Zeitpunkt gekommen, sich etwas massiver — Gott sei Dank — für die Integrationspolitik in unserem Lande einzusetzen.

(Beifall bei der SPD.)

Ich denke, wir werden in der Lage sein durch gezielte organisatorische Maßnahmen, weiterhin die Zahl der Integrationsfälle in unserem Lande steigern zu können.

Wir haben Verbesserungen erzielt, was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf anbelangt. Daß hier noch Nachholbedarf besteht, ist völlig klar. Aber wir sind Schritte vorangegangen, nicht nur mit drei Ganztagschulen, sondern auch mit mehreren betreuenden Halbtagsschulen. All dies kostet das Land Geld. All dies sind Initiativen aus dem bildungspolitischen Bereich dieser Fraktion bzw. des Ministeriums; also Finanzminister haben wir bei weitem nicht gespielt.

Wir haben vor allem dafür gesorgt, daß es einen qualifikatorischen Unterbau für die Umstrukturierung der Wirtschaft im Saarland gibt, indem wir seit 1987 das Berufsschulwesen ganz massiv ausgebaut haben.

(Abg. Schreier (CDU): Wo, wo?)

Wenn Sie das hören wollen, kann ich es Ihnen sagen. Folgende Bildungsangebote wurden von uns geschaffen nach 1985: Höhere Berufsfachschulen, und zwar für Wirtschaftsinformatik in Saarbrücken; Automatisierungs- und Computertechnik in Völklingen; Hotel- und Gaststätten- und Fremdenverkehrsgewerbe in Saarbrücken, auch eine höhere Berufsfachschule; Kaufmännische Assistenten- und Assistentinnenschule in Wadern, ein doppelt qualifizierender Bildungsgang in Verbindung mit dem Hochwaldgymnasium; Fremdsprachen in Wirtschaft und Verwaltung in Neunkirchen; Fachschulen für Medizintechnik in St. Ingbert; Umweltschutztechnik in Lebach; allesamt neue Einrichtungen, die unter unserer Ägide geschaffen worden sind. Ich erwähne darüber hinaus das Technische Gymnasium in Völklingen, vor unserer Zeit gab es kein Technisches Gymnasium in diesem Lande. Ich nenne die Akademie für Betriebs- und Unternehmensführung in Völklingen. Ich nenne die Höhere Berufsfachschule für Logistik in Saarbrücken-Halberg, ein einmaliger BLK-Versuch, zu diesem Schuljahr neu eingerichtet.

Ich verspreche Ihnen, daß diese Maßnahmen, was Fachschulen und Höhere Berufsfachschulen anbelangt, weitergehen werden. Gedacht ist noch an eine Schule für Regel- und Meßtechnik in St. Wendel sowie an viele andere Einrichtungen. Daß das natürlich eine enorme finanzielle Anstrengung für dieses Land ist und daß das mit dem „Spiel Finanzminister“ nichts zu tun hat, das mußte Ihnen klar sein.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

Ich will Ihnen noch eine entscheidende Verbesserung im Berufsschulbereich erläutern. Sie haben es nie fertiggebracht, den Widerstand der Innungen zu brechen, wenn es um die Einführung des zweiten Berufsschultages ging. Wir haben in fast 90 Prozent aller Berufsbilder den zweiten Berufsschultag eingeführt und werden diese Politik des zweiten Berufsschultages auch in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen.

(Abg. Schreier (CDU): Sie sind wirklich toll. Sie schaffen es aber nicht, die Grundschule zu versorgen.)

Wir haben darüber hinaus — auch so etwas kostet Geld — sehr viele pädagogische Innovationen im Schulbereich geschaffen. Ich denke an das fächerübergreifende Unterrichtsprinzip, an die Ge-

(Abg. Braun)

seundheitsziehung, an Friedenserziehung und so weiter. Was die europäische Kompetenz anbelangt — auch das kostet Geld —, so gibt es wohl auch kein zweites Bundesland, das so weit gegangen ist wie das Saarland. Das Saarland war das erste Bundesland und ist auch heute noch eines der wenigen Bundesländer, die zum dritten Grundschuljahr eine Fremdsprache eingeführt haben. Wir haben die Fremdsprachenangebote im Berufsschulbereich, an Gymnasien und an Sekundarschulen erweitert. Wir haben teilweise bilinguale Zweige eingerichtet und so weiter.

(Abg. Hans (CDU): Es gab auch eine Kürzung der Stundentafel und so weiter.)

Eine Kürzung der Stundentafel gibt es in jedem Bundesland, eine Erhöhung der Lehrerarbeitszeit gibt es in jedem Bundesland, und die Erhöhung der Klassenteiler gibt es in jedem Bundesland. Es gibt auch in Geberländern innerhalb des Bund-Länder-Finanzausgleiches welche, zum Beispiel Bayern und Baden-Württemberg, die einen um vier höheren Klassenteiler haben als das Saarland; nur damit Sie die Schulwirklichkeit im Saarland einigermaßen realistisch einzuschätzen in der Lage sind.

(Beifall bei der SPD. — Abg. Schreier (CDU): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

Bitte schön.

Abg. Schreier (CDU):

Herr Kollege Braun, wenn Sie so toll sind, wieso bekommen Sie es dann eigentlich nicht hin, daß das mindeste, was Eltern zum Schuljahresbeginn voraussetzen, erreicht wird, daß nämlich jeder Klasse der Grundschule ein eigener Klassenlehrer zur Verfügung steht? Wenn Sie so toll sind, wie Sie es gerade dargestellt haben, wieso bekommen Sie dann diesen Mindestanspruch nicht hin?

Abg. Braun (SPD):

Ich gebe Ihnen darauf gerne eine Antwort. Ich habe erstens darauf hingewiesen, daß es zu jedem Schuljahresanfang — egal ob in den letzten zehn, zwanzig oder dreißig Jahren — ähnliche Probleme gab. Ich will Ihnen auch etwas sagen zur Planbarkeit; das war ja Ihr Hauptvorwurf vorhin, denn Sie meinten, das hätte alles vorausgesehen werden müssen. Ich kenne — ich habe dies im Ausschuß schon gesagt — einige der neunzehn krankheitsbedingten Fälle persönlich. Ich weiß davon, daß es in einigen Fällen schwere Unfälle während der Ferien gegeben hat. Beim besten Willen sind vor den Ferien Unfälle, die während der Ferien passieren, planerisch nicht in den Griff zu bekommen.

Ich weiß auch, daß es Eltern gibt, die ihr Kind vor den Ferien in einem anderen Schulbezirk anmelden als dem, in den sie es dann nach Schulbeginn schicken. Sie schicken es in einen anderen Schulbezirk, weil sie eine Tante oder eine Oma nachweisen können, die ihr Kind betreut. Solche Ausnahmeregelungen sind möglich. Die Ministerin hat ja sehr eindrucksvoll ein Beispiel geschildert. Sie hat einen Fall aus der Rotenberg-Grundschule geschildert, wonach die dortige Rektorin beklagt habe, daß sie am ersten Schultag sieben Kinder mehr vor der Tür stehen hatte, als sich vor den Ferien angemeldet hatten, davon fünf Ausländer- bzw. Aussiedlerkinder und zwei Kinder, die den Schulbezirk gewechselt haben. Ich frage Sie: Wie wollen Sie diese drei Faktoren planerisch in den Griff bekommen? Das ist meine Antwort auf Ihre Frage.

(Beifall bei der SPD.)

Ich fasse zusammen. Wenn man die heutige Bildungslandschaft sieht und mit dem vergleicht, was uns CDU und FDP hinterlassen haben, dann sieht man, daß in einem so kurzen Zeitraum noch nie eine derart große Zahl von Innovationen und qualitativen Verbesserungen erreicht worden ist. — Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Das Wort hat Frau Ministerin Granz.

Ministerin Granz:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den wirklich überzeugenden Worten meines Fraktionskollegen Reiner Braun kann ich es kurz machen. Ich stelle noch einmal fest, daß für unsere 148.000 Schüler und Schülerinnen der Unterricht personalisiert ist und daß alle Klassen auch Lehrer und Lehrerinnen haben. Wir haben 9.500 Lehrer und Lehrerinnen, die in unterschiedlichen Verträgen an unseren Schulen unterrichten in fast 6.500 Klassen. Ich denke, damit ist noch einmal klargestellt, daß die Unterrichtsversorgung grundsätzlich gesichert ist. Auf die Angebote, die neben der Grundunterrichtsversorgung in allen Schulen gemacht werden, ist Reiner Braun ausführlich eingegangen. Ich möchte nur noch einmal einiges weniger aufgreifen.

Erster Punkt: Integration. Wir waren die erste Landesregierung, die sich offensiv für die Integration der behinderten Kinder in das Regelschulwesen eingesetzt hat. Wir haben mittlerweile 100 Vollzeitlehrerstellen für diese Integration zur Verfügung gestellt. Das ist eine Bilanz, ein Erfolg, der sich sehen lassen kann und immer noch Platz eins im Vergleich aller Bundesländer bedeutet.

(Beifall bei der SPD. — Abg. Schreier (CDU): Sie haben den Mund zu voll genommen.)

Wir hatten im vorigen Jahr 416 Kinder in Integrationsmaßnahmen, und wir werden in diesem Jahr auf zirka 440 kommen. Auch das ist ein weiterer Erfolg unserer Politik.

(Beifall bei der SPD.)

Dabei darf man nie vergessen, daß acht von zehn Eltern, die ein behindertes Kind haben, immer noch eine Sondereinrichtung in Form einer Sonderschule wünschen. Das heißt, ich habe die Interessen beider Gruppen abzuwägen und dementsprechende Bildungsangebote vorzuhalten. Deshalb nicht Sonderschule kontra Integration und nicht Integration kontra Sonderschule, sondern beide sind angebrachte Lernorte für behinderte Kinder.

Zweiter Punkt: systematischer Ausbau der betreuenden Halbtageschulen als unser Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir haben damit begonnen, und wir haben aufgrund der großen Nachfrage vor allen Dingen in den Ballungsgebieten beschlossen, weitere betreuende Halbtagesgrundschulen in jedem Kreis anzubieten.

Nächster Punkt: systematischer Ausbau der Fremdsprachenangebote. Ich höre nie ein lobendes Wort von der Opposition, daß uns die anderen Bundesländer darum beneiden, daß wir drei Fremdsprachen in den weiterführenden Schulen haben; und eine vierte kann angewählt werden. Das kostet selbstverständlich Geld. Es ist in den letzten Tagen wiederholt darauf hingewiesen worden, daß wir das einzige Bundesland sind, das in jeder Gemeinde einen mittleren Bildungsabschluß anbietet, was eben auch bedeutet, daß wir viel Geld in die Hand nehmen müssen, damit Kinder und Jugendliche möglichst nah eine sehr gute Unterrichtsversorgung haben. Ich darf natürlich auch darauf hinweisen, daß wir das dichteste Berufsbildungsangebot haben; Reiner Braun ist auch auf die eindrucksvolle Bilanz unserer neun Jahre Regierungszeit eingegangen, was wir im berufsbildenden Bereich verbessert haben.

(Abg. Schreier (CDU): Vier Wochen nach Schulbeginn keine Lehrer in den Schulen.)

Nun hat es minimale Engpässe gegeben, und ich betone noch einmal das Wort „minimal“: minimale Engpässe.

(Abg. Schreier (CDU): 750 Schüler ohne Lehrer!)

Hätten wir ein völlig normales Schuljahr, wie das die übrigen Schuljahre gewesen sind, so würde überhaupt kein Mensch darüber sprechen, sondern die Schulen, die Lehrer und Lehrerinnen, die Eltern hätten sich an uns gewandt, und wir hätten versucht, für Abhilfe zu sorgen, wie das in jedem Jahr war. Es ist immer

(Ministerin Granz)

noch unter ein Prozent Unterrichtsausfall, und verglichen mit allen anderen Bundesländern ist das nach wie vor die geringste Quote. Wir sind schon wieder auf Platz eins — was ich eigentlich gar nicht möchte, angesichts der Finanzsituation unseres Landes.

(Abg. Schreier (CDU): Da bin ich völlig anderer Ansicht!)

Wenn Sie Beispiele bringen aus dem Jahr vor 1990 oder noch um 1992, dann blenden Sie völlig aus, in welche Finanznöte mittlerweile alle Bundesländer gekommen sind, auch durch den Vereinigungsprozeß, den wir gemeinsam in allen Bundesländern zu leisten haben. Sie wissen um die Maßnahmen aller Bundesländer über Erhöhung des Unterrichtseinsatzes der Lehrer und Lehrerinnen, über die Kürzung auch der Stundentafel. Deshalb dürfen Sie das also dem Saarland und der Bildungsministerin nicht als individuelles Problem anlasten, sondern es ist in der Tat ein Problem, das alle Bundesländer zu bewältigen haben und auf das im übrigen alle Bundesländer die gleiche Antwort geben wie wir. Das zeigt eben, daß wir uns in einer Notzeit bei steigenden Schülerzahlen — wobei wir alle wissen, daß nach der Jahrhundertwende die Schülerzahlen wieder zurückgehen — behelfen müssen und nicht so voll personalisieren können, wie wenn wir wüßten, daß wir dreißig Jahre in etwa die gleichen Geburtenzahlen haben.

(Abg. Schreier (CDU): Warum gehen denn dann 200 Lehrer nach Rheinland-Pfalz?)

Nein, die Geburtenzahlen gehen schon seit 1991 wieder zurück. Das bedeutet, daß wir absehbar schon wieder einen Schüllerrückgang haben werden, und daraufhin müssen wir planen.

Die Prognose von Werner Raber, die er sehr richtig vor dem Bildungsausschuß noch einmal abgegeben hat, war 1992, mit zusätzlichen 600 Lehrerstellen, um eben auch den jetzigen Schüleranstieg zu bewältigen. Wir haben eine Antwort gegeben, eine unpopuläre Antwort zugegebenermaßen, denn wir haben unsere Lehrer und Lehrerinnen seit dem letzten Schuljahr eine Stunde länger arbeiten lassen und konnten damit natürlich wesentliche Engpässe bereits auffangen. Wir hatten jetzt bei diesen wenigen Konfliktsfällen an den Grundschulen in der Tat unvorhersehbare Krankheitsausfälle. Die sind im übrigen auch unter CDU-Zeiten immer so abgefedert worden, daß Lehrer und Lehrerinnen einen Krankheitsvertrag bekommen haben,

(Abg. Schreier (CDU): Aber wir hatten recht und Sie haben unrecht)

also dreiviertel und befristet. Wir haben 63 Maßnahmen auf diese Art und Weise personalisiert. Aber es gab auch einige strukturelle Engpässe, ganz genau an zwölf Standorten. Unsere Bemühungen, nun Lehrer und Lehrerinnen noch zu bekommen mit der Zusage, ihnen im nächsten Jahr einen festen Vertrag, einen unkündbaren Vertrag zu geben mit dreiviertel, ist akzeptiert worden. Die ersten zwei haben bereits ihren Dienst angetreten,

(Abg. Schreier (CDU): Nach fünf Wochen!)

eine weitere war heute da, und die nächsten werden ihren Dienst so schnell wie möglich antreten, wenn sie bei ihren jetzigen Arbeitgebern die Erlaubnis bekommen haben, frühzeitig aus ihrem Arbeitsverhältnis auszusteigen und wenn sie natürlich auch noch den Amtsarzt konsultiert haben — weil das notwendig ist, um sicher zu sein, daß sie auch völlig gesund sind, wenn sie in die Schulen gehen.

(Abg. Schreier (CDU): Also von 30 Ausfällen bestehen jetzt noch 27.)

Auch hier ist also der strukturelle Bedarf letztendlich jetzt abgesichert. Es gibt noch drei Grundschulklassen, an denen noch keine Personalisierung erfolgt ist, und wir haben in Aussicht gestellt bekommen, daß die Damen und Herren, die sich noch Bedenkzeit erbeten haben, uns in den nächsten Tagen anrufen werden. Wir hoffen, daß dann ihre Zusagen auch gemacht werden

(Abg. Schreier (CDU): Sechseinhalb Wochen nach Schuljahresbeginn mit Bedenkzeit. Und das soll spitze sein!)

und daß wir damit auch den strukturellen Unterrichtsausfall behoben haben; und die Krankheitsausfälle sind ebenfalls geregelt.

Ich möchte auf den Hinweis eingehen, auch in der Sonderschule gebe es Engpässe. In der Tat ist auch das ein bundesweites Problem, daß wir seit zwei Jahren nicht mehr genügend ausgebildete Sonderschullehrerinnen und -lehrer in allen Bundesländern haben. Alle Bundesländer haben sich daraufhin abgestimmt, daß eben auch Grund- und Hauptschullehrerinnen und -lehrer weiterqualifiziert werden zu Sonderschullehrern und -lehrerinnen. Das wird so akzeptiert, und das haben wir auch getan. Den Engpaß in diesem Jahr haben wir überwunden auch durch den Einsatz von Realschul- und Gymnasiallehrern und -lehrerinnen mit Zustimmung des Personalrates.

Da verwundert es doch schon, daß der eine Personalrat Polemik macht und sagt: Das ist pädagogisch unmöglich, und der andere Personalrat sagt: Wenn man die Leute nur vorbereitet und mit ihnen spricht! Sie haben eine grundlegende pädagogische Ausbildung, so sind sie auch fähig, in der Sonderschule zu unterrichten, wenn sie nur das pädagogische Engagement mitbringen. Das kann ich nur teilen.

Ich habe hier auf die Ankündigung, daß wir eine Lehrerfeuerwehr einrichten werden, sechzig spontane Anfragen bekommen von Lehrern und Lehrerinnen der anderen Schulformen. Das zeigt, daß ein großes Interesse daran ist, sogar an kurzfristigen Verträgen, Dreiviertelstellen, und eben nur für die Krankheit.

Zum nächsten Vorwurf: Lehrerkorridor. Ich habe Ihnen in mehreren Ausschusssitzungen dargelegt, daß wir in jedem Schuljahr einen Lehrerkorridor offengehalten und Lehrer und Lehrerinnen eingestellt haben. Ich möchte das deshalb noch einmal zu Protokoll geben, damit es dann auch im Landtagsprotokoll steht. Wir haben 1985/86 115,5 Lehrer und Lehrerinnen eingestellt, 1986/87 37, 1987/88 74, 1988/89 77, 1989/90 130, 1990/91 98, 1991/92 72, 1992/93 123, 1993/94 103 und jetzt 1994/95 158,5; der durchschnittliche Prognosebedarf für die nächsten Jahre liegt etwa bei 140.

Das heißt also, wir haben personalisiert, und wir haben auch ausscheidende Lehrkräfte wiederersetzt nach dem Bedarf, wie wir ihn haben. Klar ist doch, und das muß man doch einmal zur Kenntnis nehmen — die Öffentlichkeit nimmt es auch mehr zur Kenntnis als Sie hier als politisch Engagierte in diesem Thema —, daß sich von 1975 bis 1989 die Schülerzahlen praktisch halbiert haben, wir aber die Lehrereinstellung noch für den Schülerberg hatten. Und selbstverständlich sind diese Lehrer und Lehrerinnen auch heute älter. Da beißt keine Maus einen Faden ab. Das ist ganz klar. Wir sind auch älter geworden. Deshalb sind wir nicht unengagierter geworden, und deshalb sind wir auch nicht unpädagogischer geworden.

(Beifall bei der SPD.)

Ich halte es für ein ganz schlimmes Argument, einfach nur von der Vergreisung dieser etwas älteren gewordenen Lehrer und Lehrerinnen zu sprechen und so zu tun, als würde einem das pädagogische Engagement entgehen, wenn man etwas älter geworden ist. Das ist verkehrt. Das ist keine Argumentation, und Sie tun auch den Lehrern und Lehrerinnen unrecht, die sich nach wie vor bemühen, auch bei veränderten Kindern, höchstes pädagogisches Engagement in den Unterricht einzubringen.

(Beifall bei der SPD.)

Nun noch ein Wort zur Personalisierung für unsere Arzthelferinnen. Das kann einfach so nicht stehenbleiben. Es war klar, daß es im Jahre 1994 durch Arbeitsgerichtsprozesse auch in diesem Thema eine Veränderung geben würde, daß nämlich ähnlich der Musikschullehrer-Rechtsprechung es eine Rechtsprechung geben würde, was die Verträge für die Arzthelferinnen beim fachpraktischen und fachtheoretischen Unterricht bedeuten würde.

Es ist klar, daß wir keine Billigverträge mehr machen dürfen nach diesem Arbeitsgerichtsurteil. Wir haben bei der Haushalts-

(Ministerin Granz)

beratung zum Jahr 1994 beim Finanzminister darauf hingewiesen. Der hat natürlich aus seiner Sicht völlig logisch und stringent argumentiert. Er hat gesagt, warten wir erst einmal ab, ob es auch wirklich ein Urteil dazu gibt, und dann entscheiden wir neu. Als klar war, daß zum neuen Schuljahr hier eine Lücke von 150.000 DM entsteht, die wir unbedingt brauchen, damit wir qualifizierten Unterricht für unsere Arzthelferinnen anbieten können, haben wir das Geld natürlich auch bekommen. Also ich denke, daß hier pragmatisch uns sehr, sehr schnell geholfen werden konnte und daß es keines Anstoßes irgendeiner CDU bedurft hat.

Zum letzten Punkt, der im Antrag der FDP enthalten ist, zur Schulentwicklungsplanung. Hier, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, muß ich mich doch sehr wundern. Gesetze werden immer noch von diesem Parlament verabschiedet. Das ist seine ureigene Aufgabe. Und in § 37 Schulordnungsgesetz steht eindeutig, wer Schulentwicklungsplanung macht, nämlich Gemeinden und Gemeindeverbände in Abstimmung mit uns. Das Ministerium erläßt Richtlinien über die Grundsätze der Schulentwicklungsplanung der Gemeinden und Gemeindeverbände. Diese Richtlinien sind am 4. Februar 1988 erlassen worden, und diese Richtlinien werden umgesetzt von den Gemeinden und Gemeindeverbänden. Ich weiß nicht, wie man zu so einer Forderung in einem Antrag noch kommen kann, wenn doch längst alles gesetzlich geregelt ist, von der Landesregierung in Ausführungsbestimmungen umgesetzt. So muß ich mich fragen: Wollen Sie hier ernsthaft mit uns diskutieren über Bildungspolitik, oder wollen Sie billige Polemik? Das war das letzte.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerd Meyer.

Abg. Meyer (CDU):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Granz! Wenn Sie eben fast weinerlich beklagt haben, daß die Opposition Sie nie lobe, so sage ich hier ganz offen, ich stehe nicht an zu sagen, daß Sie mit Ihrer Integration von behinderten Kindern den richtigen Weg gegangen sind. Daraus habe ich nie einen Hehl gemacht. Obwohl man natürlich hinzufügen muß, daß Sie hier Erwartungen bei den Eltern erweckt haben, die Sie nicht erfüllen konnten und darüber hinaus eben den Mund zu voll genommen haben.

Ich sage hier auch in aller Deutlichkeit: Sie haben unsere volle Unterstützung in der Vergangenheit immer wieder gehabt, wenn es darum ging, die einzig richtige Entscheidung für die Schulpolitik hier zu treffen, nämlich die wohnortnahe Grundschule, eine alte Forderung der CDU, zu erhalten. Und ich füge auch hinzu, daß wir es begrüßen, daß das schon zu unseren Zeiten vorbildliche Berufsbildungssystem in unserem Land auch unter Ihrer Regie weiter ausgebaut wurde.

Aber, Frau Ministerin Granz, wenn Sie hier den Eindruck erwecken, daß in der Bildungspolitik im Saarland alles in Ordnung sei, so muß ich einfach feststellen, daß Sie unter einem schlimmen Realitätsverlust leiden mit negativen Folgen für Schüler, Eltern und Lehrer, weil in wichtigen, ja entscheidenden Bereichen der Bildungspolitik Ihr Vorgänger und auch Sie in diesem Amte versagt haben.

Wenn Sie am 13. August noch von „Unterrichtsversorgung für das neue Schuljahr gesichert“ gesprochen haben und am 3. September davon, im Saarland gebe es fast ideale Verhältnisse und noch einmal deutlich gesagt haben, es hätte nur minimale Engpässe gegeben, dann kann ich auch hier nur feststellen: Das ist eine Verhöhnung der betroffenen Eltern.

(Beifall bei der CDU.)

Ich könnte es natürlich auch saarländisch sagen: Das ist die Leute veräppelt, um nicht ein schlimmeres Wort zu gebrauchen. Was wir, das heißt die betroffenen Eltern und natürlich nebenbei

auch die mitbetroffenen Lehrer und Schüler, zu Beginn dieses neuen Schuljahres erlebt haben, ist schlicht und einfach Desorganisation und Mißwirtschaft. Es kommt hinzu, daß Sie sich in dieser Frage selbst belogen haben und darüber hinaus auch noch unnötigerweise die Eltern- und Schülerproteste arrogant abgeblüht haben.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn Sie dann noch behauptet haben — Sie haben diesen Vorwurf heute wiederholt —, das alles sei eine Kampagne der CDU, so hat mein Kollege Jürgen Schreier ja schon durch Zitate aus den verschiedenen Kreisen in der Saarbrücker Zeitung deutlich gemacht, daß das eine Verärgerung und berechtigte Kritik der Eltern ist, was sich hier manifestiert hat.

Ich kann auch mit Zitaten dienen: Schulsituation hat sich weiter verschlechtert; saarländische Schulpolitik ist schizophren; Feldberger Eltern fürchten Zwergschulverhältnisse. Früher war gerade in Ihrem Munde ein ganz schlimmer Vorwurf: Kindern droht Kombiklasse, und ein Lehrer soll weg. Handelslehrer machen Zoff; Bildungsministerium: Die Aufregung ist unnötig. Bildungsministerin macht Strafarbeiten; Eltern und Politiker erwarten umgehend wirksame Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall.

(Zuruf des Abgeordneten Schmitt (SPD).)

Alles Zitate von Elternprotesten berechtigter Elternkritik. Ich darf darüber hinaus ergänzen, was auch Meinung war in der Saarbrücker Zeitung und was sich auch in Elternbeiträgen manifestiert. Ich möchte hier nur eines zitieren. Und zwar heißt es unter der Überschrift „Wir brauchen mehr Grundschullehrer“: Also kann die Konsequenz nur sein, neue Grundschullehrer einzustellen; leere Kassen hin, leere Kassen her, es war die SPD, die zu Recht kleine Klassen forderte. Nun können die Eltern auch erwarten, daß den Worten Taten folgen, auch in finanziell schwierigen Zeiten.

In der Tat darf ich hier noch einmal eine Forderung in Erinnerung rufen, mit der Sie nicht zuletzt 1985, wenn auch nur knapp, die Wahlen gewonnen haben, nämlich mit dem Versprechen in Ihrem Regierungsprogramm von 1985: „Die Klassengröße wird auf höchstens 25 Schüler begrenzt; ab 26 Schüler wird die Klasse geteilt.“ Das ist ein wörtliches Zitat, und weil es heute geradezu unglaublich klingt, darf ich es wiederholen: „Die Klassengröße wird auf höchstens 25 Schüler begrenzt; ab 26 Schüler wird die Klasse geteilt.“

Sie haben dann noch eines draufgesetzt, indem Sie in Ihrem Regierungsprogramm, wie Sie es damals genannt haben, ein Sonderprogramm gegen Lehrerarbeitslosigkeit angekündigt haben. Auch hier ein wörtliches Zitat: „Bei allen Maßnahmen zur Verbesserung des saarländischen Bildungswesens wird eine SPD-Landesregierung immer auch die verzweifelte Lage der arbeitslosen Lehrerinnen und Lehrer berücksichtigen, die gegenwärtig weder eine berufliche Perspektive noch eine hinreichende soziale Absicherung haben.“

Meine Damen und Herren, Fazit nach zehn Jahren SPD-Bildungspolitik: Die SPD hat die Wähler belogen, und Sie persönlich, Frau Minister Granz, haben Ihre Glaubwürdigkeit in dieser Frage verloren.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Ich darf das mit hochinteressanten Zitaten aus Ihrer Zeit als Oppositionspolitikerin und bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion belegen. Sie haben Anfang der achtziger Jahre größere Klassen als „Rückschritt in das pädagogische Mittelalter“ bezeichnet. Sie haben damals gesagt, jeder Schüler, der in einer Klasse mit 25 und mehr Schülern sitze, habe es schlecht und werde nicht genügend gefördert. Ein Jahr vorher haben Sie hier im Parlament bei den Haushaltsberatungen wörtlich ausgeführt: „Wir werden nicht müde werden, unseren Grundsatz, daß so lange Lehrer eingestellt werden müssen, bis keine Klasse mehr als 25 Schüler hat, zu wiederholen. Denn die Chancengleichheit

(Abg. Meyer)

für alle Schüler demonstriert sich vor allem in der Ausgangssituation. Hier werden die entscheidenden Grundpfeiler für den weiteren Bildungsweg gelegt. Ferner sind kleine Klassen dazu angetan, den Abbau von Schulstreß nachhaltig zu fördern.“ So die jetzige Bildungsministerin und damalige Oppositionssprecherin für Bildungsfragen Anfang der achtziger Jahre.

Ich darf nach zehn Jahren SPD-Bildungspolitik und nach fünf Jahren, in denen Frau Granz Bildungsministerin dieses Landes ist, hier feststellen: Frau Marianne Granz, Sie haben nicht nur Ihre Versprechungen nicht gehalten, sondern auch wesentliche Verschlechterungen der Schulsituation verursacht, mit deutlich größeren Klassen, mit höherer Lehrerarbeitslosigkeit, mit Unzufriedenheit und Frustration. Und ich darf das aufgreifen, was Sie am Anfang gesagt haben: Wir werden nicht müde werden. Ich darf feststellen: Sie sind sehr, sehr müde geworden in diesem Gebiet.

(Beifall bei der CDU.)

Kollege Jürgen Schreier hat es eben schon gesagt, was den Bildungshaushalt betrifft. Sie haben auch einmal hier im Hause ausgeführt — ich stimme Ihnen hier voll und ganz zu —, Investitionen in diesem Bereich seien Investitionen in unsere Kinder und in die Zukunft unseres Landes. Ich muß heute feststellen, nach zehn Jahren SPD-Bildungspolitik

(Zuruf des Abgeordneten Vogtel (CDU))

und nach fünf Jahren Verantwortung von Ministerin Granz in der Bildungspolitik: Sie haben gerade in diesem wichtigsten Bereich, nämlich in der Finanzpolitik als Voraussetzung für eine effektive und sinnvolle Bildungspolitik, versagt. Der Bildungshaushalt war in den letzten zehn Jahren eindeutig der Sparstrumpf der SPD-Landesregierung. Sie haben dies in einer Presseerklärung voll bestätigt. In der Saarbrücker Zeitung vom 13. August ist nachzulesen — ich habe den Eindruck gehabt, daß Sie darauf sogar noch ein bißchen stolz waren —, daß seit 1985 1.000 Lehrerinnen- und Lehrerstellen abgebaut wurden. Ich unterstelle nicht, daß Sie diesen Abbau betrieben haben. Aber entscheidend ist — weil das Ergebnis dasselbe ist —, daß Sie sich nicht durchgesetzt haben, daß Sie hier gegenüber dem Finanzminister gekuscht haben und nicht genügend gekämpft haben und Ihre Glaubwürdigkeit in dieser Frage verspielt haben. Ich darf das mit Zahlen belegen, weil ja gerade die magische Zahl von 25 Schülerinnen und Schülern in der Klasse für Sie eine überragende Rolle gespielt hat.

Erstens. Wir haben heute in zwei Schulformen im Landesdurchschnitt bereits mehr als 25 Schüler. Im Landesdurchschnitt! An den Gymnasien sind es 26,1 und an den Realschulen 26,7 Schüler pro Klasse. Das sind an dieser Schulform gegenüber 1985 immerhin 3,5 Schüler pro Klasse mehr. Und wenn man bedenkt, daß sich die Situation noch verschärft hat, daß es heute wesentlich mehr verhaltensgestörte Kinder gibt, daß die pädagogische Situation viel schwieriger geworden ist, dann sind 3,5 Schüler mehr in einer Klasse eine Menge Holz; das ist eine enorme Belastung. — Herr Kollege Braun, bitte schön.

Abg. Braun (SPD):

Herr Kollege Meyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage. Sind Sie bereit anzuerkennen, daß sowohl diese Fraktion als auch die Ministerin schon häufig betont haben, daß Klassengrößen, wie sie derzeit teilweise notwendig sind, für pädagogisch unverzichtbar gehalten werden? Sind Sie darüber hinaus bereit anzuerkennen, daß die Erhöhung der Klassenteiler etwas zu tun hat mit den Bund-Länder-Finanzbeziehungen? Sind Sie darüber hinaus anzuerkennen bereit, daß es in keinem Bundesland bessere Klassenteiler gibt als im Saarland?

(Unruhe bei der CDU.)

Und sind Sie darüber hinaus bereit, zu den Forderungen, die Sie aufgestellt haben, zu stehen — Reduzierung der Klassenteiler, Reduzierung der Arbeitszeit für Lehrer, Reduzierung der Altersermäßigung, Erhöhung der Stundentafel —, falls Sie nach etli-

chen Legislaturperioden noch einmal die Regierungsverantwortung in diesem Land übernehmen sollten? Oder sind Sie bereit anzuerkennen, daß es notwendig sein kann, daß unter bestimmten geänderten Kontexten sich auch die Politik durchaus diesen Kontexten anpassen muß? Ich will nur einen neuen Kontext nennen, die deutsche Einheit. Die deutsche Einheit hat unter anderem dazu geführt, daß die Klassenteiler erhöht worden sind.

(Beifall bei SPD und CDU. — Zurufe.)

Abg. Meyer (CDU):

Erstens. Ich bin nicht bereit anzuerkennen, daß die Schülerzahl je Klasse in den anderen Ländern größer ist, weil dies schlicht und einfach falsch ist. Zweitens hat es auch schon zur Regierungszeit der CDU in diesem Land Bund-Länder-Beziehungen und -Verpflichtungen gegeben. Zum dritten haben Sie mit Ihrer ersten Feststellung ja zugegeben, daß Sie die politische Verantwortung für diese pädagogisch unverantwortlich großen Klassen haben.

(Beifall bei der CDU. — Zuruf des Abgeordneten Braun (SPD).)

Ich darf Ihnen noch einige Zahlen zusätzlich nennen. Wir haben an den Gymnasien im Jahr 1985 zwei Drittel aller Klassen unter 25 Schüler gehabt. Wir haben im vergangenen Jahr noch knapp mehr als ein Drittel der Klassen unter 25 Schüler gehabt, und dieser Anteil hat sich in diesem Jahr mit Sicherheit noch verschlechtert. An den Realschulen sieht es noch katastrophaler aus. Hier hatten 1985 fast siebenzig Prozent der Klassen weniger als 25 Schüler, heute sind es gerade noch 28 Prozent. Und was die Öffentlichkeit nicht weiß: Wir haben mittlerweile an den Realschulen insgesamt 117 Klassen mit mehr als dreißig Schülerinnen und Schülern. 117 Klassen! Wenn das früher passiert wäre, unter einer CDU-Regierung, hätten Sie, Frau Kollegin Granz, hier den Bau abgerissen.

(Zurufe.)

Ich darf feststellen: Die bildungspolitische Bilanz der SPD-Landesregierung ist negativ, die Reaktionen der Eltern darauf sind Verärgerung und Empörung, die Reaktion der Lehrer ist weitgehend Resignation, und die Leidtragenden sind die Schüler.

(Beifall bei der CDU.)

Nach Ihren eigenen Worten, Frau Minister Granz, ist Ihre Bilanz Rückschritt in das pädagogische Mittelalter und nicht Abbau, sondern Verursachung von Schulstreß. Von Chancengleichheit kann keine Rede sein, im Gegenteil. Sie haben viele Chancen für unsere Kinder und damit auch für unser Land verspielt. Nach dem Desaster zum Schuljahresbeginn kann ich nur folgendes sagen: Gemessen an Ihren eigenen Worten und Versprechungen haben Sie Ihre Glaubwürdigkeit verloren. Sie haben die Eltern enttäuscht und die Wähler getäuscht, und Sie werden dafür bei den Wahlen die Quittung erhalten.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 10/1991. Wer für die Annahme der Drucksache 10/1991 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Ich stelle fest, daß der Antrag Drucksache 10/1991 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der FDP-Landtagsfraktion, Drucksache 10/1993. Wer für die Annahme der Drucksache 10/1993 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Ich stelle fest, daß der Antrag Drucksache 10/1993 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist.

(Vizepräsidentin Hollinger)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu den Punkten 7 und 13 der Tagesordnung:

Beschlußfassung über den von der FDP-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Einstieg in das solare Energiezeitalter (Drucksache 10/1990),

Beschlußfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend das Saarland auf dem Weg ins Solarzeitalter (Drucksache 10/1996).

Zur Begründung des FDP-Antrages erteile ich das Wort dem Abgeordneten Karl Josef Jochem.

Abg. Jochem (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Umwelt und Energie sind in der heutigen politischen Diskussion nicht mehr voneinander zu trennen. Wir wissen, jede Nutzung von Energie bringt Belastungen für die Umwelt mit sich. So stammt die mit Abstand größte Belastung unserer Luft aus der Verbrennung fossiler Energieträger. Tankerunfälle verschmutzen die Küsten und Meere, Reaktorunfälle gefährden Leben und Gesundheit des Menschen. Mit dem Treibhauseffekt hat die Umweltbelastung durch die Nutzung von Energie globale Ausmaße erreicht. Andererseits ist menschliches Leben ohne Energie nicht möglich. Je mehr die Menschheit wächst und je höher der Lebensstandard wird, um so mehr Energie wird benötigt. Gerade gestern ist die Weltbevölkerungskonferenz zu Ende gegangen. Die Zahlen sind sicherlich noch in Erinnerung.

In diesem Zwiespalt wird es immer dringlicher, unseren Umgang mit Energie grundlegend neu zu gestalten. Vor dem Hintergrund begrenzter Energievorräte — Öl-, Gas- und Uranvorräte werden in weniger als hundert Jahren erschöpft sein — und der anfangs aufgeführten Umweltgefährdungen müssen wir endlich umdenken. Nicht umsonst hat die Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ in ihrem dritten Bericht zum „Schutz der Erde“ eindringlich eine rasche und nachhaltige Reduktion der weltweiten CO₂-Emissionen gefordert.

Diese Vorgabe hat die Bundesregierung aufgegriffen und, ausgehend vom Basisjahr 1987, eine CO₂-Verringerung von 25 bis 30 Prozent bis zum Jahre 2005 beschlossen. Der Bundeskanzler hat dies 1991 nochmals bekräftigt. Wir begrüßen dies ausdrücklich, weisen aber gleichzeitig darauf hin, daß dieses Ziel nur dann zu erreichen sein wird, wenn wir der Energiegewinnung aus der Sonnenstrahlung, aus dem Wind, der Wasserkraft, aus Biomasse, Erdwärme und Wasserstoff endlich zum marktwirtschaftlichen Durchbruch verhelfen.

Daß dieser Durchbruch auch und gerade im „EnergieLand Saar“ noch lange nicht geschafft ist, hat sogar die Landesregierung erkannt. Wir können heute der SZ entnehmen, daß der Ministerpräsident die „Rückkehr in das Solarzeitalter“ anstrebt. Das hört sich gut an, zugegeben, aber es ist doch für jeden erkennbar, daß Sie diese Rückkehr nur halbherzig betreiben bzw. nur über Umwege erreichen wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Lang (SPD).)

Wer den Bau von Großkohlekraftwerken vorantreibt, dessen Strom im eigenen Land noch nicht einmal gebraucht wird, und in gleichem Atemzug von der Rückkehr zum Solarzeitalter spricht, ist energiepolitisch unglauwbüdig. Es drängt sich der Verdacht auf, daß die Solarenergie Ihnen quasi als Feigenblatt aus Silicium dient, um die wahren Pläne beim Bau von Großkohlekraftwerken zu überdecken. Nein, meine Damen und Herren, eine Rückkehr ins Solarzeitalter, die aus Überzeugung stattfindet, sieht anders aus. Wir wollen den direkten Weg zu einer umweltverträglichen Energiegewinnung, wir wollen den Einstieg ins Solarzeitalter jetzt!

Der Einsatz regenerativer Energien ist für die FDP schon seit langem ein wichtiger Pfeiler einer ökologisch sinnvollen und risi-

koarmen Energieversorgung. Ziel ist es, die Sonne als Hauptenergiequelle des nächsten Jahrhunderts zu nutzen. Damit muß das Zeitalter der Kernenergie und der Kohle überwunden werden, wobei ich ausdrücklich betone, daß für mich nur die heimische Kohle und nicht die Kernenergie als Übergangsenergie in Frage kommt.

Meine Damen und Herren, seit Mitte der achtziger Jahre wurden zahlreiche Techniken zur Nutzung erneuerbarer Energien entwickelt und zu einer gewissen Marktreife gebracht. Doch tragen sie kaum zu einer nennenswerten Deckung des Energiebedarfes bei, auch im Saarland nicht. Die Zahlen liegen bei 1,1 Prozent. Die durch die Verbrennung fossiler Energieträger hervorgerufene Klimaänderung ist allgegenwärtig, ebenso wie die Zerstörung der Ozonschicht oder die Verunreinigung der Luft, der Gewässer und des Bodens. Jedermann weiß um die Begrenztheit des immer noch beherrschenden Erdöls, alle kennen seit Tschernobyl, Cattenom und Biblis die Gefahren der Atomkraft. Und wir hier im Saarland wissen, daß wir durch den Bau eines weiteren großen Kohlekraftwerkes erheblich zur Luftverunreinigung beitragen werden.

Obwohl das Umweltbewußtsein in der Bevölkerung so ausgeprägt ist wie nie zuvor, ist der Einstieg in den Übergang zu einer ökologischen Energiegewinnung in weite Ferne gerückt. Technische Probleme und die geringe Wirtschaftlichkeit alternativer Energien werden häufig als Gründe dafür angegeben. Doch die Entwicklung moderner Solar- oder Windanlagen zeigt, daß schon heute ein spürbarer regenerativer Energiebeitrag möglich wäre, bei entsprechender Unterstützung und bei einer volkswirtschaftlichen Neubewertung aller verfügbaren Energieträger. Denn der Durchbruch für die regenerative Energie ist weniger eine Frage der Technologie als vielmehr eine Frage des politischen Willens.

Wir, die FDP, wollen den Durchbruch und sind bereit, die notwendigen Schritte dazu einzuleiten, im Gegensatz zur SPD-Landesregierung. Trotz aller Fortschritte hier im Saarland wird die Entwicklung der Solarenergie nur halbherzig betrieben. Die Politik muß klare Vorgaben für die Nutzung regenerativer Energien setzen. Ihr Anteil an der Energiegewinnung muß deutlich erhöht werden.

Daher haben wir heute einen Antrag vorgelegt, der den wirklichen Einstieg in das solare Energiezeitalter bringen soll, den erneuerbaren Energien wirklich zum Durchbruch verhelfen soll. Derzeit beträgt der Anteil wie gesagt gerade 1,1 Prozent an der Gesamtenergieversorgung bzw. -gewinnung. Wir halten es für möglich, diesen Anteil bis zum Jahre 2005 auf etwa 10 Prozent zu steigern. Das ist die Zielbestimmung der FDP Saar für eine ökologisch orientierte Energiepolitik.

Lassen Sie mich nun die einzelnen Punkte im Antrag aufgreifen. Bisher gibt es keine nennenswerten Anstrengungen im Bereich von öffentlichen Neubauten, Solaranlagen obligatorisch werden zu lassen. Hier gäbe es sicherlich nahezu unbegrenzte Möglichkeiten. Denken Sie nur an die großen Flachdachflächen, etwa bei Krankenhäusern oder anderen Gebäuden, die man mit Sonnenkollektoren ausstatten könnte, ohne daß diese belastend wirken würden; die Fläche ist vorhanden. Welche Möglichkeiten böten Glasbauten, würde man sie mit Photovoltaikanlagen versehen? Der gesamte Strombedarf von Kaufhäusern, Büros etc. könnte, zumindest zeitweilig, durch Eigenerzeugung gedeckt werden.

Jedoch fehlen auch hier die Anreize, etwa in der Landesbauordnung. Zwar wird im neuen Entwurf, der ja, weil sehr umstritten, nun durch einen weiteren ersetzt werden soll, in § 3 kurz auf die Möglichkeiten zum sparsamen Umgang u.a. auch mit Energie eingegangen. Damit hat es sich denn auch. Von einer wirklichen Förderung, von einem Antrieb, der auf diesem Gebiet den umweltschonenden, erneuerbaren Energien zum Durchbruch verhelfen soll, ist hier keine Rede. Kein Wunder, daß die SPD in der neuen Legislaturperiode einen neuen Entwurf der Landesbauordnung vorlegen will. Dort, so hat nach einer Meldung der SZ vom 30.8.94 der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Tabillion

(Abg. Jochem)

ausgeführt, soll dann auch ein Förderprogramm für Solarenergienutzung vorgelegt werden. Folglich reicht das bestehende nicht aus.

Im zweiten Punkt unseres Maßnahmenkataloges fordern wir die Durchführung von Projekten mit Vorbildcharakter zur Erforschung und Weiterentwicklung der Solarenergie. Ein klassisches Vorbild könnte das Gebäude des Umweltministeriums sein, in dem auch der Wirtschaftsminister sitzt. Das Gebäude wird sowie-so renoviert, die Fassade könnte man mit einer Photovoltaikanlage versehen. In Bayern hat man so etwas getan. Der erzeugte Strom könnte auch noch zum Teil die umliegenden Ministerien versorgen. Für die wissenschaftliche Begleitung stünden unsere Forschungseinrichtungen zur Verfügung, um weitere wichtige Erkenntnisse, die sie erzielen, zu nutzen.

Sie merken, meine Damen und Herren, hier sind noch viele ungenutzte Möglichkeiten vorhanden, Innovationen in eine solare Zukunft.

Der dritte Punkt in diesem Maßnahmenkatalog ist von zentraler Bedeutung, bedeutet die Förderung der privaten Nutzung regenerativer Energie in Form eines drastisch erhöhten Zuschußprogrammes, der größte Brocken. Die FDP denkt hier an ein 10.000-Dächer-Programm. Bisher wurden in einem Zeitraum von viereinhalb Jahren 2.300 Anlagen — thermische Solarenergie — realisiert. Meine Damen und Herren, wir erkennen dies an. Dies ist, gemessen am Bundesdurchschnitt, schon einiges, aber, meine Damen und Herren, wir sind nicht der Meinung, daß dies ausreicht. Wir haben hier den Fuß in der Tür, und wir sollten die Chance nutzen, diese Tür aufzumachen, so daß wir insbesondere unserem Mittelstand hier neue, zahlreiche Arbeitsplätze bieten. Deshalb müssen wir die Förderung für solche Anlagen verbessern, meine Damen und Herren. Fünfzig Prozent der zuwendungsfähigen Kosten, jedoch nicht mehr als 3.600 DM, sind zu wenig, um hier wirklich einen Durchbruch zu erzielen. Diese Zahlen betreffen natürlich die private Förderung.

Die Land- und Forstwirtschaft soll nach unseren Vorstellungen ebenfalls in diese Initiative voll einbezogen werden. Dieses Programm bietet die Gewähr für eine wirkliche ökologische Erneuerung. Und Landwirtschaft und Ökologie müssen kein Gegensatz sein. Dies sehen wir in der Zusammenarbeit von Naturschutz und Landwirtschaft heute als Beweis. Dies wird auch in dem Bereich der erneuerbaren Energien so sein; man muß es nur wollen. Wir schlagen vor, das Saarland soll eine Energiebilanz vorlegen. In diese Bilanz sollten die Möglichkeiten der heimischen Landwirtschaft einbezogen werden. Wir haben eine Flächenstilllegung in der Größenordnung von 4.000 bis 5.000 Hektar. Unter Beachtung der Fruchtfolge — beispielsweise Raps, Schilfgras — könnten wir dies verwirklichen, zumindest einmal probieren. Probiert wird das ja in Rheinland-Pfalz. Dort gibt es solche Pilotprojekte, die im Bereich der Landwirtschaft diese Dinge ausprobieren.

Ein Energiemix erneuerbarer Energien würde auch der Land- und Forstwirtschaft im Saarland neue Chancen eröffnen. Ich nenne zum Beispiel Biogasanlagen, Holzschnitzelfeuerungs- und Strohfeuerungsanlagen. Ferner beziehen wir selbstverständlich die Windkraft mit ein. Hier haben wir ja ebenfalls schon erfolgversprechende Anfänge im Saarland, bei Losheim, in Freisen. Im übrigen — ganz nebenbei — wurde das erste Windrad im Saarland von einem Liberalen aufgestellt.

(Zuruf.)

Um wirklich den Durchbruch in das solare Zeitalter zu schaffen, brauchen wir natürlich neben der Innovation auch die Investitionen. Die Landesregierung hat auf eine parlamentarische Anfrage der FDP-Fraktion, Drucksache 10/1937 vom 10.06.1994, nach der Frage, ob die bereitgestellten finanziellen Mittel ausreichen, mit Nein geantwortet und, wie sie das immer gerne macht, auf Bonn verwiesen. Ich bin der Meinung, daß wir nicht immer nach Bonn zeigen müssen, wenn uns dies oder jenes nicht paßt. Wenn zum Beispiel Gelder aus Bonn kommen — nächste Woche wird

die Lärmschutzwand mit integrierter Sonnenenergienutzung an der Bundesautobahn bei Güdingen übergeben —, Herr Leinen, verhält man sich so — diesen Eindruck habe ich —, als hätte man dies selbst bezahlt. Natürlich läßt sich damit gut werben, aber ich will sagen, daß man nicht immer nur nach Bonn schießen kann. Vor allem dann nicht, wenn das nicht immer so positiv ist, wie man sich das vorstellt. Die FDP hat sich wiederholt auf Bundesebene für Markteinführungsprogramme stark gemacht. Ich habe kürzlich erfahren, daß Bundeswirtschaftsminister Rexrodt ein 100-Millionen-Programm im Bereich der erneuerbaren Energien auflegen wird.

(Zuruf von der SPD.)

Nein, er hat zugesagt, das jetzt noch zu tun. Sicherlich ist das auf Bundesebene nicht ausreichend, aber auch im eigenen Land kann man etwas bewirken, so man denn will.

Meine Damen und Herren, es wäre sicherlich möglich, im Rahmen von Umstrukturierungsmaßnahmen mehr Fördermittel in die erneuerbaren Energien zu leiten. Dazu gehört dann auch der Verzicht auf den weiteren Bau von Großkraftwerken im Saarland. Erstaunlicherweise stimmen Sie zu, wenn Saarberg zwei Milliarden DM für Bexbach II ausgeben will. Auf der anderen Seite beklagen Sie, daß kein Geld für eine intensivere Förderung der Solarenergie vorhanden ist. Das paßt nicht zusammen. Apropos Saarberg. Schon allein auf die Umweltpolitik bezogen, den Hintergrund der CO₂-Problematik, den ich schon ausgeführt habe, sind solche Großkraftwerke nicht mehr zu verantworten, die lediglich einen maximalen Wirkungsgrad von 43 Prozent haben. Im übrigen haben Sie in Ihrem Bundesprogramm stehen, daß die richtige Lösung dezentrale Kohlekraftwerke sind, Kraftwerke, bei denen die Kohle vor Ort dort eingesetzt wird, wo man den Strom braucht. Das ist der richtige Weg, weil Sie so einen hohen Wirkungsgrad erzeugen. Was die Kohletechnologie betrifft, spreche ich mich in diesem Sinne nochmals gegen Großkraftwerke aus.

Aber auch im Bereich der Schaffung zusätzlicher, zukunftssicherer Arbeitsplätze ist Bexbach der falsche Weg. 200 Arbeitsplätze für zwei Milliarden DM, das ist eine zu schwache Relation. Gerade der Ministerpräsident hat gestern anlässlich einer Presseerklärung noch darauf hingewiesen, daß mit verhältnismäßig geringen Mitteln ein Investitionsvolumen im Bereich der Solarenergie von 45 Millionen DM angestoßen worden ist, mit Beschäftigungseffekten in den entsprechenden Handwerksbetrieben. Es ist eine Tatsache, daß sich im Saarland in diesem Bereich schon etwa 150 Betriebe engagieren.

(Zuruf von der SPD.)

Ich habe ja gesagt, daß der Anfang gut war, und man sollte doch bereit sein, diese Tür weiter aufzustoßen. Meine Damen und Herren von der SPD, ich weiß nicht, worauf Sie noch warten. Unterstützen Sie uns in unseren Bemühungen, Saarberg zu einem echten Technologie- und Energiekonzern zu machen. Denn hier liegen ungeahnte Entwicklungschancen, hier können dauerhafte Arbeitsplätze für jüngere Bergleute geschaffen werden. Bexbach II ist ein Irrweg, der viel Geld kostet und Saarberg nicht nach vorne bringt. Die Zukunft gehört der Solartechnik, den regenerativen Energien insgesamt, und dies muß im Land endlich begriffen werden. Für die Umwelt bringt das allemal mehr, insofern stimmt Ihr Programm. Sie brauchen es nur noch anzuwenden, aber dazu haben Sie offenbar nicht den Mut.

Meine Damen und Herren, die FDP will die klare Förderung der erneuerbaren Energien. Wir begreifen dies als Chance, als Chance für den Mittelstand, als Chance für alle, die sich daran beteiligen wollen, also auch diejenigen, die Erfahrung im Umgang mit Energie haben, also auch etwa Saarberg. Wir sehen dies als Chance an, zu einer wirklichen Umstrukturierung zu kommen. Wir haben den Fuß in der Tür, wir können hier diese Technik entwickeln, aufbauen und erweitern. Andere Länder, die zwar die besseren Voraussetzungen für die Nutzung der Sonnenenergie haben, jedoch nicht die Technik, könnten davon profitieren.

(Abg. Jochem)

Wer nutzbare Energie zur Verfügung hat, der ist reich. Den armen Ländern fehlt es an nutzbarer Energie. Wir haben die Technik dazu. Wenn wir hier im Lande eine solche Industrie aufbauen, können wir diese Technik, ähnlich seinerzeit der der Konverter, exportieren. Eine Energieversorgung ohne gefährliche Abfälle oder zerstörerische Auswirkungen, dies wird somit auch zu einer globalen Angelegenheit im Nord-Süd-Gefälle und hat auch eine soziale Variante.

Die Chance des verstärkten Einsatzes erneuerbarer Energien bietet noch zahlreiche Möglichkeiten, insbesondere in der Schaffung von Arbeitsplätzen, aber auch für die Wirtschaft, für die Umwelt sowieso. Der vorliegende Antrag ist unserer Meinung nach geeignet, hierzu einen entscheidenden Beitrag zu leisten. Ich bitte daher um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Zur Begründung des SPD-Antrages erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Tabillion.

Abg. Dr. Tabillion (SPD):

Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für Ihren letzten Antrag, lieber Kollege Jochem, in diesem Parlament und in dieser Legislaturperiode — ich will Ihnen da nicht zu nahe treten — möchten wir Sie zumindest teilweise loben. Es freut uns, daß Sie nun auch in das Lager der Sonnenfreunde gewechselt sind. Ich darf Ihnen sagen, lieber Kollege Jochem, wir sind schon lange da. Wir freuen uns natürlich auch, und wir sind hochbefriedigt, daß das erste Windrad in diesem Lande ein liberales ist.

(Zuruf von der SPD: Ein liberales Windrad.)

Sie wissen genau, daß die Energiepolitik der SPD-geführten Landesregierung im Saarland bundesweit vorbildlich ist und daß wir auf diesem Felde besser sind als alle anderen. Wir sind die besten, was die ökologische Ausrichtung einer Energiepolitik in die Zukunft anbelangt. Unsere innovative und ökologische Energiepolitik orientiert sich an folgenden Grundsätzen, die wir bisher — das können Sie nicht abstreiten, haben das in Ihrer Rede ja auch nicht getan — in die Praxis umgesetzt haben.

Wir sind der Auffassung, daß man zunächst sparsam mit Energie umgehen muß. Deshalb arbeiten wir seit Jahren an einem sparsamen Energietarif. Dieser Energietarif ist nun mit Beginn des nächsten Jahres im Saarland vollkommen umgesetzt, der lineare Tarif, bei dem man das, was man an Energie spart, auch wirklich weniger zahlen muß. Dieses ist unbestritten ein vorbildlicher Vorgang in der Energieszene in der Bundesrepublik Deutschland.

Wir haben in unserer Regierungszeit ganz intensiv die Nutzung der Fernwärme und damit einen verantwortlichen Umgang mit Energie vorangetrieben. Wenn die Projekte, die wir in Gang gesetzt haben, fertig sind, dann werden wir im Flächenland Saarland zwanzig Prozent der privaten Wärmeenergieabnehmer mit Fernwärme angeschlossen haben. Das sind auf Bundesebene gerade mal sieben Prozent. Das besagt, daß wir auch hier wirklich sehr fortschrittlich sind. Wir sagen an dieser Stelle, daß wir auch weiterfahren wollen, daß wir etwa im Bereich Saar Ost, wo es um das berühmte Kraftwerk Bexbach geht, die Fernwärmeversorgung erheblich, bis nach Rheinland-Pfalz hinein, ausbauen wollen. Dreißig Millionen haben wir aus eigenem Geld seit 1985 in den Ausbau der Fernwärmeinfrastruktur investiert.

Auch bei der Nutzung der regenerativen Energie sind wir unbestritten vorbildlich im Saarland. Es kommt nicht von ungefähr, daß wir die größte Solardichte in der Bundesrepublik Deutschland haben, ein Faktum, das man immer wieder nennen muß; denn es ist offensichtlich weder bei Ihnen noch sonstwo richtig

bekannt. Aber es ist ein Markenzeichen unserer Energiepolitik, Kollege Rauber.

(Abg. Feibel (CDU): Erzählen Sie doch mal, wie das ganze finanziert wird.)

Wir haben in den vergangenen fünf Jahren beispielsweise jedes Jahr in diesen Bereich fünf Millionen DM investiert; das macht zusammen 25 Millionen DM.

Das vierte ist, daß wir hier moderne Kohletechnologie fördern. Obwohl wir teilweise Ihren Ansatz und Ihren Antrag loben müssen, können wir natürlich allein schon aus dem Grunde nicht zustimmen, Kollege Jochem, weil Sie sich auch hier wieder gegen die Kohle aussprechen, indem Sie sagen, daß wir im Saarland keine modernen Kohlekraftwerke mehr bauen sollen. Sie wissen ganz genau, daß Sie dadurch dem Saarbergbau seine Basis entziehen. Das ist ein Vorgehen, das mit der sozialdemokratischen Fraktion in diesem Hause nicht machbar ist.

Es hat aber auch einen ganz wichtigen energiepolitischen Akzent. Was wir in diesem Land entwickeln, nämlich das, was man alles braucht, um möglichst viel Energie aus der Kohle herauszuholen und um die Energie dann auch möglichst umweltfreundlich zu verstromen, ist eine Technologie, die im Grunde genommen, wenn sie in die gesamte Welt exportiert wird, ganz erheblich zu einer weltweiten Reduzierung des Klimaproblems beitragen kann. Deshalb sehen wir als Energieland es als eine große Verantwortung an, die Entwicklung dieser Technologien, die in der ganzen Welt in den nächsten Jahrzehnten und Jahrhunderten eine große Rolle spielt, voranzutreiben. Alles das, lieber Kollege, wäre dann nicht möglich, wenn wir Ihnen folgen und den Bergbau und gleichfalls die Kohlekraftwerke in unserem Land dichtmachen würden.

Was neu ist, ein neuer Ansatz, ein neuer Impuls, ist das Programm, das das Landeskabinett jetzt beschlossen hat, das „Investitionsprogramm Erneuerbare Energien und Energieeinsparung“. Mit diesem Investitionsprogramm werden die schon guten Bemühungen in unserem Land, an denen auch die SPD-Fraktion immer ganz maßgeblich beteiligt war, noch einmal verdoppelt. Wir wollen in Zukunft nicht fünf, sondern zehn Millionen Mark pro Jahr in diesen Gebieten einsetzen und werden dadurch ein Volumen von 100 Millionen Mark an Investitionen im Bereich des Energiesparens und regenerativer Energien in die Wege leiten. Gefördert werden soll der rationelle Energieeinsatz, Niedrigenergiehäuser. Das Markteinführungsprogramm soll fortgesetzt werden, aber nicht nur für Private, sondern auch für Schulen, für Kirchen und Kindergärten, damit die Kinder, die Jugendlichen dort, wo sie am Tage sehr lange sind, in der Schule, lernen, wie wichtig es ist, die Sonnenenergie zu nutzen. Wir werden einige Demonstrationenobjekte machen, insbesondere auch in dem Bereich, den Sie angeführt haben, im Bereich der Nutzung von Bioenergien.

Das Hundert-Millionen-Mark-Programm, lieber Kollege Jochem, bedeutet natürlich für unser Land, wie schon die Programme in der Vergangenheit, eine ganz erheblich hohe Wertschöpfung, und es hat einen hohen Beschäftigungseffekt. Ich glaube, die Menschen, die in diesem Land im Bereich des Handwerks tätig sind, können beurteilen, wie sehr die Ausgaben, die wir aus unserem engen Etat in der Vergangenheit gemacht haben, im Bereich des Handwerks gewirkt haben, wie viele Arbeit bekommen haben durch unsere Programme, speziell im Bereich der Solarenergie. Wenn man alles das, was wir hier machen, auf den Bund hochrechnet, dann muß der Bund schon 7,5 Milliarden DM einsetzen, um entsprechend zu fördern wie wir. Er würde dadurch ein Investitionsvolumen von 75 Milliarden DM in Gang setzen. Ich denke, das wäre sowohl ein gutes Konjunkturprogramm als auch ein hervorragendes Programm für unsere Umwelt.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

Ich sage: es wäre, weil es nicht so ist. Vergleichbares, Kollege Feibel, was wir hier im Saarland seit zehn Jahren intensiv prak-

(Abg. Dr. Tabillion)

tizieren, fehlt nämlich auf Bundesebene. Da ist es gerade mal eine halbe Milliarde DM, mit der man solche Dinge fördert, wie wir sie hier jetzt intensiv fördern. Man tut sogar das Gegenteil; die Förderung für den Ausbau der Fernwärme ist, wie Sie genau wissen, nicht etwa aufgestockt worden, sondern gekürzt worden, gegen null gefahren worden. Da haben wir keine Hilfe mehr seitens des Bundes. Die minimale Solarförderung habe ich schon genannt. Da war ein 1000-Dächer-Programm, das man als riesigen Erfolg verkauft hat. In unserem Regierungsprogramm steht ein 100.000-Dächer-Programm. Ich denke, das sind Dimensionen, mit denen man arbeiten muß, wenn man diese Produkte wirklich auf Dauer auf einen bezahlbaren Preis bringen will.

Ein weiteres ist, daß wir auf Bundesebene immer noch ein Energiegesetz haben, das sechzig Jahre alt ist, ein Gesetz, das sich an ganz anderen Kriterien orientiert als an der Energieeinsparung. Wir sind nicht daran schuld, daß es inzwischen nicht ein modifiziertes, ein verändertes Energiewirtschaftsgesetz gibt, sondern daran sind diejenigen schuld, die in Bonn die Regierung tragen. Dazu gehört zweifelsohne auch die Partei, der Sie angehören, Kollege Jochem.

Dann natürlich der Atomvorrang. Da wird es selbstverständlich ganz unglaublich, wenn man auf der einen Seite den Atomvorrang predigt und sich auf der anderen Seite für Solarenergie ausspricht, aber den Atomvorrang dann immer wieder dokumentiert, etwa im Artikelgesetz, das nicht ein Gesetz für die Kohle ist, sondern in seinem wesentlichen Kern ein Gesetz für die Atomenergie, Kollege Jochem.

Ich will noch mal deutlich sagen, es gibt da eine ganz erhebliche Investitionskonkurrenz — gab es in der Vergangenheit, gibt es immer noch. Wenn man auch nur einen Teil der Mittel, die der Staat in die Atomenergie gesteckt hat, investiert hätte für den Ausbau der Solarenergie, für die Energieeinsparung, dann wären wir ein erhebliches Stück weiter. Kollege Kiefaber, was Sie heute morgen hier angedeutet haben, daß auch das Saarland sich den Weg in die Atomforschung bei neuen Reaktorlinien, oder was auch immer, offenhalten soll, ist natürlich völlig abenteuerlich. Vielleicht haben Sie sich auch nur versprochen; lesen Sie es mal im Protokoll nach. Jedenfalls haben Sie davon geredet. Man kann nur feststellen bei den Fragen, die die FDP in ihrem Antrag anspricht, daß die Bonner Politik hier völlig versagt hat.

(Oje! bei der CDU.)

Sie werden es erleben, Kollege Rauber, das führt zum Beispiel dazu, daß Bundesumweltminister Töpfer im nächsten Jahr, wenn in Berlin Bilanz gezogen werden soll über die Erfolge der Klimapolitik nach Rio, den Offenbarungseid leisten werden wird und feststellen muß, daß die Bundesrepublik ihren Verpflichtungen aus den dort getroffenen Abmachungen nicht nachkommen kann, weil hier nichts passiert ist in der Beziehung.

(Anhaltend Zurufe. — Unruhe und Sprechen.)

Lieber Herr Kollege Jochem, noch einmal zu Ihnen: Sie sitzen da natürlich mit in einem Boot, und deshalb würde ich Sie bitten: Schicken Sie Ihren Antrag an Herrn Töpfer und an Herrn Rexrodt, da ist er besser aufgehoben als in unserem Parlament.

Ich fasse zusammen. Das Saarland ist vorbildlich durch seine ökologische Energiepolitik und durch seine Solarförderung in der Vergangenheit. Als Energieland machen wir eine vorsorgende Klimapolitik. Gerade die Energiepolitik der saarländischen Landesregierung und der sie tragenden SPD-Fraktion läßt erkennen, daß wir unserer Verantwortung für den ökologischen Umbau der saarländischen Wirtschaftsstruktur gerecht werden.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Rauber.

Abg. Rauber (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den Antrag der FDP-Fraktion empfinden wir als Zumutung, und der der SPD ist keinen Deut besser.

(Beifall bei der CDU.)

Es gibt kein Land auf der gesamten Welt, das mehr für die alternativen Energien ausgibt als die Bundesrepublik Deutschland, obwohl wir klimatisch weit schlechtere Bedingungen haben als zum Beispiel die Amerikaner in Kalifornien oder das Land Israel, das ebenfalls sehr hoch technisiert ist.

Hier wird eine für das Überleben der Menschheit zentrale Fragestellung in einer Art abgehandelt, daß es einem schlicht graust. Es ist richtig, daß die fossilen Energieträger — Kohle, Öl und Gas — früher oder später zu Ende gehen und daß wir deshalb gezwungen sind, möglichst rechtzeitig eine Energiestruktur aufzubauen, die sowohl die Mengenfrage löst, aber auch ökonomischen und ökologischen Kriterien genügt. Vor welcher gigantischen Herausforderung wir allein mit dieser Nachfragebefriedigung stehen, zeigt sich daran, daß die Entwicklungsländer, die derzeit einen Anteil an Energieverbrauch von 17 Prozent haben, in den nächsten Jahren vermutlich um die 40 Prozent nachfragen werden.

Wenn in China die Stromerzeugung mit dem Wirtschaftswachstum von rund sieben Prozent mithalten will, dann bedarf es allein in diesem Land wöchentlich des Baues eines mittleren Kohlekraftwerkes in ungefähr der Größenordnung — bei unseren Preisen — von einer Milliarde DM. Wenn wir uns diese globale Dimension betrachten und sie mit dem vergleichen, was die FDP und die SPD hier als Einstieg ins Solarzeitalter vorschlagen, dann kann man nur noch den Kopf schütteln.

Sie von der FDP können in der Tat der SPD-Landesregierung die Hand reichen, die mit ihrer Kampagne „Solarland Saar“ jetzt seit Monaten die Bevölkerung regelrecht verdammt. Wenn davon gesprochen wird, daß hier Gelder des Landes ausgegeben werden, dann sage ich Ihnen: Es sind überwiegend Gelder der Europäischen Gemeinschaft bzw. des Bundes. Wenn ich weiß, daß —

(Zuruf von Minister Kopp.)

Bitte? Der europäischen Kommission dann. So ist es doch. — Die Zeitschrift „Natur“ verteilt monatlich für den größten Umweltbanausen den Hammer des Monats. Diesen Hammer des Monats erhielt im April dieses Jahres — es ist noch gar nicht so lange her — der NRW-Wirtschaftsminister Günther Einert. Dieser Günther Einert hat sich in der Zeitschrift „Natur“ erdreistet, darauf hinzuweisen — das ist sogar belegbar —, daß nach über zehn Jahren Solarnutzung der Sonnenstrom genau 0,0033 Promille — nicht Prozent — zur Stromversorgung beiträgt. Um diese Dimension streiten wir hier, um 0,0033 Promille. Das ist der Anteil, den die Sonne zur Energieversorgung beiträgt. Da reden Sie der Bevölkerung ein, daß wir mittel- und kurzfristig über Solaranlagen unsere Energieversorgung sicherstellen können. Sie machen sich mit solchen Anträgen regelrecht lächerlich. Das ist die Situation.

(Beifall bei der CDU.)

Ich brauche mich nur zu beziehen auf eine Antwort auf eine Anfrage an die Landesregierung. Dort schreibt dieses Solarland Saar, daß wir einen Anteil im Saarland an regenerativen Energien von 0,5 Prozent haben. Das würde noch gehen. Nur, bei diesen 0,5 Prozent sind sage und schreibe 98,8 Prozent, die allein über die Wasserkraft abgedeckt werden. Ich habe es einmal ausgerechnet. Wenn ich die Photovoltaik nehme, dann sind dies im Saarland 0,001 Prozent. Das heißt, wenn ich unsere Anstrengungen vertausendfache, dann komme ich auf eine Größenordnung von einem Prozent. Dann reden Sie hier mit solchen Anträgen der Bevölkerung ein, daß wir auf absehbare Zeit über diesen Weg die Energieversorgung sicherstellen können.

(Zuruf des Abgeordneten Feibel (CDU).)

(Abg. Rauber)

Ich will Ihnen ein anderes Beispiel nennen, das ist auch sehr aussagekräftig. Um tausend Kilowatt elektrischer Energie zu erzeugen, benötigen wir 320 Kilogramm Steinkohle — das ist ein kleiner Haufen — oder die Tankfüllung — jeweils 80 Liter — bei drei Fahrzeugen. Damit — mit drei Tankfüllungen gleich 80 Liter — kann ich 1.000 Kilowattstunden Strom erzeugen, genau mit 220 Litern. Wenn ich die gleiche Energie über die derzeit verfügbaren Sonnenkollektoren erzeugen will, benötige ich eine Fläche in der Seitenlänge von 112 mal 112 Metern. Daß das, wenn ich dies der mittelständischen Industrie übertrage, ein großes Nachfragepotential ist, ist klar, nur muß ich die Frage beantworten, wo das Geld herkommt.

Wenn Sie einfach vorschlagen, wir fördern nicht nur die öffentlichen Projekte, sondern wir fördern auch noch die privaten Projekte, dann muß ich die Gegenfrage stellen: Woher nehmen Sie das Geld? Wenn ich mir vorstelle, wie leidenschaftlich schon in den Kommunen darüber diskutiert wurde, ob eine Steinkohlever- sorgung oder eine Gasversorgung betrieben werden soll und es dabei immer um Geld ging, dann frage ich mich: Wie wollen Sie vor die Kommunen treten und erklären, wir verzichten auf Gas, wir verzichten auch auf die Kohle, wir entscheiden uns für die Sonne, und Ihr als Kommunen zahlt dafür den zwanzigfachen Betrag? Um diese Größenordnung geht es. Das ist das, was Sie hier vorschlagen.

Gefordert ist erstens eine internationale koordinierte und intensive Forschung, und zwar eine Forschung auf drei Ebenen. Einmal — und das ist die entscheidende Ebene — brauchen wir Quantensprünge, wir brauchen keine konventionelle Technologie, sondern wir brauchen Quantensprünge. Gefordert ist erstens eine verstärkte Grundlagenforschung, zweitens eine bessere technische Verfahrensentwicklung und drittens die Anwendung und die Erprobung.

Zweitens. Heute geht es nicht mehr allein um die Sonne auf dem Dach, obwohl es hier durchaus noch möglich ist, höhere Wirkungsgrade zu erzeugen, sondern im Vordergrund der Interessen stehen derzeit zum Beispiel Fragen nach Brennstoffzellen im Straßenverkehr, der Solarlaser, mit dem Wasser- und Sauerstoff erzeugt werden kann, die Solarchemie, die versucht, die Sonne thermisch bzw. chemisch zu speichern, oder auch der Supraleiter, der ebenfalls als Speicher dienen kann. In diese Richtung hin müssen wir uns orientieren. Deshalb ist es schon überlegenswert, ob wir nicht an der Saar eine Großforschungszentrale für neue Energien einführen. Das wäre in der Tat ein wichtiger Beitrag für die solare Energie. Es ist absolut unstrittig, daß die alternativen Energien dort angewandt werden sollen, wo sie ökologisch und auch ökonomisch vertretbar sind.

Drittens kann zur Abdeckung der weltweiten Energienachfrage derzeit auf keinen Energieträger verzichtet werden.

Viertens. Gleichrangig neben der Energieerzeugung — da sind wir uns vor allem mit der SPD einig — muß das Energiesparen auf breiter Ebene betrieben werden. Was die öffentliche Hand anlangt, bedarf es — und hier spreche ich einige Kommunen an, die ich persönlich kenne — keiner Aufforderung durch die FDP. Ich kann es nur noch einmal von der Gemeinde sagen, in der ich selbst Mitverantwortung trage. Wir haben auf Grund eines CDU-Antrages nach der Energiepreiskrise 1973/1974 massiv in das Energiesparen investiert. Wir haben es geschafft, daß der Ölverbrauch auf ein Drittel des ursprünglichen Wertes zurückgeführt werden konnte. Es gibt andere Kommunen, die ähnlich erfolgreich gewesen sind.

Energiesparen heißt nicht nur Einfachverglasung durch Doppel- und Dreifachverglasung zu ersetzen, sondern auch wärmedämmende Baustoffe und energiesparendes Bauen allgemein; auch dies kommt dem Handwerk zugute. Energie läßt sich auch durch verfeinerte Meß-, Steuer- und Regeltechniken einsparen bis hin zur Erhöhung der Wirkungsgrade.

(Präsident Herold übernimmt den Vorsitz.)

Hier nenne ich einmal ein Beispiel. Wenn wir den Wirkungsgrad der Kohlekraftwerke von derzeit 0,31 Kilogramm Steinkohleeinheiten pro Kilowattstunde auf 0,25 Kilogramm pro Kilowattstunde erhöhen, was technisch möglich ist, dann schaffen wir allein durch die Erhöhung des von mir geschilderten Wirkungsgrades eine Stromerzeugung, die um 5 Milliarden Kilowattstunden höher liegt als die der Wasserkraft und aller anderen alternativen Energien. Nochmals: Die Erhöhung allein des Wirkungsgrades so, wie geschildert, erzeugt fünf Milliarden Kilowattstunden Strom mehr als alle anderen alternativen Energien einschließlich der Wasserkraft, die bekanntermaßen 98,8 Prozent einnimmt. Wenn ich die Sonne einbeziehe, sind es sogar rund 40 mal mehr.

All diese Beispiele zeigen, wie realitätsfern Ihr Antrag ist. Wenn Sie von der FDP auf den Bau weiterer Kohlekraftwerke verzichten wollen, dann versetzen Sie — auch hier sind wir mit der SPD einig — dem saarländischen Bergbau den Todesstoß. Wir als CDU sind der Meinung, daß eine Million Tonnen saarländischer Steinkohle nur über den weiteren Bau eines Kohlekraftwerkes abgesichert werden können.

Wenn wir auf das notwendige Einsparen noch einmal zurückkommen, dann muß klar betont werden, daß dies in erster Linie über den Preis und nicht über Zuschußprogramme zu erfolgen hat. Ich halte es auch für äußerst problematisch — darauf habe ich schon hingewiesen —, daß man die Kommunen quasi zwingt, Photovoltaikanlagen oder Solaranlagen verbindlich einzuführen.

Ich komme zum Schluß. Wir lehnen den FDP-Antrag ebenso ab wie den SPD-Antrag. Sie haben, wie meine Ausführungen gezeigt haben, das Problem, um das es geht, in keinsten Weise erkannt. Hier geht es um Schuanträge. Für solche Anträge sollten wir uns zu schade sein.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Herold:

Das Wort hat der Wirtschaftsminister.

Minister Kopp:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Fortschrittliche Energiepolitik ist zugleich verantwortliche Umweltpolitik, auch vorsorgende Wirtschaftspolitik. Fortschrittliche Energiepolitik heißt die Erschließung von Zukunftsmärkten. Wir sollten uns vor Augen führen, daß die Bundesrepublik Deutschland in vielen Branchen vom Netto-Exporteur zum Netto-Importeur geworden ist, aber gerade in den Umweltechnologien eine beherrschende Stellung am Weltmarkt hat. Wir dürfen diesen Vorsprung nicht verschlafen.

Wir haben ohnehin zwölf Jahre verloren, zwölf Jahre fortschrittlicher Energiepolitik verloren durch die Untätigkeit der gegenwärtigen Koalition auf Bundesebene.

Wir haben seit 1982 nicht nur das Fernwärme- und Heizkraftwerk-Programm verloren. Wir haben die steuerliche Förderung von passiven Wärmeschutzmaßnahmen gestrichen bekommen. Wir haben die Forschungs- und Entwicklungsförderung auf ein niedrigeres Niveau abgesenkt. Die Wärmeschutzverordnung ist ebensowenig zustande gekommen wie eine Reform des Energie-wirtschaftsgesetzes. Das einzige, was in diesen zwölf Jahren geschehen ist, sind riesige Investitionen in Investitionsruinen der Kernenergie: Brokdorf, Wackersdorf, Mülheim-Kärlich, Hochtemperaturreaktor, Schneller Brüter sind nur einige Beispiele für diese verfehlte Energiepolitik.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf des Abgeordneten Rauber (CDU).)

Deshalb müssen wir, Kollege Rauber, schnellstens umschalten in dieser Energiepolitik, weil wir sonst die Zukunft verspielen. Da nutzt es nichts, Herr Kollege Rauber, festzustellen, daß die regenerativen Energien erst einen Anteil von 5,4 Prozent an unserer Energieversorgung haben. Man kann nicht einfach nur global denken, man muß auch lokal handeln. Wir müssen diesen Prozentsatz in kurzer Zeit nach oben bringen.

(Beifall bei der SPD.)

(Minister Kopp)

Wir hätten durch die Bundesregierung hinreichend Möglichkeiten gehabt, die Rahmenbedingungen für die Förderung regenerativer Energien zu verbessern. Die FDP hat mit dem Wirtschaftsminister den teilweise zuständigen Minister für diese Fragen. Aber die FDP spitzt nur die Lippen. Ein Ton kommt nicht zustande. Wir wissen von der FDP — das zeigt auch dieser Antrag —, man springt gern auf einen Zug auf, setzt sich in die erste Klasse und läßt diesen Zug von anderen Leuten ziehen.

(Beifall bei der SPD.)

Man darf sich auch nicht in die Tasche lügen, indem man sagt, es gibt zuwenig Geld für die Förderung regenerativer Energien. Wenn wir die ordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen ändern, dann wird regenerative Energie zu einem Selbstläufer. Die wichtigste dieser Rahmenbedingungen ist und bleibt eine ökologische Steuerreform. Das wissen wir nicht zuletzt seit den vielen Gutachten. Ich erinnere nur an das Deutsche Institut für Wirtschaftsförderung Berlin oder an die Umfrage des renommierten Ifo-Instituts in München. Die deutsche Wirtschaft denkt inzwischen positiver als CDU und FDP. Es gibt eine Mehrheit in den deutschen Unternehmen für diese ökologische Steuerreform. Heute hat der BUND mit sechzehn namhaften deutschen Firmen eine Kampagne für die ökologische Steuerreform begonnen. Ich habe es bedauert, daß Herr Rexrodt als erster sich gegen diese Kampagne ausgesprochen hat.

(Beifall bei der SPD.)

Das Saarland hat bei der Einführung regenerativer Energien eine Schrittmacherrolle eingenommen, die auf Bundesebene und weit darüber hinaus, nicht zuletzt auch durch den UNO-Umweltpreis für die Landeshauptstadt Saarbrücken, anerkannt worden ist. Wir haben einen hohen Standard in allen Bereichen der umweltverträglichen Energiepolitik erreicht.

Ich nenne zunächst das Markteinführungsprogramm für erneuerbare Energien. Wir haben die höchste Dichte an Sonnenkollektoren hier im Saarland. Hochgerechnet auf die Bundesrepublik müßte das 1.000-Dächer-Programm des Bundesministeriums für Forschung und Technologie 228.000 Dächer umfassen, wenn man mit dem Saarland Schritt halten wollte. Dies ist ein Programm — darauf muß ich hinweisen — für Mittelstand und Handwerk. Wir haben 45 Millionen Investitionen bewegt. Diese Mittel sind vor allen Dingen der Beschäftigungssicherung und dem Kompetenzerwerb unseres saarländischen Handwerks, insbesondere dem Installationshandwerk, zugute gekommen.

Wir haben schließlich photovoltaische Anlagen eingerichtet und auch bivalente Anlagen. Denken Sie an das Blockheizkraftwerk verbunden mit der Photovoltaik auf dem Gelände des Technologiezentrums in Burbach. Die Vergütung, die im Saarland für die Einspeisung photovoltaischen Stroms gezahlt wird, übersteigt wesentlich die Entgelte, die im Stromeinspeisungsgesetz vorgesehen sind. Einige Energieversorgungsunternehmen, die sich inzwischen als Energiedienstleister in diesem Land verstehen, haben sozusagen eine Regel eingeführt, die den Stromzähler rückwärtslaufen läßt, wenn photovoltaisch erzeugte Energie eingespeist wird. Das ist genau der richtige Weg. Auf diesem Weg werden wir fortfahren.

(Beifall bei der SPD.)

Wir haben auch alle anderen Formen unterstützt. Es gibt inzwischen in einem zweiten Fall eine Windkraftanlage. Ich bin froh, daß sich idealistische, aber auch tatkräftige Saarländerinnen und Saarländer zusammengetan haben, die dieses Projekt weiterbetreiben wollen. Ihnen sollten wir nicht in die Kniekehlen fallen, sondern wir sollten sie tatkräftig unterstützen.

(Beifall bei der SPD.)

Ähnliches gilt für die Biogasanlage in Osterbrücken. Sie ist eine der wenigen Anlagen, die wirklich funktioniert und die Vorbild ist. Viele kommen, um uns zu dieser Anlage zu beglückwünschen.

Ich komme zum Thema Fernwärme. Wir haben auch nach Einstellung des Fernwärmeausbauprogramms des Bundes die Fernwärmeschiene von Dillingen nach Saarbrücken ausgebaut. Wir haben allein durch diese Fernwärmeschiene 160.000 Tonnen CO₂ im Jahr eingespart. Das ist ein praktischer Beitrag zu der Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland, 25 Prozent CO₂ einzusparen.

(Beifall bei der SPD.)

Wir haben schließlich Fernwärmeinseln gefördert. Wir haben die Ortsanschlüsse gefördert. Ich nenne Steinrausch, ich nenne Neunkirchen, demnächst vermutlich Brebach-Fechingen-Nachtweide. Wir werden die umweltschädlichen Nachtstromspeicherheizungen überall in diesem Land ersetzen durch Fernwärmeanschlüsse, und das ist ein Beitrag zur CO₂-Einsparung und Umweltverbesserung.

(Beifall bei der SPD.)

Darüber bin ich froh, meine Damen und Herren. Ich verstehe gar nicht, wieso Sie dagegen opponieren, denn die Energieversorgungsunternehmen sind an unserer Seite. Die Energieversorgungsunternehmen haben sich nämlich auch inzwischen zu Energiedienstleistern gewandelt. Unsere Tarifpolitik mit dem einheitlichen und zeitvariablen Tarif wird inzwischen mitgetragen von den saarländischen Energieversorgungsunternehmen. Das ist fortschrittlicher, meine Damen und Herren, als das, was ich aus der Politik oft höre.

Ich freue mich auch, daß wir in fast allen Gemeinden örtliche Versorgungskonzepte haben durchführen können und daß auch betriebliche Versorgungskonzepte umgesetzt worden sind.

Ich darf schließlich noch unsere Innovationsberatung erwähnen. Die saarländische Energieagentur, zunächst als ein kleines Pflänzchen gegründet, meine Damen und Herren, ist inzwischen eine Gesellschaft, in der sich alle namhaften saarländischen Energieversorgungsunternehmen beteiligt haben, eine Gesellschaft, die von der Europäischen Union als Beratungsunternehmen anerkannt ist und der die Betreuung eines europaweiten Programms, des OPET-Programms anvertraut worden ist. Das ist auch eine Anerkennung für unsere energiepolitische Kompetenz, und darauf sollten wir stolz sein.

Ich nenne auch die Arbeitsgemeinschaft Solar, an der sich ebenfalls die Energieversorgungsunternehmen beteiligt haben, die mit 600.000 DM von diesen EVUs mitfinanziert wird. Wir haben hier ein kompetentes Beratungsunternehmen auf der bundesrepublikanischen Ebene, um das uns viele andere Bundesländer beneiden und das jetzt auch in einzelnen Bundesländern nachgeahmt wird.

Aber wir haben uns damit, meine Damen und Herren, nicht zufriedengegeben. Die saarländische Landesregierung hat ihre Anstrengungen verstärkt und im August ein Zukunftsenergieprogramm als Brücke in das solare Zeitalter gebaut, das die bisherigen Bemühungen systematisiert, sie auf eine breitere Basis stellt und vor allen Dingen die Investitionen in erneuerbare Energien verstärkt. Wir werden die jährlichen Mittel für dieses Energieprogramm auf zehn Millionen DM verdoppeln. Wir werden dieses Zukunftsinvestitionsprogramm, meine Damen und Herren, auch differenzieren. Wir werden erfolgreiche Bestandteile fortführen und werden neue Förderer-Tatbestände schaffen, zunächst einmal das Markteinführungsprogramm erneuerbare Energien, das auf so große Nachfrage gestoßen ist, daß wir diese Mittel mit Hilfe der Europäischen Union in der Tat aufstocken mußten und konnten. Das hat viele Saarländerinnen und Saarländer dazu veranlaßt, eigene Anlagen auf ihren Dächern zu installieren. Und das hat auch dazu geführt, daß wir zu einer erheblichen Kostendegression gekommen sind. Heute sind diese Anlagen bis zu 40 Prozent billiger als früher und wir können dementsprechend auch unsere Zuschüsse reduzieren, um mehr Anlagen in Zukunft zu fördern. Wir werden jetzt auch Kirchengemeinden, Kindergärten und Schulen fördern, weil ich glaube, daß die Errichtung von solchen Solaranlagen auch ein pädagogi-

(Minister Kopp)

sches Konzept für unsere Schule ist, wie Energiepolitik in der Zukunft gemacht werden muß.

(Beifall bei der SPD.)

Wir werden einen neuen Programmschwerpunkt Demonstrationsprojekte erneuerbare Energien einrichten, um größere Projekte zu fördern, die den Charakter von Demonstrationsanlagen haben. Dazu gehören Photovoltaik, Lärmschutzwände, wie wir sie jetzt in Saarbrücken-Fechingen eingerichtet haben, aber auch Photovoltaikfassaden, weil wir in der Tat hier zu einem Umdenken kommen müssen.

Es gibt zwei große Probleme bei der Photovoltaik. Das eine Problem ist die Speicherung. Daran wird in der Wissenschaft mit Nachdruck gearbeitet. Das zweite Problem ist in der Tat der Flächenverbrauch, Herr Kollege Jochem. Und da müssen wir einfach daran denken, daß wir vorhandene Flächen nutzen für Photovoltaikwände. Das können zum Beispiel Gebäude sein, das können Lärmschutzwände sein, das können andere Einrichtungen sein. Hier gilt es, neue Demonstrationsanlagen zu realisieren.

Wir werden auch die großtechnische Windkraftnutzung weiter fördern. Wir haben zur Zeit eine Studie über die Windkraftpotentiale im Saarland in Auftrag gegeben, und wir denken daran, allein beim Windpark in Freisen insgesamt zehn Anlagen mit einer elektrischen Spitzenleistung von etwa fünf MW zu installieren. Ich kann Sie nur auffordern, die wirklich begrüßens- und nachahmenswerte Aktion in Freisen zu unterstützen, denn das ist eine wirklich private Vereinigung, die Ihrer und der politischen Unterstützung bedarf.

Wir werden schließlich Restholzheizkraftwerke umsetzen, denn damit verfolgen wir zwei Zwecke. Einmal ist das eine sehr sinnvolle Maßnahme im Bereich unseres Demonstrationsprogrammes, zum anderen werden diese Restholzheizkraftwerke auch unsere Bemühungen einer naturnahen Forstwirtschaft unterstützen, weil wir in der Lage sind, die durchforsteten Schwachholzbereiche dann energetisch zu verwerten und damit einen sonst ungenutzten Rohstoff in den Stoffkreislauf zurückzuführen. Auch das ist, glaube ich, eine sehr zukunftssträchtige Art, wie wir gleichzeitig Energiepolitik fortschrittlich gestalten und andererseits auch der Holzverarbeitenden Wirtschaft im Saarland helfen.

Wir werden solare Nah- und Fernheizungen einführen, und wir werden natürlich einen Schwerpunkt setzen bei dem Programm rationale Energieverwendung. Hier ist jetzt der besondere Schwerpunkt die Industrie. Wir haben in der Vergangenheit betriebliche Energiekonzepte entwickelt. Nun geht es darum, daß diese betrieblichen Energiekonzepte investiv umgesetzt werden. Wir wissen ja, daß Betriebe solche Investitionen nur vornehmen, wenn das Konzept betriebswirtschaftlich stimmt, das heißt, wenn entsprechende Amortisationszeiten für die vorgenommenen Investitionen vorhanden sind. Das ist zum Teil beim Einsatz regenerativer Energien heute noch nicht der Fall, dort ist die Amortisationszeit, also der Rücklauf der Investitionen, noch zu lang. Wir werden deshalb durch die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit solcher Maßnahmen und durch Contracting-Modelle zu einer Senkung des Energieverbrauchs und zu einem Vorziehen solcher Investitionen in den Betrieben kommen und damit auch einen Beitrag für die Wirtschaft in diesem Lande leisten.

Ich kann nun aus Zeitgründen nicht alle Maßnahmen aufführen, ich will nur erwähnen, daß wir das Blockheizkraftwerkprogramm fortführen werden, daß wir die industrielle Abwärmenutzung weiterhin fördern werden und daß wir Fern- und Nahwärmenetze ergänzen werden.

Aber ein Projekt, meine Damen und Herren, scheint mir doch einer etwas ausführlicheren Darstellung wert, das ist das Projekt der Niedrigenergiehäuser. Wir wollen aus diesem Titel in Zukunft eine Million DM pro Jahr bereitstellen. Denn die Zukunft der Sonnenenergie im Wärmemarkt hängt ganz besonders vom Ausmaß der Errichtung von Niedrigenergiehäusern ab. Der Wärmebedarf des Altbaubestandes oder von konventionell gebauten

Neubauten ist mit dem Wärmeangebot der Sonne in wirtschaftlicher Weise auf absehbare Zeit nicht zu decken. Vorgesehen ist daher der demonstrative Bau von Niedrigenergiehäusern, deren geringer spezifischer Wärmebedarf für solare Heizsysteme geeignet ist.

Wir wollen das nicht isoliert tun — hier mal ein Haus und da mal ein Haus —, sondern wir wollen zeigen, daß man bei der Neuplanung von Wohngebieten ein solches Konzept für Wohngebiete insgesamt machen kann. Wir wollen daher zunächst den Bau von 150 Wohneinheiten in Niedrigenergiebauweise durch die Landesentwicklungsgesellschaft in Kooperation mit den Stadtwerken Saarbrücken und mit finanzieller Förderung des Wirtschaftsministeriums angehen. Wir werden den solaren Deckungsbeitrag in besonderer Weise dadurch fördern, daß wir modernste Heiztechnik, modernste Brennwerttechnik mit einer solaren Nahwärmeversorgung kombinieren. Dieses ist bei diesem Projekt einzigartig und wird uns sicherlich wieder in einer fortschrittlichen Energiepolitik an die Spitze des Fortschritts führen.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, eine solche Energiepolitik kann man nicht umsetzen, wenn man zögert, zaudert oder wenn man darauf wartet, daß andere etwas tun. Wir füllen den von der Landesregierung und vom Landesgesetzgeber möglichen Spielraum hier konsequent aus. Wir reden nicht nur in Sonntagsreden von den wünschenswerten Ergebnissen einer umweltverträglichen Energiepolitik, sondern wir handeln lokal und regional im Rahmen unseres Verantwortungsbereiches. Und nur das ist es, was uns letzten Endes in der Sache nach vorne bringt. Ich wäre dankbar, wenn diese fortschrittliche Energiepolitik, die der Umwelt und dem Standort nützt, von allen politischen Parteien in diesem Hause unterstützt werden könnte.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Präsident Herold:

Werte Kolleginnen und Kollegen, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 10/1990. Wer für die Annahme dieser Drucksache 10/1990 ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Ich stelle fest, daß der Antrag Drucksache 10/1990 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 10/1996. Wer für die Annahme der Drucksache 10/1996 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Ich stelle fest, daß der Antrag Drucksache 10/1996 mit Stimmenmehrheit angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Nachwahl eines ordentlichen Mitgliedes und von zwei Stellvertretern für die Vertreterversammlung der Arbeitskammer des Saarlandes gemäß § 7 des Gesetzes Nr. 1290 vom 8. April 1992 (Amtsbl. S. 591) (Drucksache 10/1986).

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Saar, hat mitgeteilt, daß ein ordentliches Mitglied und zwei Stellvertreter für die Vertreterversammlung zu wählen sind. Ein Vorschlag des Ausschusses für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales liegt Ihnen als Drucksache 10/1986 vor.

Ich eröffne die Aussprache. — Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wer für die Wahl des ordentlichen Mitgliedes und der zwei Stellvertreter gemäß dem Ihnen vorliegenden Vorschlag ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Ich stelle fest, daß das ordentliche Mitglied und die zwei Stellvertreter gemäß dem Vorschlag gewählt sind.

(Präsident Herold)

Wir kommen zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Antrag der CDU-Landtagsfraktion auf Aussprache betreffend Rücktritt des Vorstandes des Landesdenkmalrates.

Zur Begründung des Antrages erteile ich das Wort der Kollegin Beck.

(Zuruf: Jetzt geht's los. — Zuruf des Abgeordneten Jochem (FDP).)

Abg. Beck (CDU):

Lieber Kollege Jochem, jetzt kommt die Kultur, die FDP kann gehen.

(Heiterkeit. — Zuruf des Abgeordneten Lang (SPD).)

Ich habe noch nicht begonnen, Herr Lang, vielleicht kommen Sie heute auch noch dran.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am vergangenen Sonntag nahm ich an einer sehr festlichen Feierstunde in der Handwerkskammer teil. Dort wurden die Denkmalpreise des Saarlandes verliehen, eine Initiative der Handwerkskammer und ihres Präsidenten, unseres Kollegen Winfried Frank. Mit in Kooperation nahm die Handwerkskammer das Kulturministerium, den Minister für Wissenschaft und Kultur, der an diesem Tag auch persönlich anwesend war. Selbstverständlich wurde zur Auslobung dieses Denkmalpreises — wie sich das gehört — eine Jury eingesetzt, und die Handwerkskammer und ihr Präsident hielten sich auch an das Votum dieser Jury.

Der Landeskonservator, Herr Lüth, wurde an diesem Tag vom Maulkorb entbunden, und er durfte die Laudatio halten. Im Bereich der Gruppierung Architekten erhielt den ersten Preis Herr Birtel aus Neunkirchen mit folgenden Angaben zur Preisverleihung: „Es wurde ihm der Preis verliehen für seine Arbeit auf dem Gebiet der Denkmalpflege, in der Architektur an vielen bedeutenden saarländischen Denkmälern.“ Herr Birtel war stellvertretender Vorsitzender des Landesdenkmalrates. Der Landesdenkmalrat ist ein Gremium, zusammengesetzt aus Experten, berufen vom Kulturminister. Dieses Gremium soll Entscheidungen vorbereiten, die Grundlagen schaffen, aufgrund derer der Minister dann seine Entscheidungen im Denkmalbereich fällt.

Nun ist der Vorstand dieses Landesdenkmalrates vor einigen Tagen zurückgetreten. Folgender Hintergrund: Es ging um eines der bedeutendsten kulturgeschichtlichen Denkmäler hier im Saarland, es ging um den Erweiterungsbau des Landeskrankenhauses in Merzig, ein Krankenhaus, das zwischen 1872 und 1876 gebaut wurde.

Welches sind die Grundlagen im Bereich der Denkmalpflege? Es ist erstens die Erhaltung der baulichen und geistigen Substanz eines Denkmals, es ist ferner zu berücksichtigen das landschaftliche Ambiente. Wenn neue Bauten notwendig sind, dann sollen sie von einer adäquaten Qualität sein. Eigentümer des Landeskrankenhauses ist das Land, die Ministerin Krajewski als Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Wir hatten dieses Thema vor einiger Zeit im Ausschuß, als es nicht um den Denkmalschutz ging, sondern um die Entscheidung über die Trägerschaft. Ich habe heute gelernt, Herr Braun, daß man aus Ausschußsitzungen zitieren kann, das war neu für mich. Ich hatte immer gedacht, eine Ausschußsitzung sei nicht öffentlich. Ich will nicht aus dem Ausschußprotokoll zitieren, aber ich kann sinngemäß wiedergeben, was die Ministerin damals erklärte: Wer das Geld gibt, hat auch Mitsprache und hat das Sagen; und dieses Land gibt für diesen Erweiterungsbau 79 Millionen DM aus. Als die Trägerschaft ermittelt wurde, die SHG im Saarland, und sie einen Vertrag abgeschlossen hatte mit der Zusage, daß dieses Krankenhaus fast zu 100 Prozent voll finanziert wird, hatte sie sich überlegt, eine Jury einzusetzen, um die eingereichten Entwürfe begutachten zu lassen. Dafür wurde aus Landesmitteln eine dreiviertel Million DM eingesetzt.

Diese Jury ist hochkarätig besetzt gewesen. Auch der Preis von 750.000 DM weist schon darauf hin, daß dies ein Wettbewerb von hoher Qualität und Komplexität war. Die Experten, die dort berufen wurden, sind nicht nur im Denkmalschutz ausgewiesen, sondern auch im Krankenhausbau. In der Ausschreibung zum Wettbewerb war auch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine Krankenhausplanung erstellt werden soll, die einmal den Denkmalbereich berücksichtigt, den Landschaftsbereich ebenfalls, aber auch eine moderne, nach neuen Erkenntnissen geplante Krankenhausesentwicklung, die den Patienten in seiner Ganzheitlichkeit berücksichtigen soll. Es ist interessant, daß das Krankenhaus in Merzig im 19. Jahrhundert gerade mit diesem Anspruch gebaut wurde, nämlich nach neuen Erkenntnissen im Psychiatriebereich, in Heilung und Pflege.

Nun tagte diese Jury, und beim zweiten Durchgang sind schon mehrere Entwürfe ausgeschieden. Das Ergebnis der Jury bestand darin, daß zwei Entwürfe gleichwertig beurteilt wurden, und es gab einen dritten und einen vierten Preis. Die SHG sagte damals ausdrücklich zu, daß sie das Votum dieser Jury berücksichtigen würde, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, wenn man so viel Geld für eine Jury ausgibt.

Der jetzt von der SHG durchgesetzte, mit Billigung des Kulturministers genehmigte Entwurf ist nicht nach meiner persönlichen Meinung, sondern nach Meinung aller Experten — diese Entscheidung war nämlich einstimmig — einer der schwächsten Entwürfe. Er schied schon gleich zu Anfang aus wegen „allgemeiner Mängel im Bereich des Städtebaus, der Denkmalpflege und der Betriebsfunktion. Der Entwurf leidet unter der Trennung von Alt- und Neubau, ohne daß eine funktionelle Einheit hinreichend erkennbar wäre.“

Wir hatten dann eine Ausschußsitzung mit Minister Breitenbach, und da sagten Sie, Herr Lang — jetzt komme ich zu Ihnen —, den schönen lapidaren Satz: Die SHG kann machen, was sie will.

(Zuruf von der CDU: So einfach ist das. — Abg. Gruschke (SPD): Das ist aus dem Zusammenhang gerissen.)

Sie haben geglaubt, weil Sie Ihre kulturelle Umweltverschmutzung im Hofgut Imsbach machen konnten, daß das einfach jeder so machen könnte.

(Beifall bei der CDU. — Sprechen.)

Ich habe vor Jahren ein Denkmal gekauft und renoviert, und jeder Privatmann und jede Privatfrau haben Auflagen, wenn sie ein denkmalgeschütztes Ambiente kaufen und renovieren, und davon sind auch Trägerschaften wie die SHG nicht ausgenommen.

(Beifall bei der CDU. — Abg. Lang (SPD): Das ist richtig.)

Der Landeskonservator legte sein Veto ein, weil er ebenfalls die Meinung dieser Jury und dieser Experten höher schätzte als die Meinung eines Herrn Trautmann oder eines Herrn Quirin oder eines Bürgermeisters der Stadt Merzig.

Dann befaßte sich der Landesdenkmalrat mit der Angelegenheit, und ihm wurden dann bezeichnenderweise von der Gesundheitsministerin, Frau Krajewski, die Unterlagen zur Einsicht verweigert, um die von der Jury ausgezeichneten Entwürfe, die kostengünstig nicht teurer waren als dieser jetzt ausgewählte Entwurf, dort vergleichen zu können. Dies hat die Ministerin in ihrer un-nachahmlich arroganten und schnippischen Art einfach abgelehnt.

(Lachen bei der CDU.)

Dieser Landesdenkmalrat tagt seit 25 Jahren. Seit 25 Jahren gibt es diesen Landesdenkmalrat. Es ist noch nie zu einem solchen Eklat gekommen. Der Vorstand hat seinen Rücktritt erklärt.

Der Kulturminister führte dann im Ausschuß aus und sprach von Auflagen, die er der SHG gemacht habe. Ich kann Ihnen

(Abg. Beck)

nur sagen, was da im Protokoll steht, ist reine Augenwischerei, sind nur Marginalien, die zu ändern sind. Sie zerstören mit diesem Entwurf, wenn er realisiert wird, die geistige Substanz dieses Denkmals.

Ich hoffe, daß Sie, meine Damen und Herren, darunter etwas verstehen können — im Gegensatz zum Kulturminister.

(Zuruf von der SPD.)

Ich erkläre es gleich noch einmal, vielleicht verstehen Sie es dann besser. Ich zitiere aus Ihrem eigenen Regierungsprogramm: „Am Saarbrücker Schloß hat Gottfried Böhm mit einer herausragenden Synthese von Alt und Neu gezeigt, wie es gelingen kann, unsere traditionelle Kultur mit der Moderne zu neuem schöpferischen Ausdruck zu verbinden. Dies ist der Geist, aus dem heraus die SPD an der Saar Kulturpolitik versteht.“ Wenn Sie zulassen, daß das, was im Schloß richtigerweise umgesetzt wurde, in Merzig verhindert wird, dann sind Sie in Merzig von allen guten Geistern verlassen.

(Beifall bei der CDU.)

Dieser Ausspruch in Ihrem Regierungs- und Parteiprogramm ist wiederum ein Hinweis darauf: Wenn die hoffentlich bald zu Ende gehende Ära Lafontaine einmal bewertet wird, wird man von der Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit reden.

(Beifall bei der CDU.)

Sehen Sie, wir haben doch im Saarland weiß Gott durch unsere Geschichte wenig große Denkmäler. Wenn wir damit noch schludrig umgehen und sie nicht wirklich in der höchsten Qualität erhalten und Altes und Neues in gleicher Qualität zusammenführen, dann machen wir uns an unserer Geschichte schuldig. Ich verstehe den Kulturminister nicht. Wir haben es doch in Völklingen, beim Industriedenkmal erreicht, daß wir gemeinsam dies parteiübergreifend durchgesetzt haben. Ich kenne die Diskussionen, die damals um den Schloßneubau geführt wurden, und ich denke, daß es richtig war, dies so zu machen. Dann aber bitte auch für Merzig!

(Beifall bei der CDU.)

Der Minister sprach heute morgen von Kooperation und Verbündeten, die er sich suchen wollte in bestimmten Bereichen. Ich frage mich, warum er nicht die Verbündeten beim Landesdenkmalrat und bei der Opposition gesucht hat, um endlich einmal Widerstand gegen die Gesundheitsministerin setzen zu können,

(Beifall bei der CDU.)

denn Frau Krajewski hat sich in dieser Frage zur Handlangerin der SHG gemacht. Das ist eigentlich nichts Neues. Ich habe den Eindruck, Sie beide, Frau Krajewski und Herr Breitenbach, kommen weiß Gott nicht oder auf roten Socken daher, nein, Sie schlurften durch dieses Land in roten Filzpantoffeln.

(Zuruf von der SPD.)

Denkmäler, meine Damen und Herren, sind lebendige und erlebbare Geschichte in unserer Gegenwart. Sie bedeuten, weil dies vielleicht bei der SPD-Fraktion auf offenere Ohren stößt, kulturellen Umweltschutz. Wenn wir diese Kulturdenkmäler nicht bewahren, zerstören wir einen Teil unserer kulturellen Identität. Glauben Sie nicht, daß eine ökonomische Entwicklung in diesem Land möglich ist, ohne gleichzeitig eine kulturelle Entwicklung mit voranzutreiben.

(Zuruf von der SPD.)

Dann soll er nicht davon reden, sondern wenn es darauf ankommt, auch danach handeln. Das genau werfe ich ihm ja vor: Anspruch und Wirklichkeit. Der Ministerpräsident stellt sich hier hin und spricht von dem kulturellen Anspruch, und der Kulturminister, der die Pflicht hätte, für die Erhaltung der Denkmäler zu sorgen, läßt sie zerstören und entzieht sich seiner Pflicht.

(Beifall bei der CDU.)

Ich kündige Ihnen hier und heute an, daß wir nicht bereit sein werden, dieses Thema ad acta zu legen. Wir werden über Denkmalschutz im Saarland und wie der Kulturminister damit umgeht eine Diskussion führen in und mit der Öffentlichkeit im Saarland, und ich lade Sie jetzt schon herzlich dazu ein.

(Ministerin Granz: Wir laden Sie ein.)

Wissen Sie, Herr Birtel, der ausgezeichnet wurde vom Kulturminister letzten Sonntag, muß sich doch wirklich verraten fühlen. Auf der einen Seite bekommt er einen Preis, weil er sich für Denkmalschutz einsetzt, und auf der anderen Seite verpaßt der Kulturminister ihm eine schallende Ohrfeige, weil er dies tut. Die Schizophrenie des Kulturministers in dieser Frage kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

(Zuruf von der SPD: Seien Sie vorsichtig mit dem Wort „schizophren“.)

Der Vorstand des Landesdenkmalrates ist wegen dieser feigen Entscheidung des Kulturministers zurückgetreten. Ich sage Ihnen hier, der Falsche ist zurückgetreten.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Herold:

Das Wort hat die Kollegin Engeldinger.

Abg. Engeldinger (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, daß man den Tagesordnungspunkt 9 nicht losgelöst sehen kann von dem, was den Kollegen von der CDU in Merzig derzeit bewegt. Man kann ihn nicht losgelöst sehen von einem Denkmalschützer, der sich dermaßen in Maximalforderungen manövriert hat, daß er Probleme bei der Wahrung seines Gesichtes bekam.

(Abg. Beck (CDU): Beurteilen Sie das?)

Beim erstgenannten Problem handelt es sich um eine temporäre Angelegenheit: Wenn der 16. Oktober vorbei ist, ist auch das Wahlkampfgetöse des CDU-Kollegen aus Merzig vorbei.

Beim zweitgenannten Problem handelt es sich um eine Frage grundsätzlicher Natur. Erstens. Wie weit kann der Denkmalschutz in seinen Forderungen gehen? Zweitens. Wie weit ist er bereit, auf Maximalforderungen zu verzichten, um auch anderen wichtigen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen? Drittens. Soll der Denkmalschutz in die Lage versetzt werden, mit Maximalforderungen gleichwertige Ideale, wie zum Beispiel Wirtschaftlichkeit und Funktionalität, die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und die Wiederherstellung der Gesundheit zu blockieren und damit Politik unmöglich machen?

(Abg. Beck (CDU): So ein Quatsch!)

Ich meine, auch der Denkmalschutz muß zur Kenntnis nehmen, daß wir in einer Demokratie leben, in der der von breiten Bevölkerungsschichten getragene Wille sich niederschlagen muß in Entscheidungen, die nicht nur einem Kriterium allein genügen. Weder das Grundgesetz noch andere Bestimmungen sehen Tabuzonen für den Denkmalschutz vor.

Der konkrete Anlaß zum Rücktritt des Vorstandes des Landesdenkmalrates erscheint mir als Schulbeispiel dafür, daß auch die Denkmalschutzseite nicht überreizen darf: Alle Beteiligten an dem Projekt eines neuen Kreiskrankenhauses auf dem Gelände des Landeskrankenhauses in Merzig, alle Mitglieder in Aufsichtsrat und kommunalem Beirat, die Krankenkassen, die an der Planung beteiligten Ärzte und Pflegekräfte, der Oberbürgermeister als Repräsentant der Stadt, in der gebaut wird, der Landrat als Repräsentant der Gebietskörperschaft, die bis vor einem Jahr Träger des Kreiskrankenhauses war, und die vielen anderen waren sich einig in ihrem Urteil, dem Landeskonservator sehr, sehr weit entgegengekommen zu sein.

(Abg. Engeldinger)

Diese Meinung teile ich mit meinem Kollegen von der CDU in Merzig, zumindest ausweislich seiner Pressemeldung vom 28. Juni. Ich zitiere auszugsweise: „Für die sofortige Umsetzung des vom Aufsichtsrat beschlossenen Neubaukonzepts des Kreiskrankenhauses hat sich die CDU Merzig-Wadern ausgesprochen. Der Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Jürgen Schreier fordert laut einer Pressemitteilung des CDU-Kreisverbandes den zuständigen Minister Breitenbach auf, sich über das Veto des Landeskonservators gegen die vorgesehene Planung hinwegzusetzen, den Krankenhausneubau zu genehmigen und damit den sofortigen Baubeginn zu gewährleisten.“

(Sprechen und Unruhe.)

„Der dreigeschossige Neubatrakt komme ohnehin in den hinteren Bereich des jetzigen Landeskrankenhauses, ohne daß die Bausubstanz des alten Gebäudes wesentlich beeinträchtigt werde. Vor allem die schöne Vorderfassade bleibe vom Umbau völlig unberührt, so daß dem Denkmalschutz Rechnung getragen worden sei.“

Das Veto des Landeskonservators mache sich an Nachrangigkeiten fest und sei weder haltbar noch plausibel. Im Interesse eines schnellen Baubeginnes müsse der Minister deshalb sofort den Weg für den geplanten Krankenhausneubau freimachen. Der Landeskonservator dürfe das wichtige Bauvorhaben nicht länger blockieren.“ — Soweit mein Kollege aus Merzig.

(Abg. Beck (CDU): Darf ich eine Zwischenfrage stellen?)

Ja, bitte. Ich habe Sie zwar nicht gestört, aber bitte schön.

Abg. Beck (CDU):

Sie können mich gern jederzeit stören, wenn ich rede. Ich habe gar nichts dagegen. Frau Engeldinger, mein Kollege Schreier wird dazu natürlich etwas sagen. Können Sie sich vorstellen, daß Sie in eine Situation kommen, wo Ihnen Informationen vorenthalten werden, wie dies durch die SHG geschehen ist, und daß Sie dann, wenn Sie die Informationen und wichtige Argumente haben, Ihre Meinung zu einer Angelegenheit korrigieren? Ich habe den Eindruck, Sie sind dazu nicht in der Lage und die Ministerin Krajewski und Minister Breitenbach ebenfalls nicht. Ich glaube nicht, das dies ein Zeichen von Einsicht und Größe ist.

(Beifall bei der CDU.)

Abg. Engeldinger (SPD):

Frau Kollegin, der Kollege Schreier hatte jederzeit Gelegenheit, sich bei der SHG auch jetzt noch zu informieren über das, was weiterhin geschehen ist.

(Zuruf der Abgeordneten Beck (CDU).)

Und auch der Aufsichtsrat hatte informiert über alles, was die SHG geplant hatte. Der Aufsichtsrat wurde hierüber informiert, und hier sitzen die Kollegen der CDU drin, und sie haben einstimmig mitbeschlossen. Wenn der Kollege Schreier sich jetzt Ihnen meinnetwegen gebeugt hat, dann ist das ein Problem Ihrer Fraktion.

(Beifall bei der SPD. — Sprechen und Unruhe.)

Mir stellt sich heute die Frage, welches die treibende Kraft zu seinem heute erkennbaren Umdenken war und wie seine widersprüchlichen Äußerungen zu werten sind. Das ist genau der Punkt.

Aber auch wesentlich sachkundigere Fachleute haben sich inzwischen eindeutig geäußert. Ich zitiere Georg Jung, Vorsitzender des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt für das Saarland:

(Abg. Beck (CDU): Ein ausgewiesener Denkmalschützer! — Sprechen und Unruhe.)

Aber vielleicht hat er Ahnung von Krankenhäusern. Zitat: „Das Konzept Nedeljkov erhält über 90 Prozent der alten Bausub-

stanz. Das alte Landeskrankenhaus bleibt unverseht und wird durch den Einbau von Sanitärzellen behutsam modernisiert. Bei allen anderen Planungsentwürfen bliebe erheblich weniger schützenswerte Bausubstanz erhalten. Unter dem Gesichtspunkt der Funktionalität sind vor allem die kurzen Wege für Patienten und Pflegepersonal von erheblicher Bedeutung. Diesem Anspruch an ein patientengerechtes Krankenhaus wird das Konzept Nedeljkov voll gerecht. Eine Umsetzung des Konzeptes der vermeintlichen Denkmalschützer würde die Funktionsräume in die Erde verbannen und damit Mehrkosten in Höhe von mehr als acht Millionen DM verursachen. Dies ist in keiner Weise weder gegenüber den Steuerzahlern des Landes noch den Versicherten der Krankenkassen zu verantworten, die alle letztendlich die Finanzierung dieses Krankenhauses sicherzustellen haben.“

Darüber hinaus zitiere ich Uwe Zimmer, Sachgebietsleiter der VdAK/AEV-Landesvertretung Saarland und Sachpreisrichter des Preisgerichtes in Merzig: „Der Nedeljkov-Entwurf verbindet die Alt- und Neubausubstanz in harmonischer Weise und erfüllt mit einer Erhaltung der hinteren Winkelbauten die vom Landeskonservator schriftlich am 17. September 1993 festgelegten denkmalschützerischen Anforderungen in größerem Maße als der von den Architekten bevorzugte HWP-Entwurf, der die Winkelbauten völlig aufgibt und neben dem Eingraben des ganzen Neubaus ein Labyrinth von unterirdischen Gängen zur Benutzung den Patienten und dem Personal des Krankenhauses zumutet, die, weil im Modell nicht sichtbar, gar nicht diskutiert wurden. Es ist deshalb verständlich, daß die Landesregierung sich über die zum Teil in unredlicher Form vorgebrachten Argumente des Landeskonservators mit den notwendigen denkmalschützerischen Aufgaben über diesen hinweggesetzt und die SHG unterstützt hat.“

Hört es sich bis dahin noch als Streit innerhalb von Fachleuten und mit dem Landeskonservator an, so hat dieser Streit längst eine für das Land und insbesondere für meine Heimatstadt sehr schädliche überregionale Dimension erreicht. In der Frankfurter Allgemeinen erscheint Merzig in einer Schlagzeile „Streit um eine Irrenanstalt“; der geplante Neubau wird regional zur „Quetsch“ herabgewürdigt, Merzig wird zur Stadt der Irren in einer Quetsch, und Schuld hat nur die SPD.

Ich meine, daß unser Land und meine Heimatstadt dieses unglückliche Echo in der regionalen wie überregionalen Presse nicht verdient haben. Auf Kosten unserer Heimat und der Menschen kochen einige Leute ein fades Süppchen: mit Maximalforderungen und mit parteipolitischem Wahlkampfgetöse, gemischt mit Profilierungssucht und Rechthaberei.

Der Nebenkriegsschauplatz Denkmalschutz wird doch nur deswegen von einigen CDU-Politikern zum Thema, weil man sich auf dem eigentlichen Schauplatz, der Klärung der Trägerfrage, eine Niederlage eingehandelt hat. Ich bin mir mit vielen Kennern der Szene, vor allem aber mit den Merziger Bürgerinnen und Bürgern, darin einig, daß es die Debatte von heute nicht gäbe, wäre die von der CDU favorisierte Trägerin der Bauherr in Merzig und wäre nicht gerade Wahlkampf.

(Beifall bei der SPD. — Sprechen und Unruhe.)

Die so gerne von der CDU zitierten 10.000 Bürger haben für ein neues Kreiskrankenhaus unterschrieben, und das bekommen sie auch. Hier das beinahe Unmögliche möglich gemacht zu haben, bin ich Gesundheitsministerin Christiane Krajewski und Finanzminister Hans Kasper sowie dem Träger Saarland Heilstätten GmbH äußerst dankbar.

(Beifall bei der SPD.)

Dieselben 10.000 Bürger haben jedoch nicht unterschrieben für wahltaktische Miesmacherei, für Maximalforderungen des Landeskonservators oder die Durchsetzung eines der CDU genehmten Architekturbüros.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Müller (CDU).)

(Abg. Engeldinger)

Ein Krankenhaus ist kein Schloß und kann niemals allein Denkmal sein, das es zu erhalten gilt. Ein Krankenhaus ist im Zeitalter Seehoferschen Kostendruckes ein Wirtschaftsunternehmen, das seine Betriebskosten durch sozialverträgliche Pflegesätze decken muß. Weil wir aber die kulturhistorische Bedeutung des Landeskrankenhauses ebenso hoch einschätzen wie der Vorstand des Denkmalrates und der Landeskonservator sowie die damit befaßten Fachleute, war die Kompromißfindung ein äußerst schwieriges Unterfangen.

Leider wurde die denkmalschützerische Seite zur Glaubensfrage hochstilisiert, die letztlich darin gipfelte, daß dem Vorstand des Denkmalrates nach der Drohung „Entweder hat der Denkmalschutz erste Priorität oder wir treten zurück“ — eine Situation, in die er sich selbst hineinmanövriert hat — schlußendlich nichts anderes als der Rücktritt verblieb. Dies bedauere ich, kann dafür allerdings keinerlei Verständnis aufbringen.

Noch mehr bedauere ich, daß die CDU-Landtagsfraktion mit der heutigen Debatte noch Öl ins Feuer gießt, anstatt die Diskussion zu versachlichen.

(Beifall bei der SPD.)

Bei dem hier bereits zitierten Ideenwettbewerb zum Neubau des Krankenhauses auf dem Gelände des LKH konnte der Denkmalschutz ein wichtiges, aber nicht das einzige Kriterium sein. Wirtschaftlichkeit und Funktionalität mußten zwangsläufig in gleicher Weise Berücksichtigung finden. Gleichzeitig hat sich die SHG als Bauherr verpflichtet, einen oder mehrere der Wettbewerbsteilnehmer mit der weiteren Planung zu beauftragen. Dies waren die wesentlichen Wettbewerbsbedingungen. Frau Beck, darüber hätten Sie sich vielleicht vorher einmal erkundigen sollen.

(Zuruf der Abgeordneten Beck (CDU).)

Wie bei vielen anderen Architektenwettbewerben auch muß es dem Bauherrn überlassen bleiben, inwieweit er das Preisgerichtsurteil berücksichtigt. Kein Bauherr wird sich von anderen vorschreiben lassen, welchen Entwurf er schlußendlich auswählt, sei ihm der Rat der Jury auch noch so teuer.

Der Entwurf des Architekten Nedeljkov war gegen das Votum der Sachpreisrichter ausgeschieden. Dies und die von mir bereits zitierte Veröffentlichung eines Sachpreisrichters deuten darauf hin, daß der Nedeljkov-Entwurf von einem Teil des Preisgerichtes sehr wohl in der engeren Wahl gesehen wurde, wenn er auch keine Mehrheit fand. Bei näherer Prüfung des Vorgehens der Jury stellt man einige Auffälligkeiten fest, welche die Qualität der Urteilsfindung mit Fragezeichen versehen. Ich will dies begründen.

Der Entwurf Konny Schmitz wurde mit einem dritten Preis versehen, obwohl ein wesentlicher Teil der denkmalgeschützten Substanz für immer zerstört und der Innenhof des Altbaues mehr als bei jedem anderen Entwurf verbaut worden wäre. Aus Sicht des Denkmalschutzes hätte dieser Entwurf von vornherein ausscheiden müssen. Statt dessen landete er vorne. Der vom Landeskonservator und dem Preisgericht noch mehr favorisierte Entwurf der HWP-Planungsgesellschaft Stuttgart — hierfür gab es einen zweiten Preis — sieht ein 170 Meter langes Krankenhaus mit 50 Meter langen T-förmigen Köpfen vor, dessen Sockelgeschloß auf der nordöstlichen Seite des Geländes — das ist die Rückseite — bis zu vier Meter in den Boden eingegraben werden muß. Bedingt durch die Höhenvorgaben des Landeskonservators entsteht ein Krankenhaus, dessen wesentliche Funktionen im Keller untergebracht werden. Die Küche ist im Außenbereich angesiedelt, und es entstehen ohne Not riesige Oberflächen, die den Heizbedarf nach oben treiben. Auf diese Problematik haben leider Vorprüfung und Preisgericht nicht hinreichend aufmerksam gemacht.

Aber wie sollte denn eine Jury, die für die Prüfung und Beurteilung von elf umfangreichen Entwürfen einschließlich der Preisverleihung eben einmal fünfzehn Stunden aufgebracht hat, sich

auch noch mit Fragen des Denkmalschutzes, der Wirtschaftlichkeit und der Funktionalität befassen? Dies überließ man dem Auslober selbst — ein Verfahren, das nicht befriedigen kann. Ich denke, daß hierin ein wesentlicher Grund für die nachfolgenden Probleme liegt.

Aber es war und ist bei weitem nicht das erste Mal, daß das Votum einer Jury nach einem Architektenwettbewerb korrigiert wurde. Auch beim Bau des neuen Rathauses und des Kindergartens St. Josef in Merzig wurde aus guten Gründen nicht der erste Preisträger des Wettbewerbs beauftragt.

(Abg. Beck (CDU): Sondern?)

Diese Tatsache kommentierte der CDU-Kollege aus Merzig damals ausweislich von Zeugen als besonders intelligent. Nicht unbedingt der preisgekrönte, sondern der beste Entwurf müsse zum Tragen kommen. Dem schließe ich mich in jedem Falle an — nicht nur da, wo es mir parteipolitisch paßt.

(Zuruf des Abgeordneten Schreier (CDU).)

Mir ist bekannt, daß der ursprüngliche Nedeljkov-Entwurf — wie seine Alternativen auch — in mehreren Runden mit den künftigen Nutzern, insbesondere Ärzteschaft und Pflegepersonal, optimiert wurde. Alle drei in die engere Wahl gekommenen Entwürfe, darunter auch der von HWP, wurden nach der Optimierung noch einmal von den Nutzern analysiert und einer Beurteilung unterzogen. Frau Beck, da haben Sie eben das Gegenteil behauptet, aber dies ist die Wahrheit. Nach Abschluß dieses Optimierungsverfahrens haben sich die Nutzer sowie kommunaler Beirat, Aufsichtsrat und Geschäftsführung einmütig für den Entwurf Nedeljkov ausgesprochen. Einmütig heißt: unter Beteiligung von CDU und SPD in Aufsichtsrat und kommunalem Beirat und in voller Kenntnis des Konfliktes mit dem Landeskonservator, des weiteren in voller Kenntnis, daß der Nedeljkov-Entwurf beim Preisgericht nicht die erste Wahl gewesen ist.

Ich wüßte nicht, daß sich die Rednerin aus den Reihen der CDU bisher die Mühe gemacht hat, sich beim Bauherrn über die inzwischen erheblich optimierten Entwürfe sachkundig zu machen. Sie reden noch über den Planungsstand vom Frühjahr dieses Jahres und ausschließlich darüber, was man Ihnen von seiten der Kritiker, die ebenso auf dem Stand vom Frühjahr verblieben sind, zugesteckt hat. Sie lassen völlig außer acht, daß die denkmalpflegerischen Auflagen inzwischen im Nedeljkov-Entwurf Eingang gefunden haben und noch Eingang finden werden. Hierzu laufen noch die Arbeiten des Architekten.

Ich fasse zusammen. Wir bedauern die denkmalschützerische Kontroverse, welche die heutige Diskussion ausgelöst hat. Wir sind gleichwohl der Überzeugung, daß es keinen ausreichenden Grund dafür gibt, die Denkmalschutzfrage beim Neubau des Kreiskrankenhauses in Merzig in der gezeigten Form und zum Schaden von Land und Stadt Merzig zu behandeln. Die inzwischen optimierten Nedeljkov-Entwürfe stellen unseres Erachtens einen tragfähigen Kompromiß zwischen Denkmalschutz, Funktionalität und Wirtschaftlichkeit dar und werden damit den Zielen des Wettbewerbs gerecht.

Mit unserer Zustimmung zum bisherigen Verfahren und insbesondere mit der Zustimmung des Ministers für Wissenschaft und Kultur als oberste Denkmalschutzbehörde befinden wir uns in guter Gesellschaft

(Abg. Schreier (CDU): Ja, das stimmt)

mit der Ärzteschaft und den Pflegekräften des Kreiskrankenhauses als künftigen Nutzern, mit Landrat Kreiselmeier und Oberbürgermeister Dr. Alfons Lauer als den Vertretern der Region, mit den Arbeitnehmern und den von ihnen gewählten Vertretern sowie den Kostenträgern. Wir fordern die CDU auf, sich deren Votum anzuschließen und hinsichtlich der denkmalschützerischen Kontroverse zur Versachlichung des Themas beizutragen, anstatt weiter für Verunsicherung, Zwietracht und Negativschlagzeilen zu sorgen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Herold:

Das Wort hat die Kollegin Müller.

Abg. Brunhilde Müller (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gebe zu, ich habe meine Informationen zu diesem Tagesordnungspunkt in der letzten Zeit nur noch aus den Medien. Ich war in der letzten Zeit nicht mehr in Merzig und habe die Diskussion nicht so hautnah miterlebt, wie Sie, Frau Engeldinger oder Herr Schreier, sie miterlebt haben. Aber es bleibt ein schaler Beigeschmack. Wir haben in Merzig in der letzten Zeit einiges erlebt, wenn es darum ging, ein neues Krankenhaus zu planen und zu bauen. Die Merziger Bürgerinnen und Bürger haben sich in den letzten Jahren einiges gefallen lassen müssen. Die Initiative hat hart gearbeitet, um überhaupt ein neues Krankenhaus zu bekommen, und was sich dann abgespielt hat, war nicht gerade das Gelbe vom Ei.

Nun hat die SHG aber den Sieg errungen; sie hat dieses Gelände; sie hat die Möglichkeit, dort ein neues Krankenhaus zu bauen. Und nun haben wir den Eklat mit dem Landesdenkmalrat. Ich denke, wir leben in einer Demokratie, und ich fordere eigentlich von dieser Stelle aus alle, die hier Verantwortung tragen — den Kulturminister, die Sozialministerin, die SHG und auch uns selbst vielleicht —, auf, sich noch einmal an einen Tisch zu setzen und darüber nachzudenken, was für die Merziger, was für dieses Ensemble das beste ist. Ein Krankenhaus muß funktionsfähig eingerichtet sein.

(Ministerin Granz: Und wirtschaftlich sein.)

Und wirtschaftlich. Danke schön. Das ist richtig. Ich denke, wir können den Bediensteten in einem Krankenhaus nicht zumuten, zwischen den Zimmern tagtäglich Hunderte von Metern hin und her zu rennen. Bei dem Architekten ist man heute in der Lage, dies ordentlich hinzubekommen, und ich bin erstaunt darüber, daß man sich heute immer noch darüber unterhält, wie dieses Ensemble in Zukunft aussehen soll. Ich denke, wir müssen einen Schlußstrich ziehen, und wir sind hier alle gefordert. — Danke schön.

(Beifall bei FDP und SPD.)

Präsident Herold:

Das Wort hat der Kollege Schreier.

Abg. Schreier (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das wichtigste Prinzip, Kollegin Engeldinger, nicht nur bei einem Bau, sondern auch bei einer Rede, ist: Denk mal!

(Abg. Engeldinger (SPD): Ist die Wahrheit.)

Denk mal, bevor du an dieses Pult gehst, und denk mal, bevor du redest. Ich habe den Eindruck, daß Sie dieses wichtigste Prinzip kräftig, aber auch kräftig mißachtet haben.

(Abg. Engeldinger (SPD): Deshalb sind Sie in die Schwierigkeiten gekommen.)

Sie haben recht. Sie haben wirklich recht. Es gäbe diese Debatte hier nicht, wenn die SPD sich richtig verhalten hätte.

(Zuruf des Abgeordneten Gruschke (SPD).)

Denn wenn es nach dem Willen der SPD und allen voran Ihres Mannes in der Kreistagsfraktion in Merzig-Wadern, wenn es also nach dem Willen der Familie Engeldinger gegangen wäre, stünde in Merzig überhaupt kein Neubau eines Krankenhauses an.

(Zurufe der Abgeordneten Engeldinger (SPD) und Beck (CDU).)

Diese Meinung vertrat zunächst auch die Gesundheitsministerin des Landes, und Sie, Frau Kollegin, haben in Merzig wie immer nicht die Interessen der Merziger Bürger vertreten, sondern Sie

haben in Merzig die Interessen der Saarbrücker Parteizentrale vertreten. Das ist der Punkt, der zunächst einmal zu nennen ist.

(Beifall bei der CDU.)

Ein Zweites. Es wird jetzt ein neues Krankenhaus gebaut, weil der Bürgerwille sich durchgesetzt hat, weil die CDU mit den Bürgern zusammen den Neubau durchgesetzt hat, gegen den Sie sich letztlich politisch nicht wehren konnten. Das war die erste Leistung. Die zweite Leistung heißt jetzt: Wenn denn schon neu gebaut wird, ist darauf zu achten, daß nicht einer der schlechtesten Entwürfe realisiert wird, sondern einer der besten.

(Beifall bei der CDU.)

Es stimmt, Sie haben recht. Zunächst war ich, wie auch mein Freund Landrat Kreiselmeyer, der Meinung, daß es ausschließlich um denkmalpflegerische Sachen gehe. So hat es auch die SHG in allen Sitzungen dargestellt. Der Tenor war ungefähr so: Wir würden ja ein ganz wunderbares Krankenhaus bauen, wenn es nur nicht diesen Landeskonservator gäbe, der uns an der Ausführung unseres phantastischen Krankenhausplanes hindern würde. Bei näherer Betrachtung — und da bin ich meiner Kollegin Beck wirklich dankbar — hat sich dann aber herausgestellt, daß es gar nicht in erster Linie der Denkmalschutz war, der zur Aussortierung dieses Entwurfs von Nedeljkov geführt hat, sondern ganz andere, nämlich bauliche Mängel.

Dazu lese ich Ihnen, Frau Engeldinger, einen Auszug aus der Niederschrift des Preisgerichtes vom 4./5. Februar 1994 vor, wo zum Nedeljkov-Entwurf Stellung genommen ist, den Sie ja jetzt realisieren wollen: „Die Entwürfe wurden wegen allgemeiner Mängel im Bereich des Städtebaus, der Denkmalpflege und der Betriebsfunktion ausgeschieden.“ Das sagt eine Jury, die für 750.000 DM Steuergelder von der SHG mit hochkompetenten Krankenhausfachleuten aus ganz Deutschland besetzt war. Da können Sie soviel zitieren, wie Sie wollen — von der ÖTV über die Ärzteschaft, das Pflegepersonal usw. —, ich verlasse mich in solchen Fragen lieber auf das Urteil unabhängiger Gutachter als auf das Urteil derjenigen, die abhängig sind und bei der SHG arbeiten.

(Beifall bei der CDU.)

Das alte Sprichwort, Frau Engeldinger, „Wes Brot ich eß, des Lied ich sing“, gilt auch in diesem Fall. Genau diese Klientel, die Sie gerade genannt haben, war es nämlich, die sich damals schon gegen einen Neubau und für eine bloße Altbausanierung ausgesprochen hat. Wer sich einmal so gravierend irrt, dem sollte man beim zweitenmal erst recht nicht mehr glauben.

Meine Damen und Herren, 1886 wurde die Anstalt — so hieß sie damals — in Merzig eröffnet, und die ganze Rheinprovinz war stolz auf dieses Haus. Sie waren vor allem stolz darauf, weil es ein hochmodernes Krankenhaus der damaligen Zeit war. Bei der Planung wurden nämlich im Hinblick auf die Behandlung psychisch Kranker zum erstenmal die neuesten Erkenntnisse der Psychiatrie berücksichtigt, die besagen, daß Blick ins Grüne, Parkerlebnis, Öffnung zur Landschaft hin, Licht und Luft ein wesentlicher Beitrag zur Heilung sind. Von daher wollte man psychisch Kranke nicht mehr in dunklen Kammern unterbringen, sondern nach diesen neuen Erkenntnissen pflegen und heilen.

120 Jahre später soll jetzt ein Krankenhausneubau in Merzig realisiert werden, der nach Ansicht von Krankenhausexperten hinter diese Ideen von 1870 zurückgeht. Meine Damen und Herren, Jurymitglieder sagten, daß man aus Krankenzimmern eben nicht ins Grüne, ins Freie sehen wird. Aus Krankenzimmern sieht man auf Betonwände und Hinterhöfe statt auf den großen Park. Es fehlt an natürlicher Belichtung und Belüftung. Der Bau ist hochkomprimiert zwischen zwei andere Bauten eingefügt und hat deshalb auch keine Erweiterungsmöglichkeiten.

Genau das interessiert mich, Frau Kollegin. Mich interessiert nicht in erster Linie, ob die Traufhöhe richtig ist, ob man dieses

(Abg. Schreier)

oder jenes vom alten Denkmal sieht. Mich interessiert, daß dieser Entwurf wegen baulicher Mängel verworfen und frühzeitig aussortiert worden ist. Sie muten jetzt den Merzigern einen verworfenen Entwurf zu. Sie wollen nicht, daß einer der besten Entwürfe zum Tragen kommt, sondern einer der schlechtesten. Das müssen Sie in Merzig verantworten.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich an die Gesundheitsministerin wenden. Die Gesundheitsministerin, die diesen Bau der SHG mit 79 Millionen DM Steuergeldern bezuschußt, hätte doch Sturm laufen müssen gegen diese baulichen Mängel! Sie hätte vor allen Dingen deshalb Sturm laufen müssen, weil sie es doch gewesen ist, die der Integration von psychisch Kranken und physisch Kranken ganz besondere Bedeutung beimißt.

Frau Gesundheitsminister, Sie sollten einmal bedenken und an erster Stelle wissen, daß Architektur auch heilen hilft, daß Licht und Luft ganz besondere Beiträge zur Heilung von Kranken, seien es psychisch oder physisch Kranke, leisten. All das wird unter den Teppich gekehrt, wenn ein großer SHG- und SPD- Krankenhausboß auftritt. Da wird nach seiner Fuchtel getanzt und nicht nach den Interessen der Patienten und des Personals. Das ist der wahre Hintergrund.

(Beifall bei der CDU.)

Diese Gesellschaft hat bei der Debatte im Kreistag versprochen, 114 Millionen DM für diesen Krankenhausbau zu investieren. Heute ist von diesen 114 Millionen DM überhaupt nicht mehr die Rede. Jetzt geht es nur noch um 79 Millionen DM, die investiert werden sollen. Diese 79 Millionen DM sind genau die Gelder, die aus Steuermitteln, aus Haushaltsmitteln bereitgestellt werden. Die Minderausgaben, die Differenz zu den zugesagten 114 Millionen DM, die im übrigen, Frau Engeldinger, ein anderer Bewerber damals schriftlich zugesagt hatte, geht jetzt zu Lasten der Qualität des Neubaus.

Ein Drittes und Letztes, meine Damen und Herren. Wir haben gerade über Solarenergie gesprochen, eine Energiedebatte geführt. Hier sitzt noch der Umweltminister dieses Landes, der sich mit solchen Dingen gerne schmückt. Ein Ergebnis dieses Wettbewerbs war auch, daß es in diesem Bau an natürlicher Belichtung und Belüftung fehle, weil er so komprimiert ist. Ich meine, wenn das die Jury sagt und deutlich macht, daß als Folge der hohen Komprimiertheit dieses Baus ein außerordentlich hoher Lüftungsaufwand mit hohen Installations- und hohen Energiefolgekosten erforderlich ist, wenn also erkennbar ist, daß die Bauökologie nicht stimmt, dann müßte doch auch ein Umweltminister dieses Landes hellhörig werden. Und ein Ministerpräsident, der sich anheischig macht, die soziale Marktwirtschaft in die ökologische Marktwirtschaft zu überführen, könnte gerade an einem solchen Beispiel, wenn auch im Kleinen, einmal zeigen, daß er es ernst meint mit dem, was er sonst nur proklamiert.

Meine Damen und Herren, bei einem solch wichtigen Bauprojekt — und darum geht es mir — geht es nicht nur darum, daß gebaut wird, sondern vor allen Dingen darum, wie gebaut wird. 10.000 Merziger haben einen Neubau erstritten. Sie haben nicht umsonst gekämpft, sie haben gekämpft für einen Neubau im Grünen mit Licht, Luft und hellen Krankenzimmern. Ich meine, daß die Leidtragenden aus diesen Fehlentscheidungen zugunsten des verworfenen Nedeljkow-Plans die Patienten und das Personal sein werden. Jedenfalls ist diese Fehlentscheidung wieder eine verpaßte Chance für Merzig. Ich hätte mir gewünscht, Frau Kollegin Engeldinger, daß Sie mit mir zusammen für einen der besten Entwürfe gekämpft hätten und nicht für einen der schlechtesten. Das war aber leider nicht der Fall. Ich bedaure das für Merzig.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Herold:

Das Wort hat der Kollege Lang.

Abg. Lang (SPD):

Denk mal, Kollege Schreier, das neue Krankenhaus in Merzig ist gebaut, und niemand erinnert sich mehr an diesen Zirkus. Das

relativiert meines Erachtens ganz erheblich die Dramatik, mit der Sie hier versucht haben, Merziger Lokalpolitik im saarländischen Landtag zu machen. Denk mal, Kollege Schreier, von dieser Debatte wird leider nicht viel bleiben. Das Entscheidende an dieser ganzen Frage für die Menschen in Merzig und Umgebung ist und bleibt: Sie erhalten ein neues, hervorragend funktionierendes Krankenhaus, sie behalten den Teil der Psychiatrie, der für den Kreis Merzig wichtig ist, und sie erhalten zusätzlich eine Schwerpunktkrankenversorgung, die von den Merzigern sehr gewünscht ist. Das ist das, was bleibt. Und ich sage den Tag voraus, es wird gar nicht mehr lange dauern und man wird von diesem ganzen Palaver nicht mehr viel hören, es wird nichts mehr davon bleiben.

(Zuruf des Abgeordneten Schreier (CDU).)

Lieber Kollege Schreier, damit wir das hier einmal auf den Punkt bringen: Der eigentlich entscheidende Punkt ist die Standortsicherung des Merziger Krankenhauses und die Qualitätsverbesserung. Das ist der eigentlich entscheidende Punkt. Und daran darf und braucht niemand zu zweifeln.

(Abg. Schreier (CDU): Doch!)

Daß der jetzige Planungsentwurf, um den es hier geht, auch eine harmonische Verbindung von Alt- und Neubau ist — ich sage nicht, die anderen wären das nicht gewesen —, das geht aus den Protokollen der Jury auch hervor. Das ist überhaupt nicht strittig gewesen. Wenn Sie mit den Mitgliedern des Preisgerichtes sprechen, werden Sie sehen, daß das überhaupt nicht strittig gewesen ist. Was auch ganz wichtig ist: Es werden jetzt denkmalgeschützte Teile erhalten, die ansonsten sogar weggefallen wären.

(Abg. Schreier (CDU): Es geht um die Baumängel!)

Ich komme gleich darauf zu sprechen. — Damit eines klar ist, Kollegin Beck, solche Wettbewerbe sind heute in der Regel Ideenwettbewerbe, sie sind keine Realisierungswettbewerbe. Und daß der Träger dann selbst entscheidet, was der richtige, für ihn finanzierbare und auch für den laufenden Betrieb später vertretbare Plan ist, das ist bei den meisten Wettbewerben heute absolut selbstverständlich. Wer sich ein bißchen in der Kommunalpolitik auskennt weiß, wie das heute läuft. Ich sage auch, daß dies durchaus vernünftig ist. Man kann doch dem Preisgericht nicht einfach alle Kompetenz zusprechen. Was in diesen Zusammenhang gehört, ist, daß das neue Krankenhaus in Verbindung mit der Nutzung des Altbaus der ehemaligen Landesnervenklinik nicht nur die medizinischen Erfordernisse voll befriedigen muß, sondern daß es auch den betriebswirtschaftlichen und betriebsorganisatorischen Anforderungen entsprechen muß. Und da kann wohl niemand der Saarland Heilstätten GmbH, die ja ein großer und anerkannter Krankenhausträger im Saarland ist, eine gewisse Kompetenz absprechen. Daß gerade die Mitglieder im Preisgericht, die sich mit betriebswirtschaftlichen Fragen, also mit der Finanzierung der Betriebskosten beschäftigen, daß gerade sie diesen Entwurf befürwortet haben, das spricht dafür, daß die SHG durchaus richtig entschieden hat.

Kollege Schreier und Frau Beck, was ich besonders übel finde ist, daß Sie hier den Eindruck erwecken, als ob die Qualität der Versorgung der Patientinnen und Patienten in dem zukünftigen Neubau hinter den Anforderungen des Krankenhausbaus des letzten Jahrhunderts zurückbleiben würde. Kollege Schreier, damals sind diese Krankenhäuser für psychisch Kranke, für „Geistesranke“, an die Ränder der Städte gebaut worden, weil diese Patienten niemand sehen wollte. Das ist mit dem Argument „im Grünen“ glorifiziert worden. Im Grunde ging es um eine brutale Abschiebung dieser Patienten aus dem Blickwinkel der Menschen. Sie sagen, das wäre die Idee, der wir heute noch folgen müßten. Ich finde, das ist eine ganz üble Geschichte, die Sie hier aufzischen. Herr Schreier, wissen Sie, an was mich das erinnert? Das erinnert mich an Ihre Kampagne gegen die Dezentralisierung der Versorgung psychisch Kranker und gegen die Verbesserung der Situation psychisch Kranker im Saarland. Das ist die Fortsetzung dieser Kampagne mit anderen Argumenten.

(Beifall bei der SPD.)

(Abg. Lang)

Gerade fiel mir der Krankenträger ein, der ja in Merzig auch im Gespräch war. Ich empfehle Ihnen einen Ortsbesuch in St. Wendel. Dort baut dieser Träger im Augenblick ein Krankenhaus. Dort wird auch im Karree gebaut, und auch dort wird zukünftig aus den Fenstern der Akutversorgung auf die Wände der Psychiatrie oder der Geriatrie gekuckt werden müssen. Das ist bei solchen funktional einzurichtenden Gebäuden überhaupt nicht anders möglich. Kollege Schreier, in Merzig werden auch zukünftig die Patientinnen und Patienten mit einer langen Verweildauer in den Gebäuden bleiben, die einen freien Fensterblick in die Landschaft haben, den Sie so glorifizieren. Die Patientinnen und Patienten mit einer möglichst kurzen Verweildauer von vielleicht acht bis zehn Tagen oder weniger — das wird zukünftig so sein — werden in den anderen Räumen Platz finden.

(Abg. Schreier (CDU): Das ist ja zynisch!)

Lieber Kollege Schreier, wir sind zwar von seiten der SPD-Fraktion vehement für die Sicherung des Bergbaues eingetreten, und wir werden dafür auch zukünftig eintreten. Aber für die Untertageversorgung und die Untertagearbeit im Krankenhauswesen werden wir auch zukünftig nicht eintreten.

(Beifall bei der SPD.)

Im Grunde ist das doch das Plädoyer, das Sie halten: Weg von über Tage hin zu unter Tage. Denn mindestens in zwei Etagen hätte unter Tage gearbeitet werden müssen bei der Realisierung anderer Pläne. Sie sagen, das wäre die bessere Alternative gewesen; da verstehe ich die Welt nicht mehr.

Ich komme zum Schluß. Hier war ein Kompromiß zu finden zwischen Humanität und Wirtschaftlichkeit.

(Zuruf der Abgeordneten Beck (CDU).)

Es war auch ein Kompromiß zu finden hinsichtlich der Anforderungen des Denkmalschutzes, die ich nicht gering schätze und die ich für wichtig halte. Aber wir müssen versuchen, die drei Dimensionen Wirtschaftlichkeit, effektive Krankenversorgung und Denkmalschutzanforderungen in einen vernünftigen Zusammenhang zu bringen. Diesen vernünftigen Zusammenhang hat man meines Erachtens zustande gebracht. Es bleibt im Grunde das, was ich zu Anfang bereits gesagt habe: In wenigen Wochen wird niemand mehr von diesem Zirkus sprechen. Wir werden in Merzig ein modernes Krankenhaus haben, die Menschen in Merzig und Umgebung werden den Vorteil davon haben, und das ist meines Erachtens das eigentlich Entscheidende für die Zukunft.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Herold:

Das Wort hat Frau Minister Krajewski.

Ministerin Krajewski:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe eben mit der Kollegin Granz darüber gesprochen, daß ich mich begrenzen werde auf einige Äußerungen zur Sache, nicht zum Denkmalschutz im Speziellen, sondern zur Funktionalität des Krankenhauses.

(Zurufe von der CDU.)

Herr Abgeordneter Schreier hat in seiner Rede ausführlich darauf hingewiesen, daß es ihm nicht primär um die Fragen des Denkmalschutzes ginge, sondern daß er erhebliche Bedenken habe im Hinblick auf die Funktionalität des Krankenhauses und die Bedingungen, unter denen zukünftig Personal und Patienten in diesem Krankenhaus zurechtkommen müßten. Da ist es nur richtig, im Rahmen der Debatte auf diese Argumente einzugehen.

(Abg. Peter Müller (CDU): Frau Engeldinger hat dazu Presserklärungen abgegeben. Damit hat die Debatte begonnen.)

Deshalb möchte ich gerne ein paar Bemerkungen zur Sache machen. Es hat im Rahmen des sogenannten Ideenwettbewerbs drei Lösungstypen gegeben, nämlich die sogenannte Riegellösung, dann eine Innenhoflösung und eine Zentrallösung. Nur zwei dieser Lösungstypen haben von der Jury Preise erhalten, nämlich die Riegellösung und die Innenhoflösung. Die SHG hat, um alle drei Lösungstypen genauer zu untersuchen, gesagt: Wir nehmen von jedem Lösungstyp einen Vertreter aus den insgesamt elf eingereichten Wettbewerbsteilnahmen, und hat dann diese drei Entwürfe optimiert. Das heißt, sie hat die drei unterschiedlichen Lösungsansätze unter den Aspekten natürlich, wie gefordert, Denkmalverträglichkeit, Funktionalität und Wirtschaftlichkeit näher untersucht.

Dabei waren zwei Lösungstypen nicht mehr weiter zu verfolgen. Über einen wurde hier die ganze Zeit gesprochen, nämlich über die sogenannte Riegellösung. Sie wäre nur dann denkmalverträglich, wenn man eine ganze Etage des Krankenhauses komplett in den Keller legte. Das war in der Tat aus Gründen des Patienteninteresses nicht gewünscht. Der zweite Lösungstyp, die sogenannte Innenhoflösung, hätte bedeutet, daß man vor dem Zentralbau, in dem Bereich zwischen Zentralbau und dem historischen Dittmarbau, ein komprimiertes Krankenhaus hätte schaffen müssen, was dann in seiner Höhenentwicklung über den Altbau hinausgeragt hätte. Deshalb ist dieser Lösungstyp letztlich aus denkmalpflegerischen Erwägungen ausgeschlossen worden.

Dann blieb die sogenannte Zentrallösung, der Nedeljkoentwurf. Hier möchte ich einige sachliche Richtigstellungen machen. Erstens. Das Votum der Jury war nicht eindeutig. Frau Beck, Sie haben das eben behauptet. Das Votum der Jury war halbe-halbe mit einer Stimme Mehrheit gegen den Nedeljkoentwurf. Zweitens. Das Sozialministerium, also ich selbst als Ministerin habe keine Unterlagen verweigert im Hinblick auf das Denkmalpflegeverfahren, sondern ich habe das eingereicht, was Gegenstand der Beurteilung war. Das waren die Antragsunterlagen zum sogenannten Nedeljkoentwurf und keine darüber hinausgehenden Unterlagen.

Letzter Punkt. Frau Beck hat eben behauptet, die Alternativen, die ich gerade genannt habe, seien nicht teurer. Auch dieses trifft nicht zu. Es gibt nur für ein Angebot, nämlich für die Zentrallösung, den sogenannten Nedeljkoentwurf, seriöse Kostenkalkulationen. Für die anderen Entwürfe gab es sie nicht. Das ist den Anbietern aber nicht vorzuwerfen, weil sie im Rahmen des Optimierungsverfahrens ausgeschlossen sind.

Noch ein paar Bemerkungen zur Funktionalität und zur Situation der Patienten und der Mitarbeiter vor Ort. Alles, was jetzt an vermeintlichen Argumenten durch die Gegend geistert, wie Mangel an Licht, Luft und Sonne, wie Gucken auf kahle Wände, wie Mangel an Bauökologie, alles, was Sie da eben zitiert haben, Herr Schreier, ist sozusagen schieres Hörensagen, sind keine Äußerungen der Jury. Mit Jury meine ich das Fachpreisgericht und das Sachpreisgericht. Weder Fachpreisgericht noch Sachpreisgericht haben solche Äußerungen getan, sondern erst im Zusammenhang mit dem Denkmalschutzverfahren sind solche Äußerungen in die Presse lanciert worden. Sie sind nicht Urteil des Fachpreisgerichtes oder des Sachpreisgerichtes. Sie sind auch völlig unzutreffend, Herr Schreier. Da kann ich anschließen an das, was Herr Abgeordneter Lang eben gesagt hat. Es wird keine künstlich belichteten Räume geben, in denen sich Patienten sozusagen unter Tage aufhalten müssen, sondern dieses Krankenhaus wird luftig und licht sein. Für den überwiegenden Teil der Patientenzimmer wird es auch Ausblicke in die freie Natur geben.

Ich komme in alle Krankenhäuser im Saarland, auch — Frau Beck, hören Sie zu — in die Universitätskliniken. In den Universitätskliniken wird gerade jetzt neu gebaut, ganz hervorragend, die Frauen- und Kinderklinik, die sogenannte Kombiklinik. In der Kombiklinik habe ich vor zwei Wochen gemeinsam mit der Frau Abgeordneten Schwenk den Rohbau besichtigt. Wir haben auch Räume betrachtet, die zum sogenannten Lichthof gehen. Solche Räume gibt es, und in solchen Räumen liegen später auch Patienten. Das ist die Normalität. Ein solcher „Lichthof“ ist in seiner Dimension weit kleiner als der hier in Rede stehende Innenhof der sogenannten Zentrallösung.

(Ministerin Krajewski)

Ich sage das deshalb, weil es überall in saarländischen Krankenhäusern Situationen gibt, in denen Patienten nicht den Blick in die Weite haben, sondern irgendwo in größerer Distanz auch mal eine Wand vor sich sehen. Wenn Sie aber realistisch überlegen, was Patienten oder Patientinnen tun, die kurze Zeit im Krankenhaus untergebracht sind: Sie liegen normalerweise im Bett und haben, wenn sie aus dem Fenster sehen, den Blick zum freien Himmel. Das werden die Patienten in Merzig genauso haben wie die Patienten in allen anderen Krankenhäusern im Saarland.

Zusammengefaßt zu den funktionalen Aspekten. Ich will nicht weiter eingehen auf die Aspekte der kurzen Wege für die Mitarbeiter; das ist häufig gesagt worden. Auch die Fragen der inneren Erschließung des Krankenhauses sind wichtig. Wenn Sie kurze Wege haben, können Sie sogenannte Knoten bilden, Sie können an zentralen Orten Aufzüge einrichten, die von verschiedenen Ebenen aus zu benutzen sind. Wenn Sie lange Wege haben, müssen Sie ein Krankenhaus an mehreren Stellen vollständig erschließen, was wesentlich verteuert. Die Aspekte der Bauökologie — es wird auch mit Solarenergie gearbeitet werden —, der Funktionalität und der Wirtschaftlichkeit sind beachtet.

Ihr Vorwurf, Herr Schreier, daß die Psychiatriepatienten zukünftig unter schlechteren Bedingungen leben als bisher, ist wirklich aberwitzig. Für die Psychiatrie hat Professor Werner als der zuständige Ärztliche Direktor das an Flächen ausgesucht, was er für seine Patienten am allerliebsten haben wollte, und zwar die dann sanierte historische Bausubstanz. Die Psychiatriepatienten werden im sogenannten Dittmarbau auch in Zukunft untergebracht sein, aber gegenüber heute unter wesentlich verbesserten funktionalen und auch sanitären Bedingungen. Insofern erfolgt für sie eine qualitative Verbesserung hinsichtlich der Unterbringung.

Zu den Denkmalaspekten will ich mich nicht äußern. Ich war der Meinung als Gesundheitsministerin, daß unter Abwägung der Aspekte der Antrag der Saarland-Heilstätten GmbH akzeptabel ist. Ich habe meinen Kollegen Breitenbach in der Streitsache — es gab vom Verfahren her einen Antrag an den Landeskonservator; der hat abgelehnt — dann als Schiedsstelle gefordert. Ich habe den Antrag mit bestem Gewissen gestellt und bin dankbar für die Entscheidung, die getroffen wurde.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Herold:

Das Wort hat Frau Ministerin Granz.

Ministerin Granz:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie von seiten der CDU-Fraktion haben sich durch Frau Beck und durch Herrn Schreier mit so viel Polemik und Halbwahrheiten behaftet, daß Sie den Merzigern ganz konkret geschadet haben.

(Beifall bei der SPD.)

Hoffentlich haben Sie wenigstens soviel Anstand, weder bei der Grundsteinlegung noch beim Richtfest, noch bei der Einweihung zu erscheinen. Aber wir werden sehen, daß Sie die Chuzpe haben werden, beim Fototermin wieder in erster Reihe zu stehen.

(Beifall bei der SPD.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Landesdenkmalrat hat in der Angelegenheit Landeskrankenhaus Merzig eine schwierige Entscheidung zu treffen gehabt angesichts der Situation, in der die Interessen des Denkmalschutzes und die Interessen des Bauherren kollidierten. Für seine Entscheidung, zu der er aus seiner spezifischen Aufgabe als Sachwalter des Denkmals gekommen ist, zollen wir ihm Respekt. Wir haben viel Bedeutendes über den Landesdenkmalrat gehört.

(Zuruf des Abgeordneten Schreier (CDU).)

Ich möchte hinzufügen, daß auch der Minister für Wissenschaft und Kultur den Landesdenkmalrat für ein wichtiges Beratungsgremium hält, auf das er immer wieder gerne mit Gewinn zurückgegriffen hat. Ich gehe davon aus, daß er auch weiterhin auf den Sachverstand der drei zurückgetretenen Herren hoffen kann, denn sie haben ihr Amt ja nur als Vorstand, nicht ihre Funktion als Mitglieder des Landesdenkmalrates niedergelegt.

Es lohnt sicherlich die Frage: Welche Rücktrittsgründe des Vorstandes werden bemüht, um einigermaßen nach außen zu erscheinen? Erstens die Nichtbefolgung der Empfehlung des Landesdenkmalrates und zweitens eine im Verfahren angeblich deutlich gewordene Mißachtung des Gremiums. Beide Gründe, meine sehr verehrten Damen und Herren, halten einer Überprüfung anhand der Vorschriften der einschlägigen Gesetze, vor allem aber des saarländischen Denkmalschutzgesetzes und der Landesbauordnung, nicht stand, sondern sie offenbaren ein Mißverständnis betreffend die Aufgaben des Landesdenkmalrates und des in Bausachen — um eine solche handelt es sich, daran ändert auch nichts die Tatsache, daß in die Baumaßnahme ein Denkmal einbezogen ist — zu beachtenden gesetzlichen Rahmens. Den möchte ich kurz skizzieren.

Der Landesdenkmalrat hat nach § 6 des Denkmalschutzgesetzes den gesetzlichen Auftrag, die oberste Denkmalschutzbehörde zu beraten. Ein Beratungsgremium ist kein Entscheidungsgremium, es kann keine Weisungen erteilen. Es kann deshalb auch nicht erwarten, daß seinem Votum im Sinne einer Weisung gefolgt wird. Die Entscheidung obliegt nach der ausdrücklichen gesetzlichen Regelung am Ende der obersten Denkmalschutzbehörde. Dies ist aus gutem Grunde so. Sie muß nämlich übergeordnete Gesichtspunkte, auf die das Beratungsgremium überhaupt keine Rücksicht zu nehmen braucht, mitbedenken und gegebenenfalls vor den Gerichten auch damit bestehen. Das ist ja auch noch ein Aspekt.

Die einschlägige Rechtsprechung stellt beispielsweise auch auf eine wirtschaftliche Betrachtungsweise ab, um die Grenze der Zumutbarkeit für den Eigentümer eines Denkmals zu definieren. Angesichts dessen ist es geradezu unvermeidlich, daß zwischen einem Gremium, das sich, wie es der Landesdenkmalrat mehrfach deutlich gemacht hat, vor allem als Sachwalter des Denkmals sieht, und den entscheidenden Behörden Meinungsverschiedenheiten bestehen können.

Ich bin nun schon sehr lange im Parlament und ich habe auch dieses Landesdenkmalschutzgesetz mitberaten und mitverabschiedet. Die SPD-Fraktion hat in diesem saarländischen Landtag bereits 1974 ein Landesdenkmalschutzgesetz eingebracht, das der Diskontinuität zum Opfer gefallen ist. 1975 hat es die SPD-Fraktion direkt wieder eingebracht. Daraufhin hat es der damalige Ausschußvorsitzende, Josef Jochem von der CDU, ein Jahr lang nicht beraten, immer mit dem Hinweis, daß die Landesregierung — CDU — ein eigenes Landesdenkmalschutzgesetz einbringen wird.

(Zuruf von der CDU.)

Das wären parlamentarische Gepflogenheiten der damaligen Zeit, um nur noch einmal daran zu erinnern. Sie werden nämlich noch staunen, was ich Ihnen daraus aus der öffentlichen Anhörung noch zu sagen habe. Damals schon hat bei der sehr ausführlichen Beratung, nachdem die Regierung endlich ihr Gesetz eingebracht hatte, der Regierungsangestellte Weszkalnys zum Thema Landesdenkmalrat ausgeführt, daß der Landesdenkmalrat von seiner Zusammensetzung und der Interessenlage her, nämlich Politik, Eigentümerinteresse und Sachkunde, so konzipiert sei, daß er nicht zu einer staatlichen Institution mit Abordnungsbefugnissen heranreifen könne und dürfe.

Das bitte ich einfach noch einmal mitzuberücksichtigen, wenn Sie jetzt — —

(Zuruf von der CDU.)

(Ministerin Granz)

Nein, das ist überhaupt kein Widerspruch, ich sage Ihnen nur, daß schon damals die Intention sehr klar gewesen ist und man natürlich auch den Konflikt gesehen hat und man damit dem Landesdenkmalrat eine sehr eindeutige Funktion zugeschrieben hat.

(Zuruf des Abgeordneten Schoenen (CDU).)

Wie der Vorstand nun zu dem Vorwurf gekommen ist, der Landesdenkmalrat werde mißachtet, ist bei Anlegung zumindest rechtlicher Kriterien nicht nachzuvollziehen. Gefordert war die Entscheidung über einen konkreten Antrag. Dieser lag der obersten Denkmalschutzbehörde vor und nur dieser konnte von ihr dem Landesdenkmalrat zur Beratung zugeleitet werden. Sowohl Ministerium als auch Landesdenkmalrat haben sich nämlich mit konkreten, realisierbaren Vorgängen zu beschäftigen, nicht mit fiktiven Lösungen, verehrte Abgeordnete Beck. Man kann einem Bauherren unter Beachtung von Recht auch nicht eine abweichende Planung, geschweige denn ein anderes Architektenbüro aufdrücken. Dies ist weder im Baurecht noch im Denkmalrecht möglich.

Der von seinem Vorstandsposten mit zurückgetretene Herr Birtel von der Architektenkammer — ein hochgeschätzter Mann, auch von meiner Seite — war auch damals schon Mitglied des Anhörungsgremiums zum Landesdenkmalschutzgesetz. Da hat Herr Birtel für die Architektenkammer in der öffentlichen Anhörung erklärt: Wir sind der Meinung, die Qualität des Bauens läßt sich nicht durch Gesetz und von einem unteren Denkmalschutzmann regeln. Wir sind dafür — so sehe ich das —, daß so wenig wie möglich festgeschrieben wird.

Dann geht es um Denkmalbuch oder Denkmalliste; da sagt er: Man müßte in einzelnen Fällen einmal darüber reden können, wenn im Gesetz festgeschrieben wird, daß etwas erhalten werden muß. Von guten Architekten, wenn Sie den Namen Böhm oder Rudolf Schwarz nennen, können Sie auch etwas ersetzen lassen, was Stengel einmal gebaut hat. Stengel hat schließlich auch Dinge abgerissen, die seine Vorgänger gemacht haben, siehe Neunkirchen. Das Renaissanceschloß ist abgerissen und ein Barockschloß hingestellt worden. Nach unserem heutigen Gesetz wäre das nicht mehr möglich. Diese Diskrepanz sehen wir als Architekten, wie in der Weiterentwicklung der Architektur ein solches Gesetz überhaupt noch festgeschrieben werden kann.

An anderer Stelle dazu sagt er: Wir haben uns immer dafür ausgesprochen, daß die Rechte der Eigentümer so wenig wie möglich durch dieses Gesetz eingeschränkt werden dürfen. Sie werden aber in verschiedenen Paragraphen erheblich eingeschränkt.

Das heißt also, Herr Birtel ist in dieser Sachfrage sehr lange beschäftigt, sehr kompetent, und er weiß auch um diesen Konflikt. Ich denke, er wäre gut beraten gewesen, zumindest die zwei Seelen seines Verstandes — wenn ein Verstand überhaupt zwei Seelen haben kann —, die zwei Seelen seines Körpers zumindest zu Wort kommen zu lassen und nicht durch den plakativen Rücktritt den Eindruck hervorzurufen, als würde er mißachtet. Zumindest das hätte er durch die zwei Seelen in seiner Brust deutlich machen können.

(Zurufe von der CDU.)

Der Landesdenkmalrat hat also, indem er auf fiktive andere Möglichkeiten abstellte, im Grunde genommen seine Beratungsaufgabe verkannt. Glücklicherweise hat er sich aber nicht nur darauf beschränkt, sondern wesentliche, in die Entscheidung der obersten Denkmalschutzbehörde eingeflossene Gesichtspunkte eingebracht, die es sich hier noch einmal vorzutragen lohnt. Er hat nämlich deutlich gemacht, daß dem Erhalt des Denkmals als Krankenhaus große Bedeutung zukommt. Da hatten wir also schon Einigkeit.

Dieser Gesichtspunkt war für die Entscheidung der obersten Denkmalschutzbehörde von außerordentlich großer Bedeutung. Angesichts der heute gegebenen Anforderungen an die Wirtschaftlichkeit des Krankenhausbetriebes ließ sich der Erhalt der

ursprünglichen Zweckbestimmung aber nur durch die Errichtung eines wirtschaftlich und funktional betreibbaren Kreiskrankenhauses sicherstellen. Ich glaube, auch bis dahin gibt es keinen Dissens.

Für die von der saarländischen Heilstätten GmbH vorgelegte Planung haben dies die staatlich zuständigen fachlichen Behörden, also die Gesundheitsministerin und die Hochbauverwaltung, geprüft und bejaht. Ihre Beurteilung ist daher der Entscheidung des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur zugrunde zu legen gewesen. Der Wissenschaftsminister und Kulturminister hat nicht nach eigenem Gusto zu entscheiden, sondern es sind klare normierte Regeln, nach denen er sich zu verhalten hat. Im übrigen wird diese krankenhausbaufachliche Einschätzung auch von den Krankenkassen, der Bundesknappschaft und anderen bestätigt. Darauf ist Frau Engeldinger sehr ausführlich in ihrem Beitrag eingegangen.

Weiteres wesentliches Kriterium des Landesdenkmalrates war der Erhalt der historischen Park- und Gartenanlage, auch heute wieder als Argument eingebracht. Auch dies ist durch die vorgelegte Planung gewährleistet. Ihr Schutz ist sogar durch eine zusätzliche Aufgabe weiter verbessert worden. Daneben sind andere wichtige Einwände des Landesdenkmalrates einbezogen worden, insbesondere zur Architektur und zur äußeren architektonischen Gestaltung.

Einem entscheidenden Gesichtspunkt hat der Landesdenkmalrat kein so großes Gewicht beigemessen, nämlich dem: Die gebilligte Planung bewahrt 90 Prozent der Bausubstanz des Denkmals. Da hätten wir uns allerdings gewünscht, daß er verstärkt Positives dazu sagt — 90 Prozent des Denkmals bleiben erhalten.

Der Kulturminister hat bei seiner Entscheidung nur wesentliche Gründe des Denkmalschutzes zu berücksichtigen, die gegen die beabsichtigte Maßnahme sprechen. Also angesichts des Erhalts von 90 Prozent der denkmalgeschützten Altbausubstanz, des Erhalts der Park- und Gartenanlage und der Bestandssicherung durch die Betreiberin als Krankenhaus gibt es keine Gründe des Denkmalschutzes, die als so wesentlich anzusehen sind, daß sie zur Ablehnung, gar zum Rücktritt des Vorstandes hätten führen können.

Der Vorstand des Landesdenkmalrates hat eine öffentliche Diskussion über den Umgang mit Kulturgütern in diesem Land gefordert. Eine solche Diskussion halte ich für sinnvoll, solange sie nicht zu durchsichtigen, parteipolitischen Zwecken mißbraucht wird, wie das heute hier geschehen ist. Es wäre an der Zeit, die Polemik der letzten Wochen und Monate aufzugeben und gemeinsam darauf hinzuwirken, daß in Merzig ein modernes, funktionstüchtiges und wirtschaftliches Krankenhaus als beste Garantie für den Erhalt des Denkmals Landeskrankenhaus Merzig entsteht.

(Beifall bei der SPD.)

Der Architekturstreit, den Ihnen meine Kollegin noch einmal in Kürze dargestellt hat, in den sich auch der Vorstand des Landesdenkmalrates hat verwickeln lassen, weil er nämlich auch viele Halbinformationen hatte, sollte ein Ende finden. Der Vorsitzende des Landesdenkmalrates, den Minister Breitenbach um Wahrnehmung der Geschäfte bis zur Neuwahl eines Vorstandes gebeten hatte, hat zwischenzeitlich den 19.10. als frühestmöglichen Termin für die nächste Sitzung des Landesdenkmalrates mitgeteilt. Diese Terminierung kann der Sache nur dienlich sein.

Nötig ist sicher, um die Erhaltung der Denkmäler im Lande generell bemüht zu sein. Ich denke, hier ist, wie gerade erst vor wenigen Tagen mit dem Tag des offenen Denkmals am 11. September gezeigt wurde, in den letzten Jahren viel Beeindruckendes geschehen.

(Abg. Beck (CDU): Waren Sie da gewesen?)

(Ministerin Granz)

Ich lasse das nicht schlechtreden und nicht daran nörgeln.

(Beifall bei der SPD.)

Diese Landesregierung mißt dem Denkmalschutz einen hohen Stellenwert bei. Sie hat das in der Vergangenheit bewiesen und wird das auch in der Zukunft beweisen. Neben der Stiftskirche St. Arnual, deren feierliche Wiedereröffnung wir in dieser Woche feiern dürfen, dem Saarbrücker Schloß, der Ludwigskirche in Saarbrücken, dem Alten Turm in Mettlach, der Burg Montclair, der Schaffung eines saarländischen Denkmalpflegepreises wäre vieles andere mehr als herausragende Beispiele zu nennen. Nicht unerwähnt lassen möchte ich zum Schluß natürlich den Erhalt der Völklinger Hütte. Sie kann sich berechtigte Hoffnung darauf machen, daß sie auf Betreiben der Landesregierung sogar in die Liste des Weltkulturerbes der UNESCO aufgenommen wird.

(Beifall bei der SPD.)

Ich denke, daß diese Beispiele für sich sprechen und daß es klar gewesen ist, daß die denkmalpflegerischen Gesichtspunkte selbstverständlich zu berücksichtigen waren, daß aber Minister Breitenbach als oberster Denkmalschützer selbstverständlich alle Aspekte berücksichtigen mußte und deshalb den Vorgaben des Landesdenkmalrates nicht folgen konnte. Daraus sollten nicht Häme und Fehde entstehen, sondern wir wünschen uns auch in Zukunft eine gute Zusammenarbeit mit dem Beratungsgremium Landesdenkmalrat. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Herold:

Das Wort hat die Kollegin Beck.

(Zurufe von der SPD.)

Abg. Beck (CDU):

Es tut mir leid, daß Sie so lange ausharren müssen. Bedanken Sie sich bei Ihren Kollegen, die eine gesundheitspolitische Debatte vom Zaun gebrochen haben.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Ich will noch einmal daran erinnern, worum es geht. Es geht um den Rücktritt des Vorstandes des Landesdenkmalrates. Es geht darum, wie diese Regierung mit Denkmalschutz im Saarland umgeht. Es ist bezeichnend, daß die Bildungsministerin hier in einer monotonen Art und Weise ein vorgefertigtes Papier abliest, fast mit juristischer Argumentation. Es erinnert mich an die Reden des Justizministers Arno Walter. Nur war sie langweilig und er ist manchmal amüsant.

(Beifall bei der CDU.)

Das zweite Bemerkenswerte. Wer hat denn hier von Ihnen gesprochen? Es hat die Gesundheitsministerin zum Denkmalschutz gesprochen. Es hat der gesundheitspolitische Sprecher zu einer Kulturdebatte gesprochen. Und es hat Frau Engeldinger gesprochen, die, soweit ich weiß, unserem Ausschuß, der dafür zuständig ist, überhaupt nicht angehört. Es ist verräterisch gewesen, was von den einzelnen dazu ausgeführt wurde. Der gesundheitspolitische Sprecher hat gesagt, dieses Palaver und dieser Zirkus sind hoffentlich bald vergessen. Denkmal interessiert uns nicht in

diesem Zusammenhang. Frau Engeldinger hat gesagt, ein Krankenhaus kann kein Denkmal sein. Wissen Sie, mit einem solchen Stand an Desinformation und Desinteresse auf Seiten der SPD kann man keine Diskussion in der Kulturpolitik führen. Deshalb werden wir die kulturpolitischen Debatten offensichtlich woanders führen müssen, weil Sie überhaupt nicht in der Lage sind, sich in diese Thematik einzuarbeiten, geschweige denn, daß Sie eine Neigung oder ein Herz dafür haben.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Frau Minister Granz, Sie haben uns vorgehalten, wir sollten nicht in Merzig erscheinen. So wie Sie mit dem Denkmalschutz im Saarland umgehen und mit einem Gremium, das sich dem Denkmalschutz verpflichtet fühlt, haben Sie, die Landesregierung und die Abgeordneten der SPD, überhaupt kein Recht mehr, bei irgendeinem Denkmal oder bei irgendeiner Veranstaltung zum Denkmalschutz zu erscheinen, wenn ich Ihre Prämisse anlege. Sie sagen hier, der Kulturminister sei der Sachwalter des Denkmals. Es ist blanke Heuchelei, was Sie hier von sich geben.

Eine Anekdote am Rande muß ich zum Abschluß noch loswerden. Frau Granz zitiert hier alte Debattenbeiträge. Ich habe mir mal angeschaut, was Sie so im Parlament geäußert haben. Sie haben zum Beispiel in der Opposition den grandiosen Vorschlag gemacht, die Mittel von Saartoto in den Landeshaushalt einzustellen. Warum machen Sie es dann nicht, wenn Sie an der Regierung sind?

(Beifall bei der CDU. — Zuruf des Abgeordneten Gruschke (SPD).)

Ich bin dagegen, von Anfang an. Ich war nie dafür.

Ich möchte Ihnen zum Schluß folgendes sagen. Sie alle haben — auch heute mit dieser Debatte — den Landeskonservator dieses Landes desavouiert. Sie haben den Landesdenkmalrat desavouiert und mißachten ihn bis jetzt. Ich erkläre für meine Fraktion den Respekt und die Achtung vor der Haltung des Landeskonservators und des Landesdenkmalrates.

(Beifall bei der CDU.)

Schützen Sie die Denkmäler, wenn die Regierung dieses Landes dazu nicht in der Lage ist!

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Herold:

Werte Kolleginnen und Kollegen, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich schließe die Sitzung.